

Geographien der Gewalt: Die Destabilisierung der Welt

Aktuelle Brennpunkte aus lokaler und globaler Perspektive

Herausgegeben von
Volker Wilhelmi, Elmar Theveßen und Florian Pfeil



Mainzer Kontaktstudium Geographie 25

Geographien der Gewalt: Die Destabilisierung der Welt

Aktuelle Brennpunkte aus lokaler und globaler Perspektive

Herausgegeben von

Volker Wilhelmi, Elmar Theveßen und Florian Pfeil

Bildquelle der Titelseite

Abbildung 1: Eigene Darstellung, KI-generiert

Mainzer Kontaktstudium Geographie 25

Geographien der Gewalt: Die Destabilisierung der Welt

Aktuelle Brennpunkte aus lokaler und globaler Perspektive

Mit 56 Abbildungen

Herausgegeben von

Volker Wilhelmi, Elmar Theveßen und Florian Pfeil

Geographisches Institut

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Mainz 2026

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

WILHELMI, V., E. THEVEßEN und F. PFEIL (Hrsg.) (2026): Geographien der Gewalt: Die Destabilisierung der Welt. Aktuelle Brennpunkte aus lokaler und globaler Perspektive.

Beiträge von:

Wilhelmi, Volker; Fawzi, Nayla; Deinzer Konrad, Lea; Theveßen, Elmar; Paul, Michael; Esper, Jan; Wedde, Rainer; Röckerath, Christoph; Doeverspeck, Martin; Donko, Kamal; Nicoué, Délia Evelyne; Stroh, Alexander; Wrobel, Ralph M.; Neunzig, Thilo; Schmitt, Maria

Mainz: Geographisches Institut der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, 2026.
(Mainzer Kontaktstudium Geographie 25)

©2026



CC-BY-4.0

Dieses Werk ist als Open-Access-Publikation im Sinne der Creative-Commons-Lizenz CC-BY-4.0 (Attribution 4.0 International) lizenziert. Weitere Informationen unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>.

Open-Access-Publikation

DOI: <https://doi.org/10.25358/openscience-15863>

Handle: <https://openscience.ub.uni-mainz.de/handle/20.500.12030/15884>

Redaktion: Volker Wilhelmi & Inka Richter

Satz/Layout/Gestaltung: Volker Wilhelmi & Inka Richter

Lektorat: Volker Wilhelmi & Inka Richter

Druck: ZDV Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Inhaltsverzeichnis

VOLKER WILHELMI

Vorwort.....	1
---------------------	----------

VOLKER WILHELMI

Gewalt als Systemsprenger.....	2
---------------------------------------	----------

NAYLA FAWZI

Journalismus und (digitale) Öffentlichkeit im Wandel – ein aktueller Überblick über Nachrichtennutzung, Medienvertrauen und die Rolle des Journalismus für die Demokratie	23
--	-----------

LEA DEINZER KONRAD

Die NATO und die baltischen Staaten – neue Herausforderungen der Sicherheit	37
--	-----------

ELMAR THEVEßEN

Die Weltunordnung und Trumps Grönland-Besessenheit	53
---	-----------

MICHAEL PAUL

Die Rivalität der Großmächte in der Arktis: Geopolitische und geostrategische Interessen der USA, Russlands und Chinas.....	62
--	-----------

ELMAR THEVEßEN, MICHAEL PAUL UND JAN ESPER – IM GESPRÄCH MIT VOLKER WILHELMI

Die Zukunft Grönlands – Eine Diskussion im WBZ Ingelheim am 14.03.2026	69
---	-----------

RAINER WEDDE

Russlands Irrweg – rechtliche Auswege aus der Sackgasse	72
--	-----------

CHRISTOPH RÖCKERATH

Innenansichten aus Südamerika: Ein Kontinent im geopolitischen Umbruch	79
---	-----------

MARTIN DOEVEN SPECK & KAMAL DONKO

Bewaffnete Konflikte in Westafrika: Gewalt in den Grenzregionen der Sahel- und Küstenstaaten am Beispiel von Benin	110
---	------------

DÉLIA EVELYNE NICOUÉ

Externalisierte Grenzen: Europäische Migrationskontrolle in Westafrika am Beispiel Mauretaniens und Senegals	122
---	------------

ALEXANDER STROH

Demokratie auf dem Rückzug? Zur politischen Rekonfiguration Westafrikas im Lichte der Souveränitätsagenda.....135

RALPH M. WROBEL

„Entwicklungsdiktatur“ als Alternative zur Demokratie? Ein Entwicklungsmodell im internationalen Vergleich145

THILO NEUNZIG

Gesellschaftliche Destabilisierung und Schule – Herausforderungen und Konsequenzen.....155

MARIA SCHMITT

Die Wirkungsmacht der Medien. Die Wahrnehmung von Gewalt in Medien durch Schüler*innen166

VOLKER WILHELM

Vorwort

Grenzgeographien, Migrationsgeographien, Konfliktgeographien – diese drei Schwerpunkte bestimmten die Reihe der Geographien der Gewalt der letzten Jahre. Die Folgen und Auswirkungen sollen in diesem Band beschrieben, analysiert und diskutiert werden: Nationale und globale Verschiebungen, die Aussetzung bisher international vereinbarter Regeln, die oftmals fassungslose Hinnahme und Akzeptanz eines neuen Un-Ordnungsmusters bestimmen derzeit die Situation der Welt. Gewalt wird als Wirkungsmacht ohne Zögern eingesetzt, die Alternativen von Diplomatie, Rechtsordnung und demokratischer Auseinandersetzung sind beiseite gerückt. Die Folgen sind in einem Band nicht wirklich darstellbar, aber zumindest wird versucht, einen Bogen zu spannen: Lokal von unserer Gesellschaft hin zu Menschen in anderen betroffenen Regionen der Welt: Afrika, USA, Südamerika, Russland und natürlich Europa stehen in sehr aktuellen Beiträgen im Zentrum.

Macht und Gewalt werden in ihrer geographisch-räumlichen Prägung und Dominanz analysiert und diskutiert, von WissenschaftlerInnen der Geographie, Wirtschaft und Politik, Journalisten der USA und Südamerika, und – last not least – von FachdidaktikerInnen der Geographie.

In allen Beiträgen schwingt die aktuelle Auseinandersetzung um die zukünftige Ausrichtung der politischen Ordnung, kurz



Die Beiträge sind zumeist in zwei Seminaren der Fridjof-Nansen-Akademie Ingelheim 2025 und 2026 vorgestellt und weiterentwickelt worden. Dabei stellt der Austausch von Fachwissenschaft und Medien immer wieder im Fokus einer lebhaften Diskussion.

Mein besonderer Dank gilt allen Autorinnen und Autoren für ihren großem engagierten Einsatz. Besonders möchte ich Veronika Cummings für ihre Unterstützung, Inka Richter für die redaktionelle Betreuung danken. Nicht zuletzt ein großes Danke meinen beiden Mitherausgebern Elmar Theveßen und Florian Pfeil für den wunderbaren Austausch. Das Geographische Institut in Mainz wie auch die Fridjof-Nansen-Akademie fördern damit den Forschungsbereich der Geographien der Gewalt weiter.

Mainz, im Juli 2026

VOLKER WILHEMI

Gewalt als Systemsprenger

1 Einleitung

Grenzen zwischen Krieg und Frieden verschwimmen. Genauer betrachtet war die Zeit nach dem kalten Krieg aber auch mit Gewalt erfüllt: in Gestalt von Sanktionen, Exportkontrollen, Energieblockaden, Wahleinmischung und der Nutzung von Migration als Waffe – alles Maßnahmen innerhalb der Schwelle des formalen Krieges. Aktuell stellt sich auf globaler Ebene die Frage: Kann Frieden nur durch Gewalt entstehen? Kann Frieden quasi ausbrechen? Die Verhandlungen um einen Frieden in Gaza wurden durch den amerikanischen Präsidenten Donald Trump mit brutaler Androhung von Gewaltanwendung geführt und haben zumindest das massenhafte Töten von Zivilisten gestoppt. Die Folgeverhandlungen über weitere Phasen im Friedensprozess werden auch mit Gewaltandrohung verfolgt, für Diplomatie als Strategie einer verantwortungsvollen Dialog-Politik gibt es wenig Raum. Die liberale Ordnung der vergangenen Jahrzehnte verliert an Kraft. Statt eines stabilen Bündnissystems entsteht gerade eine unübersichtliche multipolare Welt, in der Großmächte miteinander konkurrieren und Mittelmächte immer eigenständiger handeln. Die Folge von allem: Die Welt ist ohne Halt.

Die Wiederwahl des amerikanischen Präsidenten Donald Trump erfordert nach Leonard (2025) eine neue Sicht auf die Welt: „Trump hat alle Gewissheiten in einen Mixer geworfen und zu einem Brei verarbeitet. Es gibt

keine klare Unterscheidung mehr zwischen Krieg und Frieden, Verbündeten und Feinden, nationalen und privaten Interessen, links und rechts“.

Der Handelskrieg mit Strafzöllen zwischen den USA und der Welt, die Bedrohung der Integrität Grönlands, Panamas, Kubas, der Einsatz des Militärs der USA in Venezuela – die alten Regeln internationaler Ordnung gibt es nicht mehr. Die Weltwirtschaft ist in Gefahr durch den Krieg der USA und Israels mit dem Iran und der damit verbundenen Problematik um die Straße von Hormus.

Die Friedensforscherin Nicole Deitelhoff spricht von einer Weltordnungskrise: Die regelbasierte Ordnung ist in Teilen außer Kraft gesetzt, Völkerrechtsverletzungen mächtiger Staaten werden nicht mehr geahndet, die Starken setzen sich ungehindert durch. „Es könnte einen Rückfall in eine Konstellation wie im 19. Jahrhundert geben. Damals teilten wenige europäische Großmächte die Welt unter sich auf.“ Als mögliches Szenario sieht Deitelhoff „ein Europa-Plus, in dem sich die EU mit anderen Staaten zusammenschließt, wie Großbritannien, Kanada, Neuseeland oder Australien“. Nach Herfried Münkler könnte langfristig eine Weltordnung als Pentarchie entstehen: Fünf Machtblöcke – USA, Russland, China, Indien und Europa. (Der Spiegel 11.7.2025). Aber auch diese These wird Anfang 2026 bereits von neuen Entwicklungen und v.a. Aussagen von Trump überholt: Die USA nehmen für sich eine Einflusshemisphäre der

Welt in Anspruch, die von Grönland bis nach Kuba und Teile Südamerikas geht; in dieser sollen nur USA-freundliche Staaten existieren, die nicht mit Gegnern, sondern den USA Handel – hier v.a. Rohstoffhandel – betreiben. Ordnung und Stabilität der Staaten stehen dabei im Vordergrund, nicht aber demokratische Strukturen. Autokratien können durchaus dabei im amerikanischen Sinn eine Ordnung gewähren, die ungehinderten (Rohstoff-) Handel garantiert.

Dabei geht es nicht nur um die o.g. Unordnung, denn diese würde eine grundlegende Einigkeit über die Ausgestaltung einer Ordnung voraussetzen, die es nicht (mehr) gibt. Sie wurde überrollt von den internationalen, weltpolitischen Ereignissen der letzten Jahre. Aus der regel- und wertebasierten Ordnung wurde eine Ordnung im Ausnahmezustand, Einflusszonen werden quasi zur neuen Ordnung erhoben. An die Stelle des Völkerrechts tritt das Recht des Stärkeren.

Ganz neu ist das nach Deitelhoff (2026) allerdings nicht: „Allein seit dem Ende des zweiten Weltkriegs haben die USA mindestens zehnmal in Latein- und Südamerika interveniert, teils verdeckt, teils ganz offen militärisch.“ Die USA ziehen sich – die WHO und das Pariser Klimaabkommen sind da nur die populärsten - aus mehr als 60 Regelwerken und Organisationen zurück, von der UNESCO über den UNO-Menschenrechtsrat bis zum Weltklimarat. Immer wieder haben die USA wie Russland gegen das Gewaltverbot verstoßen. Neu daran ist nach Deitelhoff (2026) lediglich nur das Verhalten der USA, „die Unverblümtheit der Regelverstöße, der Stolz auf den Betrug, der die Betrogene – Europa – zusätzlich demütigt.“ Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos im Januar 2026 zieht Trump erst am Ende seine Drohung, Grönland mit aller Macht besitzen zu wollen, zurück, damit trotzdem eine dauerhafte tiefe Verunsicherung aller Partner und die Zerrüttung des Vertrauens in die NATO. Als Fazit sieht Deitelhoff: „Wenn die USA kein verlässlicher Bündnispartner mehr sind und selbst zu einer Bedrohung werden, kann eine Ordnung eben nicht mehr auf sie bauen, sondern muss um sie herum errichtet und erhalten werden.“

Damit wird am großen, globalen Beispiel USA und NATO klar: Gewalt wirkt in all seinen Facetten als Systemsprenger: Gesellschaftliche Ordnungen destabilisieren, alte Machtblöcke

und Wertegemeinschaften werden aufgekündigt und es bricht nun wirklich eine Zeitenwende an, die unkalkulierbare Risiken, aber auch Chancen einer Neubestimmung auf eigene Stärken birgt. System kann hier auf der dargestellten Makro- wie auf der Mikroebene der Gesellschaft eines Landes verstanden werden, indem feste, sichere Strukturen aufgelöst und durch andere ersetzt werden. Wir befinden uns gerade in einer solchen Übergangsphase, die besonders unsicher und gefährlich sein kann. Dies zu erkennen, zu analysieren ist wichtig, als Basis für die aktive Begleitung eines möglichst gewaltlosen Fortgangs der Entwicklungen.

2 Die Bedrohung von Stabilität und Ordnung

Paul Reuber (2023) beschreibt die neuen globalen Machtverschiebungen, die eine neue politische Weltkarte als die durch die bekannten Konflikte um fossile oder erneuerbare Energien hervorbringt. Eine neue Unübersichtlichkeit deutet sich an: Nationalstaaten mit klaren Grenzen treten als Grundbaustein einer territorial globalen Ordnung hervor, zusammen mit entgrenzten, transnational organisierten Netzwerken von Ökonomien, Finanzen und Information. Zwei Phasen folgen aufeinander: „Der Dekade der Netzwerke folgt die Renaissance der Territorien“ (Reuber, P. 2023, S. 7). In den letzten zwanzig Jahren lassen sich Tendenzen der Deglobalisierung und Reterritorialisierung erkennen. Reuber begründet diese Entwicklung mit dem Versagen bzw. der Anfälligkeit globalisierter Netzwerkstrukturen; hier werden als Beispiel die Finanzkrise der EU der letzten Dekaden und die in Folge der Corona-Pandemie eingetretene Entkopplung globalisierter Produktionsnetzwerke genannt. Aktuell ist es sicher die augenfällige Krisenanfälligkeit der Energiewirtschaft, die infolge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine völlig neu aufgestellt werden muss.

- Nationalismus und Neonationalismus treten mit ihrem globalisierungskritischen Strategien polarisierend auf und bewirken extreme Veränderungen bzw. Erschütterungen bisher stabiler globaler Strukturen.
- Eine multipolare Weltordnung mit regionalen Einflusszonen von China, USA, Indien, Russland und Europa

entsteht aus dieser aktuellen Unordnung.

Der Begriff „Destabilisierung“ suggeriert, es werde etwas destabilisiert, was zuvor „stabil“ war. Bohle (2007) weist darauf hin, dass es weder bei Gesellschaften noch bei der Natur noch bei sozialökologischen Systemen wirklich der Fall ist. Bei näherer Betrachtung handelt es sich bei „stabilen“ Systemen um fragile, labile und selbst-organisierte Gleichgewichte. Diese befinden sich in Bewegung und sind durchaus krisenanfällig auf Stressoren. Dies ist zum Verständnis der aktuellen Diskussion um die Destabilisierung unserer Gesellschaft wichtig. Stressoren können eine große inhaltliche und wirksame Breite haben. Aktuell sind es besonders die folgenden Probleme, die in ihrer Wahrnehmung und medialen Kommunikation eine hohe Wirkmächtigkeit besitzen: Klimawandel, Migrationsproblematik, wirtschaftliche Entwicklung und Kriegsbedrohung.

Das Problem: Die angeführten Themenfelder werden nicht isoliert diskutiert, sondern sind ineinander verwoben und auch Einflussgrößen. So ist bereits ihre Wahrnehmung bereits schwer zu differenzieren, die medial stark beeinflusste, oft vereinfachende und verfälschende Diskussion klärt nicht, sondern verunsichert. Die Folge: Das Vertrauen der Menschen in die Gesellschaft, die politischen Institutionen und die Wirtschaft wird erschüttert. Diese erzeugte Instabilität kann zu Unruhen, Konflikten und Gewalt führen: Die Menschen sind einem hohen Maß dem Gefühl von Unsicherheit, Angst und Gefahr ausgesetzt.

Eine Strategie zur Förderung von Stabilität ist die Förderung von politischer Partizipation und Inklusion. Indem man den Bürgern eine Stimme gibt und sicherstellt, dass ihre Bedürfnisse und Interessen vertreten werden, kann politische Stabilität gefördert werden. Die Einbeziehung aller Teile der Gesellschaft, unabhängig von Geschlecht, Ethnie oder sozialer Klasse, ist entscheidend für die Schaffung einer stabilen und gerechten Gesellschaft. Bildung spielt dabei eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Stabilität.

Daraus ergibt sich die Beschreibung der wahrgenommenen aktuellen Situation und Verfassung unserer Gesellschaft. Von einer Destabilisierung ist zu sprechen, wenn zentrale Aspekte der Stabilität nicht gewährleistet sind.

Dabei spielt Gewalt in ihren Dimensionen eine zentrale Rolle.

In Erweiterung des Gewaltdreiecks von Galton (2007) wird hier ein Viereck-Modell vorgeschlagen.



Abb. 1: Das Gewaltviereck (eigene Darstellung)

Die Eskalation der Gewalt ist Ausdruck einer Veränderung in unserer Gesellschaft, die der Soziologe Prof. Dr. Andreas Zick, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, beschreibt (Kulturzeit-Interview vom 6.5.2024): Gewalt v.a. von rechtsradikalen politischen Akteuren wird zunehmend toleriert und als normal angesehen. Damit verbunden ist eine Distanzierung von Bevölkerungsgruppen zu staatlichen Einrichtungen und folgernd der Widerstand zu diesen Institutionen.

Eine allgemeine Verunsicherung durch einen Wandel ist entstanden, der immer schneller stattfindet und die Bevölkerung mehr belastet als motiviert. Der Ukraine-Krieg hat seit 2022 diese Entwicklungen der Transformation sehr stark und viele beunruhigend beschleunigt, die Regierung zu schnellen Entscheidungen getrieben. Die Unzufriedenheit mit dem doch sehr vagen Begriff der Krise hat dazu geführt, dass eine andere Fokussierung erfolgte: die sog. „bedrohten Ordnungen“.

„Bedrohte Ordnungen bezeichnen Situationen, in denen Menschen das Vertrauen in gewohnte Abläufe, das Handeln ihrer Mitmenschen und den Glauben an eine sichere Zukunft verlieren. Sie reagieren emotional und fühlen sich unter Druck gesetzt, über die Bedrohung zu sprechen und nach Lösungen zu suchen. In bedrohten Ordnungen lassen sich zu allen Zeiten in unterschiedlichen Gesellschaften vergleichbare Handlungsmuster beobachten. Menschen sehen sich in solchen Situationen mit vier Fragen konfrontiert: Was bedroht uns, wer sind wir,

was brauchen wir, was tun wir?“ (bedrohungsordnungen.de)

Die Bedrohung, die hier aktuell zu beschreiben ist, entsteht durch das Nebeneinander statischer Verhältnisse und dynamischer Prozesse, die gleichzeitig wirksam sind. Dabei können unsicher werdende Handlungsoptionen, Verhaltenserwartungen, Routinen entstehen, die neue, herausfordernde Entscheidungen benötigen. Die typische Kommunikation benennt emotionsgeladen Quellen der Bedrohung, nicht immer konkret, sondern eher vage, bedient sich auch stark verkürzten Informationen oder eben falschen Aussagen, Fake News (die in ihrer Schnelligkeit kaum zeitnah enttarnt werden können). Damit überlagert sie Fakten und inhaltliche Klärung, überlagert so die Bedeutsamkeit und argumentiert mit der Unmittelbarkeit, dem Faktor Zeit. Von bedrohten Ordnungen ist dann zu sprechen, wenn eine Akteursgruppe einen Gegenstand alarmierend platzieren kann („wir müssen jetzt handeln, sonst..“), zukünftige Szenarien aufgezeigt werden und bereits Handlungsoptionen und –Empfehlungen gegeben werden (vgl. Fechner 2014). Eine weitere Verbreitung des Bedrohungsszenarios, verbunden mit einem hergestellten Konsens (s. Triggerpunkte) über die folgenden Optionen, ist dann wichtig für eine breitenwirksame Mobilisierung.

Re-Ordering (Frie u. Nieswand 2017) ist der Prozess, der die Reaktion der bedrohten Ordnung auf die dargestellte Kommunikation beschreibt. Zentral wichtig ist dabei das ständige Wechselspiel von Diagnose und Praxis („was bedroht uns?“ „was können wir tun?“). Der entstehende neue Möglichkeitsraum wird dann entscheidend geprägt von dem Potential an Mobilisierung („welche Ressourcen brauchen wir?“) und letztlich der Reflexion über das eigene Tun („wer sind wir?“). Gerade das Reflektieren über die eigenen Möglichkeiten, über ihre Grenzen, über die fachlich-inhaltliche Stringenz und Korrektheit erscheint äußerst wichtig. Damit verbunden sind ethische Fragen v.a. der Angemessenheit einer Reaktion, der möglichen Akzeptanz einer nicht mehr gewaltfreien Antwort, einer Überschreitung des demokratischen Ordnungsrasters.

3 Demokratie versus Autokratie

Ein Exkurs auf den afrikanischen Kontinent

Afrikas Demokratien stecken in der Krise. Doch die Herausforderungen reichen weit über den Kontinent hinaus. Für einen liberalen Beobachter ist das beunruhigendste Bild nicht ein Panzer, der vor einen Präsidentenpalast rollt, sondern die Menge jubelnder Bürger, die neben ihm herläuft. Wir haben Erklärungen, um solche Phänomene wegzureden: Desinformation, mangelnde Bildung oder die Anziehungskraft eines „starken Mannes“. Doch derartige Erklärungen sind hier nicht unbedingt richtig: Für Millionen Menschen in Afrika war die „demokratische Ära“ nicht gleichbedeutend mit Freiheit und Emanzipation war, sondern mit dem Kampf ums Überleben. Sidiq Jaafar (2025) beschreibt die Entwicklung so: „Für den Durchschnittsbürger in Zentralmali oder im Norden von Burkina Faso war der demokratische Staat eine Instanz, die zwar Steuern eintrieb, aber keinerlei Sicherheit anbieten konnte; ein System, in dem die politische Klasse in bestens klimatisierten Räumen der Hauptstädte debattierte, während das Hinterland wortwörtlich brannte. Die Bürgerinnen und Bürger erlebten, wie demokratische Regierungen zuschauten, während die Gewalt der Dschihadisten eskalierte, die Autorität des Staates zusammenbrach und offene Korruption herrschte, während ausländische Militärkräfte mit mehr Autonomie operierten als ihre eigenen gewählten Parlamente. Wenn echte demokratische Funktionen verschwinden, entscheiden sich die Menschen unweigerlich eher für die Ordnung, die ein Soldat verspricht, statt für das Chaos, das ein Politiker verwaltet. Wenn demokratische Formen nur den Anschein von Verantwortung und Rechenschaftspflicht erwecken, ohne diese tatsächlich zu erfüllen.

Die Entwicklungen in Tansania und Mosambik sind in dieser Hinsicht beispielhaft: Die demokratische Öffnung der Länder führte zu fairen Wahlen; aber dann musste man mitansehen, wie diese Systeme zu reinen Instrumenten der Machtkonzentration in den Händen einer nur noch zum Schein existierenden Opposition verkamen, die keine Veränderung brachten. Wenn demokratische Formen nur den Anschein von Verantwortung und Rechenschaftspflicht erwecken, ohne diese tatsächlich zu erfüllen, hören die Bürger auf, sie zu verteidigen. Was wir beobachten, ist

allerdings keine „kulturelle Unvereinbarkeit“ afrikanischer Gesellschaften mit Demokratie, sondern ein grundlegender Designfehler. Wir haben in fragilen, diversen Gesellschaften, in denen Konsens der einzige Schutz vor weiterer Spaltung ist, parlamentarische Systeme eingeführt, die auf Konfrontation und auf dem Winner takes all-Prinzip basieren. Wir haben dem Wahl- und Wahlkampftheater Vorrang gegeben vor einer festen, lokalen Verankerung von Rechenschaftspflicht und Transparenz. Deshalb wird Demokratie nicht als Mechanismus zur Lösung von Problemen gesehen, sondern als ein mit harten Bandagen ausgetragenes Spiel darum, wer Ressourcen ausbeuten darf. Eine neu konzipierte demokratische Architektur muss von einer grundlegenden Erkenntnis ausgehen: Legitimität entsteht dadurch, dass man den Bürgerinnen und Bürgern das liefert, was sie zum (Über-)Leben brauchen, und nicht dadurch, dass man gewisse Verfahren importiert. Erstens müssen wir uns fragen, ob das Winner takes all-Modell in extrem pluralistischen Gesellschaften wirklich sinnvoll ist. Wenn ein Wahlergebnis für die Verliererseite eine existenzielle Bedrohung darstellt, ist das System unzulänglich. Zweitens muss sich die Konzentration von Macht verlagern. Der hyperzentralisierte postkoloniale Staat ist meist zu weit weg, um schnell reagieren zu können. Eine neu konzipierte Demokratie könnte dementsprechend eine radikale Dezentralisierung beinhalten, bei der lokale Räte – die oft ein hohes Maß an Vertrauen genießen – in die formale Staatsarchitektur integriert werden, anstatt als parallele Strukturen verstanden zu werden. Drittens darf Demokratie nicht mit Schwäche assoziiert werden. Ein demokratischer Staat muss in der Lage sein, Macht auszuüben und Gesetze konsequent durchzusetzen. Wenn wir die Probleme in Afrika für besonders oder einzigartig halten, übersehen wir, was sie über die demokratischen Strukturen selbst aussagen. Die Belastungstests für die Demokratie mögen in Afrika härter und die Auswirkungen katastrophaler sein, aber die grundsätzlichen Probleme – Repräsentation ohne Reaktionsfähigkeit, Macht ohne Rechenschaftspflicht – plagen Systeme weltweit. Wir können weiterhin fehlerhafte Systeme verteidigen, indem wir uns auf die althergebrachten Verfahren fixieren und lediglich „schwache“ Institutionen für Probleme verantwortlich machen. Oder wir

können diese Probleme als Beleg dafür sehen, dass unsere traditionellen Strukturen neu gedacht werden sollten“ (Abubakar 2025).

Der Faktor Angst

Angst, Macht und Destabilisierung gehören zusammen. Angst ist ein Werkzeug vor allem von Autokraten und Diktaturen, aber auch zunehmend von Parteien wie der AFD, um ihre Ziele durchzusetzen. Angst ist nicht nur eine emotionale Reaktion auf Gefahr, sondern ein soziales und politisches Phänomen, das Machtverhältnisse formt und politische sowie gesellschaftliche Prozesse beeinflussen kann. Während Furcht sich auf unmittelbare Gefahren bezieht, wird *Angst* immer getragen von der geistigen Vorstellung von möglichen Gefahren, sie bezieht sich stets auf etwas Zukünftiges, das als Bedrohung oder Risiko wahrgenommen wird; es sind oft Herrschafts- und Machtstrukturen Ursache dafür. Politische Angst ist zunächst ganz direkte Angst vor den Inhabern der politischen Macht, die auch Gewalt- und Kontrollmittel wie Polizei, Geheimdienste und Aufsicht über die öffentlichen Medien einsetzen können. In der Psychologie ist Angst eine Grundemotion, die auf die Wahrnehmung einer Bedrohung reagiert. Sozialwissenschaftlich wird sie jedoch auch als politische „soziale Tatsache“ begriffen, die durch Diskurse konstruiert und verbreitet wird. Für jede Machtausübung und für jede Politik ist eine entscheidende Frage, welches Maß an Gewalt gerechtfertigt werden kann und wie viel daraus erwachsende Angst man den Menschen zumuten will. Der Terror muss vom System so eingesetzt werden, dass er eine Gesellschaft nicht vollkommen lähmt oder gar zerstört. Mit Angst sind Menschen erpressbar, denn sie sorgen sich um ihr Wohl, ihre Familie, ihre Freunde.

Im Vergleich verschiedener Regierungsformen hat die moderne, liberale Demokratie gerade mit Blick auf die politischen Ängste Vorzüge gegenüber Autokratie oder Diktatur. Je liberaler, egalitärer, demokratischer und humanistischer eine Politik ist, umso weniger besteht Anlass, starke politische Ängste auszuprägen. Demokratien verfügen aufgrund der Gewaltenteilung und vielfältiger Kontrolle der Staatsorgane über weniger starke politische Machtpotentiale.

Demokratien tendieren in Krisenzeiten zu einer Angstpolitik, um politische Maßnahmen zu

rechtfertigen und durchzusetzen, die tief in die Freiheiten der Menschen eingreifen, wie dies in den USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 der Fall war oder in der Zeit der Coronapandemie in nahezu allen Ländern der Welt. Krisenzeiten sind immer eine Gefahr für die Demokratie: Auf der einen Seite tendiert die politische Führung dazu, Grundrechtseinschränkungen vorzunehmen, um im proklamierten Notstand größere politische Spielräume zu gewinnen, was zum Aushöhlen demokratischer Strukturen. Auf der anderen Seite verängstigen Krisen auch die Bevölkerung, die nicht einschätzen kann, wohin sich die Ereignisse entwickeln und deshalb gegen die politischen Entscheidungsträger revoltiert oder denjenigen zu folgen bereit ist, die einfache Lösungen versprechen (s.u. AFD). (Frischmann, B. 2025)

Drei Thesen:

1. Angst ist ein Instrument politischer Macht: Denn je mehr Angst Menschen empfinden, desto eher akzeptieren sie starke Autoritäten oder Einschränkungen von Freiheiten in der Erwartung von Sicherheit. (Fratzcher, M. 2023)
2. Angst fördert gesellschaftliche Destabilisierung: Wenn Angst systematisch geschürt wird, kann dies gesellschaftliche Unsicherheiten verstärken, Vertrauen in Institutionen untergraben und soziale Spaltungen vertiefen
3. Die Instrumentalisierung von Angst hängt von Machtstrukturen und Medienumgebungen ab: Eine „Angstkultur“ entsteht nicht nur durch politische Akteure, sondern auch durch Medien- und Kommunikationsmechanismen, die emotionale Reaktionen verstärken und so Macht- und Destabilisierungsdynamiken verstärken.

Angst gehört mittlerweile zur gängigen Verhandlungstaktik vieler Politiker, und wieder ist es Donald Trump, der diese in brutaler Art und Weise anwendet. Die mögliche Übernahme von Grönland ist hierfür ein aktuelles Beispiel: „Man legt erst einmal alles inklusive der militärischen Möglichkeiten auf den Tisch, um den anderen, in diesem Fall den Europäern, Angst zu machen und bessere

Verhandlungsmöglichkeiten zu erzielen“ (Christian Mölling, Sicherheitsexperte, 12.1.2026).

Autokratien im Aufwind

Aktuell beobachten wir ein selbstbewusstes Auftreten der Autokraten Trump, Erdoğan, Putin.

Im Jahr 2025 gibt es eine neue Aufteilung der Weltsysteme: 88 Demokratien, 91 Autokratien – erstmals überwiegt die Zahl der Autokratien, wobei eine eindeutige Trennung nicht wirklich immer möglich ist (Bsp. Singapore als sog. hybrides System).

Die kompetitive Demokratie

Die USA verabschieden sich aus dem Kreis der liberalen Demokratien. Was in den USA nicht droht, ist die totalitäre Gleichschaltung. Die USA werden kein Ein-Parteien-Staat werden. Aber eine Totaltransformation zu einer faschistischen Diktatur steht nach Lütjen (2025) nicht an, vielmehr geht es um einen langfristigen Umbau des Staates. Man spricht von *competitive authoritarianism*, ein System, in dem weiterhin freie Wahlen stattfinden, allerdings mit veränderten Spielregeln, die es der Opposition stark erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht, noch Wahlen zu gewinnen. Die formale Architektur der Demokratie bleibt bestehen – Wahlen, Mehrparteiensysteme, vordergründig auch Elemente der Gewaltenteilung –, aber die Parteien an der Regierung nutzen die Macht über den Staatsapparat, um ihre politischen Gegner einzuschüchtern, zu isolieren und Teile ihrer Arbeit für illegal zu erklären.“ (T. Lütjen 2025)

Sind Autokratien stärker als Demokratien? Als Kriterien zur Beurteilung könnten militärische, wirtschaftliche und politische Aspekte gelten.

Auf den ersten Blick scheinen Autokratien der Gewinner zu sein, das gilt für China unter Xi, für Russland unter Putin und jetzt gerade die USA unter Trump. Aber auch China hat wirtschaftliche Probleme, Massenarbeitslosigkeit und Überalterung der Gesellschaft, Russland definiert sich momentan nur über den Kriegshaushalt, die USA sind im Umbruch. Autokratien haben kein freies Unternehmertum und Misstrauen ihrer Bevölkerung. Immer noch haben Autokraten Angst vor demokratischen Systemen, in denen die Bevölkerung ihr Land auf diese Weise

mitgestaltet und getragen haben, Teilhabe hatten und vor allem eine wertebasierte Ordnung garantierten.

Aber diese Schwächen der Demokratie sind momentan auszumachen:

- Demokratien liefern nicht mehr, haben versagt bei der Wahrnehmung und Bekämpfung wirtschaftlicher Probleme. Das wird gerade auch in den USA deutlich: Bereits seit 20 Jahren geht es der breiten Bevölkerung schlechter.
- Die von Demokratien vorgetragene moralische Überlegenheit wird von der Bevölkerung als negativ bevormundend wahrgenommen. „Lebenslügen der Demokratien schlagen zurück“: Schönreden von Putins Imperialismus, Schönreden von Bidens Gesundheit, dies wird dann von den Autokraten im Land ausgenutzt.
- Institutionskrise der Demokratien: zu langsam in der Reaktion auf aktuelle Probleme, zu langsam in der Herstellung von Entscheidungsmehrheiten (die Dauer einer Legislaturperiode ist zu kurz, um langfristig strategische Planungen anzugehen und durchzusetzen).

Unsere Demokratie wird von Teilen der Bevölkerung nur noch gemessen an ihrer Lösungskompetenz, am Beheben festgestellter Mängel in überschaubarer Zeit. Dabei geraten die dauerhaften Gewinne für unser Leben – stabiles Rechtssystem, umfassende Freiheiten und Rechte – als Gewohnheit in den Hintergrund und werden damit abgewertet. Deshalb ist das einfache Argument „Demokratie muss liefern“ zu kurz. Vielmehr müssen Anstrengungen unternommen werden, die großen Vorteile unseres Systems immer wieder aufzuzeigen.

Die Arbeit der aktuellen Bundesregierung ist extrem herausfordernd: Eine aus heutiger Sicht in vielen Bereichen falsch- bzw. fehlgeplante Politik der letzten zwei Jahrzehnte (Abhängigkeit von russischer Energie und Rohstoffen, unterlassene Investitionen in Digitalisierung, Infrastruktur, Bildung...) muss korrigiert werden, während die Bevölkerung die Geduld verliert und schnelle Antworten einfordert. Die Kritik von Managern und

Wirtschaftsvertretern wirkt da überzogen und birgt Gefahren: Mit der Pauschalforderung „Die Demokratie muss liefern“ bedient sie zunehmend die Argumentationslinie der AFD und der Eindruck entsteht, dass nicht nur konkrete Entscheidungen der Regierung abgelehnt werden, sondern – und das ist problematisch – die mühsamen Verfahren der parlamentarischen Demokratie in Frage gestellt werden. Und: Die Anziehungskraft autokratischer Systeme mit schnellen, direkten Entscheidungen scheint zu wachsen. Deutsche Wirtschaftsvertreter bewundern das effiziente Modell der chinesischen Wirtschaft (z.B. bzgl. der Elektromobilität), die Lobby der Familienunternehmer befürwortete eine AFD-Annäherung: Der Chef des Bilfinger Industriedienstleisters Thomas Schulz formulierte: „Die Politik ist schwach, wenn man über Sachen nur redet und nicht handelt“, der Präsident des BDI (Bundesverband der deutschen Industrie) wäht den Wirtschaftsstandort Deutschland „im freien Fall“. Damit wird Panik und Unsicherheit in der Bevölkerung erzeugt.

Es gibt aber auch Beispiele verantwortungsvoller Unternehmen, die diesem Trend entgegenstehen: So haben Rossmann und DM ausdrücklich der Vereinigung der Familienunternehmen widersprochen, sind aus dem Verband ausgetreten und haben die Distanzierung durchgesetzt.

Der Wirtschaftsethiker Markus Scholz fordert deutsche Unternehmen auf, sich aktiver für Demokratie und gegen Rechtspopulismus zu engagieren: „Die Wirtschaft allein wird das Problem nicht lösen. Aber sie muss verstehen, welch ein Privileg die liberale Demokratie in Verbindung mit der Sozialen Marktwirtschaft ist. Unternehmer und Manager sind Teil der Zivilgesellschaft und verpflichtet, beides zu verteidigen – und damit letztlich die Freiheit jedes Einzelnen.“ (Scholz, M. 2025).

Welchen Stellenwert hat der Aspekt Freiheit?

Gerade für Europa stellt sich die Frage: Was sind die Werte der Demokratie wirklich wert? Was ist der Preis der Freiheit bei der Auseinandersetzung mit Russland, China und Türkei. Welches Narrativ gibt es für die Zukunft? Ehrlichkeit und Transparenz über die beschränkten Möglichkeiten müssen im Umgang mit Autokratien hergestellt werden.

Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem System des Staates ist schwierig zu bewerten. Auch wenn demokratische Staaten im sog. Glücksindex besser abschneiden, muss festgestellt werden: Es gibt in China keine wirklich erkennbare Sehnsucht der breiten Bevölkerung nach Freiheit, individueller Entwicklung und Demokratie. In Russland wollen viele auch nicht primär Freiheit, sondern wirtschaftliche Sicherheit und Ordnung. In den USA steht mehrheitlich auch primär die wirtschaftliche Perspektive im Vordergrund, klassisch demokratische Aspekte treten in den Hintergrund, scheinen nebensächlich. Die USA sind momentan auf dem Weg zu einer sog. kompetitiven Autokratie: Legislative und Judikative existieren noch, Wahlen finden formell noch statt, der Präsident allerdings beansprucht für sich die alleinige Macht.

Markus Scholz beschreibt die Entwicklung der USA unter Trump so: „Alle Herrschaftstechniken der Populisten werden angewendet: Die Einschränkung der Medienfreiheit, das Vereinnahmen staatlicher Institutionen, Klientelpolitik, der Kampf gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, die Diskreditierung der Opposition als Volksfeinde.“ (Scholz, M. 2025)

Die Erklärungsmuster für eine immer unübersichtlicher gewordene Welt sind nicht mehr tauglich. So komplex ist die Welt geworden, dass der New York Times – Kolumnist Thomas Friedman vom Anbruch eines neuen Zeitalters, des „Polyzän“ spricht. Eine Vielfalt von Einflüssen und Prozessen kennzeichnen diese Zeit: Keine Teilung mehr in Ost-West, Nord-Süd, Kommunismus-Kapitalismus. Stattdessen betrieben die Global Player – die Autokraten dieser Welt – eine Geopolitik der wechselnden Bündnisse. Nicht mehr Werte- und Systembündnisse, sondern Geschäftsbündnisse dominieren, und diese sind, so zumindest ist es aktuell zu sehen, schneller und unkomplizierter zu schließen und bei Bedarf wieder zu lösen.

Der Umbruch könnte sich – ähnlich dem aus der Klimaforschung bekannten Theorie der Kipppunkte – hier auch an Grenzpunkten abzeichnen, die von Schwellenwerten bestimmt werden; werden diese überschritten, könnten sich selbstverstärkende Kräfte die alten Systeme sprengen. So könnten destabilisierte Demokratien in kurzer Zeit zu autokratischen Systemen werden.

Warum Autokraten erfolgreich sind

Viele Politiker der ganzen Welt wurden wiedergewählt, obwohl – oder gerade weil? – sie offensichtlich gegen die Regeln von Good Governance handeln (siehe Erdoğan, Orban, Kagame und viele mehr). Aus ihrem Amt heraus unterwandern sie die Demokratie. Die Antwort ist: Bei Wahlen geht es immer um Kompromisse und das Verständnis dafür bei den Bürgern herzustellen. Jede Partei, jede Kandidatin muss Präferenzen in der Rangfolge ihrer Ziele machen, keiner deckt alle Postulate der Bevölkerung ab. Viele Wähler wollen konkrete Maßnahmen für ihre konkreten Anliegen und Probleme, das können Autokraten besser bedienen.

Und: Eine freie Presse ist nicht schon ein Garant demokratischer Entscheidungsvielfalt, sie ist nicht frei von parteipolitischen Tendenzen. Autokraten dagegen kontrollieren diese und schalten sie gleich, und sie machen klare Aussagen, leicht verständlich und nicht selten falsch. Aber diese sind greifbarer, konkreter und nicht so abstrakt: Statt allgemein die Wirtschaftslage zu analysieren, werden ihnen vom Autokraten Maßnahmen zur Verbesserung der eigenen Lebensverhältnisse (z.B. Lohnerhöhung, Steuererleichterung) versprochen; also ein funktionierender Austausch zwischen Wählen und Vorteil (Klientelismus).

Die weiteren Maßnahmen wie Unterdrückung der Parlamentsdiskussion, Versetzung von Richtern etc. sind eher weit weg und abstrakter Natur, meist unter dem Deckmantel vom Schutz der bedrohten Nation. Damit werden Angst und Ressentiments eine wichtige Säule der Autokraten. Das erinnert stark an die Funktionsweise von Fake News: Feindbilder werden zentral wichtig (die EU Bürokratie in Brüssel, muslimische Migranten, ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten). Die Autokraten stellen sich dann als die Bewahrer der Interessen der Bevölkerung hin, greifbarer für die Wähler als abstrakte demokratische Normen.

Es muss aber nicht nur diese eine Entwicklungsrichtung geben. Ungarn hat seinen Autokraten Orban - und damit verbunden den Demokratieabbau - mit überwältigender Mehrheit im April 2026, Polen hat die beginnende Autokratie unter der PIS-Partei 2025 abgewählt. Europa stellt sich geschlossen

gegen den völkerrechtswidrigen Krieg der USA/Israel mit Iran.

Wie muss reagiert werden? Die Macht von Angst und Ressentiments muss anerkannt und wahrgenommen werden und, ebenso wichtig, die sehr konkrete Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung muss in den Blick genommen werden.

Sicherheit verbunden mit einem Ordnungssystem ist ein Fundament für eine funktionierende Gesellschaft; diese zu gewährleisten ist Aufgabe unseres Staates, Aufgabe der Regierung, Aufgabe von uns allen. Während der letzten 20 Jahre haben starke Einflüsse von außen dazu geführt, dass die innere Sicherheit, v.a. auch die gefühlte Sicherheit unserer Gesellschaft angegriffen und bedroht wurde – der Prozess der Destabilisierung hat uns erfasst. So wirkten physische Bedrohungen – Terrorismus und Krieg – wie auch psychische Bedrohungen – Fake News, Populismus, Rassismus, Radikalismus – mit großer Macht ein.

Die AFD in Deutschland: Angriff auf die Institutionen

Die AFD lässt bereits jetzt erkennen, welchen Staat sie im Blick hat, wenn sie an die Macht käme: Landeszentralen für Politische Bildung werden kontrolliert, die Wissenschaftsfreiheit in Frage gestellt, Kultureinrichtungen eingeschränkt. Es geht dabei zentral um den Begriff der „Neutralität“, der so ausgelegt wird, dass alle, also auch staatsfeindliche Aussagen, gleichberechtigt stehen und diskutiert werden können. Dabei wird von der AFD die Verfassung in Frage gestellt, indem die tragenden Institutionen, die zentrale Infrastruktur für Pluralismus und Demokratie - Polizei, Justiz und auch Schulen - unter Druck gesetzt werden. Die Strategie ist klar: Zuerst erfolgt eine Delegitimierung der Institutionen, ihr folgt damit die Destabilisierung, indem ihre Aufgaben autoritär umgedeutet werden. In den USA wird diese Praxis im Turbotempo seit der Machtübernahme von Trump gezeigt.

Frankenberg, H. u. W. Heitmeyer (2025) analysieren: „Die Attraktivität der AFD besteht im Autoritären Nationalradikalismus. Er kann als Antwort auf unsichere Jahrzehnte mit ihren seit 2000 fortlaufenden Krisen und den damit verbundenen Kontrollverlusten verstanden werden. Wenn die Gegenwart als höchst

unsicher wahrgenommen wird und die Zukunft keine Besserung verspricht, dann gewinnt das Autoritäre und Nationalistische an Gewicht. Es ist ein gefühltes Sicherheitsversprechen, das in den verschiedenen Milieus in Ost- wie Westdeutschland Anklang findet. Das Autoritäre zielt zum einen auf ein Gesellschaftsmodell, in dem die Hierarchien von traditioneller Kultur, Lebensweise, Geschlechtsrollen, Familienbildern, Abwehr und Ausgrenzung sexueller Vielfalt wiederhergestellt wird. Zum zweiten geht es um ein Staatsverständnis, das sich durch Kontrolle und härtere Strafen auszeichnet“.

Die Durchrohung der Gesellschaft

Wilhelm Heitmeyer (2025) beschreibt den Zustand der sog. Durchrohung unserer Gesellschaft: Mehr Egoismus, mehr Aggression verbreiten sich im privaten, im öffentlichen und im institutionellen Raum. Alltagserfahrungen zeigen, dass Hass, Gewalt und Rücksichtslosigkeit zunehmen. Dagegen gibt es nach seiner Überzeugung eine breite Relativierung dieser Phänomene durch Wissenschaft, Medien und Politiker, die die Verallgemeinerung von Einzelbeispielen ablehnen. Heitmeyer spricht hier von einer selbsttäuschenden Beruhigung.

Dabei werden drei Formen der Gewalt unterschieden:

- Die expressive Gewalt beschreibt die Einzigartigkeit und Dominanz des Täters.
- Die instrumentelle Gewalt beschreibt die Durchsetzung materieller Interessen.
- Die regressive Gewalt beschreibt die autoritäre Veränderung der Ordnung.

Diese Analyse deckt sich mit den Beobachtungen in der Schule, im Mangel oder sogar Verlust der Erziehungsregeln, die vom Elternhaus erwartet werden. Damit wird der Lehrerberuf vor völlig neue pädagogische Herausforderungen gestellt, auf die in den Universitäten bisher wenig vorbereitet wird.

Heitmeyer weiter: Je größer die soziale Ungleichheit, desto höher die Gewaltraten. Dieser Befund deckt sich mit dem aktuellen Wahlverhalten, indem die AFD mit hohen zweistelligen Prozentsätzen gewählt werden – sie befürworten eine Radikalisierung und

Gewaltanwendung bzw. relativieren sie. Die Argumentation ist die vermeintliche Einschränkung der Meinungsfreiheit, der mit einer Befreiung zur Verrohung mit einem entsprechenden Durchsetzungszwang zu beantworten ist. Damit verbunden: die Abwertung der Konkurrenz, die Verrohung der Alltagskommunikation, die Subjektivierung von Werten (woran ich mich halte, bestimme ich), die Befreiung von sozialen Zwängen und Durchsetzung negativer Emotionen.

Seit über 20 Jahren funktionieren nach Heitmeyer politische Instrumente nicht mehr sofort. Damit verbunden ist eine Kontrollverlusterfahrung der Menschen und als Folge davon eine schwindende Bindung an Rechtsnormen. Dieser Prozess wird unterstützt und verstärkt durch die o.g. Selbsttäuschung der Medien und Politik.

4 Die destabilisierte Gesellschaft

Die aktuelle Mitte-Studie vom November 2025 warnt vor der Normalisierung des Rechtsextremismus durch eine zunehmend anschlussfähige Abwertung von Schwächeren. Auch wenn die Demokratie im Allgemeinen weiterhin große Zustimmung genießt, wächst das Misstrauen in sie: Mehr als jeder Fünfte in Deutschland hat kein Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Die Durchführung der Studie liegt seit 2014 bei dem Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung unter Andreas Zick. Die Studien geben Auskunft über die Verbreitung, Entwicklung und Hintergründe rechtsextremer, menschenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungen in Deutschland. Während die letzten Studien noch von einer »geforderten« und 2023 sprachen, diagnostiziert die aktuelle Rechtsextremismus-Studie »die angespannte Mitte«. Dies zeigt sich deutlich in den Zahlen zum Vertrauensverlust zur Demokratie. In der Vorgängerstudie 2023 lag die entsprechende Zahl zum Misstrauen gegenüber der Demokratie noch bei 18,3 Prozent der Befragten, jetzt bei 21,5%.

Auch in demokratische Wahlen fehlt bei immer mehr Befragten das Vertrauen. Waren es 2023 noch elf Prozent, misstraut nun fast jeder vierte Befragte demokratischen Wahlen – im Vergleich zur 2021 veröffentlichten Studie sind das dreimal so viel Befragte. Dass die deutsche Demokratie »im Großen und Ganzen ganz gut«

funktioniert, glaubten im vorangegangenen Zeitraum noch knapp 57 Prozent, nun ist ihr Anteil auf 52 Prozent gesunken, ein Höchstwert seit 2016. Knapp ein Drittel der Befragten glaubt die Aussage »Die regierenden Parteien betrügen das Volk«, mehr als jeder zweite fordert »mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik«.

Um fünf Prozentpunkte ist in der aktuellen Studie zwar die Zahl der Befragten mit einem rechtsextremen Weltbild gesunken, sie liegt mit 3,3 Prozent aber über den Angaben von 2014 bis 2021. Fast ein Viertel der Befragten verharmlost den Rechtsextremismus und findet, er werde »in den Medien hochgekocht« oder es sei am besten, ihn »gar nicht zu beachten«. Dazu kommt: Jede fünfte Person stimmt rechtsextremen Aussagen weder zu noch lehnt sie diese deutlich ab. Die Wissenschaftler*innen sprechen von einem »Graubereich«, der sich gefestigt hat. Er zeige eine Offenheit für antidemokratische Orientierungen, zudem sei eine Normalisierung antidemokratischer und menschenfeindlicher Aussagen zu beobachten.

Zweifel an der Demokratie gehen mit Einstellungen einher, die dem liberalen Geist des Grundgesetzes widersprechen. Beispielhaft dafür meint jeder vierte Befragte: »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«. Die Zustimmung zu nationalchauvinistischen Aussagen insgesamt ist auf knapp 20 Prozent gestiegen. Sie ist »ein Einfallstor für die Zustimmung zu weiteren Dimensionen rechtsextremer Einstellungen«, so die Herausgeber*innen der Studie. Zwar ist der Anteil derer, die meinen, in einer Demokratie solle die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen, mit knapp 88 Prozent gleichgeblieben. Zugleich meint aber mehr als jeder dritte Befragte, »im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren«. Mehr als ein Viertel stimmt der Aussage zu, es werde zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen und mehr als jeder Zehnte lehnt es ab, die Grundrechte von Minderheiten zu schützen. Jeder vierte Befragte ist zumindest teilweise bereit, die Gleichwertigkeit von Menschen infrage zu stellen, die Abwertung von trans* Menschen hat ebenfalls weiter zugenommen.

Die Studie zeigt: Längst haben rechtsextreme Einstellungen ihren Weg in die breite

öffentliche Debatte gefunden, Konsequenzen sind Gewöhnungseffekte und Normalisierung. Mehr als ein Drittel teilt abwertende Einstellungen gegenüber Asylsuchenden, mehr als 36 Prozent werten Langzeitarbeitslose ab und unterstellen ihnen, sie machten sich »auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben.

Ernst Hillebrand (2025) sieht eine Zuspitzung der Situation europäischen Ländern, gerade in Deutschland: „Die Politik (und mit ihr die Bevölkerung) erscheint zunehmend als Opfer eines Systems, das sie selbst geschaffen hat. In diesem von Überbürokratisierung, Überjustizialisierung und einer neoliberalen Grundierung der EU-Binnenmarktordnung geprägten System verpuffen demokratische Impulse zunehmend wirkungslos. Über Wahlen und parlamentarische Mehrheiten sind grundsätzliche politische Kursveränderungen – wie nicht zuletzt die rechtspopulistisch geführten Regierungen in den Niederlanden und Italien vor allem in der Migrationspolitik lernen mussten – kaum mehr möglich. Diese Blockade des Politischen ist vielerorts sogar explizit erwünscht. „Effektive Einschränkungen der Exekutive“, so beschreibt Philipp Manow diese Entwicklung, „werden zu einem Gütesiegel liberaler Demokratie. Möglichst niemand soll so regieren können, wie eine Mehrheit es will. Allerdings gehen die Auswirkungen dieser Einhegung des Souveräns mittlerweile weit über das ursprünglich Beabsichtigte hinaus. Staatlich-administratives Handeln verfängt sich zunehmend in den Fallstricken von nationalen und europäischen Gesetzen, Verwaltungsvorschriften, dem Anspruchsdenken hyperindividualisierter Gesellschaften, von Geldmangel und einem massiven *mission creep* der Justiz, die sich immer weiter in das Terrain der Politik hineinbewegt und deren Gestaltungsspielräume zunehmend verengt. Demokratische Politik verkommt zu einer Art parlamentarischer Performance, in der sich die Akteure in symbolischen und immer weniger gestaltenden Gesten verlieren.

Die aktuelle Situation unterminiert mit ihrer doppelten Lähmung – Wahlen, die wenig verändern, und eine Verwaltung, die nicht liefert – die beiden zentralen Säulen der Legitimität demokratischer Systeme: Die „Input“-Legitimität der Selbstbestimmung der Staatsbürger ebenso wie die „Output“-Legitimität, die durch die erfolgreiche

Bereitstellung öffentlicher Güter und die Erfüllung staatlicher Grundfunktionen entsteht. Diese Entwicklung ist umso fataler, als sich längst Gegenkräfte und -modelle formieren. Das gilt zum einen für die westliche Welt, wo sich in der Person Donald Trumps ein Muster für einen autoritären Führungsstil etabliert hat, der sein politisches Mandat für ein hartes und konsequentes output-orientiertes Durchregieren jenseits etablierter institutioneller Arrangements nutzt. Noch größer dürfte aber langfristig die Herausforderung sein, die sich aus der Leistungsfähigkeit autoritärer nicht-westlicher Systeme etabliert. Was uns droht, ist kein Systemwechsel, sondern ein Wechsel innerhalb des Systems: ein populistischer Backlash, der die etablierten Parteien abwählt und die politische Macht – siehe Trump – in die Hand von Akteuren legt, die versprechen, Politik endlich wieder *effizient* zu betreiben. Damit dies nicht passiert, bedarf es ernsthafter Reformen: weg von blockierter Demokratie und zurück zu einer realen Gestaltungsmacht des Politischen. Solche Reformen liegen im ureigenen Interesse gerade jener Kräfte, die heute (noch) die parlamentarischen Mehrheiten stellen. Wenn die demokratischen Akteure diese „Systemfrage“ nicht selbst in Angriff nehmen, werden dies früher oder später andere tun.“

Vom Wettbewerb zur Gewalt

Was besonders auffällt: Ein Viertel der Befragten hängt einer libertär-autoritären Ideologie mit neoliberalen und autoritären Gesellschaftsbildern an. Besonders diese Gruppe neigt deutlich stärker zu einem rechtsextremen Weltbild, fast jeder Fünfte von ihr billigt politische Gewalt und stimmt der Aussage zu, »Gegen politische Gegner muss man auch mal Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen«. Die Wissenschaftler attestieren dem »leistungs- und nützlichkeitsorientierten Blick auf die Welt«, anschlussfähig für antidemokratische, rechtsextreme und gewaltbilligende Haltungen zu sein. Subtiler als der klassische Rechtsextremismus transportiere die Haltung, »nicht zu viel oder gar keine Solidarität mit Schwächeren zu zeigen, Menschenfeindlichkeit in die gesellschaftliche Mitte«. Zick resümiert, »radikale Gegenentwürfe von rechts treiben die Gesellschaft in Richtung eines Kipppunktes, und Teile der Mitte folgen in der Hoffnung auf ein »Wir zuerst!«.

Zur Veröffentlichung der aktuellen Studie erklärte Martin Schulz, der Vorsitzende der FES, »dass die antidemokratische und menschenfeindliche Stimmungsmache von Rechtspopulisten sich langsam in die Mitte der Gesellschaft hineinfrisst«. An politische Verantwortungsträger und die Zivilgesellschaft appellierte er: »Gegenhalten!«. Denn die Studie hat auch Potenziale zum Umgang mit Rechtsextremismus ermittelt und zeigt, dass rund drei Viertel der Menschen in Deutschland rechtsextreme Einstellungen ablehnen. Jeder zweite Befragte ist bereit, selbst etwas gegen Rechtsextremismus zu tun. Gleichzeitig warnen die Verfasser*innen davor, eine Zivilgesellschaft, die für Werte wie Solidarität und Fairness eintritt, »zu verdächtigen, einseitige Ideologien zu vertreten«. (nd.aktuell.de 6.11.2025, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin)

Demokratie und Vertrauen

Amlinger und Nachwey haben in Interviews sog. rechte Wählerinnen und Wähler nach ihrem Demokratieverständnis gefragt. Sie warnen vor einem demokratischen Faschismus, der eine Demokratie der Mehrheit, der „Normalen“ und „Einheimischen“ fokussiert und die liberale Idee ablehnt. Drei Typen dieser Wähler konnten analysiert werden:

- Sog. Erneuerer: traditionelle Hierarchien ersetzen das liberale politische System.
- Sog. Zerstörer: keine Zukunft, Zerstörung als Selbstzweck
- Sog. Libertär-Autoritärer: keine Regulierung mit autoritärem Staat

Als Grund für diese Einstellungen wird v.a. das Gefühl des sozialen Niedergangs und der sozialen Stagnation genannt (Alltagsbeobachtungen wie marode Brücken, Unpünktlichkeit der Bahn, Eigenheim unmöglich). Die Autoren sprechen von einer „Nullsummenlogik“, die ein Nebeneinander von Fort- und Rückschritten beschreibt, in der eine positive Aussicht gefühlt nicht gegeben ist. „Der Kuchen wächst nicht mehr, also wird der Kampf um den Kuchen härter geführt.“ Das hat zur Folge, andersartiges, fremdes Leben und Menschen, die leistungsschwach sind, aus dem eigenen Umfeld zu entfernen; das Recht des Stärkeren gilt, ein Denken des „entfesselten Kapitalismus“. Diese destruktiven Überzeugungen machen auch vor

Gewaltanwendung nicht Halt, sie tolerieren, unterstützen sie. Zudem wird ein Gefühl der Fremdbestimmung und Bevormundung, der Verregelung durch den Staat angegeben (z.B. Impfungsvorgaben).

Leander Scholz (2025) kritisiert an dieser Analyse: „Amlinger und Nachwey übergehen die fundamentale Konflikthaftigkeit demokratischer Gesellschaften, die selbst unter idealen sozialen Bedingungen nicht verschwinden würde. Ihr sozialpsychologischer Ansatz läuft Gefahr, im Rückgriff auf eine bereinigte Psychoanalyse alle abweichenden Meinungen als psychisch deformiert aufzufassen. Das trägt nicht zu einer politischen Auseinandersetzung mit dem Aufstieg rechter Parteien und der Krise des Liberalismus bei, sondern mündet in einer intellektuellen Immunisierung gegenüber Einstellungen, die sich nicht mit den eigenen Idealvorstellungen decken. Dabei wäre es entscheidend, von einer Charakterkunde des Gegners abzusehen, um Konflikte politisch durcharbeiten zu können. Aber das setzt voraus, dem Anderen auf Augenhöhe zu begegnen, die Möglichkeit des eigenen Irrtums einzuräumen und erhebliche Differenzen auszuhalten. Nur so kann eine demokratische Kultur entstehen, in der Andersdenkende nicht moralisch aussortiert und in der Streitfragen konstruktiv ausgetragen werden“.

Unklar bleibt bei der beschriebenen Analyse auch ein Lösungsweg. Auf jeden Fall haben Aufklärungskampagnen und Faktenchecks bisher wenig Erfolg.

Der Soziologe Aladin El-Mafaalani beschreibt als zentrales Element der Demokratie das Vertrauen der Menschen bzw. für die Abkehr und Zuwendung zu autokratischen Strukturen das Misstrauen in das demokratische System.. Misstrauensgemeinschaften entstehen als Reaktion auf nicht mehr durchschaubare, komplexe Entwicklungen innerhalb der Gesellschaft (Anforderungen der Transformation, Digitalisierung etc), aber auch auf die Prozesse, die von außen einwirken auf das individuelle Leben (Globalisierung, diversere Gesellschaft, technischer Fortschritt, Informations- und Wissensflut etc). Das Vertrauen war bisher eine Art Vorschuss, verbunden mit einem Verzicht auf Kontrolle. Das zunehmende Misstrauen begründet sich also mit der Verunsicherung angesichts einer Übermacht komplexer Prozesse und

Veränderungen, das erklärt dann auch die Anziehungskraft von Populisten und Verschwörungstheorien mit ihren einfachen, oft falschen Antworten. Diese Analyse unterstützt die von Amlinger und Nachtwey beschriebene „Zerstörungslust“ als zeitgenössische Tendenz als eine Ursache für das politische Misstrauen gerade in AFD-Kreisen. Das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Demokratie ist auch eine Reaktion auf den verbreiteten Eindruck der Überforderung und Kontrollverlust bei der Bewältigung anstehender Probleme (z.B. Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Coronakrise, Ukrainekrieg, Energie- und Klimakrise).

5 Die Situation der Jugendlichen

Exkurs global: Kinder in Konfliktgebieten

Die Zahl der Kinder, die in bewaffneten Konflikten aufwachsen, hat einen neuen Rekordwert erreicht. Zudem ist das Leben im Krieg für Kinder immer gefährlicher, denn auch die Zahl der Verbrechen an Kindern in Konflikten stieg im Jahr 2024 auf einen neuen Höchststand. Das zeigt der neue Bericht "Krieg gegen Kinder" der Kinderrechtsorganisation Save the Children.

"Immer mehr Kinder sind von bewaffneten Konflikten betroffen und die gezielten Gewalttaten gegen sie nehmen weiter zu. Diese Entwicklung macht deutlich, dass dringend politisch gehandelt werden muss", sagt Florian Westphal, Geschäftsführer von Save the Children Deutschland. "Gerade in Zeiten globaler militärischer Aufrüstung muss der Schutz von Kindern das zentrale Ziel von Sicherheitspolitik sein. Denn Kinder sind nicht nur besonders verletzlich - sie sind der Schlüssel für langfristigen Frieden und eine gerechtere Zukunft."

Der Bericht in der Zusammenfassung:

- 2024 lebten rund 520 Millionen Kinder – jedes fünfte Kind weltweit – in einem Konfliktgebiet
- In Afrika lebten sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual die meisten Kinder in Konfliktgebieten. Erstmals seit 2007 ist der Anteil betroffener Kinder dort höher als im Nahen Osten: Jedes dritte Kind in Afrika wächst in unmittelbarer Nähe eines aktiven

Konfliktes auf. 218 Millionen Kinder sind betroffen – das entspricht 32,6 Prozent aller Kinder auf dem Kontinent.

- 41.763 Verbrechen an Kindern in Konflikten dokumentierten und bestätigten die Vereinten Nationen (UN) im Jahr 2024 – ein Anstieg um 30 Prozent gegenüber 2023.
- Pro Tag waren durchschnittlich 78 Kinder unmittelbar von diesen Verbrechen betroffen. Hinzu kommen die Kinder, die in Gebieten lebten, in denen Schulen und Krankenhäuser angegriffen wurden und der Zugang zu humanitärer Hilfe durch Streitkräfte und bewaffnete Gruppen blockiert wurde.
- Mehr als die Hälfte der Verbrechen an Kindern in Konflikten ereignete sich 2024 in nur vier Regionen: den besetzten Palästinensischen Gebieten, der Demokratischen Republik Kongo, Nigeria und Somalia.
- Die höchste Zahl an Verbrechen wurde in den besetzten Palästinensischen Gebieten dokumentiert. Dort ist auch die Zahl der getöteten oder verstümmelten Kinder bei Weitem am höchsten: Jedes dritte Kind, das im vergangenen Jahr getötet oder verstümmelt wurde, lebte dort.
- Bei allen Verbrechen nahmen die Fallzahlen zu, mit einer Ausnahme: Es wurden weniger Kinder durch Streitkräfte und bewaffnete Gruppen rekrutiert und eingesetzt. Diese Zahl sank von 7.751 im Jahr 2023 auf 7.405 im Jahr 2024 (-4,5 Prozent).

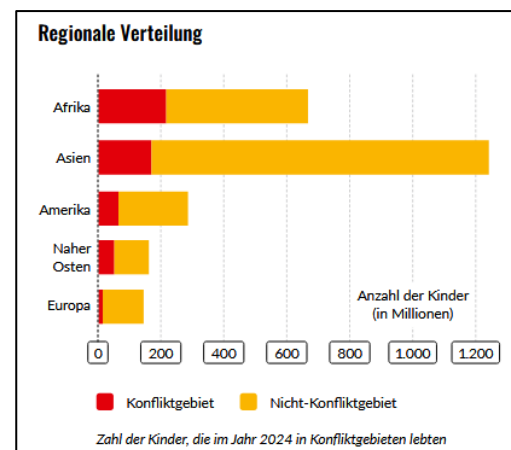


Abb. 2: Regionale Verteilung der Kinder, die in Konfliktgebieten leben (Quelle: Save the Children)

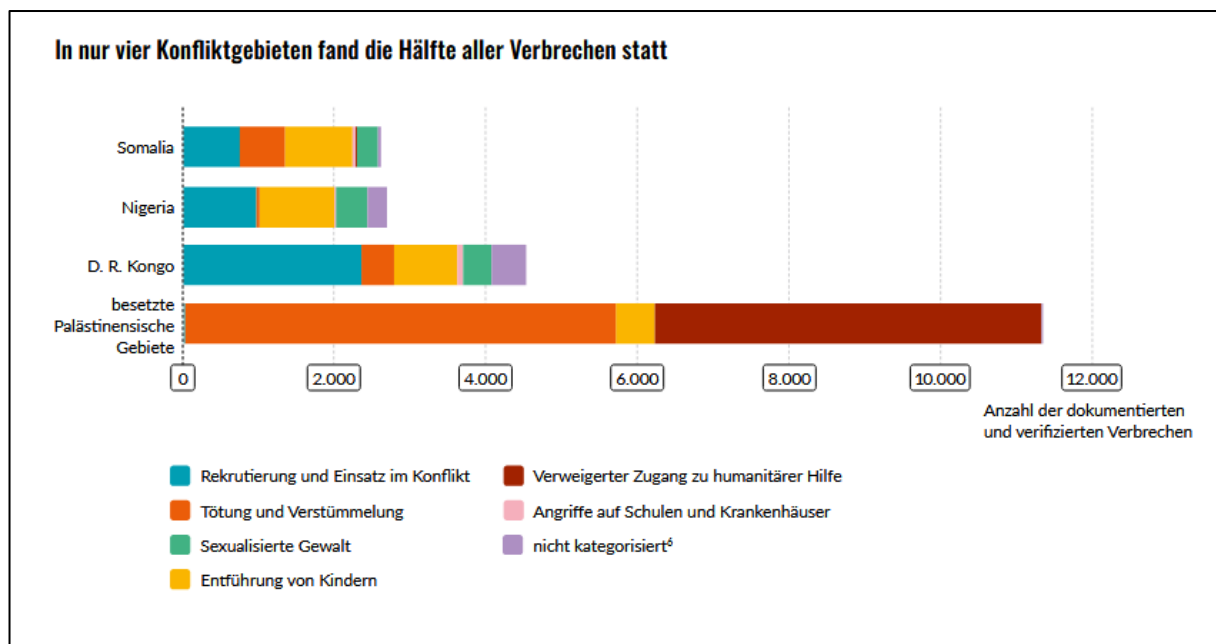


Abb. 3: Verbrechen in Konfliktgebieten (Quelle: Save the Children)

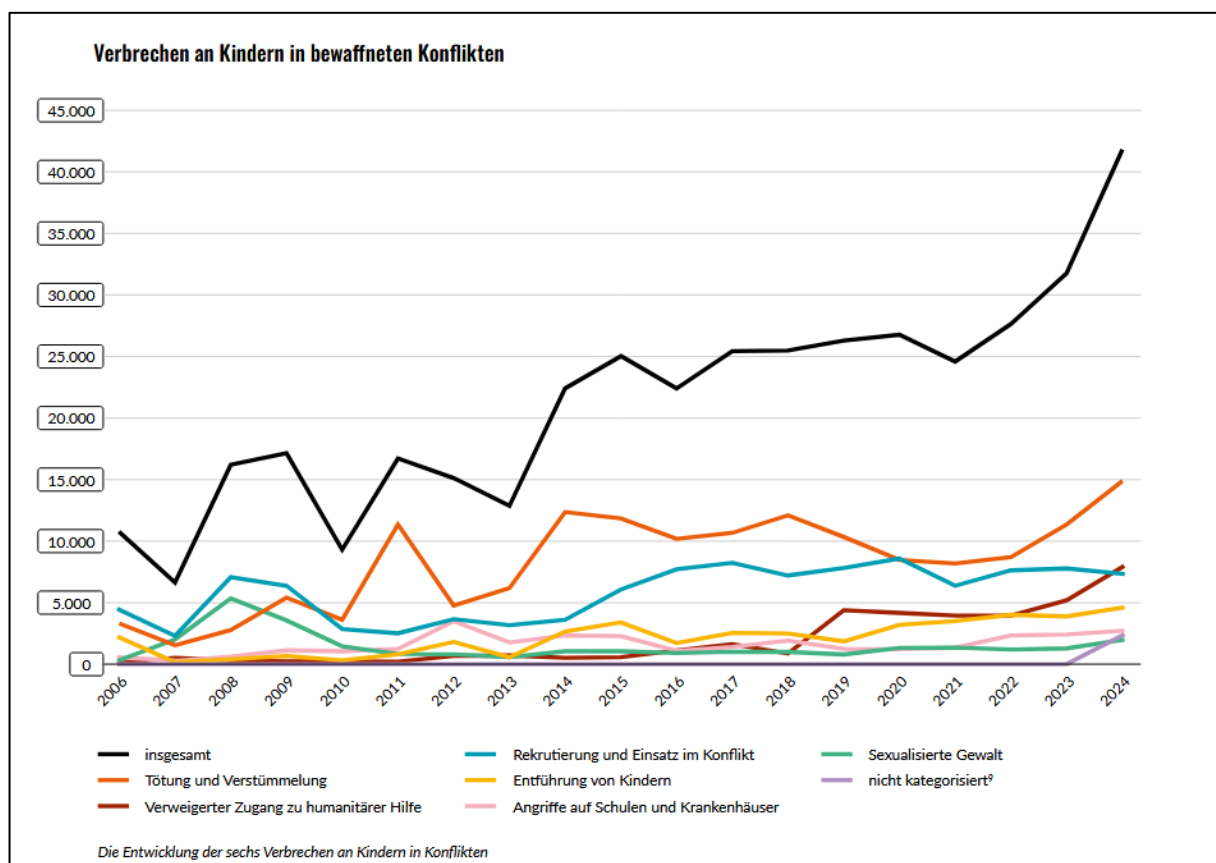


Abb. 4: Verbrechen an Kindern in bewaffneten Konflikten (Quelle: Save the Children)

Dass mehr Kinder in Konfliktgebieten lebten, ist keine alleinige Erklärung dafür, dass die Verbrechen an ihnen zunehmen. Denn: Seit 2010 ist die Zahl der Kinder in Konfliktgebieten um etwa 60 Prozent gestiegen – die dokumentierten Fälle von Verbrechen an Kindern sogar um etwa 373 Prozent. Diese enorme Diskrepanz zeigt, dass internationale Standards zum Schutz von Kindern zunehmend missachtet werden.

In vielen Ländern fehlt es an rechtlichem und politischem Engagement, um Kinder in bewaffneten Konflikten zu schützen. 33 UN-Mitgliedstaaten haben sich noch nicht einmal zur Hälfte der wichtigsten internationalen rechtlichen und politischen Instrumente zum Schutz von Kindern in Konflikten verpflichtet.

Besorgniserregende Entwicklung bei Waffenexporten:

Mindestens neun Staaten behindern die Bemühungen, Kinder zu schützen, indem sie weiterhin Waffen an Konfliktparteien liefern, die für Verbrechen an Kindern in Konflikten gelistet sind. Dies tun sie trotz anderslautender rechtlicher Vereinbarungen, zu denen sie sich verpflichtet haben. Im Jahr 2024 wurden mehr Rüstungsgüter an solche Konfliktparteien exportiert als 2023, darunter nach Russland, Myanmar, in die Demokratische Republik Kongo und nach Israel.

Positive Zeichen: 74 der 193 UN-Mitgliedstaaten haben alle oder fast alle rechtlichen und politischen Instrumente zum Schutz von Kindern in Konfliktgebieten unterzeichnet. Im letzten Jahr wurden mehrere neue Verpflichtungen eingegangen. (Save the Children 2025)

Die Typologie junger Menschen im Kontext Krieg

In einer aktuellen Untersuchung (J. Schuster, L. Fobel, N. Kollek 2024) zu den politischen Einstellungen Jugendlicher (16-29 Jahre) bezüglich möglicher Maßnahmen im Ukraine-Krieg gibt es folgende Ergebnisse: Vier Typen werden analysiert und differenziert – die Diplomatischen (30%), die Allrounder (20%), die Militanten (34%) und die Nationalen (16%). Die Diplomatischen zeichnet eine positive Einstellung zu abstrakteren, gewaltfreien Maßnahmen gegen Russland aus (z.B. Aufnahme der Ukraine in die EU, temporäre

Beendigung wirtschaftlicher Beziehungen zu Russland, EU-weite Sanktionen). Die Allrounder befürworten jegliche Maßnahmen gegen Russland. Die Militanten wiederum lehnen bestimmte diplomatische Maßnahmen ab und präferieren militärischen Einsatz und die direkte Teilnahme an den Kämpfen. Die Nationalen schließlich unterstützen v.a. Maßnahmen zur Sicherung der eigenen Grenzen und die Besinnung auf die eigene Identität, sie lehnen eine aktive militärische Beteiligung ab. Der Bildungshintergrund hat starken Einfluss auf diese Einstellungen: Während die Diplomatischen eine überdurchschnittliche individuelle und elterliche Bildung aufweisen und den staatlichen Einrichtungen vertrauen, wird den Militanten ein durchschnittliches Bildungsniveau, mittlere soziale Zugehörigkeit und ein geringer Immigrationshintergrund zugeordnet. Die Nationalen weisen die Personen mit höchstem Immigrationshintergrund auf. Jüngere und höher gebildete Personen sind v.a. den Diplomatischen, ältere und weniger gebildete Personen den Nationalen zuzuordnen. Je zufriedener die Menschen mit ihrem eigenen Leben sind und dieses bewahren wollen, desto mehr sind sie trotzdem unzufrieden mit den aktuellen demokratischen Strukturen, desto stärker neigen sie zur Gruppe der Militanten. Die Nationalen neigen dazu – und hier vor allem junge Menschen im ländlichen Raum, als Ursache für die eigene schlechte finanzielle Situation bzw. Benachteiligung vor allem Minderheiten zuzuschreiben. Die Vereinsarbeit (oftmals verbunden mit sehr traditionellen Strukturen) stärkt vor allem nationale und militante Einstellungen, während das Ehrenamt eher bei den diplomatischen Einstellungen vertreten ist.

Von außen betrachtet wirkt die junge Generation bestens vernetzt: Sie tauscht sich rund um die Uhr über Messenger, Social-Media-Posts, Storys und Reaktionen aus. Und doch beobachten viele Expert*innen: Der echte Austausch nimmt ab, eigene Meinungen werden vorsichtiger geäußert und das Miteinander in Diskussionen seltener.

Diplom-Psychologe Frank Quiring vom Kölner Rheingold Institut nennt das die "Tarnkappen-Strategie": "Viele junge Erwachsene zeigen sich öffentlich nur noch mit dem, was erwartet wird - und halten Persönliches eher zurück."

Für das Verhalten der Generation Z gibt es viele Gründe: Gesellschaftliche Umbrüche, Zukunftsängste und das Gefühl der Orientierungslosigkeit haben die Kommunikationskultur verändert. Junge Menschen erleben, dass Diskussionen - vor allem in sozialen Medien - schnell emotional und wertend werden. "Man hat das Gefühl, gleich angegriffen zu werden, wenn man etwas Unbequemes sagt", so Quiring. Das führe dazu, dass man sich lieber in vertrauten Gruppen bewegt - bei Menschen, die ähnlich denken.

Die Hinwendung zu kleinen, vertrauten Gruppen ist laut Quiring kein Zeichen von Desinteresse an Gesellschaft oder Politik, sondern ein Schutzmechanismus. "Wenn draußen alles unsicher erscheint, sucht man Sicherheit im Bekannten", erklärt der Psychologe. Familie, Freundeskreise und digitale Communities bieten Halt, wo das größere Umfeld als instabil wahrgenommen wird.

Gleichzeitig nimmt die Bereitschaft ab, sich auf andere Perspektiven einzulassen. "Früher gab es mehr Toleranz für unterschiedliche Sichtweisen. Heute erleben wir, dass Unterschiede schneller zu Spannungen führen", betont Quiring. Dies sei jedoch keine Schuld der jungen Generation allein, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen - verstärkt durch Krisen, Dauerstress und mediale Darstellung.

Sich sicher fühlen - das ist die Voraussetzung dafür, dass echte Kommunikation gelingen kann. Laut Quiring schaffen Fußballvereine, ehrenamtliche Projekte, offene Kulturorte oder Begegnungen auf Augenhöhe genau solche Räume. Wer Schutz und Vertrauen erlebt, öffnet sich eher für den Dialog. „Wir brauchen Räume, in denen man sich sicher fühlt - im Kleinen wie im Großen“.

In einer Titelgeschichte des Spiegel (Nr. 29, 11.7.2025) wird das Verhalten Jugendlicher im Alter von 13-28 Jahren mit dem Fokus „Hauptsache reich“ beschrieben. Die Shell-Studie von 2024 zeigt auf, dass Jugendlichen besonders wichtig ist

- Einen hohen Lebensstandard zu haben
- Sich und seine eigenen Bedürfnisse gegen andere durchzusetzen
- Macht und Einfluss zu haben

Diese vermeintliche Ich-Bezogenheit wird von Nina Kolleck (Professorin für Erziehungs- und Sozialisationstheorie an der Universität Potsdam) damit begründet, dass der Materialismus Jugendlichen eine Pseudosicherheit in einer durch Krisen geprägten Welt gebe. Diese Entwicklung erscheint insofern beachtenswert, als dieses „gegen andere durchsetzen“ durchaus Regeln des Miteinanders berührt, in Frage stellt und außer Kraft setzen kann.

Die Trendstudie 2026

Was machen die Dauerkrisen der letzten Zeit mit jungen Menschen? Die nun veröffentlichte neunte Trendstudie "Jugend in Deutschland 2026 - Zukunft unter Druck" zeichnet ein Bild, das in weiten Teilen wie eine Abrechnung mit Deutschland klingt.

Bildungsforscherin Nina Kolleck von der Uni Potsdam hat die Studie begleitet und bestätigt den negativen Trend: "Zwar ist die Talfahrt der vergangenen Jahre vorerst gestoppt, doch bei der Mehrheit junger Menschen überwiegt eine starke Unzufriedenheit mit der Wirtschaft, dem Zusammenhalt, der Wohnraumsituation und den politischen Verhältnissen in Deutschland."

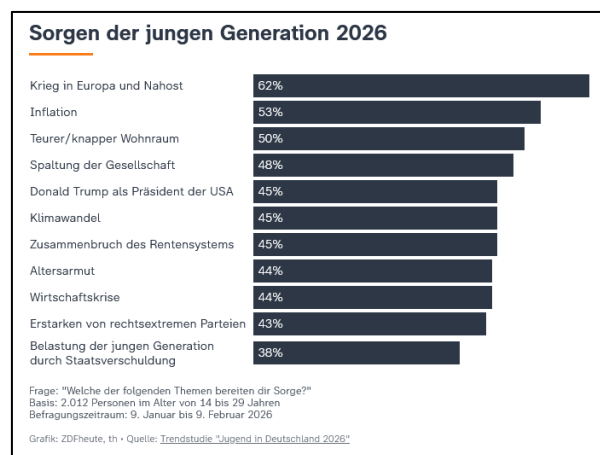


Abb. 5: Sorgen der jungen Generation 2026 (ZDFheute)

Exkurs lokal: Kinder in Deutschland

Die im Dezember 2025 erschienene Copsy-Studie gibt Auskunft darüber, wie sich die Corona-Pandemie und andere Krisen bis heute auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auswirken. Danach gilt jeder vierte Heranwachsende als psychisch auffällig, jeder vierte berichtet von Angstsymptomen,

jeder sechste bis siebte von Depressionssymptomen, besonders davon betroffen Mädchen ab 14 Jahren. Jugendliche geraten in einer empfindlichen Phase der Persönlichkeitsentwicklung unter Druck: Sie sind mit zahlreichen Missständen – objektiv oder auch nur subjektiv empfunden bzw. medial verstärkt – wie Klimawandel, Krieg, verändertem Wertesystem und Strukturen von Tradition, Familie und Miteinander – konfrontiert. Die Zukunft wird als wirtschaftlich unsicher beschrieben, die Schule fordert täglich Leistung. Sorgen bereitet vor allem die politische Situation und eine ungewisse, wenig positiv empfundene Zukunft, durchaus befördert u.a. von einer ungelösten Problematik einer sicheren Altersversorgung. Die Spaltung der Gesellschaft wird ebenfalls belastend wahrgenommen, damit verbunden die Nicht-Kommunikation der politischen Lager, die empfundene Hilflosigkeit der Politik.



Abb. 6: Sorgen aufgrund aktueller Krisen (Quelle: Der Spiegel 50/2025)

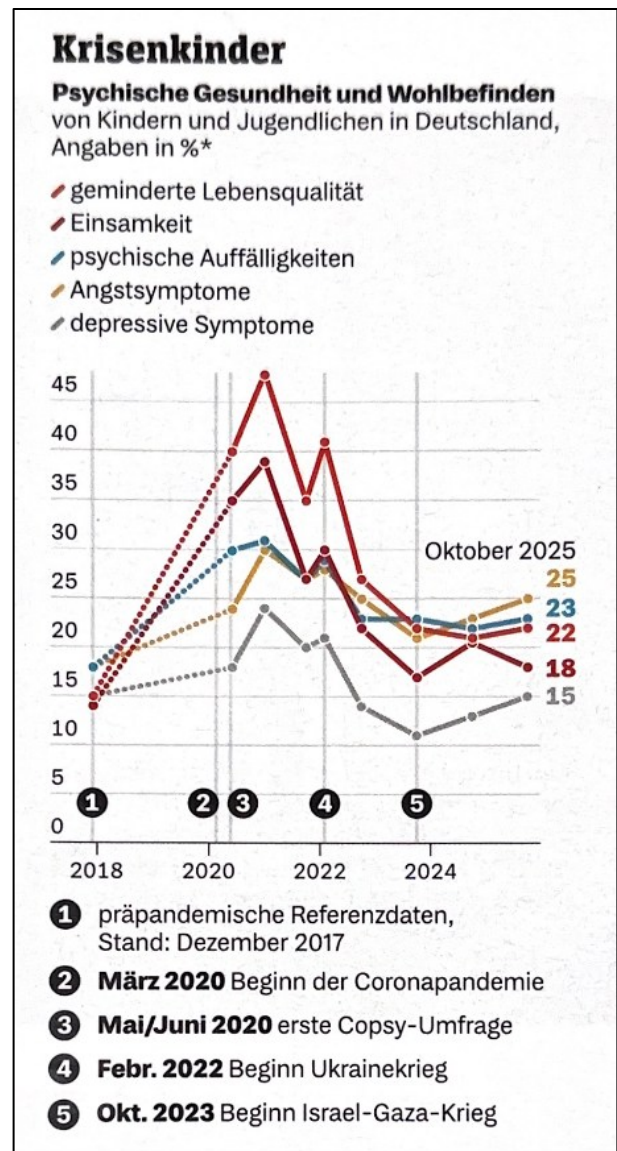


Abb. 7: Krisenkinder (Quelle: Der Spiegel 50/2025)

Das Wahlverhalten der Jugendlichen am Beispiel Rheinland-Pfalz – Warnsignale

Die Landtagswahl am 21. März 2026 gibt einen guten Einblick in die Befindlichkeit, die Sorgen unserer Gesellschaft. Besonders hervorzuheben ist der starke Gewinn der AfD und der Verlust der SPD sowie das Verschwinden der FDP.

21 Prozent der 18- bis 29-Jährigen haben in Rheinland-Pfalz die AfD gewählt. Damit ist sie stärkste Partei in der jungen Altersgruppe vor SPD und Linken.

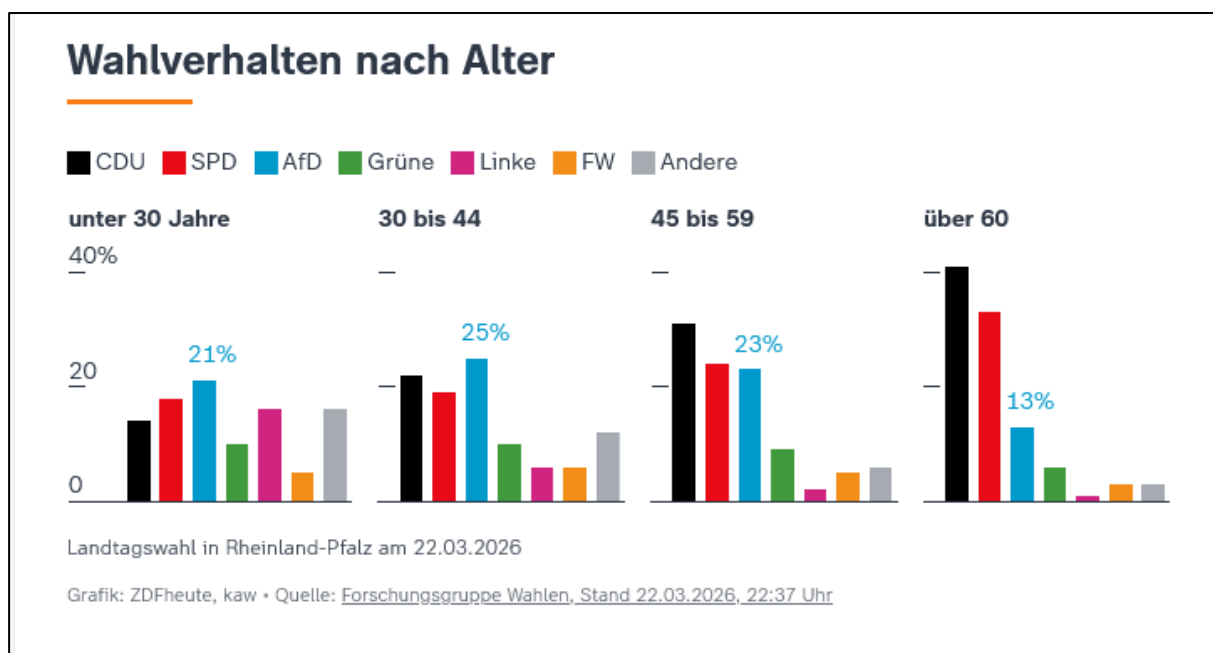


Abb. 8: Wahlverhalten nach Alter (Quelle: ZDFheute)

Nur bei den Älteren ab 60 schnitt die AfD mit 13 Prozent deutlich schwächer ab. Nach dem vorläufigen Ergebnis kommt sie in allen Altersgruppen zusammen auf 19,5 Prozent. Laut Forschungsgruppe Wahlen stimmten außerdem deutlich mehr Männer als Frauen für die AfD. Noch mehr Zustimmung bekam sie von den 30- bis 44-Jährigen: In dieser Altersgruppe wählten 25 Prozent die AfD, die CDU folgt auf Platz zwei.

In den Schulen wurden zuvor Juniorwahlen der Schüler von Mittel- und Oberstufe abgehalten. Sie zeigen sehr deutlich, wie Jugendliche wählen bzw. wählen würden. Die Ergebnisse ausgewählter Gymnasien machen deutlich, wie groß die Unsicherheit bei jungen Menschen ist.

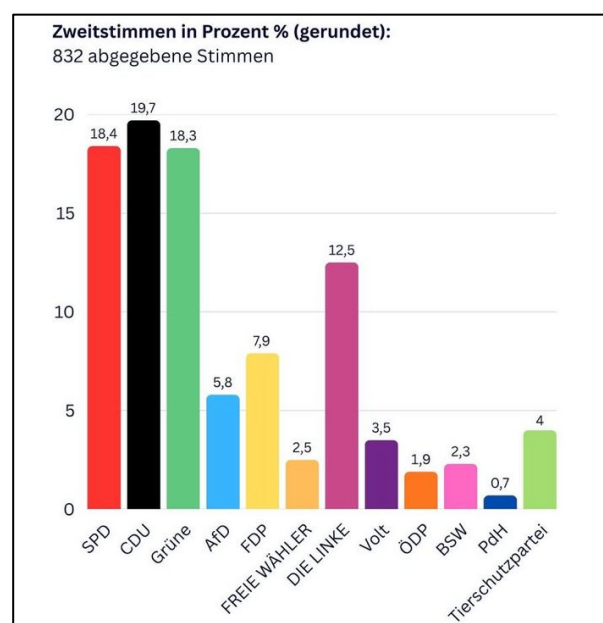


Abb. 10: Sebastian-Münster-Gymnasium Ingelheim

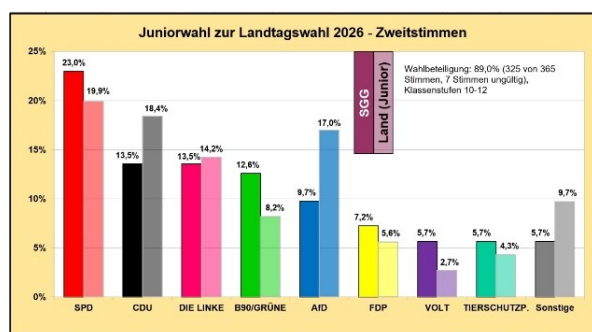


Abb. 9: Stefan-George-Gymnasium Bingen



Abb. 11: Gutenberg-Gymnasium Mainz

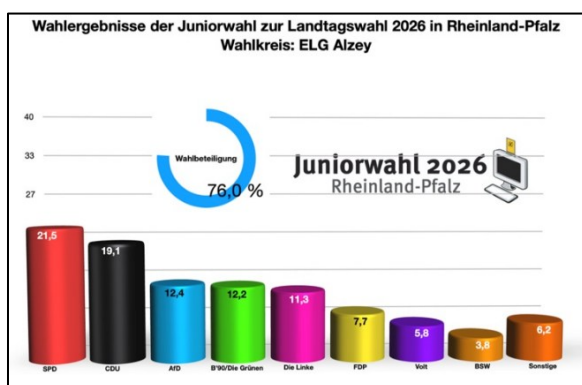


Abb. 12: Elisabeth-Langässer-Gymnasium Alzey

Die Ergebnisse spiegeln das Wahlverhalten der Erwachsenen in den Wahlkreisen wider: Mit Ausnahme von Mainz bleibt die AfD unter der 12% Marke, die SPD ist (sogar) noch immer stärkste Partei. In Mainz Stadt setzen sich nach wie vor Minister der Landesregierung, die hier angetreten sind, durch.

In ländlichen, ärmeren Regionen von Rheinland-Pfalz fällt das Ergebnis allerdings anders aus:

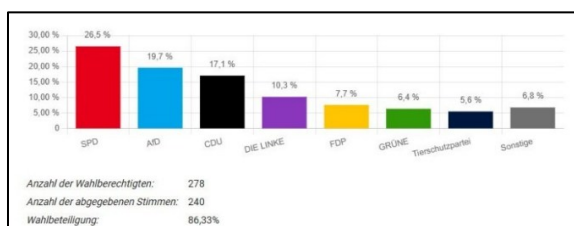


Abb. 13: Göttenbach-Gymnasium Idar-Oberstein

Die Ergebnisse sind deshalb sehr ernst zu nehmen, weil die Generation der Juniorwahlen in den nächsten Jahren natürlich mitentscheiden wird über die Zukunft unserer Demokratie. Umso mehr alarmierend erscheint die Hilflosigkeit der etablierten Parteien der Regierung. Die Jugendlichen übernehmen dabei oft die Argumentation ihrer Eltern, eine Kombination aus Frustration und Zukunftsängsten. Die Erwartung, dass Politik konkrete Maßnahmen verlässlich umsetzt, wird nicht erfüllt.

Folgerungen

Wie kann den beschriebenen Prozessen der Destabilisierung unserer Gesellschaft, wie kann vor allem auch bei Jugendlichen der zunehmenden Akzeptanz von Gewalt zur Erreichung von Zielen entgegengewirkt werden? Auf jeden Fall muss die Gesellschaft in allen Altersgruppen gemeinsame Ziele aushandeln, diskutieren und bei Bedarf neue Vereinbarungen formulieren. Es geht immer darum, eingefahrene, gewohnte Wege aktiv zu hinterfragen und diese dann zu „verlernen“ im Sinne von „neu denken“ (hier könnte das von A. Bruns 2022 beschriebene Konzept der politischen Ökologie „Verlernen lernen“ durchaus bedenkenswert sein).

Die politische Bildung muss sehr früh in der Schule ansetzen und – dies ist sicher eine provokative Ansicht – die Kinder von ihren Eltern u.U. frühzeitig emanzipieren.

Es muss eine stärkere Fokussierung der politischen (Schul-) Bildung auf die Einschätzung politischer Situationen und einen differenzierten Umgang damit stattfinden, um damit die sog. Politikkompetenz zu fördern.

Der Begriff „auf Augenhöhe“ wäre auch hier endlich in den Fokus zu nehmen: Jugendliche nach ihren Vorstellungen von Zukunft, ihren Ängsten, ihren Bedürfnissen nicht nur fragen, sondern sie aktiv in Diskussions- und Entscheidungsprozesse integrieren.

Mit Steffen Mau zu fordern ist eine proaktive Handlungsweise: „Wenn die Leute dem Staat nicht mehr vertrauen, muss der Staat in Vorleistung gehen und seinen Bürgern erst einmal einen Vertrauensbonus geben.“ Es sollen also gerade weniger Regeln und gängelnde Kontrollen, sondern mehr

Eigenverantwortung und Selbstbestimmung gelten; ein sicher sehr ambitionierter Ansatz.

Es geht es darum, die aktuelle Gewaltspirale zu durchbrechen. Ritualisierte Verhaltensweisen der Gesellschaft im gegen- und mitseitigen Umgang müssen dekonstruiert und hinterfragt werden. Dabei steht die Rückbesinnung auf eine Werte- und regelbasierte Ordnung im Fokus. Die Politik ist kein Vorbild, solange Verhandlungsangebote eher als Schwäche, denn als Stärke angesehen werden, sog. Deals, die immer mit der Androhung von Gewaltanwendung verbunden sind, mehr Erfolg haben.

Gewalt als Systemsprenger? Dies ist eine Feststellung, keine Frage mehr. Gewalt wirkt

auf allen Ebenen – lokal in der Gemeinde, der Schule, der Familie und global bei dem Führen von Kriegen und Aushandlung von Frieden – meist destruktiv.

Am Ende dann doch etwas Positives: Benjamin Dürr sieht im Verlauf des Iran-USA-Konfliktes das Völkerrecht als nach wie vor wichtiges Instrument der Verständigung: Eine Welt ohne Regeln zeigen die Verläufe der aktuellen Kriege. „Militärische Überlegenheit kann zwar Kriege beginnen, politische Ordnung aber nicht ersetzen“. Das vereinbarte Memorandum of Understanding bindet gerade Instrumente des Völkerrechts ein, die zuvor missachtet wurden. „Das vermeintliche Recht des Stärkeren erweist sich deshalb als strategische Schwäche“ (B.Dürr 2026).

Quellenverzeichnis

- Abubakar, Sidiy Jaafar (2025): Eine Frage der Macht, IPG 16.12.2025, S. 1-6
- Amlinger, C. u. O. Nachtwey (2025): Die Faschisten von heute wollen die Demokratie erneuern“, Der Spiegel 42, S. 104-107
- Bruns, A. (2022): Verlernen lernen, eine intervenierende Forschungs- und Arbeitsweise der politischen Ökologie, Handbuch Politische Ökologie, Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden
- Deitelhoff, Nicole (2026): Szenen einer Scheidung, in: Der Spiegel 5, S. 22-23
- Der Spiegel (2025): „Die Schleimspur für Trump ist genau richtig“, Gespräch mit Nicole Deitelhoff, Nr. 29, 11.7.2025
- Der Spiegel (2025): Hauptsache reich – Generation Z, Nr. 29, 11.7.2025
- Der Spiegel (2025): Unter Druck – Generation Krise, Nr. 50, 5.12.2025
- Dürr, Benjamin (2026): Doch nicht nutzlos, IPG 2026, S. 1-4
- El-Mafaalani, A. (2025): Misstrauensgemeinschaften. Zur Anziehungskraft von Populismus und Verschwörungsideologien, Köln
- Frankenberg, G. u. W. Heitmeyer (2025): Angriff auf die Institutionen, Der Spiegel 47, S. 46-47

- Fratzscher, Marcel (2023): Angst als Instrument der Macht, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2025): Die angespannte Mitte, Berlin 2025
- Frischmann, Bärbel (2025): Politik und Angst, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 17.10.2025
- Heins, V. M. (2025): Wenn der Grenzschutz zur Bedrohung wird, Der Spiegel Nr. 31, 25.7.2025
- Heitmeyer, Wilhelm (2025): Die durchrohte Gesellschaft, Der Spiegel Nr.28, 4.7.2025
- Hillebrand, Ernst (2025): Schwindende Legitimität, IPG 22.12.2026
- Lanfer, J. u. N.W. Schnell (Hrsg)(2024): Angst und Angstpolitik – interdisziplinäre Perspektiven, Springer VS Wiesbaden
- Lang, Ricarda und Steffen Mau (2025): Der große Umbruch. Ein Gespräch über Krisen, Konflikte und Kompromisse, Berlin
- Leonard, Mark (2025): Die alte Ordnung zerfällt, IPG 17.4.2025
- Lütjen, Torben (2025): Auf dem Weg in den autoritären Staat? Gefährdungen und Selbstbehauptung der US-Demokratie, Bundeszentrale für Politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte
- Milacic, Filip (2023): Warum Autokraten erfolgreich sind, IPG 25.7.2023

- Quiring, Frank (2025): Interview ZDF Heute, 9.6.2025, Diplom-Psychologe und Mitglied der Geschäftsführung rheingold Institut, Köln
- Reuber, P. (2023). Geopolitische Risikodiskurse und Raumlogiken in Zeiten multipler Krisen, Geographische Rundschau 9, S. 4-9
- Richardson, K. (2023): Earth beyond six of nine planetary boundaries, science advances Vol.9
- Save the Children (2025): Ohne Kinderschutz keine Sicherheit, Fakten aus dem Krieg gegen Kinder Bericht, Save the Children Deutschland e.V. Berlin (https://www.savethechildren.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dokumente/Berichte_Studien/2025/stop-the-war-on-children-2025-save-the-children.pdf).
- Scholz, L. (2025): Wer ist hier destruktiv? IPG-Journal der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 27.11.2025, S. 1-5
- Scholz, M. (2025): Es geht um alles, Spiegel-Gespräch 46, S. 68-70
- Scholz, M. (2025): Wirtschaft mit Werten, München
- Schuster, J., L. Fobel, N. Kolleck (2024): Typologie junger Menschen im Kontext des Kriegs in der Ukraine: Soziale Merkmale und Einstellungen gegenüber politischen Maßnahmen. PVS Politische Vierteljahresschrift, online 5.6.2024, Springer
- Wilhelmi, V. (2023): Grenzgeographien in einer unsicheren Zeit, in: Wilhelmi, V., E. Theveßen, F. Pfeil (Hrsg): Geographien der Gewalt: Grenzgeographien – Aktuelle Konflikte und didaktische Impulse, Mainzer Kontaktstudium Geographie Band 21
- Wilhelmi, V. (2024): Migrationsgeographien, in: Wilhelmi, V., E. Theveßen, F. Pfeil (Hrsg): Geographien der Gewalt: Migrationsgeographien – Aktuelle Konflikte und didaktische Impulse, Mainzer Kontaktstudium Geographie Band 23
- Wilhelmi, V. (2025): Konflikte und ihre Wirkungsmacht, in: Wilhelmi, V., E. Theveßen, F. Pfeil (Hrsg): Geographien der Gewalt: Konfliktgeographien – Aktuelle Brennpunkte und didaktische Impulse, Mainzer Kontaktstudium Geographie Band 24

NAYLA FAWZI

Journalismus und (digitale) Öffentlichkeit im Wandel – ein aktueller Überblick über Nachrichtennutzung, Medienvertrauen und die Rolle des Journalismus für die Demokratie

1 Einleitung

Die Digitalisierung hat die Medienlandschaft in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Besonders Soziale Medien wie Instagram, TikTok, X oder YouTube beeinflussen heute mit, wie Menschen sich über das aktuelle Geschehen in ihrer Region, in Deutschland und in der Welt informieren, wie sie politische Meinungen bilden und politische Entscheidungen fällen. Während klassische journalistische Medien lange Zeit als zentrale Informationsquelle galten, konkurrieren sie inzwischen mit einer Vielzahl nicht-journalistischer Quellen wie politischer PR, Unternehmen, Influencer:innen oder sogenannten Alternativmedien. Insbesondere auf digitalen Plattformen stehen eine unüberschaubare Anzahl an Quellen und Informationen zu Verfügung und es wird daher auch von einer „high-choice“ Medienumgebung gesprochen. Digitale Plattformen und damit algorithmisch gesteuerte Informationsumgebungen sind gerade für junge Menschen zur wichtigsten Nachrichtenquelle geworden (Newman et al., 2025). Dadurch veränderte sich nicht nur die Mediennutzung vieler Menschen selbst, sondern auch die Art und Weise, wie Konflikte und Kriege wahrgenommen und wie gesellschaftliche Debatten geführt werden. Die globale Sicherheitslage ist derzeit durch eine Vielzahl an Krisen und Kriegen geprägt, die zunehmend hybrid ausgetragen werden. Sie spielen sich nicht nur in den jeweiligen

Ländern ab, sondern auch in der digitalen Öffentlichkeit. Dabei nutzen nicht nur Kriegsparteien digitale Plattformen gezielt, um eigene Narrative zu verbreiten oder ihre Deutungen von Krisen in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Auch in Deutschland spielen Soziale Medien insbesondere für populistische und anti-demokratische Akteur:innen und Parteien eine entscheidende Rolle, um Anhänger:innen zu mobilisieren oder demokratische Institutionen wie journalistische Medien zu delegitimieren (Engesser et al., 2017). Aktuell wächst daher die gesellschaftliche Diskussion über die Rolle von Desinformation und KI, über den Einfluss digitaler Plattformen auf demokratische Prozesse und die Rolle, die der Journalismus dabei einnimmt.

Der Journalismus befindet sich gegenwärtig in einer widersprüchlichen und schwierigen Lage. Traditionell kommt ihm in demokratischen Gesellschaften eine zentrale Bedeutung zu. Und gerade in Zeiten zunehmender Digitalisierung, der wachsenden Bedeutung digitaler Plattformen und des rasanten Fortschritts künstlicher Intelligenz wird die Rolle professioneller journalistischer Arbeit immer wichtiger. Die enorme Menge an Informationen, die täglich über digitale Plattformen verbreitet wird, macht es Bürgerinnen und Bürgern nicht leicht, zwischen verlässlichen Informationen, gezielten Desinformationen und manipulativen Inhalten zu unterscheiden. In einer solchen

Medienumgebung erhalten journalistische Kernaufgaben wie Einordnung, Verifikation und tiefgründige Recherche eine zentrale Bedeutung. Professioneller Journalismus soll nicht nur Informationen verbreiten, sondern komplexe Zusammenhänge erklären, Fakten überprüfen und politische oder wirtschaftliche Missstände aufdecken (Schudson, 2018).

Diese Funktion wird besonders relevant in Zeiten demokratischer Regression, wie sie sich derzeit in vielen europäischen Ländern beobachten lässt (Schäfer & Zürn, 2023). In mehreren Staaten stehen demokratische Institutionen unter Druck, populistische und autoritäre Akteur:innen gewinnen an Einfluss und grundlegende demokratische Werte wie Pressefreiheit oder Gewaltenteilung werden angegriffen. In solchen Situationen übernimmt Journalismus eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber politischen Machtstrukturen. Gleichzeitig steht der Journalismus jedoch vor einem grundlegenden Problem im Umgang mit antidemokratischen Akteur:innen. Einerseits wird erwartet, dass Journalismus alle relevanten politischen Akteur:innen einbezieht und auch über antidemokratische Tendenzen berichtet. Zahlreiche Studien weisen andererseits darauf hin, dass mediale Berichterstattung (unbeabsichtigt) dazu beitragen kann, extremistische oder populistische Narrative weiter zu verbreiten und gesellschaftlich zu normalisieren (Wodak, 2020; Knüpfer et al., 2025). Gerade im Hinblick auf die AfD zeigt sich diese Problematik. Die Partei nutzt gezielt provokative Aussagen und kalkulierte Grenzüberschreitungen, um mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Journalistinnen und Journalisten geraten dabei häufig in eine sogenannte „Stöckchenfalle“: Jede bewusste Skandalisierung führt zu erhöhter Berichterstattung und damit letztlich zu zusätzlicher Sichtbarkeit für die betreffenden Akteur:innen (Maurer et al, 2023). Selbst kritische Berichte tragen oft dazu bei, dass bestimmte Narrative weiterverbreitet werden. Dadurch entsteht ein Dilemma: Einerseits sollten demokratiegefährdende Positionen nicht vollständig ignoriert werden, andererseits kann die intensive Berichterstattung zu ihrer weiteren Normalisierung beitragen und dadurch die Demokratie schwächen (Krämer & Schindler, 2018).

Dieses Spannungsverhältnis erscheint besonders paradox, weil gerade jene politischen Organisationen, die stark von medialer Aufmerksamkeit profitieren, gleichzeitig die Medien selbst zunehmend attackieren. Populistische und anti-demokratische

Bewegungen werfen etablierten Medien häufig Manipulation, Einseitigkeit oder bewusste Täuschung vor. Begriffe wie „Lügenpresse“ dienen dabei dazu, journalistische Institutionen grundsätzlich zu delegitimieren und das Vertrauen der Bevölkerung in unabhängige Medien zu untergraben (Egelhofer et al, 2021; Fawzi, 2020). Gleichzeitig versuchen solche Akteur:innen immer häufiger, journalistische Arbeit durch Einschüchterungsversuche zu erschweren. Dazu gehören ver-ale Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten, gezielte Diffamierungskampagnen oder die bewusste Diskreditierung einzelner Medienhäuser. In einigen europäischen Ländern lassen sich zudem direkte Angriffe auf die Pressefreiheit beobachten, etwa durch politische Einflussnahme auf öffentlich-rechtliche Medien oder Einschränkungen unabhängiger Berichterstattung (Štětka & Mihelj, 2024).

Doch gleichzeitig gerät die Finanzierung journalistische Angebote zunehmend unter Druck. Neben diesen politischen Herausforderungen befindet sich der Journalismus zusätzlich in einer tiefgreifenden ökonomischen Krise. Digitale Plattformen entziehen den traditionellen Medien zunehmend die wirtschaftlichen Grundlagen. Ein großer Teil der Werbeeinnahmen fließt heute an internationale Unternehmen wie Google, Meta oder TikTok. Zudem profitieren diese von der Verbreitung journalistischer Inhalte auf ihren Plattformen, ohne selbst in gleichem Maße diese journalistische Arbeit finanzieren zu müssen.

Vor dem Hintergrund dieser kurz skizzierten Herausforderungen für Journalismus und Demokratie möchte der Beitrag einen recht grundlegenden Überblick in diese Thematik geben. Wie informieren sich die Deutschen derzeit konkret über politische Ereignisse? Welche Rolle spielen dabei journalistische Inhalte und wie verändern Soziale Medien die Nachrichtennutzung? Wie hoch ist das Vertrauen der Deutschen in verschiedene Mediengattungen und welche Faktoren erklären das Medienvertrauen? Abschließend stellt der Beitrag eine aktuelle Studie zu den Erwartungen an Journalismus als Verteidiger der Demokratie vor.

2 Nachrichtennutzung in Deutschland

Zunächst einmal – was sind eigentlich Nachrichten? Traditionell werden Nachrichten als Berichte über aktuelle, relevante und gesellschaftlich be-

deutsame Ereignisse verstanden (Kovach & Rosenstiehl, 2007). Dieses Verständnis steht in engem Zusammenhang mit der Nachrichtenwertforschung. Dabei wird davon ausgegangen, dass bestimmte Merkmale eines Ereignisses – sogenannte Nachrichtenfaktoren wie Konflikt, Personalisierung oder Überraschung – den Nachrichtenwert beeinflussen und somit die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass über ein Ereignis medial berichtet wird (Galtung & Ruge 1965). Obwohl sich Nachrichtenfaktoren im Laufe der Zeit verändert haben, bleiben auch im Zeitalter Sozialer Medien Aspekte wie Konflikt oder Prominenz weiterhin von zentraler Bedeutung.

Für die Nachrichtennutzung der Deutschen ist „das Internet“ mittlerweile die wichtigste Informationsquelle geworden, dicht gefolgt vom Fernsehen und dann mit etwas Abstand Radio und Print. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Generationen. Während jüngere Generationen ihre Nachrichten vorwiegend auf Sozialen Medien konsumieren, steht bei Personen ab 55 Jahren das Fernsehen weiter an erster Stelle und häufig auch die lineare Fernsehnutzung. Insgesamt konsumieren große Teile der Bevölkerung weiterhin Nachrichten auf traditionellem Wege. 61 Prozent schauen sich mindestens einmal pro Woche eine Nachrichtensendung im linearen Fernsehen an – doch der Trend und insbesondere die Gewohnheiten der jüngeren Generationen verweist auf zunehmend digitale, individualisierte und algorithmisch gesteuerte Nachrichtennutzung. Denn inzwischen stehen bei der Nachrichtennutzung im „Internet“ in allen Altersgruppen Soziale Medien an erster Stelle, gefolgt von den Onlineangeboten von Nachrichtenmagazinen, von Zeitungen und von Rundfunkanbietern. Letztere journalistische Angebote sind natürlich auch in Sozialen Medien präsent und werden dort ebenfalls genutzt. Wichtig in der gesamten Debatte über die Rolle Sozialer Medien ist zudem zu beachten, dass knapp 40 Prozent der Deutschen Soziale Medien nicht regelmäßig nutzen (Tippelt, 2025). Das bedeutet auch, dass die in Sozialen Medien stattfindenden Debatten kein repräsentatives Abbild der deutschen Gesellschaft liefern. Nur ein Bruchteil, ca. 10 bis 15 Prozent, partizipiert regelmäßig an Online-Debatten beispielsweise durch öffentliche Kommentare (Behre et al., 2025).

Einen deutlichen Zuwachs haben Podcasts erhalten, insgesamt informieren sich dadurch aber weiterhin eine Minderheit (9%) regelmäßig in diesem Format. Das gilt ebenso für generative KI. Obwohl

im Jahr 2024 bereits knapp die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland KI-Chatbots nutzte, spielt deren Verwendung aus Sicht der Nutzenden, um sich politisch zu informieren bislang nur eine geringe Rolle (4%; Behre et al., 2025). KI-gestützte Informationssysteme sind aber natürlich indirekt präsent, etwa durch personalisierte Nachrichtenangebote oder automatisierte Zusammenfassungen aktueller Ereignisse.

Im Hinblick auf die Quelle Internet ist es jedoch notwendig, weiter zu differenzieren. Denn es macht einen Unterschied, ob man gezielt eine Nachrichtensendung in der Mediathek, in einer Nachrichten-App oder sich auf Sozialen Medien informiert. In Sozialen Medien stehen journalistisch kuratierte Inhalte neben strategischer Kommunikation und Werbung sowie individuellen Meinungen und satirischen Inhalten. Dies bietet einerseits sehr viel Potential, denn es ermöglicht einzelnen Individuen wesentlich einfacher an öffentlichen Debatten teilzuhaben, soziale Medien ermöglichen neuen Akteur:innen einfacher Zugang zur Öffentlichkeit, die in traditionellen Medien weniger sichtbar sind. Politische Bewegungen, Aktivistinnen und Aktivisten oder kleinere Organisationen können somit wesentlich einfacher Reichweite erzielen und gesellschaftliche Diskussionen anstoßen. Um sich in dieser Medienumgebung zurecht zu finden, steigen die Anforderungen an die digitalen Medienkompetenzen der Nutzenden stetig. Die formale Gestaltung von Beiträgen ähnelt sich häufig, wodurch seriöse Quellen nicht immer leicht erkennbar sind. Hinzu kommt, dass Soziale Medien vorwiegend aus Gründen der Unterhaltung genutzt werden (Schneider & Eisenegger, 2019). Entsprechend machen politische Nachrichten in den Feeds der meisten Menschen nur einen sehr geringen Anteil aus. In einer aktuellen Studie zur Rolle Sozialer Medien während des Wahlkampfs, zeigte sich, dass im Durchschnitt 4 Prozent der Inhalte als politisch einzustufen waren, obwohl es sich um eine Zeit handelt, in der mit einem größeren Bedürfnis nach politischen Inhalten auszugehen ist (Wedel et al., 2026). Dies verdeutlicht, dass politische Informationen auf Sozialen

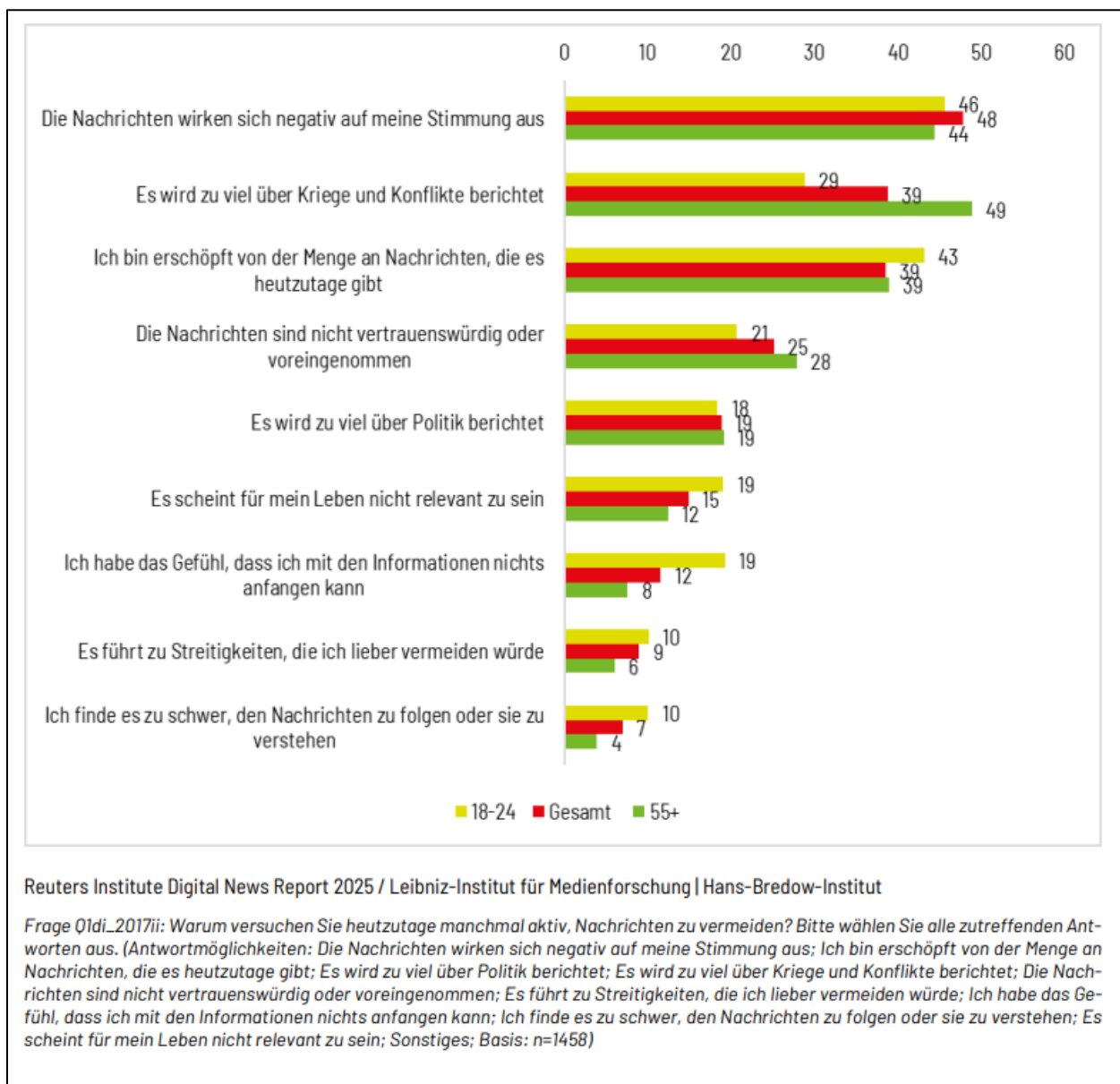


Abb. 1: Gründe für Nachrichtenvermeidung (Quelle: Behre et al., 2025)

Medien häufig nur beiläufig wahrgenommen werden und viele User und Userinnen in dieser Informationsumgebung eher zufällig mit Nachrichten in Kontakt kommen. Für sie verschwimmen dabei die Grenzen zwischen Unterhaltung, persönlicher Kommunikation und Nachrichtenkonsum. Dies kann positive Effekte mit sich bringen – gerade dann, wenn der Kontakt mit Nachrichten ansonsten ausbleiben würde und beispielsweise Wissen und politische Beteiligung fördern (Matthes et al., 2025). Wer regelmäßig politische Inhalte wahrnimmt, entwickelt eher Interesse an gesellschaftlichen Themen oder beteiligt sich an Diskussionen. Es birgt aber auch Risiken wie oberflächliches Wissen oder eine Wissensüberschätzung („Illusion of knowledge“; Mede et al., 2025). Denn politische Inhalte werden in Sozialen Medien häufig

schnell überflogen, was oft zu Lasten von tiefergehender Berichterstattung geht. Dies wird auch als „news snacking“ bezeichnet.

Ein weiteres Phänomen, das aktuell intensiv diskutiert wird, ist Nachrichtenvermeidung. Es bedeutet nicht unbedingt, dass Nachrichten konsequent ignoriert werden, sondern kann sich beispielsweise auf bestimmte Themen, Zeiten oder Medien beziehen. Etwa 70 Prozent der Deutschen vermeiden zumindest gelegentlich Nachrichten, etwa jeder Vierte gibt an, dies nie zu tun. Als wichtigster Grund wird dabei genannt, dass sich Nachrichten negativ auf die eigene Stimmung auswirken, gefolgt von einem zu starken Fokus auf Kriege und Konflikte in der Berichterstattung. Hier unterscheiden sich jüngere und ältere Menschen sehr deutlich – für letztere ist dies der zentrale Grund

Nachrichten zu vermeiden. Als dritter Grund wird „information overload“ genannt, d.h. die Menschen sind von der Menge an Nachrichten, die es heutzutage gibt, erschöpft. Wichtig für unsere Thematik hier ist schließlich, dass 25% Nachrichten vermeiden, da sie diese nicht vertrauenswürdig oder voreingenommen finden (Behre et al, 2025).

3 Medienvertrauen

Doch wie steht es um das Medienvertrauen der Deutschen? Die Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen erhebt seit 2015 auf Basis einer repräsentativen Telefonbefragung regelmäßig aktuelle Daten dazu. Im Jahr 2024 geben dabei 47 Prozent der Befragten an, dass sie den etablierten Medien bei wichtigen Dingen eher oder vollkommen vertrauen; jeder Fünfte (20%) schenkt den Medien kein oder wenig Vertrauen und jeder Dritte (34%) vertraut den Medien teilweise. Entgegen der öffentlichen Debatte um eine „Medienvertrauenskrise“ sind diese Werte erstaunlich stabil. Schwankungen zeigten sich insbesondere zu Beginn der Corona-Pandemie, als das Medienvertrauen deutlich anstieg – vermutlich führten die großen Unsicherheiten bezüglich des neuartigen Virus zu einem stärkeren Bedürfnis nach zuverlässigen Informationen. Nach der Pandemie sank das Vertrauen wieder, nicht jedoch unter das Vor-Pandemie-Niveau (Fawzi et al., 2025). Das bedeutet zugleich, dass die Gruppe der medienkritischen Menschen in Deutschland vergleichsweise stabil bleibt. Solche Einstellungsmuster sind seit Jahrzehnten in ähnlicher Form in der Gesellschaft verankert (Reinemann et al., 2017). Allerdings erfahren sie deutlich mehr öffentliche Aufmerksamkeit als zufriedene Bevölkerungsgruppen und haben einfachere Möglichkeiten, ihren Unmut öffentlich zu äußern, beispielsweise auf Sozialen Medien. Zudem hat sich der Tonfall, in dem Medienkritik geäußert wird, spürbar verschärft (Fawzi et al., 2025).

Zur Einordnung der Befunde ist es wichtig zu beachten, welche Rolle Vertrauen aus normativer Sicht einnimmt. Von journalistischen Medien werden in modernen Demokratien zentrale gesellschaftliche Funktionen erwartet, da sie wichtige Vermittler politischer Informationen sind. Durch ihre Berichterstattung sollen sie die Bürgerinnen und Bürger über politische Entwicklungen informieren und ein Forum für gesellschaftliche Debatten bilden. Damit sollen sie die Grundlage dafür schaffen, dass Menschen sich eine eigene Meinung

bilden und aktiv am demokratischen Diskurs teilnehmen können. Medien tragen somit wesentlich zur politischen Meinungs- und Willensbildung bei und gelten deshalb als unverzichtbarer Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Das liegt auch in ihrer Kritik- und Kontrollfunktion begründet, d.h. Eliten aus Politik und Wirtschaft kritisch zu beobachten, auf Missstände hinzuweisen und Skandale aufzudecken. Dafür sind Medien auf ein gewisses Maß an Vertrauen aus ihrem Publikum angewiesen. Allerdings ist ein zu hohes, blindes Vertrauen nicht wünschenswert. Dies lässt sich auch aus international vergleichenden Studien ableiten, die zeigen, dass ein höherer Grad an Pressefreiheit mit einem niedrigeren Medienvertrauen einhergeht, zudem ist das Medienvertrauen in autoritären Ländern häufig höher als in liberalen Demokratien (Müller, 2013; Tsfaty & Ariely, 2014). Wünschenswert ist dagegen eine kritische Perspektive, also eine begründete Skepsis gegenüber Berichterstattung, da kritisches Hinterfragen ein Merkmal aufgeklärter Bürgerinnen und Bürger ist. Problematisch wird es jedoch, wenn diese Skepsis in ein grundsätzliches Misstrauen oder sogar in eine pauschale Ablehnung „der Medien“ übergeht. Ein stark ausgeprägtes Medienmisstrauen kann langfristig negative Folgen für die Demokratie haben, da gemeinsame Fakten und allgemein akzeptierte Informationsgrundlagen zunehmend infrage gestellt werden. Dadurch wird es schwieriger, gesellschaftliche Probleme gemeinsam zu diskutieren und Lösungen zu finden. Zudem kann es ein Hinweis darauf sein, dass Medien ihre angesprochenen Leistungen nicht erfüllen, also keinen guten Job machen. Vertrauen in Medien lässt sich also nicht losgelöst von deren wahrgenommener oder tatsächlicher Leistung betrachten. Ein höheres Vertrauensniveau basiert idealerweise auf einer fundierten, sachlichen und ausgewogenen Berichterstattung, während ein niedrigeres Vertrauen auf (tatsächliche oder wahrgenommene) Defizite wie fehlende Distanz zur Politik, einseitige Darstellungen, mangelnde Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen oder geringe Transparenz hinweist. Diese Kritikpunkte äußert ein relevanter Teil der Bevölkerung (Fawzi & Mothes, 2020). Der Unterschied zwischen tatsächlicher Performanz und wahrgenommener Performanz verweist dabei darauf, dass Vertrauen immer subjektiv ist und stark von individuellen Erfahrungen, sozialen und medienpsychologischen Faktoren geprägt ist.

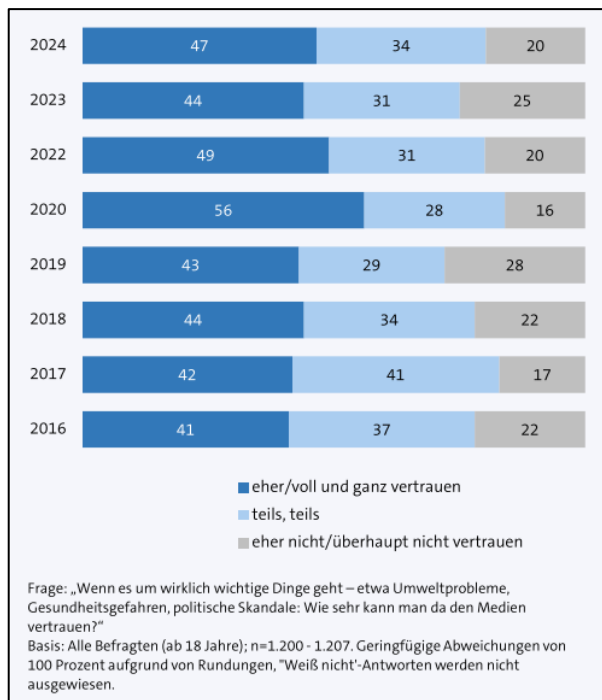


Abb. 2: Medienvertrauen bei wichtigen Dingen von 2016 bis 2024 (in %) (Quelle: Fawzi et al., 2025)

Das bedeutet, die gleichen Medieninhalte werden von Menschen unterschiedlich wahrgenommen. Dies lässt sich am Vertrauen in die Medienberichterstattung über spezifische Themen verdeutlichen. Das Vertrauen in die Berichterstattung über den Klimawandel und zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine ist deutlich höher als zu Israel und Gaza oder über die AfD (siehe Abbildung 3). Im Jahr 2024 haben 45% der Deutschen der Berichterstattung über den Klimawandel vertraut, 27% der Berichterstattung über den Krieg in Nahost. Das lässt sich zum einen durch tatsächliche Fehlleistungen journalistischer Medien erklären. Diese können den gesamten journalistischen Selektions- und Darstellungsprozess und die gesamte Breite unterschiedlicher Qualitätskriterien betreffen: von der Auswahl und Gewichtung der Quellen und Themen, über den Umfang der Berichterstattung und die Vielfalt an zu Wort kommenden Positionen, bis zum Framing in der Berichterstattung. Zum anderen kann dies eben auf individuelle Merkmale und Einstellungen, insbesondere politische Einstellungen zurückgeführt werden. So zeigt sich in den USA, dass Republikaner:innen ein niedrigeres Medienvertrauen aufweisen als Demokrat:innen (Wilner et al., 2022; Livio & Cohen, 2018). Auch in Europa gehen mit liberaleren Wertvorstellungen ein größeres Vertrauen in die Nachrichtenmedien einher (Verboord et al., 2023). In Deutschland sehen wir spätestens seit dem Aufkommen der „Lügenpresse“-Vorwürfen auf

Pegida-Demonstrationen, wie groß die Unzufriedenheit in manchen gesellschaftlichen Gruppen mit den Medien ist. Auch dies verdeutlichen die Befunde der Langzeitstudie Medienvertrauen: Während 71% der Grünen-Anhänger:innen die Medien (eher) vertrauenswürdig halten, sind es 48% bei der CDU/CSU und 15% bei der AfD. Dies spiegelt sich auch in der Kommunikation der AfD selbst wider. Freie und unabhängige Medien gelten als zentrales Feindbild und ihnen werden bewusst verzerrte Berichterstattung oder politische Meinungsmache vorgeworfen. Die Delegitimierung journalistischer Medien wird dabei gezielt als Teil der politischen Strategie eingesetzt (Fawzi, 2020). Darüber hinaus spielen auch medienpsychologische Phänomene eine wichtige Rolle (in Kombination mit politischen Einstellungen), konkret der *Hostile-Media-Effekt* sowie *motivated reasoning*. Der *Hostile-Media-Effekt* beschreibt das Phänomen, dass Personen mit starken Meinungen zu kontroversen Themen selbst ausgewogene Berichterstattung als voreingenommen *gegen* die eigene Position wahrnehmen (Vallone et al., 1985). Besonders ausgeprägt ist dies bei hoch polarisierten Themen wie dem Nahostkonflikt zwischen Israel und Gaza. Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen beobachten die Berichterstattung hier mit hoher Sensibilität und interpretieren journalistische Auswahl- und Bewertungsprozesse häufig als Ausdruck politischer Parteilichkeit. Das Konzept des *motivated reasoning* ergänzt diese Erklärung: Menschen neigen dazu, Informationen selektiv so zu verarbeiten, dass bestehende Überzeugungen bestätigt und kognitive Dissonanzen vermieden werden. Berichte, die den eigenen Einstellungen widersprechen, werden kritischer bewertet oder als unglaubwürdig zurückgewiesen (Maurer et al., 2018). Beim Klimawandel oder dem russischen Angriffskrieg besteht in Deutschland vergleichsweise stärkerer gesellschaftlicher Konsens über grundlegende Fakten und Verantwortlichkeiten.

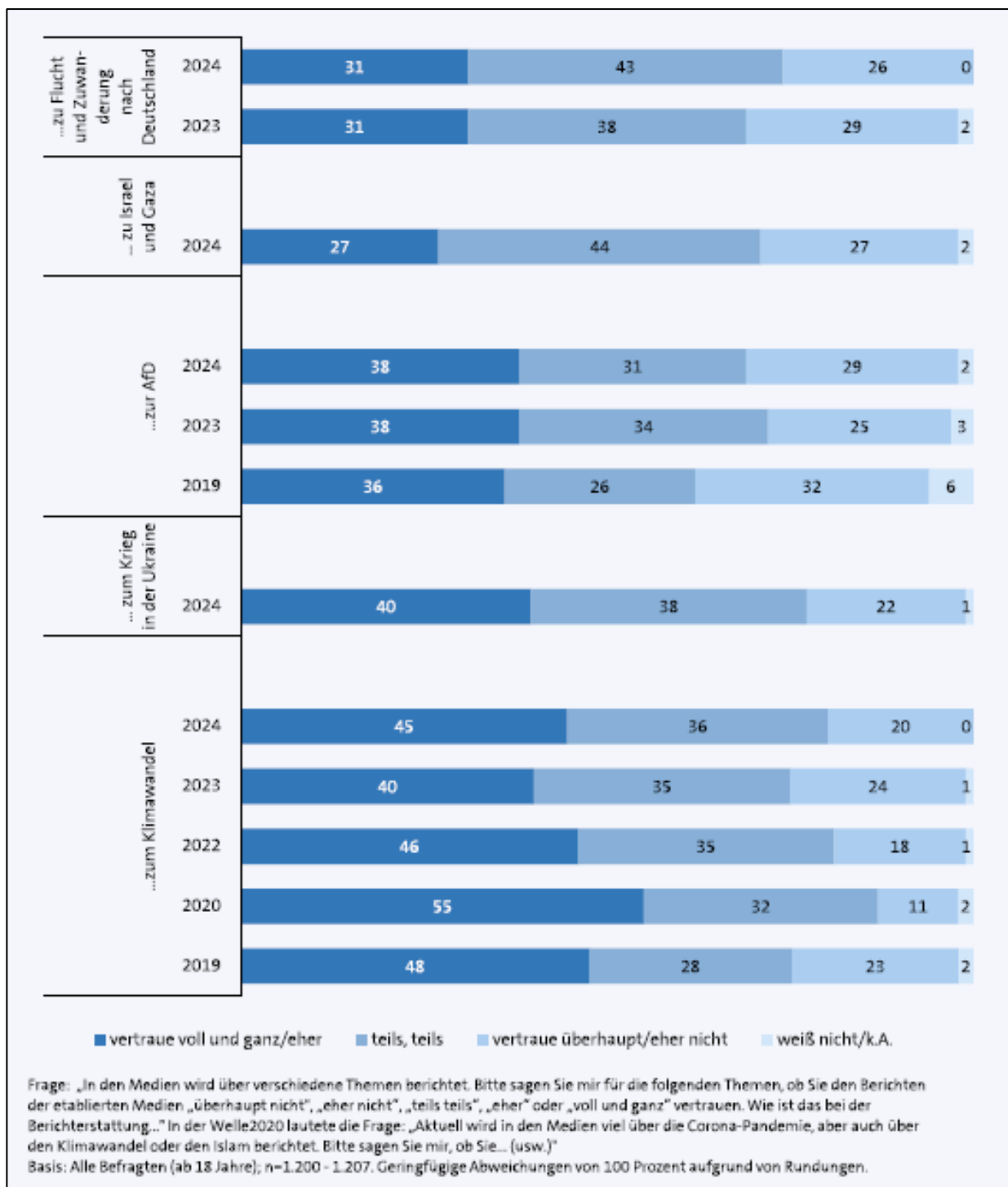


Abb. 3: Vertrauen in Medienberichterstattung über bestimmte Themen von 2019 bis 2024 (in %). (Quelle: Fawzi et al., 2025)

Bei Themen mit stärkerer ideologischer Polarisierung hingegen verstärken *Hostile-Media-Effekt* und *motivated reasoning* die Skepsis gegenüber journalistischen Medien.

Im Vergleich der unterschiedlichen Mediengattungen zeigt sich, dass die Deutschen deutlich differenzieren. Das höchste Vertrauen sprechen sie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus (61%; 13%

kein/geringes Vertrauen), gefolgt von den lokalen (56%) und überregionalen (55%) Tageszeitungen. Mit deutlichem Abstand folgen Privatfernsehen (17%) und Boulevardmedien (3%). Auch das Vertrauen in Soziale Netzwerke fällt sehr gering aus. Drei Prozent halten diese für vertrauenswürdig, über die Hälfte (57%) schenkt ihnen kein Vertrauen. Die misstrauende Gruppe ist dabei in den

letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Dies bedeutet jedoch, dass für viele Menschen Soziale Medien trotz geringem Vertrauen die zentrale Informationsquelle sind. Dies weist auf ein Spannungsverhältnis hin: Einerseits werden Inhalte auf Plattformen wie Instagram, TikTok oder X häufig als einseitig oder wenig glaubwürdig wahrgenommen, andererseits ermöglichen sie einen schnellen und einfachen Zugang zu aktuellen politischen Themen. Viele Nutzer:innen sehen in den dort verfügbaren Quellen und Inhalten eine größere Nähe zur eigenen Lebenswelt, eine höhere Authentizität und fühlen sich durch die Inhalte dort besser repräsentiert (z. B. Stegmann et al., 2024). Gleichzeitig zeigt das geringe Vertrauen aber auch, dass Nutzer:innen und Nutzer den Plattformen nicht unkritisch gegenüberstehen und zwischen den diversen dort verfügbaren Quellen differenzieren. Das verweist darauf, dass viele sich durchaus bewusst sind, dass sich Falschmeldungen oder vereinfachte Darstellungen dort schnell verbreiten. Allerdings macht die häufig oberflächliche und schnelle Rezeption der Inhalte sowie die gleichzeitige Flut an Informationen und die Zunahme an KI-generierten anfälliger für Desinformationen.

Doch was bedeuten diese Befunde nun perspektivisch für das Medienvertrauen? Die bisherigen Ergebnisse lassen sich nur eingeschränkt als Entwarnung oder als Hinweis auf eine langfristige Stabilisierung des Medienvertrauens interpretieren. Zwar zeigen vertrauensbezogene Aussagen über die vergangenen Jahre hinweg nur geringe Veränderungen, gleichzeitig deutet sich jedoch seit 2020 ein zunehmender Trend zu medienzynischen Einstellungen in der Bevölkerung an. Damit sind Einstellungsmuster gemeint, die die Integrität und die Legitimität journalistischer Medien anzweifeln. In der aktuellen Erhebungswelle der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen erreicht die Zustimmung zur Aussage, die Medien würden die Meinungsfreiheit in Deutschland einschränken, mit 20 Prozent einen neuen Höchstwert und liegt damit fünf Prozentpunkte über dem Vorjahr. Möglicherweise trägt die beispielsweise durch Donald Trump und JD Vance intensivierte Diskurs über angebliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Europa zu dieser Entwicklung bei. Ebenso gewinnt das „Lügenpresse“-Narrativ offenbar wieder an Bedeutung: Inzwischen stimmt jede fünfte Person in Deutschland der Aussage zu, die Medien würden die Bevölkerung systematisch täuschen – zwei Jahre zuvor lag dieser Anteil noch bei 14 Prozent. Gleichzeitig ist die Ablehnung der Aussage zurückgegangen, Medien und Politik arbeiteten

gemeinsam daran, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Während 2023 noch 56 Prozent diese Aussage ablehnten, waren es 2024 nur noch 51 Prozent. Damit bewegt sich der Wert allerdings wieder auf dem Niveau der Zeit vor der Pandemie. Diese Zunahme an medienzynischen Einstellungen in der Bevölkerung scheint sich aktuell (noch) nicht im allgemeinen Medienvertrauen niederzuschlagen, verweist aber darauf, dass sich kritische und pauschalisierende Haltungen gegenüber journalistischen Medien zunehmend verfestigen und langfristig das Vertrauen in mediale Institutionen beeinträchtigen könnten.

Um das Vertrauenslevel in journalistische Medien einzuordnen, soll zum Abschluss dieses Kapitels noch ein Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Institutionen stattfinden. Dabei liegen die Medien im Mittelfeld (vgl. Abbildung 2). Ein höheres Vertrauen genießen im Jahr 2024 die Justiz (63 %) und die Wissenschaft (72 %). Direkt hinter den Medien (47 %) folgt die Bundeswehr mit 44 %, die in den letzten Jahren an Vertrauen gewonnen hat. Deutlich geringer fällt dagegen das Vertrauen in die Politik (19 %) und die Kirchen (14 %) aus. Vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen aktuellen politischen Entwicklungen und Unsicherheiten erscheint es bemerkenswert, dass das Vertrauen in die Politik im Vergleich zum Vorjahr nicht stärker zurückgegangen ist – es befindet sich jedoch bereits auf sehr geringem Niveau.

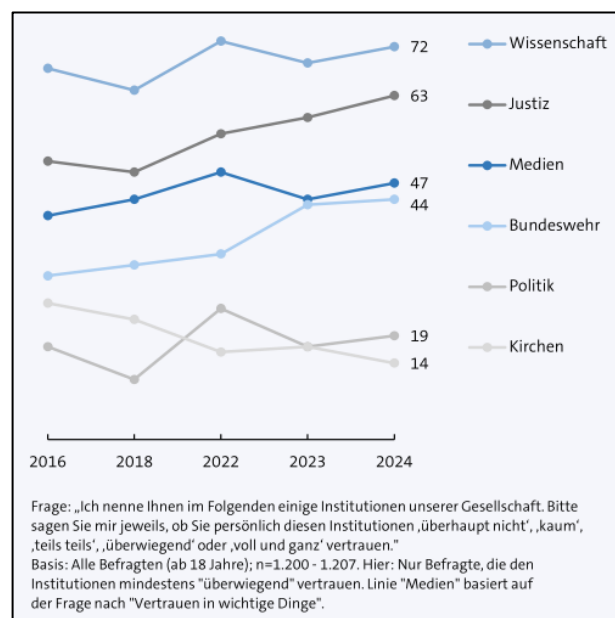


Abb. 4: Vertrauen in verschiedene Institutionen von 2016 bis 2024 (in %) (Quelle: Fawzi et al., 2025)

4 Die Rolle des Journalismus in Zeiten demokratischer Regression

Darauf aufbauend stellt sich die Frage, wie der Journalismus selbst sich im Hinblick auf diese aktuellen Entwicklungen positionieren soll. Denn wie bereits beschrieben, sind aktuell in vielen Ländern nicht nur zunehmende Angriffe auf die liberale Demokratie und ihre Werte zu beobachten, sondern journalistische Medien selbst ein Feindbild dieser Angriffe. Auch das Dilemma, vor dem der Journalismus dabei steht, wurde bereits angesprochen: vom Journalismus wird erwartet, dass sie alle relevanten politischen Akteur:innen einbeziehen, doch werden sie dadurch oft als ein Faktor für den Erfolg von (Rechts-)Populismus und Extremismus angesehen, da sie durch ihre Berichterstattung deren Narrative normalisieren (Maurer et al., 2023; Knüpfer et al., 2025). Um einem demokratischen Rückschritt entgegenzuwirken, fordern verschiedene Stimmen daher, dass journalistische Medien eine aktivere Haltung für die Demokratie einnehmen müssen, die über ihre klassischen Funktionen hinausgeht. Das bedeutet, dass journalistische Medien ihr Publikum deutlich darauf hinweisen, wenn politische Akteur:innen (und deren Rhetorik) die Demokratie bedrohen, diese kontextualisieren und somit aktiv gegen antidemokratische Positionen Stellung beziehen. In anderen Worten: eine Haltung pro Demokratie einzunehmen. Haltung im Journalismus ist ein umstrittenes Thema. Es impliziert in der Regel eine aktive Haltung gegenüber gesellschaftlichem Wandel oder bestimmten politischen Themen (z. B. Klimawandel) sowie einer „politischen Mission“, beispielsweise bestimmte Themen auf die politische Agenda zu setzen. Während solche aktivistischen Rollen im Journalismus stark umstritten sind, da befürchtet wird, dass sie die Glaubwürdigkeit der Medien beeinträchtigen könnten (UseTheNews, 2025), werden andere Formen des Journalismus intensiver diskutiert, um aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen sowie Veränderungen in der Medien- und politischen Landschaft zu begegnen. Eine zunehmende Bedeutung wird beispielsweise dem konstruktiven Journalismus beigemessen, der einen stärkeren Fokus auf Ursachen und Lösungen legt, statt auf Konflikten und Krisen selbst. Wie oben bereits angesprochen ist diese Dominanz von negativen Ereignissen in der Politikberichterstattung ja auch eine wichtige Ursache für zunehmende Nachrichtenvermeidung in der Bevölkerung. Journalismusbefragungen in den

Vereinigten Staaten und in Deutschland haben gezeigt, dass Rollen wie sozial verantwortliches Handeln und Gemeinwohlorientierung wichtig erachtet werden und dass diese Rollen in jüngster Zeit auch an Bedeutung gewonnen haben (Garmissen et al., 2025; McIntyre et al., 2018). Aktivistischere Rollen werden insbesondere in Deutschland von Journalistinnen und Journalisten weitgehend abgelehnt (Garmissen et al., 2025; Keilmann et al., 2025). Der entscheidende Unterschied liegt darin: Während Haltung bzw. Aktivismus im Journalismus sich also in der Regel auf die Durchsetzung bestimmter politischer Themen bezieht sowie auf eine entsprechende Mobilisierung der Öffentlichkeit oder der Politik, bleibt ein pro-demokratischer Journalismus in Bezug auf die Erreichung dieser Ziele unparteiisch, jedoch parteiisch für die Demokratie und ihre Werte. Inwiefern das Publikum eine solche Rolle vom Journalismus überhaupt erwartet und wie sein tatsächlicher Beitrag zur Verteidigung der Demokratie wahrgenommen wird, haben wir in einem aktuellen Projekt untersucht (Fawzi et al., 2026). Wir haben dabei auch Politiker:innen miteinbezogen, da diese von dieser Fragestellung in besonderem Maße betroffen sind; zudem ist bislang wenig über deren Erwartungen an journalistische Medien bekannt ist. Schließlich interessieren wir uns natürlich auch für die Perspektive der Journalist:innen selbst: Inwiefern ist eine pro-demokratische Haltung Teil des journalistischen Rollenselbstverständnisses und wie setzen sie diese Rolle in ihrem journalistischen Alltag um?

Zur Beantwortung dieser Fragen führten wir im Frühjahr 2024 drei parallele quantitative Befragungen durch. Für die Bevölkerungsumfrage wurde ein Online-Panel (forsa) genutzt, das . Die Journalist*innen-Stichprobe (n = 391, Rücklauf: 18,2 %) wurde über die Zimpel-Datenbank gezogen; aus jedem Medienhaus wurden zwei Politik-Redakteur:innen randomisiert ausgewählt. Die Politiker-Stichprobe umfasste alle Mitglieder des Deutschen Bundestages, jeden zweiten Landesparlamentarier und jede:n vierte:n Kommunalpolitiker:in (n = 701, Rücklauf: 23,4 %). Die Daten der Politikerinnen wurden nach dem Parteienanteil im Sample gewichtet.

Für eine große Mehrheit der Journalist:innen (84 %) ist es wichtig, durch ihre Berichterstattung die Demokratie zu stärken, ihrem Publikum demokratische Werte zu vermitteln (76 %) und sich gegen antidemokratische Gruppen zu positionieren (73 %). Somit sind diese normativen Erwartungen

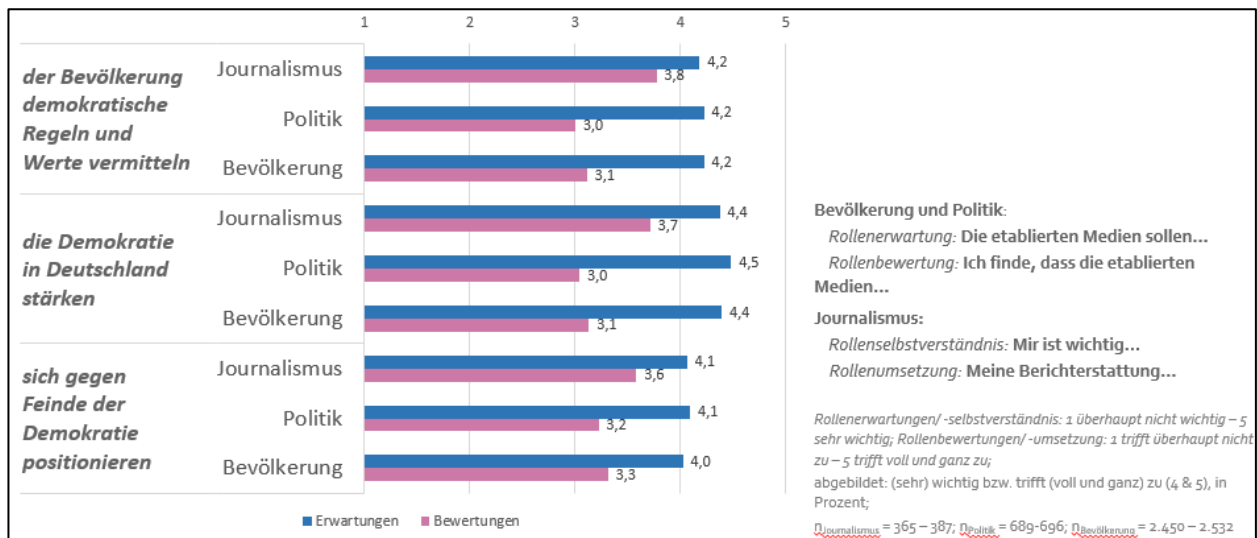


Abb. 5: Die Perspektive von Journalismus, Politik und Bevölkerung auf pro-demokratischen Journalismus im Vergleich (Quelle: Eigene Darstellung)

auch Teil der meisten journalistischen Rollenvorstellungen; es gibt jedoch einen kleinen Anteil an Journalist:innen (7 %–9 %), die diese Rollenorientierung ablehnen. In ähnlicher Weise erwartet sowohl die Mehrheit der Bevölkerung als auch der Politik von journalistischen Medien eine pro-demokratische Haltung (Abbildung 5). Sie sind sich einig, dass die Medien der Bevölkerung demokratische Regeln und Werte vermitteln sollten, die Demokratie stärken sollten und sich gegen Feinde der Demokratie positionieren. Eine Minderheit der Bürger:innen und Politiker:innen lehnt eine pro-demokratische Rolle der Medien ab: Sie erwarten nicht, dass die Medien demokratische Werte fördern (Bevölkerung: 5 %; Politik: 8 %) oder sich gegen Feinde der Demokratie positionieren (Bevölkerung: 11 %; Politik: 12 %). Die Ergebnisse zeigen hierbei, dass es insbesondere Politiker:innen der AfD sowie Bürger:innen mit anti-demokratischen Einstellungen sind, die eine solche Rolle des Journalismus ablehnen. Lokalpolitiker:innen erwarten dagegen in besonderem Maße eine pro-demokratische Haltung des Journalismus. Die Mehrheit der Bevölkerung und der Politiker:innen sieht ihre hohen Erwartungen an Medien jedoch nicht erfüllt. Nur etwa jede:r Dritte Bürger:in bzw. Politiker:in ist der Ansicht, dass die Medien die Demokratie stärken, während etwa jeder vierte (27 %) Bürger:innen und 30 % der Politiker:innen eher beobachten, dass die Medien mit ihrer Berichterstattung die Demokratie schwächen. Dies gilt ebenso für die Vermittlung demokratischer Normen und Werte. Nur knapp ein Drittel aus Bevölkerung (37 %) und Politik (32 %) finden, dass die Medien dadurch einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten. Diese Befunde

implizieren, dass beide Gruppen eine stärkere pro-demokratische Berichterstattung erwarten, als sie in der tatsächlichen Berichterstattung beobachten, d.h. deutlich mehr Engagement des Journalismus zur Verteidigung der Demokratie.

5 Fazit

Die vorliegenden Ausführungen verdeutlichen, dass sich Journalismus und demokratische Öffentlichkeit gegenwärtig in einer tiefgreifenden Transformationsphase befinden. Die Digitalisierung hat nicht nur die technischen Bedingungen öffentlicher Kommunikation verändert, sondern auch die Art und Weise, wie Menschen Nachrichten wahrnehmen, bewerten und in ihre politische Meinungsbildung integrieren. Digitale Plattformen schaffen neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe, führen zugleich aber auch zu einer Fragmentierung der Öffentlichkeit und erschweren die gemeinsame Orientierung an allgemein akzeptierten Fakten.

Die Befunde zur derzeitigen Nachrichtennutzung der Deutschen zeigen dabei ein widersprüchliches Bild. Einerseits nutzen große Teile der Bevölkerung weiterhin klassische journalistische Angebote, insbesondere Fernsehen, Online-Angebote etablierter Medienmarken oder Radio. Andererseits verschiebt sich die Nachrichtennutzung insbesondere bei jüngeren Generationen zunehmend in Soziale Medien und damit in algorithmisch strukturierte Informationsumgebungen. Nachrichten werden dort häufig nur beiläufig wahrgenommen, eingebettet zwischen Unterhaltung, persönlicher Kommunikation und kommerziellen Inhalten.

Dadurch verändern sich sowohl die Rezeptionsbedingungen als auch die Erwartungen an journalistische Inhalte. Zudem verschiebt sich die Macht über öffentliche Sichtbarkeit zunehmend von journalistischen Institutionen hin zu Plattformlogiken und algorithmischen Selektionsmechanismen (Neuberger, 2018). Aufmerksamkeit wird in Sozialen Medien vor allem durch Emotionalisierung, Zuspitzung und Personalisierung erzeugt. Inhalte konkurrieren nicht primär über journalistische Qualität, sondern über ihre Fähigkeit, Reichweite und Interaktion zu generieren (z. B. Milli et al., 2025). Dies verändert langfristig auch die Bedingungen, unter denen politische Themen und Konflikte öffentlich wahrgenommen werden. Komplexe gesellschaftliche Probleme lassen sich unter diesen Bedingungen schwieriger vermitteln, während konfliktorientierte, emotionalisierende oder vereinfachende Narrative strukturelle Vorteile besitzen.

Gleichzeitig ist es wichtig festzuhalten, dass Soziale Medien keineswegs ausschließlich negative Folgen für demokratische Öffentlichkeiten haben. Sie ermöglichen neuen gesellschaftlichen Akteur:innen Zugang zur Öffentlichkeit, fördern politische Sichtbarkeit bislang marginalisierter Gruppen und können politische Beteiligung erleichtern. Gerade für Menschen mit geringem Interesse an klassischen Nachrichtenformaten kann der beiläufige Kontakt mit politischen Informationen auf digitalen Plattformen dazu beitragen, gesellschaftliche Themen überhaupt wahrzunehmen. Allerdings verdeutlichen die Befunde ebenso, dass diese Potenziale mit erheblichen Risiken verbunden sind. Die Grenzen zwischen journalistischen Informationen, strategischer Kommunikation, Meinungen, Unterhaltung und Desinformation verschwimmen zunehmend. Dadurch steigen die Anforderungen an die Medienkompetenz der Nutzer:innen erheblich. Die Fähigkeit, Quellen einzuordnen, Informationen kritisch zu prüfen und manipulative Inhalte zu erkennen, wird in digitalen Öffentlichkeiten zu einer zentralen demokratischen Kompetenz.

Hinzu kommt, dass viele Menschen die gegenwärtige Informationsumgebung als belastend empfinden. Nachrichtenvermeidung ist längst kein Randphänomen mehr, sondern für große Teile der Bevölkerung Teil ihres alltäglichen Medienhandelns. Besonders häufig werden negative emotionale Auswirkungen, die Dominanz von Krisen und Konflikten sowie Überforderung durch die enorme Informationsmenge genannt. Dies verweist auf ein strukturelles Problem gegenwärtiger Nachrichten-

logiken: Journalistische Berichterstattung orientiert sich weiterhin stark an Konflikt, Negativität und Krisenereignissen, weil diese hohe Aufmerksamkeit erzeugen. Gleichzeitig tragen genau diese Darstellungsformen dazu bei, dass sich Teile der Bevölkerung von Nachrichten zurückziehen. Vor diesem Hintergrund gewinnen alternative journalistische Ansätze wie konstruktiver Journalismus zunehmend an Bedeutung. Sie versuchen, gesellschaftliche Probleme nicht nur zu beschreiben, sondern stärker Ursachen, Zusammenhänge und mögliche Lösungsansätze sichtbar zu machen.

Aktuelle Daten zum Medienvertrauen verdeutlichen ebenfalls die Ambivalenz gegenwärtiger Entwicklungen. Entgegen öffentlicher Debatten über eine umfassende „Vertrauenskrise“ zeigen die Daten der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen zunächst eine bemerkenswerte Stabilität. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung vertraut journalistischen Medien weiterhin, insbesondere öffentlich-rechtlichen Angeboten sowie lokalen und überregionalen Tageszeitungen. Dies geht aber nicht unbedingt mit einer entsprechenden Nutzung dieser Angebote einher. Zudem bleibt eine stabile Gruppe medienkritischer Menschen bestehen. Deren Größe hat sich kaum verändert, aber die Qualität der Angriffe. Besonders relevant ist dabei, dass sich medienzynische Einstellungen in den vergangenen Jahren verstärkt haben. Die Zustimmung zu Aussagen über angebliche Manipulation durch Medien oder Einschränkungen der Meinungsfreiheit nimmt zu. Dies deutet darauf hin, dass pauschalisierende und delegitimierende Narrative gegenüber journalistischen Medien gesellschaftlich an Einfluss gewinnen.

Diese Entwicklungen stehen in engem Zusammenhang mit politischen Polarisierungsprozessen. Medienvertrauen ist nicht allein das Ergebnis journalistischer Qualität, sondern wird auch durch politische Einstellungen, Identitäten und medienpsychologische Mechanismen geprägt. Der Hostile-Media-Effekt und Prozesse des motivated reasoning führen dazu, dass Menschen Berichterstattung zunehmend entlang ihrer politischen Überzeugungen bewerten. Gerade bei stark polarisierten Themen wie Migration, Klimawandel oder dem Nahostkonflikt werden journalistische Inhalte häufig als parteiisch wahrgenommen. Dies kann die integrative Funktion öffentlicher Kommunikation erheblich erschweren. Wenn gesellschaftliche Gruppen nicht mehr dieselben Informationsquellen nutzen oder dieselben Fakten akzeptieren, wird demokratische Verständigung zunehmend schwieriger.

Besonders problematisch erscheint in diesem Zusammenhang die strategische Delegitimierung journalistischer Medien durch populistische und anti-demokratische Akteur:innen. Angriffe auf Medien stehen häufig in engem Zusammenhang mit Angriffen auf demokratische Institutionen insgesamt. Begriffe wie „Lügenpresse“ dienen nicht allein der Kritik einzelner Berichte, sondern zielen darauf ab, die Legitimität unabhängiger journalistischer Institutionen grundsätzlich infrage zu stellen. Die Befunde zeigen deutlich, dass insbesondere Anhänger:innen der AfD ein sehr geringes Vertrauen in journalistische Medien aufweisen. Gleichzeitig profitieren gerade solche politischen Akteur:innen stark von medialer Aufmerksamkeit. Daraus ergibt sich für journalistische Medien ein grundlegendes Dilemma: Demokratisch problematische Positionen dürfen nicht ignoriert werden, gleichzeitig kann ihre intensive Berichterstattung zu weiterer Sichtbarkeit und Normalisierung beitragen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach der demokratischen Rolle des Journalismus besondere Bedeutung. Die Ergebnisse der vorgestellten Studie zeigen, dass große Teile der Bevölkerung, der Politik und auch der Journalist:innen selbst erwarten, dass journalistische Medien eine aktive Rolle beim Schutz demokratischer Werte einnehmen. Eine Mehrheit spricht sich dafür aus, dass journalistische Medien demokratische Prinzipien vermitteln, antidemokratische Entwicklungen klar benennen und sich gegen Feinde der Demokratie positionieren sollten. Gleichzeitig nehmen viele Befragte wahr, dass journalistische Medien diese Rolle bislang nur unzureichend erfüllen. Daraus lässt sich ableiten, dass ein erheblicher gesellschaftlicher Bedarf nach einer stärkeren demokratischen Orientierung journalistischer Berichterstattung besteht.

Dabei ist jedoch entscheidend, zwischen Aktivismus und einer demokratischen Grundhaltung zu

unterscheiden. Ein pro-demokratischer Journalismus bedeutet nicht, politische Unabhängigkeit aufzugeben oder bestimmte politische Programme zu unterstützen. Vielmehr geht es darum, demokratische Grundprinzipien wie Menschenrechte, Pluralismus, Gewaltenteilung und Pressefreiheit als normative Grundlage journalistischer Arbeit sichtbar zu verteidigen. Denn gerade in Zeiten demokratischer Regression kann journalistische Neutralität gegenüber antidemokratischen Positionen selbst problematisch werden, wenn dadurch demokratiegefährdende Entwicklungen relativiert oder normalisiert werden.

Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass journalistische Medien unter erheblichen ökonomischen und strukturellen Druck geraten sind. Digitale Plattformen, Suchmaschinen und generative KI profitieren massiv von journalistischen Inhalten, ohne selbst vergleichbar in deren Produktion zu investieren. Dadurch geraten insbesondere lokale und regionale Medien zunehmend unter wirtschaftlichen Druck. Qualitativ hochwertiger Journalismus benötigt jedoch Ressourcen, Zeit und professionelle Strukturen. Die gesellschaftliche Erwartung an einen demokratisch verantwortungsvollen Journalismus steht daher in einem Spannungsverhältnis zu einer häufig geringen Zahlungsbereitschaft für journalistische Angebote. Die Zukunft demokratischer Öffentlichkeit hängt eng mit der Zukunft des Journalismus verbunden. Trotz aller Veränderungen und Probleme im Journalismus behält er eine zentrale gesellschaftliche Funktion: Journalismus schafft Orientierung in komplexen Informationsumgebungen, kontrolliert politische Macht und ermöglicht gesellschaftliche Debatten. Gerade durch den Bedeutungsgewinn generativer KI und die daraus resultierende Unsicherheit darüber, welchen Quellen überhaupt noch vertraut werden kann, wird diese Rolle wichtiger denn je. Die zentrale Herausforderung besteht darin, journalistische Qualität, Glaubwürdigkeit und demokratische Verantwortung unter den Bedingungen digitaler Öffentlichkeiten langfristig zu sichern.

Quellenverzeichnis

- Behre, J., Hölig, S., Stöwing, E. & Möller, J. (2025): Reuters Institute Digital News Report 2025 – Ergebnisse für Deutschland. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut, Juni 2025 (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts | Projektergebnisse Nr. 77), <https://doi.org/10.21241/ssoar.102887>
- Egelhofer, J. L., Aaldering, L., & Lecheler, S. (2021). Delegitimizing the media? Analyzing politicians' media criticism on social media. *Journal of Language and Politics*, 20(5), 653–675. <https://doi.org/10.1075/jlp.20081.ege>
- Engesser, S., Ernst, N., Esser, F., & Büchel, F. (2017). Populism and social media: how politicians spread a fragmented ideology. *Information, Communication & Society*, 20(8), 1109–1126. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2016.1207697>
- Fawzi, N. (2020). Right-wing populist media criticism. In B. Kramer, & C. Holtz-Bacha (Eds.), *Perspectives on populism and the media: Avenues for research* (pp. 39–56). Nomos Verlag.
- Fawzi, N., Hüter, C., Stegmann, D., Jakob, A., & Keilmann, J. (2026). The media as defenders or disruptors of democracy? Comparing citizens', politicians', and journalists' perspectives on pro-democracy journalism. *Journalism & Mass Communication Quarterly*. Published online first. <https://doi.org/10.1177/10776990251407085>
- Fawzi, N., & Mothes, C. (2020). Perceptions of media performance: Expectation-evaluation discrepancies and their relationship with media-related and populist attitudes. *Media and Communication*, 8(3), 335–347. <https://doi.org/10.17645/mac.v8i3.3142>
- Fawzi, N., Ziegele, M., Schultz, T., Jakob, N., Jakobs, I., Viehmann, C., Quiring, O., Schemer, C., Stegmann, D. (2025). Stabiles Medienvertrauen auch in Zeiten politischer Umbrüche. Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2024. *Media Perspektiven*, 13, 1–20.
- Galtung, J. & Ruge, M. (1965): The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crisis in Four Norwegian Newspapers. *Journal of Peace Research* 2 (1), S. 64–91.
- Garmissen, A. von, Lauerer, C., Hanitzsch, T., & Loosen, W. (2025). Journalismus in Deutschland 2023. Befunde zur Situation und Selbsteinschätzung einer Profession unter Druck *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 73(1), 3–34.
- Keilmann, J., Jakob, A., & Fawzi, N. (2025). Activist and/or neutral disseminator? Citizens' and journalists' views on climate reporting. *The International Journal of Press/Politics*, 1–27. Advance online publication. <https://doi.org/10.1177/19401612251367093>
- Knüpfer, C. B., Bennett, W. L., & Klinger, U. (2025). Far-right challenges to liberal democratic press norms: "Indexing by proxy" in a German immigration debate. *Journal of Communication*. Advance online publication. <https://doi.org/10.1093/joc/jqaf008>
- Kovach, B. & Rosenstiel, T. (2007). *The elements of journalism: What newspeople should know and the public should expect*. Three Rivers Press.
- Krämer, B., & Schindler, J. (2018). Zum Umgang der Medien mit dem Rechtspopulismus. Hintergründe, Herausforderungen und Handlungsempfehlungen. *Communicatio Socialis*, 51(2), 131–142.
- Livio, O., & Cohen, J. (2018). 'Fool me once, shame on you': Direct personal experience and media trust. *Journalism*, 19(5), 684–698. <https://doi.org/10.1177/1464884916671331>
- Matthes, Jörg/Zoizner, Alon/Nanz, Andreas/Hopmann, David Nicolas/Theocharis, Yannis/Noetzel, Selina (2025). The Relationship Between Incidental News Exposure and Political Participation: A Cross-Country, Multilevel Analysis. *Digital Journalism*, 1–20. <https://doi.org/10.1080/21670811.2024.2436548>.
- Maurer, M., Jost, P., Schaaf, M., Sülflow, M., & Kruschinski, S. (2023). How right-wing populists instrumentalize news media: Deliberate provocations, scandalizing media coverage, and public awareness for the Alternative for Germany (AfD). *International Journal of Press/Politics*, 28(4), 747–769. <https://doi.org/10.1177/19401612211072692>
- Maurer, M., Jost, P., Pfoh, M., Porath, M., & Wilke, L. (2018). Motivierte Zweifel. Wie die Voreinstellungen der Rezipienten zum Berichterstattungsgegenstand ihre Wahrnehmung der Medienglaubwürdigkeit beeinflussen. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 66, 302–319.
- Mede, N. G., Kobilke, L., Fawzi, N., & Zerback, T. (2025). The Climate Change Generation: Vocal but Overconfident? How Young Adults Who Overestimate Their Climate Knowledge

- Use Social Media and Engage With Others. *Social Media + Society*, 11(2).
<https://doi.org/10.1177/20563051251341792>
- Milli, S., Carroll, M., Wang, Y., Pandey, S., Zhao, S., & Dragan, A. D. (2025). Engagement, user satisfaction, and the amplification of divisive content on social media. *PNAS Nexus*, 4(3), pgaf062.
<https://doi.org/10.1093/pnasnexus/pgaf062>
- Müller J. (2013). *Mechanisms of trust: News media in democratic and authoritarian regimes*. Campus Verlag.
- Neuberger, C. (2018). Journalismus in der Netzwerköffentlichkeit: Zum Verhältnis zwischen Profession, Partizipation und Technik. In C. Nuernbergk & C. Neuberger (Eds.), *Journalismus im Internet: Profession—Partizipation—Technisierung*. Springer VS.
https://doi.org/https://doi.org/10.1007/978-3-531-93284-2_2
- Newman, N., Arguedas, A. R., Robertson, C. T., Nielsen, R. K. & Fletcher, R. (2025). Reuters Institute Digital News Report 2025. Online verfügbar unter: https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2025-06/Digital_News-Report_2025.pdf
- Schneider, J. & Eisenegger, M. (2019). Der Bedeutungsverlust traditioneller Newsmedien und die Entstehung neuer Nutzungsmuster – wie die Digitalisierung Newsrepertoires verändert. Zurich Open Repository and Archiv.
- Schudson, M. (2018). *Why journalism still matters*. Polity Press.
- Stegmann, D., Schneiders, P., Stark, B., & Bugger, S. (2024). „Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt“. Meinungsbildungsrelevanz aus Nutzungsperspektive. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 72(2), 159–186. <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2024-2-159>
- Štětka, V., & Mihelj, S. (2024). *The illiberal public sphere: Media in polarized societies*. Palgrave Macmillan.
- Tippelt, F. (2025). *Social Media zwischen Wachstum und Sättigung: Nutzungsmuster und Plattformdynamiken in Deutschland: Ergebnisse der ARD/ZDF-Medienstudie 2025* (MP 31/2025). *Media Perspektiven*. S. 1-16.
- Tsfati, Y., & Ariely, G. (2014). Individual and contextual correlates of trust in media across 44 countries. *Communication Research*, 41(6), 760–782.
<https://doi.org/10.1177/0093650213485972>
- UseTheNews. (2025). *Aktivismus und journalismus—passt das zusammen?* <https://www.usethe-news.de/de/aktuelles/aktivismus-und-journalismus-passt-das-zusammen>
- Vallone R. P., Ross L. & Lepper, M. R. (1985). The hostile media phenomenon: biased perception and perceptions of media bias in coverage of the Beirut massacre. *Journal of Personality and Social Psychology* 49(3), S. 577-585. doi: 10.1037//0022-3514.49.3.577
- Verboord, M., Janssen, S., Kristensen, N. N., & Marquart, F. (2023). Institutional Trust and Media Use in Times of Cultural Backlash: A Cross-National Study in Nine European Countries. *The International Journal of Press/Politics*, 30(3), 752–774.
<https://doi.org/10.1177/19401612231187568>
- von Garmissen, A., Lauerer, C., Hanitzsch, T. & Loosen, W. (2025). Journalismus in Deutschland 2023. Befunde zur Situation und Selbsteinschätzung einer Profession unter Druck. *Medien Kommunikationswissenschaft* 1, S. 3-34.
- Wedel L., Pfiffner N., Ohme J., Friemel T.N., Gaisbauer F., Lehner M., Schöffel R., Koenigsdorff S., Plavec J.G. & Wolf J. (2026). *Political content and news exposure of German TikTok users during the 2025 Federal German Elections*. SSOAR. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-108733-2>
- Wilner, T., Wallace, R., Lacasa-Mas, I., & Goldstein, E. (2022). The tragedy of errors: Political ideology, perceived journalistic quality, and media trust. *Journalism Practice*, 16(8), 1673–1694.
<https://doi.org/10.1080/17512786.2021.1873167>
- Wodak, R. (2020). *The politics of fear: The shameless normalization of far-right discourse*. Sage.

LEA DEINZER KONRAD

Die NATO und die baltischen Staaten – neue Herausforderungen der Sicherheit

1 Baltische Bedrohungswahrnehmung

Die sicherheitspolitische Lage und die Bedrohungswahrnehmung haben sich für die Länder des Baltikums – Litauen, Lettland und Estland – spätestens seit der Annexion der Krim und der Destabilisierung der östlichen Ukraine durch Russland ab 2014 erheblich verschlechtert. Diese Entwicklungen haben zu verstärkten Verteidigungsanstrengungen der baltischen Staaten, sowie eine Ausweitung der NATO-Schutzmaßnahmen geführt.

Russland als militärische Bedrohung

Bedrohungswahrnehmung wird klassischerweise an der Intention und den Fähigkeiten eines Akteurs festgemacht, einem anderen Akteur Schaden zuzufügen (siehe Farnham, 2003; Strachan-Morris, 2012; Koschut, 2013). Theoretiker und Theoretikerinnen der realistischen Theorieschule fokussieren sich üblicherweise bei der Bestimmung einer vermeintlich objektiven Bedrohungslage auf die militärischen und teilweise auch wirtschaftlichen Fähigkeiten eines Akteurs (Waltz, 1979). Akteure, die im Realismus auf Staaten beschränkt sind, versuchen dann die akkumulierte Macht eines Gegners auszubalancieren, indem sie ihre eigenen

militärischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten erhöhen (*internes balancing*) und sich Allianzen anschließen (*externes balancing*) (Waltz, 1979, 118). Während die russischen Verteidigungsausgaben sich nach Berechnungen des Stockholmer Instituts für Internationale Friedensforschung¹ in 2024 auf 150.534 Millionen US-Dollar und damit 7,1% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) belaufen, investierte Estland zu dieser Zeit etwa 1,39 Milliarden US-Dollar (3,4% des BIP), Lettland 1,41 Milliarden US-Dollar (3,3% des BIP), und Litauen 2,60 Milliarden US-Dollar (3,1% des BIP) in Verteidigung. Diese ausgeprägte Asymmetrie zeigt sich auch bei der Personalstärke. Laut Schätzungen des Global Firepower Index verfügt die russische Föderation über circa 1,32 Millionen aktive Soldatinnen und Soldaten. Demgegenüber stehen die baltischen Staaten mit etwa 7.700 aktiven Kräften in Estland, 17.870 in Lettland und 23.000 in Litauen. Diese Ungleichheit spiegelt sich auch in den jeweiligen paramilitärischen Einheiten, den Reserven sowie in der militärischen Ausrüstung und Fähigkeiten wider. Russland hat zudem seit Beginn der vollumfänglichen Invasion der Ukraine im Februar 2022 die eigene Wirtschaft auf kriegswirtschaftliche Produktion umgestellt, um die Herstellung militärischer Güter anzukurbeln, und setzt auf verstärkte Rekrutierung im In- und Ausland. Gleichzeitig

¹ Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>, Stand Februar 2026.

müssen die baltischen Staaten massive Lücken in ihrer militärischen Ausstattung – etwa das Fehlen eigener Kampfflotten zur Verteidigung des Luftraums oder von Panzern – kompensieren. Allein die militärischen Kapazitäten Russlands können die Bedrohungswahrnehmung der baltischen Staaten jedoch nicht erklären. Stephen Walt (1987) hat die realistischen Überlegungen zu einem Konzept der Ausbalancierung der Bedrohung (*balance of threat*) weiter ausgearbeitet, um solche Phänomene besser abzubilden. Er argumentiert, dass Staaten sich nicht ausschließlich gegen die mächtigsten Akteure zusammenschließen, sondern gegen jene, die für sie am *bedrohlichsten* wirken, auf Basis der Faktoren „Gesamtmacht [eines Akteurs], geografische Nähe, Offensivkraft und aggressive Absichten“ (eigene Übersetzung) (Walt, 1987, 22).

Unabhängigkeitskampf und russische Minderheiten

Bereits die Hinzunahme der Intention eines Akteurs öffnet das Konzept der Bedrohungswahrnehmung für soziale und psychologische Faktoren, die sich zumeist in konstruktivistischen Ansätzen der internationalen Beziehungen finden. Sie beziehen besonders die Wahrnehmung und Interpretation dieser Intentionen, die häufig durch geschichtliche Erfahrungen, vorherige Angriffe beziehungsweise entsprechende Versuche, feindliche Rhetorik, verbale Drohungen, Einschüchterungsversuche, expansionistische beziehungsweise revolutionäre Weltordnungsvorstellungen oder militärische Interventionen geprägt sind mit ein (Strachan-Morris, 2012, 175; Walt, 1987, 278). Darüber hinaus beinhaltet eine soziale Einordnung des Gegenübers meist die Verortung des Selbst – Wer bin ich in Abgrenzung zu meinem Gegenüber? Gehört mein Gegenüber zu meinen Freunden oder zu meinen Feinden? So kann auch die sicherheitspolitische Identität eines Akteurs, „[...] die Gesamtheit aller Wahrnehmungen, Erfahrungen und Gewohnheiten, durch die sich eine politische Gemeinschaft zum Zwecke der äußeren Sicherheit als solche definiert“ (Koschut, 2013, 60f.), die

Bedrohungswahrnehmung maßgeblich beeinflussen.

Während das russische Narrative die Länder des Baltikums als Teil des eigenen Einflussbereichs beschreibt, definieren diese Staaten ihre eigene Identität zunehmend in Abgrenzung zu ihrem mächtigen Nachbarn und dessen als expansionistisch und revanchistisch wahrgenommene Ambitionen (Paulauskas, 2024, 291–292). Die Erinnerung an die lange Phase der Fremdherrschaft unter dem russischen Zarenreich und der Sowjetunion tritt politisch immer stärker in den Vordergrund. Um den zunehmenden russischen Bestrebungen nach Einfluss zu entgegnen, mündet sie in teils kontrovers diskutierten sprach- und kulturpolitischen Maßnahmen (siehe Lang, 2017, 34–35). Russland instrumentalisiert dabei vor allem die russischsprachigen Minderheiten in den baltischen Staaten (siehe Lang, 2017, 34), die sich im Falle Litauens² auf 5 %, Estlands³ auf 21 % und Lettlands⁴ auf 23 % erstrecken. Die baltischen Staaten berufen sich im Kontrast dazu vor allem auf eine europäische Identität und historische sowie kulturelle Zugehörigkeit zu Europa (Paulauskas, 2024, 293).

Diese Taktik zeigte sich anschaulich im Jahr 2007 am Beispiel der Verlegung eines sowjetischen Ehrendenkmals in der estnischen Hauptstadt Tallinn. Die Skulptur des sowjetischen Bronzesoldaten sollte auf Beschluss der estnischen Regierung aus dem Stadtzentrum an einen Soldatenfriedhof am Rande Tallinns verlegt werden. In Reaktion kam es zu teils gewalttätigen Protesten, vor allem von Seiten russischsprachiger Minderheiten, die laut estnischer Regierung und unabhängigen Recherchen über Kampagnen in den sozialen Medien mutmaßlich von Akteuren des russischen Staates befeuert wurden. Gleichzeitig führten mehrere Cyberangriffe zu einem zeitweiligen Ausfall digitaler Dienstleistungen von Regierung, Banken und anderen privaten Akteuren, was die Unruhen weiter anfeuerte.

Solche politischen Einmischungen in innere Angelegenheiten der baltischen Staaten tragen aus deren Perspektive genauso zu einer höheren

² Zentrales Statistikamt der Republik Litauen <https://osp.stat.gov.lt>, Stand Mai 2025.

³ Statistics Estonia, <https://andmed.stat.ee/en/stat>, Stand Mai 2025.

⁴ Official Statistics of Latvia, <https://stat.gov.lv/en>, Stand Oktober 2025.

Bedrohungswahrnehmung gegenüber Russland bei wie frühere militärische Aggressionen Russlands gegen seinen Nachbarstaaten Georgien oder Moldau, unter dem Vorwand, die dort lebenden russischen Minderheiten schützen zu wollen. Zu diesem Zeitpunkt wurde innerhalb der Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) noch vor allem auf Dialog mit Russland gesetzt, und beispielsweise auf dem Gipfeltreffen in Bukarest im Jahr 2008 die NATO-Mitgliedschaft der Staaten Georgien, der Ukraine und Moldau durch die Opposition der deutschen und französischen Regierungen abgelehnt. Diese uneindeutige Haltung der Allianz wurde in den baltischen Staaten als Risiko aufgefasst, das Russland ermöglichen könnte, die Beitrittsperspektiven dieser Länder durch Destabilisierung zu verschlechtern (Paulauskas, 2024, 295). In den baltischen Staaten wurden diese erneuten militärischen Aggressionen Russlands jedoch bereits als Zeichen eines zunehmend erstarkenden und feindseligen Nachbarn wahrgenommen, während die sinkenden Verteidigungshaushalte, Out-of-area-Missionen sowie der wachsende Fokus der NATO auf „neue Bedrohungen“ wie Terrorismus als Risiko eingestuft wurden (Paulauskas, 2024, 297). In diesem Kontext wurde zudem das Fehlen von Strategien der NATO zum Schutz des Baltikums öffentlich diskutiert (Mälksoo, 2024, 539). Diese Eindrücke verstärkten sich vor allem durch die völkerrechtswidrige Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim im Jahr 2014 sowie durch die anhaltende asymmetrische Destabilisierung der ostukrainischen Oblasten Donezk und Luhansk (Lang, 2017, 34).

Geografische Faktoren

Auch geografische Faktoren spielen in diesem Fall eine prägende Rolle. So teilt Estland eine 294 km lange Grenze mit Russland, an der unter anderem die drittgrößte estnische Stadt Narva liegt. Auch die zweitgrößte Stadt Tartu liegt nur wenige Kilometer (ca. 50 km) von der russischen Grenze entfernt. Die lettisch-russische Grenze erstreckt sich über 284 km. Sowohl Lettland (mit 173 km) als auch Litauen (mit 679 km) teilen außerdem eine Grenze mit Belarus, das seit spätestens 2022 unter starker russischer Kontrolle steht. Sie bilden damit die Außengrenze der NATO sowie des Schengenraums. Das lettische Verteidigungskonzept betont hier besonders

mögliche Parallelen zum russischen Vorgehen in der Ukraine, wo von Anfang an das Ziel gewesen sei Teile des Landes zu besetzen und die militärische Unterstützung der Ukraine durch westliche Länder mit nuklearen Drohungen zu verhindern (Lettisches Verteidigungsministerium, 2023, S. 19, 22). Während beispielsweise Estland eine *direkte* militärische Attacke gegen das eigene Staatsgebiet in seiner Verteidigungsstrategie von 2023 noch als eher unwahrscheinlich ansieht (Estnisches Verteidigungsministerium, 2023, 7), betont das lettische Verteidigungsministerium die Möglichkeit eines plötzlichen russischen Angriffs mit Unterstützung des Nachbarlandes Belarus (Lettisches Verteidigungsministerium, 2023, S. 19, 22).

Besonders vor diesem Hintergrund lehnen die baltischen Länder Verhandlungen über Teile des ukrainischen Territoriums gegen den Willen des angegriffenen Staates ab und bauen die eigenen Verteidigungsfähigkeiten stetig aus. Ähnliche Bedenken bilden auch die Grundlage für die militärische Präsenz von NATO-Truppen, insbesondere für die in Litauen in Aufstellung befindliche deutsche Brigade. Litauen grenzt im Südwesten an die russische Ostsee-Enklave Kaliningrad, wo Russland spätestens seit 2022 seine militärischen Fähigkeiten stark konzentriert (Lang, 2017, 37). Schon lange bestehen Befürchtungen, dass im Falle einer militärischen Eskalation Russland versuchen könnte, den engen Korridor zwischen Belarus und Kaliningrad, den sogenannten Suwałki-Korridor, zu besetzen, um die Versorgung seiner Enklave sicherzustellen und die baltischen Staaten von einer Nachversorgung und Verteidigung durch die NATO abzuschneiden (siehe Paulauskas, 2024, 291). Ähnliche Szenarien bilden laut polnischen Angaben beispielsweise die Grundlage des wiederkehrenden russisch-belarussischen Militärmanövers Sapad („Westen“) im Jahr 2025. In dieser Bedrohungswahrnehmung spiegelt sich zudem eine tiefsitzende Angst vor der Zurücklassung durch die Partner, welche an ein historisches Trauma durch die Erfahrungen der damaligen Tschechoslowakei und Polens im Zweiten Weltkrieg sowie der als Preisgabe empfundenen „Aufgabe“ der baltischen Staaten auf der Konferenz von Yalta anschließt (Paulauskas, 2024, 290).

Aus diesem Grund kündigten die baltischen Länder im Januar 2024 die Errichtung einer

sogenannten „Baltic Defence Line“ entlang der Grenzen zu Kaliningrad, Belarus und Russland an, bei der im Laufe der nächsten zehn Jahre ein Netzwerk aus Anti-Mobilitäts-Installationen aufgestellt werden soll (IISS, 2026, 11). Auch der koordinierte Ausstieg Lettlands, Litauens, Estlands und Polens aus dem internationalen Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen (Ottawa-Vertrag) im Jahr 2025, den die Länder mit der wichtigen Rolle dieser Minen beim Schutz des eigenen Territoriums vor einem möglichen russischen Einmarsch begründen (Republik Polen, 2025), kann in diesem Kontext verstanden werden. Ebenso gehen Militärstrategen und Strateginnen davon aus, dass Russland die Seewege nach Kaliningrad in der Ostsee um jeden Preis aufrechterhalten werde. In Baltisk, Kaliningrad, befindet sich zudem der Heimathafen der Baltischen Flotte. In jüngster Zeit hat Russland Kaliningrad auch für hybride Angriffe gegen NATO-Staaten genutzt. Zudem zeigen die zahlreichen Luftraumverletzungen seit 2022 die Sensibilität des baltischen Luftraums, der seit 2004 durch die NATO-Luftraumverteidigung geschützt wird. Das aktuelle Verteidigungskonzept Lettlands erwartet außerdem in den kommenden Jahren den Einsatz weiterer „Instrumente der hybriden Kriegsführung“ durch Russland mit dem Ziel „die westlichen Staaten zu schwächen und ihre Einheit zu unterminieren“ (eigene Übersetzung) (Lettisches Verteidigungsministerium, 2023, 18). Dies beinhaltet den Einsatz von Informationsoperationen, Cyberattacken, Sabotage kritischer Infrastruktur sowie von Migration, Energieabhängigkeit und anderen Mitteln im Sinne der Ausübung politischen und wirtschaftlichen Drucks (ibid.).

Weitere Faktoren, die die Beziehungen zwischen den baltischen Staaten und Russland beeinflussen, sind die langjährige wirtschaftliche und energiepolitische Abhängigkeit sowie die infrastrukturellen Verbindungen, beispielsweise im Bahnverkehr. Seit spätestens 2010 gibt es auch in diesen Bereichen verschiedene Bestrebungen die Interdependenz abzubauen, beispielsweise durch den Bau eines Flüssiggas-Terminals im litauischen Hafen Klaipėda sowie die Diversifizierung der Elektrizitätsversorgung mit den Estlink 1 und 2 Verbindungen nach Finnland, LitPol Link zwischen Polen und Litauen sowie NordBalt zwischen Litauen und Schweden (Lang, 2017, 36–37). Seit 2022

beziehen die drei baltischen Länder kein russisches Gas mehr und sind seit 2025 vollständig mit dem europäischen Stromnetz verbunden. Zudem ist der Anschluss Estlands, Lettlands und Litauens an das europäische Normalspur-Bahnnetz im Rahmen des Projekts „Rail Baltica“ bis 2030 geplant, wobei es zuletzt zu Verzögerungen gekommen ist.

2 Schutz durch NATO-Mitgliedschaft?

Für kleinere Staaten wie Litauen, Lettland und Estland bleibt also die Notwendigkeit drängend, sich durch Allianzbildung dem Schutz eines anderen, größeren Staates oder eines Staatenkollektivs zu unterstellen. Seit dem Wiedererlangen ihrer Unabhängigkeit mit dem Zerfall der Sowjetunion, haben Litauen, Lettland und Estland eine Mitgliedschaft in der NATO und der Europäischen Union (EU) angestrebt. Diese Ambition war besonders getrieben durch die Angst vor einem wiedererstarkenden Russland und dem Ziel, die eigene Unabhängigkeit zu erhalten. Außerdem wird argumentiert, dass die baltischen Staaten sich schon immer als den europäischen Staaten und der Euro-Atlantischen Gemeinschaft zugehörig verstanden haben, somit ein Beitritt zur EU und zur NATO in ihren Augen keiner Veränderung der geopolitischen Konstellation, sondern einer *Wiederherstellung* dieser entspricht (Paulauskas, 2024).

Mit der Vereinbarung der NATO-Mitgliedschaftsaktionspläne für Litauen, Lettland und Estland im Jahr 1999 und dem parallel startenden Beitrittsprozess zur EU unterzogen sich diese Länder tiefgreifenden Reformen. In 2004 erreichten sie dann den lange ersehnten Meilenstein des NATO-Beitritts. Während vielerorts das russische Narrativ der Bedrohung durch die NATO-Osterweiterung nach wie vor verfängt, vor allem in Verbindung mit der Behauptung, die NATO habe Versprechen gegenüber Russland (damals der Sowjetunion) gebrochen (siehe für eine umfassende historische Darstellung Sarotte, 2021), herrscht in einem Großteil der baltischen Bevölkerungen eine stark positive Wahrnehmung dieses Beitritts.

Die Mitgliedschaft in der NATO nimmt für alle drei baltischen Länder einen sehr hohen Stellenwert ein. Das estnische Verteidigungsministerium beschreibt die militärische Überlegenheit der NATO als

ausreichende Abschreckung für potenzielle Angreifer und bezeichnet Angriffe auf die Integrität und Geschlossenheit der Allianz als direkte Bedrohung der estnischen und transatlantischen Sicherheit (Estnisches Verteidigungsministerium, 2023, 7). Auch das lettische nationale Verteidigungskonzept beschreibt das System der kollektiven Verteidigung der NATO als „die Grundlage für Abschreckung und Verteidigung“ (eigene Übersetzung) und betont dabei vor allem die Bedeutung der Strategie der Vorverteidigung (*forward defence*) der NATO, einschließlich militärischer Präsenz in Lettland (Lettisches Verteidigungsministerium, 2023, 28). Das litauische Verteidigungsministerium hebt ebenfalls die Bedeutung der Beistandsverpflichtung der NATO hervor und beschreibt „eine starke und vereinte Allianz, die bereit ist, die Sicherheit und Verteidigung ihrer Mitglieder zu gewährleisten“ als „ein wichtiges Interesse der litauischen Verteidigungspolitik“ (eigene Übersetzung) (Litauisches Verteidigungsministerium, 2023). Laut einer Umfrage des slowakischen Think Tanks GLOBSEC, würden 79% der befragten Letten und Lettinnen sowie 88% der befragten Litauer und Litauerinnen im Falle eines fiktionalen Referendums für einen Verbleib in der NATO stimmen (Hajdu et al., 2023, 29). Gleichzeitig glauben 78% der lettischen und 75% der litauischen Befragten daran, dass die NATO-Mitgliedschaft ihres Landes einen Angriff durch einen Drittstaat unwahrscheinlicher macht (Hajdu et al., 2023, 30).⁵ In einer Umfrage im Auftrag des estnischen Verteidigungsministeriums, gehen 26% der Befragten davon aus, dass die Mitgliedschaft in der NATO einen militärischen Konflikt unter Einbeziehung ihres Landes verhindert und weitere 47% sind überzeugt, dass die NATO in einem solchen Fall militärische Unterstützung leisten werde (Estnisches Verteidigungsministerium, 2024). Unterschiede zeigen sich hier vor allem nach ethnischer Zugehörigkeit – während 86% der befragten ethnischen Esten und Estinnen an eine Abschreckung oder Unterstützung durch die NATO glauben, vertreten diese Position nur 48% der Befragten, denen im Rahmen der Studie eine andere ethnische Zugehörigkeit zugesprochen wird (Estnisches Verteidigungsministerium, 2024), zu der in Estland vor allem die russischsprachige

Minderheit gehört. Laut einer Studie im Auftrag des litauischen Verteidigungsministeriums unterstützen 89% der Befragten die NATO-Mitgliedschaft Litauens und 79% sind der Ansicht, dass diese Mitgliedschaft eine russische militärische Aggression gegenüber Litauen verhindern würde (Litauisches Verteidigungsministerium, 2024b).

3 Beiträge der baltischen Staaten zur NATO-Verteidigung

Beteiligung an der kollektiven Verteidigung

Den baltischen Staaten ist dabei ihre Rolle als „kleine Staaten“ innerhalb der NATO, gemessen an geografischer Größe, Bevölkerung, Bruttoinlandsprodukt oder Verteidigungsausgaben, durchaus bewusst. Um dennoch innerhalb des Bündnisses wahrgenommen zu werden, bringen sich diese Staaten, gemessen an ihren jeweiligen Fähigkeiten und Mitteln, besonders stark bei Gemeinschaftsaufgaben oder in Spezialbereichen ein. Dies wird beispielsweise in estnischen Strategiepapieren explizit als strategische Ambition beschrieben (Estnisches Verteidigungsministerium, 2023, 8–9; für den Bereich der Cyber-Verteidigung siehe Republik Estland, 2018, 58).

Im Bereich der Verteidigungsausgaben sind die baltischen Staaten inzwischen Musterschüler innerhalb der NATO:

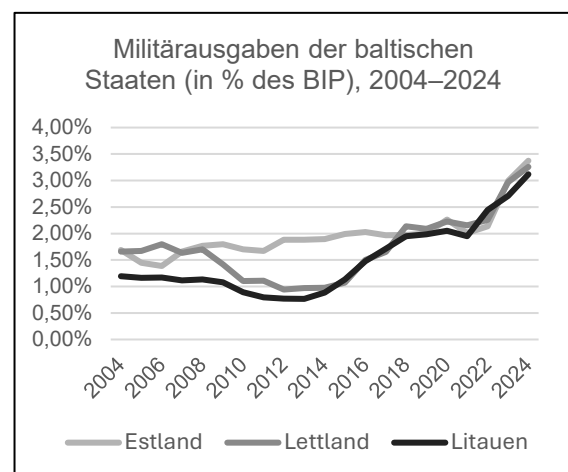


Abb. 1: Militärausgaben der baltischen Länder in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (Quelle: Eigene Darstellung, nach SIPRI Military Expenditure Database (SIPRI, 2025))

⁵ Estland war kein Teil der Länderauswahl dieser Studie.

So übersteigen die Ausgaben in 2024⁶, gemessen an dem Bruttoinlandsprodukt der Länder, mit 3,37 % für Estland, 3,26 % für Lettland, sowie 3,12 % für Litauen (SIPRI, 2025) die Zielmarke von 2 % des BIP, zu der die NATO-Staaten sich auf ihrem Gipfel in Wales im Jahr 2014 verpflichtet haben. Damit liegen die baltischen Länder über dem aktuellen NATO-Durchschnitt von 2,61 % (NATO, 2025e). Die Ausgaben hängen ihrerseits stark mit dem Beginn der russischen militärischen Aggression gegen die Ukraine im Jahr 2014 sowie mit einer steigenden Bedrohungswahrnehmung gegenüber Russland zusammen (siehe Abbildung 1). Auch das auf dem NATO-Gipfel in Den Haag im Jahr 2025 vereinbarte 5%-Ziel haben die baltischen Staaten von vornherein unterstützt und wollen es schnellstmöglich umsetzen (ERR, 2025). So hat beispielsweise Estland im vergangenen Jahr angekündigt, in den nächsten 4 Jahren weitere 10 Milliarden Euro in seine Verteidigung investieren zu wollen (Hankewitz, 2025). In 2024 haben die baltischen Verteidigungsminister und Verteidigungs-Ministerinnen zudem angekündigt, gemeinsam das US-Amerikanische Hochmobilitäts-Raketenartilleriesystem (HIMARS) als Teil der NATO-Abschreckungsstrategie gegenüber Russland nutzen zu wollen und inzwischen entsprechende Beschaffungen bei den USA eingeleitet (Defence Industry Europe, 2024). Außerdem hat Litauen, das 2008 die Wehrpflicht ausgesetzt hatte, diese 2015 nach der Annexion der Krim wieder eingeführt, sodass nun in allen drei baltischen Staaten wieder eine Wehrpflicht gilt.

Bereits vor ihrem Beitritt zur NATO beteiligten sich Litauen, Lettland und Estland an NATO-Operationen und -Missionen. So unterstützten beispielsweise alle drei Länder, in unterschiedlicher Kapazität, die Missionen im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina und in Afghanistan sowie die US-geführte Koalition der Willigen im Irak mit jeweils eher geringen Truppenkontingenten (Estnische Streitkräfte, 2025; Estnisches Außenministerium, 2025a; Lettisches Verteidigungsministerium, o.J.; Litauisches Verteidigungsministerium, 2022). Im Rahmen der 2004 begonnenen Luftraumüberwachung der NATO im Baltikum stellen die baltischen Länder

Luftraumkommandos- und -Kontrollinfrastruktur sowie Personal in ihrer Rolle als Gastgeberländer zur Verfügung. NATO-Kampfflugzeuge sind dabei an den Luftwaffenstützpunkten in Šiauliai (Lettland, seit 2004), Ämari (Estland, seit 2014) und Lielvārde (Litauen, seit 2024) stationiert (NATO, 2025f). Die Luftraumüberwachung wurde vor allem im Zuge der illegalen russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim im Jahr 2014 sowie der NATO-Mission Eastern Sentry im Jahr 2025 als Reaktion auf zunehmende russische Aggressionen aufgestockt (ibid.). Die Staaten stellen zudem wichtige militärische Infrastruktur im Rahmen der verstärkten Vornepräsenz der NATO (*enhanced forward presence*), die 2014 beschlossen und ab 2017 aufgebaut wurde (siehe nächsten Abschnitt). Lettland hat zusätzlich angekündigt, das militärische Trainingsarsenal in Sēlija zu einem der größten Übungsplätze im Baltikum auszubauen (Lettisches Verteidigungsministerium, o.J.).

Estland hat sich vor allem seit den, mit russischen Hackergruppen in Verbindung gebrachten, Cyberangriffen im April 2007 innerhalb der NATO als Impulsgeber im Bereich Cybersicherheit und -Verteidigung etabliert (siehe IISS, 2023, 37). Durch die Aufstellung und die maßgebliche Finanzierung des Exzellenzzentrums für Kooperative Cyberverteidigung (*Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence, CCDCOE*) in Tallinn im Mai 2008 liefert Estland unverzichtbare Expertise in diesem Bereich. Dies geschieht vor allem durch die dort bereitgestellte Expertise in Form des *Tallinn*

Manuals zur Auslegung des Völkerrechts für den Cyberraum, der seit 2009 jährlich stattfindenden *conference on cyber conflict* (CyCon), den Cyber-Übungen *Locked Shields* (seit 2010) und *Crossed Swords* (seit 2014) sowie durch die Bereitstellung des estnischen Zentrums für Cybersicherheitsübungen *Cyber Range 14* für NATO-Übungen (CCDCOE, o.J.; IISS, 2023, 37). Estland stellt außerdem als eine der ersten Nationen Cyberfähigkeiten für Missionen und Operationen der NATO bereit (NATO, 2022a). Zudem trägt Estland zur technischen Innovation der NATO durch

⁶ Eine aktuelle Statistik der NATO (2025e) nennt für Estland 3,41%, für Lettland 3,39% und für Litauen 3,11%.

Betreiben eines Regionalstandorts des *Defence Innovation Accelerator for the North Atlantic* (DIANA) bei (NATO, 2025b). Litauen und Lettland verstärken derweil zur Expertise- und Fähigkeitsentwicklung innerhalb der NATO seit 2012 mit dem Exzellenzzentrum für Energiesicherheit in Vilnius (ENSEC COE, o.J.) und dem Exzellenzzentrum für Strategische Kommunikation in Riga seit 2014

(StratCom COE, o.J.).

Beteiligung an der Unterstützung der Ukraine

Die drei baltischen Länder beteiligen sich außerdem, gemessen an ihrem BIP, stark an der finanziellen, humanitären und militärischen Unterstützung der Ukraine:

Art der Unterstützung	Estland	Lettland	Litauen	Gesamt
Finanzielle Zuweisung	0,01 Mrd. €	0,05 Mrd. €	0,05 Mrd. €	0,11 Mrd. €
Humanitäre Zuweisung	0,06 Mrd. €	0,02 Mrd. €	0,16 (0,15) Mrd. €	0,24 Mrd. €
Militärische Zuweisung	0,85 Mrd. €	0,57 Mrd. €	1,05 (1,04) Mrd. €	2,47 Mrd. €
Bilaterale Unterstützung gesamt	1,17 Mrd. € 2,80 % BIP	0,66 Mrd. € 1,83 % BIP	1,24 (1,26) Mrd. € 2,16 (2,13) % BIP	2,81 Mrd. € -
Bilaterale + EU-Zuweisungen	1,05 Mrd. € 3,22 % BIP	0,78 Mrd. € 2,23 % BIP	1,48 (1,59) Mrd. € 2,55 (2,73) % BIP	3,31 Mrd. € -
Anteil an EU-Zuweisungen	0,14%	0,14%	0,22%	0,79%

Tab. 1: Unterstützung der baltischen Staaten für die Ukraine (enthält nur die tatsächlichen Zuweisungen, nicht die zugesagten Werte) (Quelle: Eigene Darstellung nach Ukraine Support Tracker (Antezza et al., 2025))

So unterstützt Estland die Ukraine im Jahr 2025 mit insgesamt 1,05 Milliarden Euro, was 3,22 % des estnischen BIP ausmacht; Lettland unterstützt die Ukraine mit 78 Millionen Euro, was 2,23 % des lettischen BIP entspricht, und Litauen unterstützt den angegriffenen Staat mit 1,48 Milliarden Euro, also 2,55 % des BIP. Zum Vergleich: Die Bundesrepublik Deutschland hat der Ukraine bisher Unterstützung in einem Gesamtwert (finanziell, humanitär und militärisch) von 21,29 Milliarden Euro (zugesagt: 38,81 Milliarden Euro) zugewiesen, was einem Anteil von 0,57 % des BIPs entspricht. In Relation zu ihrem BIP sind Estland, Lettland und Litauen im Juni 2025 somit unter den fünf führenden Unterstützern der Ukraine innerhalb der Europäischen Union, ein Trend, der sich bereits seit Beginn der russischen Völlinvasion abzeichnet (Trebesch et al., 2023, 28).

Laut eigenen Angaben waren Estland, Litauen und Lettland unter den ersten Ländern, die der Ukraine noch vor Beginn des Angriffskriegs Kleinwaffen wie Panzer- und Flugabwehrsysteme lieferten (Estnisches Außenministerium, 2025b; Litauen, 2026; Radio Free Europe / Radio Liberty, 2022). Inzwischen haben die drei baltischen Staaten der Ukraine ein breites Spektrum an militärischer Unterstützung bereitgestellt, darunter schwere und leichte Waffen (insbesondere Panzerabwehr- und Artilleriesysteme), Munition und Minen,

militärische Fahrzeuge, Drohnen und Flugabwehrmittel sowie Ausrüstung, Ausbildungsleistungen und medizinisch-logistische Hilfsgüter geliefert (Estnisches Außenministerium, 2025b; Lettisches Verteidigungsministerium, 2026; Litauen, 2026; Litauisches Verteidigungsministerium, 2024a). Allerdings verfügen die Länder selbst, auf Grund der limitierten Größe Ihrer eigenen Streitkräfte sowie Verteidigungsausgaben (trotz hohem Anteil am BIP) weder über schwere gepanzerte Gefechtsfahrzeuge, moderne Luftverteidigungs- und Luftkampfsysteme oder schwere Artillerie in größerem Umfang, die sie der Ukraine zur Verfügung stellen könnten, im Gegensatz zu, beispielsweise, Deutschland oder Großbritannien. Die baltischen Staaten unterstützen die Ukraine auch in neueren Bereichen der Verteidigung, beispielsweise im Rahmen einer von Lettland initiierten internationalen Koalition der Drohnen-Produktion (Lettisches Verteidigungsministerium, 2026) sowie bei der technischen und militärischen Cyberverteidigung im Rahmen der „IT-Coalition“ (Estnisches Verteidigungsministerium, 2025) und des „Tallinn Mechanismus“ (Estnisches Außenministerium, 2023), die jeweils von Estland ins Leben gerufen wurden.

Dabei wird die Verteidigung der Ukraine gegen die russische Aggression als Erweiterung der eigenen Landesverteidigung angesehen – die

Befürchtung: Sollte Russland schnelle Erfolge in der Ukraine erzielen oder gar im Zuge eines Waffenstillstandsabkommens weitgehende Zugeständnisse gegen den Willen der Ukraine erhalten, könnte das Land ermutigt sein, auch die baltischen Staaten anzugreifen (siehe Cepurītis & Bukovskis, 2025; Eglit & Raik, 2025). Diese Wahrnehmung ist auch durch die eigenen historischen Besatzungserfahrungen in den baltischen Ländern geprägt (ibid.). Alle drei Länder setzen sich außerdem weiterhin für eine EU- und NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ein (Estnisches Parlament, 2025) und unterstützen grundsätzlich die Einrichtung einer multinationalen Truppe zur Absicherung eines möglichen Friedens- oder Waffenstillstandsabkommens, wobei Estland und Litauen bereits angekündigt haben, sich unter bestimmten Voraussetzungen daran beteiligen zu wollen, während Lettland sich diesbezüglich deutlich zurückhaltender geäußert hat und es in den Bevölkerungen der drei Länder durchaus kritische Stimmen gibt (Cepurītis & Bukovskis, 2025; Eglit & Raik, 2025; LRT, 2025). Gerade lettische Regierungsvertreter beschreiben so häufig die Notwendigkeit einer Balance zwischen der eigenen Verteidigung und der Unterstützung der Ukraine, während zunehmende russische Angriffe unterhalb der Schwelle der Kriegsführung, wie Cyberangriffe, die Instrumentalisierung von Migration oder das Eindringen russischer Drohnen in den lettischen Luftraum, das Land unter Druck setzen (Cepurītis & Bukovskis, 2025).

4 Beiträge der NATO zum Schutz des Baltikums

Auf die russische Annexion der Halbinsel Krim im Jahr 2014 reagierte die NATO zuerst durch den Beschluss eines *Readiness Action Plans* auf ihrem Gipfel in Wales, der unter anderem die Einführung einer NATO-Reaktionstruppe (*NATO Response Force*), einer schnellen Eingreiftruppe (*Very High Readiness Joint Task Force*), die Vorpositionierung militärischer Ausrüstung, die Wiederaufnahme militärischer Großübungen sowie verstärkte Zusammenarbeit bei der Reaktion auf „hybride Bedrohungen“ umfasste. Sie unterstützte zudem die Sanktionspolitik der Mitgliedstaaten, verurteilte die russische Annexion der Krim, schloss eine Anerkennung dieser deutlich aus und forderte Russland auf, sich an das

Völkerrecht zu halten und zu deeskalieren. Zeitgleich wurde betont, dass man grundsätzlich an der NATO-Russland-Grundakte sowie an einem (zukünftigen) Dialog mit Russland festhalten wolle. Die Abschlusserklärung unterstrich dabei auch die legitimen Sicherheitsbedenken der östlichen NATO-Partner und man einigte sich auf das Ziel, die eigenen Verteidigungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. (NATO, 2014)

In den Folgejahren etablierte die Allianz eine verstärkte Vorpräsenz (*Enhanced Forward Presence*) entlang der NATO-Ostflanke, die multinationale Kampfverbände mit maximal 1.000 Soldaten und Soldatinnen in Estland, Lettland, Litauen und Polen als Zeichen der sichtbaren Abschreckung umfasst (NATO, 2016). Zudem erhöhten vor allem die USA ihre Truppenpräsenz in Polen und den baltischen Staaten auf Basis bilateraler Absprachen (siehe Mälksoo, 2024, 538–539). Grundsätzlich wurden diese Schritte in den baltischen Staaten begrüßt und als Verbesserung ihrer Sicherheitslage angesehen (siehe Lang, 2017, 38). Dabei sollte die, oft als Stolperdraht-Strategie bezeichnete, Stationierung kleiner Truppenkontingente in den baltischen Staaten vor allem ein Zeichen der Solidarität an diese Staaten darstellen sowie das Versprechen, im Ernstfall durch schnelle Verstärkung und die Androhung von Bestrafung gegenüber Russland den Schutz des Baltikums zu gewährleisten (Mälksoo, 2024, 540–541). Gleichzeitig hielt sich die NATO damit an Vereinbarungen im Rahmen der NATO-Russland-Grundakte, wonach in den neuen Mitgliedstaaten keine fest stationierten größeren Kontingente etabliert werden. Diese Strategie wurde vor allem in den betroffenen Staaten als zu riskant und nicht ausreichend abschreckend angesehen – sie könne einen schnellen russischen Einmarsch und eine langfristige Besatzung von Teilen der baltischen Länder nicht verhindern (Lang, 2023, 5; Mälksoo, 2024, 540). Befürchtungen, die innerhalb der NATO zu dieser Zeit nicht selten als „baltische Hysterie“ abgetan wurden (siehe Mälksoo, 2024, 543; Paulauskas, 2024, 289).

In 2016 erklärte die NATO zudem öffentlich, dass auch „hybride Angriffe“ einen Verteidigungsfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags darstellen können, und steigerte die gemeinsamen Resilienz-Anstrengungen. In den Folgejahren etablierte

sie sogenannte „Counter-Hybrid Support Teams“, die die NATO-Staaten auf Anfrage bei der Vorbereitung oder Reaktion auf Angriffe unterhalb der Schwelle zur Kriegsführung beraten können. Im Jahr 2022 wurden diese Instrumente durch einen Maßnahmenkatalog ergänzt, auf den die Alliierten in entsprechenden Fällen zurückgreifen können. (NATO, 2026)

Mit dem Beginn der russischen Völlinvasion in der Ukraine im Februar 2022 glich sich auch die Bedrohungswahrnehmung innerhalb des Bündnisses stärker an, und die baltischen Bedenken rückten in den Fokus. So beginnt die Abschlusserklärung von Madrid mit der Feststellung, dass der Krieg auf den europäischen Kontinent zurückgekehrt sei und die NATO in dieser verschlechterten Sicherheitslage nach wie vor die Grundlage der kollektiven Verteidigung darstelle (NATO, 2022a). In ähnlicher Weise führt das strategische Konzept der Allianz aus:

“The Euro-Atlantic area is not at peace. The Russian Federation has violated the norms and principles that contributed to a stable and predictable European security order. We cannot discount the possibility of an attack against Allies’ sovereignty and territorial integrity. Strategic competition, pervasive instability and recurrent shocks define our broader security environment. The threats we face are global and interconnected.” (NATO, 2022b, § 6)

Dabei wird Russland als die „die bedeutendste und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Bündnispartner sowie für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum“ (eigene Übersetzung) (NATO, 2022b, § 8) bezeichnet. Es versuche, seinen Einfluss auf seine Nachbarstaaten durch „Nötigung, Subversion, Aggression und Annexion“ auszubauen und nutze dafür sowohl konventionelle und nukleare militärische Fähigkeiten als auch politische Destabilisierungstaktiken, die die Sicherheit und Interessen der NATO gefährden (ibid.).

Das Bündnis reagierte auf die ausgeweitete russische Aggression unter anderem mit der Aktivierung der NATO-Eingreiftruppe, der Verstärkung (teils auf Brigade-Größe) und Ausweitung der Kampfverbände der verstärkten Vornepräsenz von vier auf acht Einheiten mit neuen Kampfverbänden in Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei, verstärkte Luftraum- und

Seeüberwachung sowie den Beschluss neuer Einsatz- und Streitkräfte-Modelle, die unter anderem die Bereitschaft und schnellere Verstärkung verbessern sollen und regionale Verteidigungspläne beinhalten (NATO, 2022a, 2025d). Dabei sollen die multinationalen Verbände in Lettland und Litauen, geführt durch die Rahmennationen Kanada und Deutschland, auf Brigadegröße von 3.000 bis 5.000 Soldatinnen und Soldaten aufgestockt werden (NATO, 2025d). Auch die NATO-Beiträge Schwedens und Finnlands werden in den baltischen Ländern als Verbesserung der eigenen Sicherheitslage gewertet, vor allem dadurch, dass nun alle Ostseeanrainer bis auf die russische Enklave Kaliningrad Teil der Nordatlantischen Militärallianz sind und zentrale russische Militärbasen durch den finnischen Beitritt näher am NATO-Gebiet liegen und damit schwächer geschützt sind (Paulauskas, 2024, 291). Im Zuge zunehmender russischer Luftraumverletzungen durch Drohnen und Kampfflugzeuge in verschiedenen Bündnisstaaten – darunter Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien – hat die NATO im September die verstärkte Überwachungs- und Verteidigungsmaßnahme „Eastern Sentry“ eingerichtet (NATO, 2025d).

Luftraumüberwachung im Baltikum

Bereits vor dem Beitritt der baltischen Staaten haben diese im Jahr 2000 mit „BaltNet“ eine Radar-Luftraumüberwachung eingerichtet. Ab 2004 wurde dann eine NATO-Mission zur Luftraumüberwachung (*Baltic Air Policing*) etabliert, bei der durchgängig Kampfflugzeuge der NATO-Staaten den Luftraum über den baltischen Staaten patrouillieren, um ein unangekündigtes Eindringen durch ihre Präsenz unwahrscheinlicher zu machen. Die Mission wird zudem durch die integrierte Luft- und Raketenabwehr der NATO unterstützt.

Dabei steuern die Alliierten abwechselnd die Luftwaffenstützpunkte in Šiauliai in Litauen (seit 2004), Ämari, in Estland (seit 2014) und seit 2024 auch potentiell Lielvārde in Litauen an. Die Zuständigkeiten wechseln zwischen den NATO-Ländern. Da die baltischen Länder selbst über keine Kampfflugzeuge verfügen, stellt diese Mission einen zentralen Beitrag zum Schutz der NATO-Ostflanke dar. Initial sollte die Mission vor allem ein politisches Zeichen der Solidarität und Entschlossenheit des Bündnisses sein. Besonders nach Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine in 2014

wurde diese Mission immer bedeutsamer. Vor allem nach der Ausweitung des Krieges im Jahr 2022 und der zunehmenden Verstärkung des Konflikts zwischen Russland und den NATO-Staaten meldeten sowohl Estland als auch Litauen im Jahr 2025 mehrere Luftraumverletzungen, die sie als russische Provokationen gegenüber dem Bündnis einstufen. Estland hatte im September 2025 aufgrund dieser Vorfälle Konsultationen gemäß Artikel 4 des Nordatlantikvertrags innerhalb der NATO beantragt. Als Reaktion wurde die Luftraumüberwachung im Zuge der verstärkten Verteidigungsaktivitäten „Eastern Sentry“ im Herbst 2025 personell und materiell ausgeweitet. (NATO, 2025f; NATO AIRCOM, 2025)

Überwachung der Ostsee

Nach der mutmaßlichen Sabotage der Gaspipelines Nordstream 1 und 2 häufen sich seit 2023 Vorfälle, bei denen kritische Unterseekabel oder Energieverbindungen beschädigt wurden. Dies betraf auch wichtige Verbindungen zwischen den baltischen Staaten, Finnland und Schweden, beispielsweise den Ausfall der Stromverbindung Estlink 2 zwischen Lettland und Schweden oder die Beschädigung der Gaspipeline Balticconnector zwischen Estland und Finnland (Buchholz, 2025). Obwohl viele dieser Vorfälle bis heute nicht eindeutig geklärt werden konnten, wurde in einzelnen Fällen Sabotage, unter anderem durch russisches Einwirken, unterstellt. Als Reaktion haben sich bei einem Gipfel der „Ostsee-Alliierten“ in Helsinki im Januar 2025 die Regierungen der NATO-Ostseeanrainer auf die Etablierung einer neuen maritimen Mission zum Schutz kritischer Infrastruktur in der Ostsee geeinigt. Die Mission „Baltic Sentry“ soll dabei durch umfassende Überwachung der Ostsee die Informationslage sowie die Reaktionsfähigkeit der NATO auf solche Vorfälle verbessern (Maciata, 2025; NATO, 2025c). Die NATO setzt dabei vor allem auf Prävention zukünftiger Vorgänge durch Zugangsverweigerung (*derrence by denial*) durch die Stationierung von dauerhaft einsetzbaren, multinationalen Seestreitkräften in der Region (Maciata, 2025). Zudem richtete das Bündnis eine Koordinierungsstelle für kritische Unterwasserinfrastruktur im NATO-Hauptquartier in Brüssel sowie ein Zentrum für kritische Unterwasserinfrastrukturen in seinem Maritimen Kommando in Großbritannien ein,

um seine Informationslage und Reaktionsfähigkeit zu verbessern (ibid.). Auch in neueren Verteidigungsbereichen wie dem Cyberraum wurde die kollektive Verteidigung durch die Einführung eines virtuellen Instruments zur besseren Koordinierung von bilateraler Unterstützung bei Cyberangriffen (*Virtual Incident Cyber Support Capability*) (NATO, 2025a) oder den Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Rahmen eines neuen, integrierten Zentrums für Cyberverteidigung (*NATO Integrated Cyber Defence Center*) gestärkt (NATO, 2024).

Während einige Beobachter und Beobachterinnen argumentieren, dass es sich bei diesen neuen Maßnahmen weiterhin um eine Art Stolperdraht-Strategie handelt (so der Kommandeur des NATO-Kampfverbandes in Estland in Mälksoo, 2024, 541), sehen andere einen Übergang zu einer robusteren Verteidigungsstrategie (Maciata, 2025). Dennoch herrscht in den baltischen Ländern Skepsis darüber, ob die geplante Verstärkung und die verabschiedeten Verteidigungspläne im Ernstfall tatsächlich umgesetzt werden (siehe Mälksoo, 2024, 545)

5 Die deutsche Rolle beim Schutz des Baltikums – Neue Verantwortung und alte Bedenken

Deutschland beteiligt sich an der Verteidigung der baltischen Staaten vor allem als Rahmennation (*framework nation*) der verstärkten Vornepräsenz in Litauen seit 2017, durch Beiträge zur schnellen Eingreiftruppe der NATO, zur Luftraumüberwachung und zu maritimen Missionen, durch Überwachungsaktivitäten im Ostseeraum (wie Baltic Sentry) sowie durch seine Teilnahme an Übungen und Manövern des Bündnisses (Bundesministerium der Verteidigung, 2025b). Zudem engagiert Deutschland sich in allen drei NATO-Exzellenzzentren in den baltischen Staaten, insbesondere als Gründungsmitglied des CCDCOE in Tallinn sowie des Zentrums für Strategische Kommunikation in Riga. Auch die verstärkten Investitionen in die eigenen Verteidigungsfähigkeiten, die politische Unterstützung und anhaltende Betonung des Prinzips der kollektiven Verteidigung innerhalb der NATO durch die deutsche Bundesregierung werden in den baltischen Ländern positiv aufgefasst.

Ein gewisses Maß an Skepsis hinsichtlich der deutschen Verlässlichkeit besteht in den baltischen Ländern wegen der jahrzehntelangen, engen wirtschaftlichen und energiepolitischen Kooperation Deutschlands mit Russland sowie der – aus baltischer Sicht – ungenügenden Reaktion Deutschlands auf Russlands Kriege gegen Georgien und die Ukraine fort. Deutschland konnte diese jedoch durch seine Rolle bei der verstärkten Vornepräsenz der NATO sowie durch eine entschiedenere Sanktionspolitik gegenüber Russland abschwächen. (siehe Lang, 2017, 39, 2023, 2–3)

Brigade Litauen

Die Aufstellung der 45. Panzerbrigade („Brigade Litauen“) wurde im Juni 2023 vom damaligen Verteidigungsminister Boris Pistorius angekündigt. Zuvor bestanden zwischen den beiden Regierungen unterschiedliche Vorstellungen über Umfang und Ausgestaltung der deutschen Truppenpräsenz: Während Litauen das bilaterale Kommuniqué vom 7. Juni 2022 als Zusage einer dauerhaften Stationierung in Brigadestärke interpretierte, ging man in Berlin zunächst von einem flexibleren Modell mit vorgeschobenem Gefechtsstand, eingelagertem Material und kurzfristig verlegbaren Kräften aus (Lang, 2023, 2). Diese Diskrepanz veranlasste den litauischen Außenminister Gabrielius Landsbergis, von „Schrödingers-Brigade“ zu sprechen, die „da und doch nicht da“ sei (zitiert in Lang, 2023, 2). Im Januar 2025 erfolgte dann die Zustimmung durch den deutschen Bundestag und Bundesrat zum Gesetzesentwurf über das entsprechende Regierungsabkommen zwischen Deutschland und Litauen (Deutscher Bundestag, 2025).

Während Deutschland das militärische Personal bereitstellt, stellt Litauen die militärische Infrastruktur. Im April 2025 wurde die 45. Panzerbrigade dann offiziell in Litauen aufgestellt und soll bis 2027 zur vollen Einsatzfähigkeit mit ca. 4.800 Soldatinnen und Soldaten sowie 200 zivilen Mitarbeitenden ausgebaut werden. Während Mitte 2025 noch rund 400 Bundeswehrangehörige in Litauen stationiert waren, soll diese Zahl bis Ende 2026 auf 2.000 erhöht werden. Die Brigade soll insgesamt drei gepanzerte Kampftruppenbataillone umfassen und damit die ehemalige *Enhanced Forward Presence* Battlegroup um zwei weitere Heeresbataillone

ergänzen. (Bundesministerium der Verteidigung 2025a) Sie soll damit vor allem ein mögliches Abschneiden der baltischen Staaten bei der NATO-Verstärkung und Nachversorgung im Sinne der Strategie der Abschreckung durch Verweigerung, beispielsweise über den Suwałki-Korridor, erschweren (siehe Lang, 2023, 5).

Der litauische Präsident Nausėda begrüßt die Stationierung und betont: „Dank ihres Engagements wird ganz Europa sicherer und stärker“ (Nausėda in Bundesministerium der Verteidigung, 2025a). Verteidigungsministerin Dovilė Šakalienė bezeichnet die deutsche Stationierung zudem als „ein historisches Beispiel für Führungsstärke“ (Šakalienė in Litauisches Verteidigungsministerium, 2025). Laut einer Studie im Auftrag des litauischen Verteidigungsministeriums gehen 85% der Befragten davon aus, dass die Stationierung der deutschen Brigade die Sicherheit Litauens erhöht (Litauisches Verteidigungsministerium, 2024b). Allerdings wird nach wie vor vom Fehlen einer ausreichenden Zahl an Freiwilligen für die vollständige Aufstellung der Brigade berichtet (beispielsweise in Müller, 2026) und es kommt regelmäßig zu Störungen der deutschen Kommunikationssysteme durch mutmaßlich russische oder belarussische Quellen (Neuwert, 2026).

6 Ausblick

Die sicherheitspolitische Lage in den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen bleibt mit dem Andauern des russischen Krieges gegen die Ukraine und den zunehmenden Provokationen gegenüber den NATO-Staaten angespannt. Während die drei Staaten stark in ihre eigenen Verteidigungskapazitäten investieren, setzen die Bevölkerungsgröße, die geografische Nähe zu Russland und Belarus sowie die vergleichsweise begrenzten volkswirtschaftlichen Ressourcen diesen Anstrengungen Grenzen. Umso mehr sind sie auf das NATO-Versprechen der kollektiven Verteidigung angewiesen, die vor allem im Rahmen der verstärkten Vornepräsenz und der Luftraumüberwachung einen erheblichen Beitrag zum Schutz des Baltikums leistet. Obwohl Estland, Lettland und Litauen stark auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten bauen, nehmen auch sie die Drohungen und die zunehmende Unzuverlässigkeit der Trump-

Regierung im Hinblick auf den Grundsatz der kollektiven Verteidigung innerhalb der NATO als Risiko wahr. So haben die drei baltischen Länder beispielsweise im Zuge der erneuten Annexionsfantasien der Regierung Trump jeweils ihre Solidarität und Unterstützung für Grönland und Dänemark bekundet. Während Estland seine Bereitschaft zur Entsendung von Truppen auf Anfrage der dänischen Regierung im Januar angekündigt hatte (Estonian World, 2026), war das baltische Land nach offiziellen Angaben nicht Teil der Erkundungsmission „Operation Arctic Endurance“. Lettland hat hingegen bereits bekundet, die im Februar 2026 angekündigte NATO-Mission „Arctic Sentry“ zur stärkeren militärischen Präsenz, Koordinierung und Überwachung im hohen Norden unterstützen zu wollen (Mergener, 2026). Während die baltischen Staaten auch Vorstöße zur Stärkung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union aktiv unterstützen, priorisieren sie nach wie vor eine Stärkung des europäischen Pfeilers *innerhalb* der NATO durch intensivierte Nordisch-Baltische Kooperation und verstärkte Verteidigungsbemühungen europäischer Staaten. Auch die verteidigungspolitische Kooperation mit Deutschland gewinnt für die baltischen Staaten, vor allem für Litauen, zunehmend an Bedeutung, was sich bei einem weiteren Rückzug der USA nur noch verstärken dürfte.

Quellenverzeichnis

- Antezza, A., Bompreszi, P., Bushnell, K., Dyussimbinov, Y., Frank, A., Frank, P., Franz, L., Kharitonov, I., Kumar, B., Nishikawa, T., Rebinskaya, E., Schade, C., Schramm, S., Weiser, L. & Trebesch, C. (2025): *Ukraine Support Tracker Data*, Kiel, Institut für Weltwirtschaftsforschung. Online: <https://www.ifw-kiel.de/publications/ukraine-support-tracker-data-20758/> (14.08.25).
- Buchholz, K. (2025): *Baltic Sea Cable Incidents Pile Up*, Statista. Online: <https://www.statista.com/chart/33892/damage-to-underwater-cables-and-pipelines-in-the-baltic-sea/> (19.01.26).
- Bundesministerium der Verteidigung (2025a): *Brigade Litauen: Angetreten zum Schutz des Baltikums*. Online: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/brigade-litauen-aufstellungsappell-vilnius-5943400> (31.07.25).
- Bundesministerium der Verteidigung (2025b): *Dossier: Schutz der NATO-Ostflanke*. Online: <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/die-nato-staerke-und-dialog/schutz-der-nato-ostflanke> (31.07.25).
- CCDCOE (o.J.): *About us*, Tallinn. Online: <https://ccdcoe.org/about-us/> (08.04.25).
- Cepurītis, M. & Bukovskis, K. (2025): *Latvia: Strongly Committed, Modestly Equipped*, Norwegian Institute of International Affairs (Policy Brief 17/2025). Online: <https://www.nupi.no/en/publications/cristin-pub/latvia-strongly-committed-modestly-equipped>.
- Defence Industry Europe (2024): *Firewall against Russia: Baltic countries cooperate on HIMARS system*. Online: <https://defence-industry.eu/firewall-against-russia-baltic-countries-to-cooperate-on-himars-system/> (20.02.26).
- Deutscher Bundestag (2025): *Bundestag beschließt Artikelgesetz „Zeitenwende“*. Online: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw49-de-einsatzbereitschaft-bundeswehr-1032590> (14.08.25).
- Eglit, H. & Raik, K. (2025): *Estonia: Strong and Early Support, but Conditions Apply*, Norwegian Institute of International Affairs (Policy Brief 20/2025). Online: <https://icds.ee/en/estonia-strong-and-early-support-but-conditions-apply/> (05.01.26).
- ENSEC COE (o.J.): *About Us*. Online: <https://www.enseccoe.org/about-us/> (07.08.25).
- ERR (2025): *Baltics call for NATO members to spend 5% of GDP on defense*. Online: <https://news.err.ee/1609703727/baltics-call-for-nato-members-to-spend-5-of-gdp-on-defense> (06.08.25).
- Estnische Streitkräfte (2025): *Operations abroad*. Online: <https://mil.ee/en/operations-abroad/#t-operations-since-1995> (14.08.25).
- Estnisches Außenministerium (2023): *Tallinn Mechanism Announcement*, Tallinn. Online: https://vm.ee/sites/default/files/documents/2023-12/Tallinn%20Mechanism%20Announcement_0.pdf (28.10.25).
- Estnisches Außenministerium (2025a): *Estonia in NATO*. Online: <https://vm.ee/en/international-relations/nato/estonia-nato#communication-with-t> (05.08.25).
- Estnisches Außenministerium (2025b): *Estonia's aid to Ukraine*. Online: <https://vm.ee/en/estonias-aid-ukraine> (19.01.26).
- Estnisches Parlament (2025): *Statement of the Committees on Foreign Affairs of Estonia, Latvia and Lithuania on full support for Ukraine*. Online: <https://www.riigikogu.ee/wp-content/uploads/2025/06/3B-Statement-06.06.2025.pdf> (19.01.26).
- Estnisches Verteidigungsministerium (2023): *National Defence Strategy of Estonia*. Online: https://www.kaitseministeerium.ee/sites/default/files/elfinder/article_files/national_defence_strategy.pdf (14.08.25).
- Estnisches Verteidigungsministerium (2024): *Public Opinion on National Defence 2024*, Tallinn. Online: https://www.kaitseministeerium.ee/sites/default/files/public_opinion_and_national_defence_2024_spring.pdf (10.08.25).
- Estnisches Verteidigungsministerium (2025): *IT Coalition led by Estonia and Luxembourg has raised over one billion euros in support of Ukraine*, Tallinn. Online: <https://www.kaitseministeerium.ee/en/news/it-coalition-led-estonia-and-luxembourg-has-raised-over-one-billion-euros-support-ukraine> (28.10.25).
- Estonian World (2026): *Estonia signals readiness to deploy troops to Greenland if needed*. Online: <https://estonianworld.com/security/estonia-signals-readiness-to-join-european-military-exercise-in-greenland/> (19.01.26).

- Farnham, B. (2003): "The Theory of Democratic Peace and Threat Perception", *International Studies Quarterly* Vol. 47, 395–425.
- Hajdu, D., Klingová, K., Szicherle, P., Kazaz, J. & Musilová, V. (2023): *GLOBSEC Trends 2023: United we (still) stand*, GLOBSEC. Online: <https://www.globsec.org/sites/default/files/2023-05/GLOBSEC%20Trends%202023.pdf> (14.08.26).
- Hankewitz, S. (2025): *Estonia ramps up its defence budget to €10bn in face of Russian threat*, Estonian World. Online: <https://estonianworld.com/security/estonia-ramps-up-defence-budget-to-e10bn-in-face-of-russian-threat/> (05.01.26).
- IISS (2023): "Estonia", in *Cyber Capabilities and National Power: Volume 2*, 29–46. Verfügbar unter https://www.iiss.org/globalassets/media-library---content--migration/files/research-papers/2023/09/cyber-capabilities-and-national-power-vol-2/cyber-capabilities-and-national-power_volume-2.pdf (Abgerufen am 12 November 2024).
- IISS (2026): *The Military Balance 2026*, Routledge.
- Koschut, S. (2013): „Sicherheitspolitische Identität in den Internationalen Beziehungen: konzeptionelle Überlegungen und empirische Praxis“, *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* Vol. 6, No. 1, 53–75.
- Lang, K.-O. (2017): „Die baltischen Staaten und ihr schwieriges Verhältnis zu Russland“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* Vol. 67, No. 8, 34–39. Online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/242517/die-baltischen-staaten-und-ihr-schwieriges-verhaeltnis-zu-russland/> (31.07.25).
- Lang, K.-O. (2023): *Deutschland und Litauen: Von der Verteidigungskooperation zur Sicherheitspartnerschaft*, Stiftung Wissenschaft und Politik. Online: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023A39/> (31.07.25).
- Lettisches Verteidigungsministerium (o.J.): *Latvia and NATO*. Online: <https://www.mod.gov.lv/en/nato/latvia-and-nato> (14.08.25).
- Lettisches Verteidigungsministerium (2023): *The State Defence Concept 2023-2027*, Riga. Online: <https://www.mod.gov.lv/sites/mod/files/document/The%20State%20Defence%20Concept%202023-2027.pdf> (14.08.25).
- Lettisches Verteidigungsministerium (2026): *Latvia's support to Ukraine*. Online: <https://www.mod.gov.lv/en/support-ukraine> (19.01.26).
- Litauen (2026): *Lithuania supports Ukraine*. Online: <https://lithuania.lt/future-of-ukraine/turining-sentiments-into-actions/> (19.02.26).
- Litauisches Verteidigungsministerium (2022): *Lithuania's membership in NATO*. Online: <https://kam.lt/en/lithuanias-membership-in-nato/> (14.08.25).
- Litauisches Verteidigungsministerium (2023): *Strategic provisions*. Online: <https://kam.lt/en/strategic-provisions/> (14.08.25).
- Litauisches Verteidigungsministerium (2024a): *Lithuania to transfer a robust assistance package to Ukraine*. Online: <https://kam.lt/en/lithuania-to-transfer-a-robust-assistance-package-to-ukraine> (19.01.26).
- Litauisches Verteidigungsministerium (2024b): *Opinion poll finds NATO Allies in Lithuania deter aggression*, Vilnius. Online: <https://kam.lt/en/opinion-poll-finds-nato-allies-in-lithuania-deter-aggression/> (10.08.25).
- Litauisches Verteidigungsministerium (2025): *Lithuania and Germany solemnly inaugurate the German Brigade Litauen in a historical step to Lithuania's and NATO security*, Vilnius. Online: <https://kam.lt/en/lithuania-and-germany-solemnly-inaugurate-the-german-brigade-litauen-in-a-historical-step-to-lithuanias-and-nato-security/> (14.08.25).
- LRT (2025): *Lithuanian, European leaders call for multinational force in Ukraine*. Online: <https://www.lrt.lt/en/news-in-english/19/2777074/lithuanian-european-leaders-call-for-multinational-force-in-ukraine?srltid=AfmBOopYfNiNGtFa8D0BCqDHmxYNOvKR66WvMVBo5WAcvc4DG3JyXsvX> (19.01.26).
- Maciata, K. (2025): "Fortifying the Baltic Sea - NATO's defence and deterrence strategy for hybrid threats", *NATO Review*, May 2025. Online: <https://www.nato.int/docu/review/articles/2025/05/05/fortifying-the-baltic-sea-natos-defence-and-deterrence-strategy-for-hybrid-threats/index.html> (06.08.25).
- Mälksoo, M. (2024): "NATO's new front: deterrence moves eastward", *International Affairs* Vol. 100, No. 2, 531–547.
- Mergener, H. U. (2026): „Arctic Sentry: NATO baut militärische Präsenz in Arktis und im

- Hohen Norden aus“, *Europäische Sicherheit & Technik*. Online: <https://esut.de/2026/02/meldungen/68125/arctic-sentry-nato-baut-militaerische-praesenz-in-arktis-und-im-hohen-norden-aus/> (20.02.26).
- Müller, F. (2026): „Befehl statt Freiwilligkeit? So ringt die Bundeswehr nach Soldaten für die Litauen-Brigade“, *Euronews*. Online: <https://de.euronews.com/2026/02/13/bundeswehr-soldaten-litauen-brigade> (20.02.26).
- NATO (2014): *Wales Summit Declaration: Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Wales*. Online: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_112964.htm (01.03.24).
- NATO (2016): *Warsaw Summit Communiqué: Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Warsaw 8-9 July 2016*. Online: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm (05.01.22).
- NATO (2022a): *Madrid Summit Declaration issued by NATO Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Madrid 29 June 2022*. Online: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_196951.htm (14.08.25).
- NATO (2022b): *NATO 2022: Strategic Concept*. Online: https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/6/pdf/290622-strategic-concept.pdf (10.08.25).
- NATO (2024): *Allies agree new NATO Integrated Cyber Defence Centre*. Online: <https://www.nato.int/en/news-and-events/articles/news/2024/07/10/allies-agree-new-nato-integrated-cyber-defence-centre> (19.01.26).
- NATO (2025a): *Allies practise coordination of mutual cyber support through NATO*. Online: <https://www.nato.int/en/news-and-events/articles/news/2025/04/14/allies-practise-coordination-of-mutual-cyber-support-through-nato> (19.01.26).
- NATO (2025b): *Defence Innovation Accelerator for the North Atlantic (DIANA)*. Online: <https://www.nato.int/en/about-us/organization/nato-structure/defence-innovation-accelerator-for-the-north-atlantic-diana> (05.01.26).
- NATO (2025c): *NATO launches 'Baltic Sentry' to increase critical infrastructure security*. Online: <https://www.nato.int/en/news-and-events/articles/news/2025/01/14/nato-launches-baltic-sentry-to-increase-critical-infrastructure-security> (19.01.26).
- NATO (2025d): *Strengthening NATO's eastern flank*. Online: <https://www.nato.int/en/what-we-do/deterrence-and-defence/strengthening-natos-eastern-flank?selectedLocale=ic> (05.01.26).
- NATO (2025e): *The Secretary General's Annual Report 2024*. Online: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_212668.htm (05.08.25).
- NATO (2025f): *NATO Air Policing*. Online: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_132685.htm (05.01.26).
- NATO (2026): *Countering hybrid threats*. Online: <https://www.nato.int/en/what-we-do/deterrence-and-defence/countering-hybrid-threats> (18.02.26).
- NATO AIRCOM (2025): *Baltic Air Policing*. Online: <https://ac.nato.int/missions/air-policing/baltics> (13.08.25).
- Neuwert, K. (2026): „Bundeswehr: Russland stört Kommunikationssysteme im Baltikum“, *BR24*. Online: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/bundeswehr-russland-stoert-kommunikationssysteme-im-baltikum>, VBDFajj (20.02.26).
- Paulauskas, K. (2024): “NATO and the Eastern Flank”, in Olsen, J. A. (Hg.) *Routledge Handbook of NATO*, London, Routledge, 289–301.
- Radio Free Europe / Radio Liberty (2022): *Baltic States To Send Weapons To Ukraine In Face Of Possible Russian Invasion*. Online: <https://www.rferl.org/content/baltic-states-to-send-weapons-to-ukraine-in-face-of-possible-russian-invasion/71262621.html> (20.02.26).
- Republik Estland (2018): *Cybersecurity Strategy 2019-2022*. Online: <https://www.mkm.ee/media/703/download> (27.08.24).
- Republik Polen (2025): *Statement by the Estonian, Latvian, Lithuanian, and Polish Ministers of Defence on the Withdrawal from the Ottawa Convention*. Online: <https://www.gov.pl/web/national-defence/statement-by-the-estonian-latvian-lithuanian-and-polish-ministers-of-defence-on-withdrawal-from-the-ottawa-convention> (05.01.26).
- Sarotte, M. E. (2021): *Not One Inch: America, Russia, and the Making of post-Cold War*

- talemate*, New Haven, Yale University Press.
- SIPRI (2025): *SIPRI Military Expenditure Database*. Online: <https://milex.sipri.org/sipri> (14.08.25).
- Strachan-Morris, D. (2012): “Threat and Risk: What Is the Difference and Why Does It Matter?”, *Intelligence and National Security* Vol. 27, No. 2, 172–186.
- StratCom COE (o.J.): *About NATO StratCom COE*. Online: https://stratcomcoe.org/about_us/about-nato-stratcom-coe/5 (05.08.25).
- Trebesch, C., Antezza, A., Bushnell, K., Bomprezzi, P., Dyussimbinov, Y., Chambino, C., Ferrari, C., Frank, A., Frank, P., Franz, L., Gerland, C., Kharitonov, I., Irto, G., Kumar, B., Nishikawa, T., Rebinskaya, E., Schade, C., Schramm, S. & Weiser, L. (2023): *The Ukraine Support Tracker: Which countries help Ukraine and how?*, Institut für Weltwirtschaftsforschung, Kiel Working Papers 2218. Online: <https://www.ifw-kiel.de/publications/the-ukraine-support-tracker-which-countries-help-ukraine-and-how-20852/> (15.08.25).
- Walt, S. M. (1987): *The Origins of Alliances*, Ithaca, Cornell Univ. Press.
- Waltz, K. N. (1979): *Theory of International Politics*, Long Grove, Ill, Waveland Press.

ELMAR THEVEßEN

Die Weltunordnung und Trumps Grönland-Besessenheit

1 Der große Destabilisierer

Auf den ersten Blick mag es nicht viel mit Grönland zu tun haben, und doch ist es so. Donald Trumps Staatsbesuch in China im Mai 2026 zeigt, wie sehr die Welt, die wir über 80 Jahre kannten, aus den Fugen ist. Ich bin mit meinem Team zur Berichterstattung über den Gipfel zwischen dem US-Präsidenten und seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping in die chinesische Hauptstadt gereist. Über die nächsten zwei Tage wird die ganze Welt Zeuge, wie sich die Machtverhältnisse verschoben haben.

Trump kommt in ein Land, in dessen Abendnachrichten fast täglich von einem Amerika im Niedergang die Rede ist und in dem Experten am Beispiel USA gern von der „Kill Line“ erzählen. Gemeint ist der wirtschaftliche und politische Absturz der Amerikaner, die zum Opfer des gesellschaftlichen und moralischen Verfalls ihrer Nation werden. Ihr Anführer Donald Trump findet keinen Ausweg aus dem Irankrieg, seine Politik treibt die Inflation in die Höhe und zerstört Amerikas Ansehen in der Welt. Seine Umfragewerte sind im Keller. Der US-Präsident befindet sich – selbstverschuldet – in einer schwachen Ausgangslage, das wird Gastgeber Xi seinen Gast subtil spüren lassen.

Zunächst sehen wir einen Empfang mit allen Ehren, prunkvoll und pompös, in der Halle des Volkes, im Tempel des Himmels, beim Staatsbankett und beim Gartenspaziergang mit anschließendem Teetrinken in der Privatresidenz des chinesischen

Präsidenten. Aber Trump muss am Tiananmen-Platz mühsam aus seiner Limousine klettern, ihren Kofferraum umrunden und ein ganzes Stück weit gehen, um Xi Jinping die Hand zu schütteln. Zum Auftakt der Gespräche in der Halle des Volkes wirkt der kommunistische Anführer belehrend, spricht vor laufenden Kameras davon, dass die USA und China eine historische Verantwortung für die Welt tragen und deshalb unbedingt die „Thukydides-Falle“ meiden müssen. Es ist die Anspielung auf eine Theorie aus der politischen Wissenschaft, nach der sich eine Supermacht, die ihre besten Zeiten gesehen hat, von einer aufstrebenden Macht bedroht fühlt und ein verheerender Krieg dann fast unvermeidlich wird, weil sich beide gegenseitig nur finsterste Absichten unterstellen. Der antike Feldherr und Historiker Thukydides hatte so das tiefe Misstrauen zwischen dem Reich der Spartaner und dem erstarkenden Athen beschrieben.

Donald Trumps Antwort ist improvisiert, voller Schmeicheleien für Xi und sein Land, erst später hat er offenbar verstanden, was der historische Vergleich andeuten soll. Um kurz nach halb sechs am nächsten Morgen postet er auf seiner Social Media Plattform: „Als Präsident Xi elegant auf die USA als eine Nation im möglichen Niedergang anspielte, bezog er sich auf den enormen Schaden, den wir in den vier Jahren unter dem schläfrigen Joe Biden und der Biden-Administration erlitten haben. (...) Präsident Xi bezog sich nicht auf den

unglaublichen Aufstieg, den die Vereinigten Staaten der Welt während der spektakulären 16 Monate der Trump-Administration gezeigt haben.“



Abb. 1: Halle des Volkes am Tag vor dem Gipfel (Quelle: eigene Aufnahme)

Es wirkte wie eine verspätete Rechtfertigung, dass er Xis Anspielung nicht schon am Vortag zurückgewiesen hatte. Schwerer noch wiegt, dass Trump auch zum Thema Taiwan schwieg. Xi hatte seinen Gast mit einer Meisterleistung der Kommunikationskunst schlecht aussehen lassen. Nach dem Auftakttreffen ließ er einige Zitate seiner Rede hinter verschlossenen Türen über seine Staatsmedien verbreiten. Diese Zitate überschatteten dann all die schönen Bilder und freundlichen Wortgirlanden des öffentlichen Teils und dominierten die Schlagzeilen rund um den Globus. Die Taiwanfrage sei „das wichtigste Thema“ zwischen den USA und China. Wenn sie schlecht gehandhabt würden, werde „das Verhältnis zwischen China und den USA in eine äußerst gefährliche Lage“ geraten.

Xi demonstrierte das Selbstbewusstsein eines Regimes, das seinen Gast für den Schwächeren und sich selbst für den Stärkeren hält. China zeigte sich erstmals öffentlich nicht nur auf Augenhöhe mit der alten Supermacht, sondern sogar als überlegene Macht, die resolut Regeln aufstellt und eine rote Linie zieht. Eigentlich würde man vom Anführer der freien Welt erwarten, dass er Xis Gelüsten, Taiwan „heimzuholen“, wie er es gern nennt, etwas entgegensetzen. Seit 1974 haben alle US-Regierungen keinen Zweifel an ihrer Unterstützung der Insel im Indopazifik gelassen, auch wenn sie offiziell eine Unabhängigkeit Taiwans nicht unterstützen. Seit 1982 unterstreichen die Vereinigten Staaten auch mit intensiven Militärhilfen und einer großen Truppenpräsenz in der Region, dass sie eine chinesische Invasion nicht akzeptie-

ren würden. Das galt für alle amerikanischen Präsidenten seit Richard Nixon, aber offenkundig nicht mehr für Donald Trump.

Auf dem Rückflug nach Washington zeigt er, dass er sich über lange geltende Regeln der alten Weltordnung hinwegsetzt, weil ihm Grundprinzipien von Souveränität und territorialer Integrität nicht wichtig sind. Darin gleicht er Wladimir Putin und Xi Jinping. An Bord von Air Force One sagt der Präsident vor Journalisten, dass er lange und detailliert mit Xi über zwei mögliche amerikanische Waffenlieferungen im Wert von 11 und 14 Milliarden Dollar an Taiwan gesprochen hat. Es ist eine Verletzung einer Regel von 1982, nach der die US-Regierung niemals mit dem kommunistischen Regime in Peking über dieses Thema redet, damit nicht der Eindruck entsteht, als könne es mitreden oder gar mitentscheiden über die Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten. Trump nennt zunächst keine weiteren Details, aber in einem Interview mit FOXNews erweckt er den Eindruck, er übernehme das Narrativ der chinesischen Führung, die taiwanesischen Regierung provoziere einen Konflikt: „Naja, es ist riskant, wenn du Dich für unabhängig erklärst“, so Trump, „sie erklären sich für unabhängig, weil sie einen Krieg wollen und dabei davon ausgehen, dass sie die Vereinigten Staaten hinter sich haben.“ 2025 hatte Trump in ähnlicher Weise auch schon Wladimir Putins Behauptung übernommen, die Ukraine sei selbst schuld an dem Krieg, weil sie legitime russische Interessen bedroht habe.



Abb. 2: Journalisten im Pressezentrum verfolgen Ankunft (Quelle: eigene Aufnahme)

Der FOX-Moderator fragte den US-Präsidenten, ob er denn die Waffenverkäufe an Taiwan genehmigen werde. Seine Antwort: „Nein, ich lasse das erstmal im Ungewissen, und es hängt von China ab. (...) Offen gesagt, ist es ein sehr gutes Stück

Verhandlungsmasse für uns. Es geht um eine Menge Waffen.“ Erweckt der amerikanische Präsident hier bewusst den Eindruck eines möglichen Deals – Absage der Waffenlieferungen gegen chinesisches Entgegenkommen in Handelsfragen? Würde er Xi in Sachen Taiwan gar ganz freie Hand lassen? Wenn Trump die eigentlich längst beschlossenen Waffenlieferungen weiter ausbremst, deutlich reduziert oder gar ganz absagt, wäre es ein fatales Signal an Amerikas Verbündete im Indopazifik, allen voran Japan und Südkorea, dass sie sich auf amerikanische Sicherheitszusagen nicht mehr verlassen können. Und China würde sich wohl ermutigt fühlen, Taiwan zu erobern.

Trump's Staatsbesuch in China zeigt die neue Weltunordnung, die vor allem der US-Präsident mit erschaffen hat. Die US-Regierung sieht sich nicht

2 Steter Tropfen höhlt den Stein

Ansage vor dem Amtsantritt

Bei einer Pressekonferenz in Mar-a-Lago am 7. Januar 2025 versetzte Donald Trumps Amerikas Bündnispartner in Europa in Schockstarre. Mein Kollege David Sanger von der *New York Times* fragte Trump, ob er es ernst meine mit seinen Drohungen, Grönland und den Panama-Kanal zu amerikanischem Staatsgebiet zu machen, und ob er ausschließen könne, militärische oder wirtschaftlichen Zwang anzuwenden, um diese Ziele zu erreichen. „Nein, ich kann Ihnen das nicht versichern“, antwortete der designierte Präsident. „Sie reden von Grönland und Panama, bei beiden kann ich das nicht versichern. Wir brauchen sie für wirtschaftliche Sicherheit.“ Der Reporter hakte nach, er schließe militärischen Zwang also nicht aus? „Nein. Vielleicht muss man was machen“, meinte Trump und ergänzte dann: „Der Panama-Kanal ist wichtig für unser Land. Er wird von China betrieben. China. Wir hatten Panama den Kanal gegeben, nicht China. Sie haben dieses Geschenk missbraucht. Wir hätten ihn nie abgeben dürfen.“

Natürlich betreibt China nicht den Kanal, sondern nutzt ihn für seine Schiffe und bezahlt dabei genauso viel Wegezoll wie die amerikanischen Reedereien. Allerdings sind zwei der fünf Häfen an den Kanalmündungen in chinesischer Hand. Bei seiner Amtsantrittsrede im Kapitol würde Trump später behaupten, Amerika habe Präsident William McKinley (1897-1901) die Passage durch Panama zu verdanken, dabei hatten die Bauarbeiten mehrere Jahre vor dessen Präsidentschaft begonnen, die Einweihung erfolgte dann erst 1914.

mehr im Lager der liberalen Demokratien, die internationales Recht als Grundlage ihres Handelns anführen. Natürlich haben die USA in ihrer Geschichte immer mal gegen diesen Anspruch verstoßen, aber dass ein Präsident so unverhohlen imperialistische Absichten hegt, die der anderen befördert und die Einteilung der Welt in Einfluss-Sphären vorantreibt, ist lange her. Trumps Hegemonialstreben bezieht sich nicht nur auf weite Teile Mittel- und Südamerikas, sondern sogar auf das Gebiet eines europäischen NATO-Partners. Trump will Grönland. Und er wird versuchen es zu bekommen, solange er Präsident der Vereinigten Staaten ist.

In Mar-a-Lago erläuterte Trump auf Nachfragen auch die Gründe für sein Interesse an Grönland:

„Wir brauchen Grönland für Zwecke der Nationalen Sicherheit. (...) Es gibt da ungefähr 45.000 Menschen. Und man weiß gar nicht, ob Dänemark ein legales Anrecht hat, aber wenn ja, dann sollten sie es abgeben, weil wir finanzielle Sicherheit brauchen. Es ist für die freie Welt, es geht darum, die freie Welt zu schützen. Sogar ohne Fernglas sieht man doch all die chinesischen Schiffe da und die russischen Schiffe. Wenn Dänemark das Thema abschließen will – auch wenn niemand weiß, ob sie überhaupt ein ehrliches Anrecht oder Interesse haben –, dann werden die Menschen wohl entweder für Unabhängigkeit oder für den Beitritt zu den Vereinigten Staaten stimmen.“ Und dann drohte der mächtigste Mann der Welt dem kleinen NATO-Verbündeten noch mit riesigen Strafzöllen, falls sich die dänische Regierung weigern sollte. Donald Trump sprach auch von seinem Traum, Kanada zum 51. Bundesstaat der USA zu machen. Ob er auch da militärischen Zwang für möglich halte, wurde er gefragt. „Nein, nur wirtschaftlichen“, so Trump. „Wenn Kanada und die Vereinigten Staaten die künstlich gezogene Grenze endlich abschaffen würden, dann muss man sich das ja nur ansehen, um zu erkennen, dass es für die nationale Sicherheit viel besser wäre.“

Man muss die Absurdität dieser Äußerungen einfach mal in einen Satz packen, um ihre volle Bedeutung zu erfassen: Da droht der Präsident des größten NATO-Landes, das nach der Katastrophe des zweiten Weltkriegs die regelbasierte Ordnung federführend erschaffen hat, den Verbündeten Dänemark und Kanada mit wirtschaftlichen oder militärischen Zwangsmaßnahmen, mit denen die Ver-

einigten Staaten nicht nur den NATO-Vertrag brechen und die anderen Alliierten zum militärischen Beistand für ihre erpressten oder gar angegriffenen Bündnispartner zwingen, sondern auch den Artikel 4 der Charta der Vereinten Nationen für überflüssig erklären würden, sodass sich andere gleichfalls zu Aktionen ermächtigt fühlen könnten, wie Wladimir Putin in der Ukraine und Xi Jinping in Taiwan. In der UN-Charta heißt es: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Der Systemsprenger Trump nimmt jene globale Ordnung ins Visier, die Amerika in den vergangenen 80 Jahren Frieden, Freiheit, und Wohlstand gebracht hat. Kein Land dieser Erde hat mehr von dieser Ordnung profitiert als die Vereinigten Staaten, weil sie mit ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht die Welt auch nach ihren Interessen gestalten konnten. Trump legt den Sprengsatz nicht nur an die Institutionen dieser Ordnung, sondern zerstört ihre Grundlage: die gemeinsamen Werte, auf deren Basis souveräne Staaten nationale Egoismen zum Wohl eines großen Ganzen – und dadurch auch zu ihrem eigenen Vorteil – hintanstellen. America First ist das Gegenteil davon und gleichzeitig Verrat an den Prinzipien, die Amerika im 20. Jahrhundert zur wichtigsten Führungsmacht der Erde machten. Vom ersten Tag seiner zweiten Amtszeit machte sich der US-Präsident ans Werk.

Trumps historisches Vorbild

In Alaska liegt der höchste Berg Nordamerikas. Mit 6.190 Metern überragt der Denali die gesamte Region, weshalb ihm die Ureinwohner vom Volk der Koyukon einst seinen Namen gaben. Denali bedeutet in der athabaskischen Sprache „der Große“. Offenbar klang das für Donald Trump nicht groß genug. „Wir werden dem Mount McKinley den Namen eines großen Präsidenten, William McKinley, zurückgeben, da sollte er sein und da gehört er hin“, sagte Trump in seiner Antrittsrede am 20. Januar 2025. Tatsächlich hatte der Denali lange Zeit Mount McKinley geheißen, bis Präsident Barack Obama ihm 2015 aus Respekt vor den Ureinwohnern seinen ursprünglichen Namen zurückgegeben hatte.

In einem Exekutivbefehl, in dem Trump kurzerhand auch den Golf von Mexiko in Golf von Amerika umbtaufte, nahm er nun den einheimischen

Stämmen den Berg, der ihnen heilig ist, gewissermaßen wieder weg. Mit solch wunderlichem und kleingeistigem Aktionismus wollte der neue Präsident getreu seinem Schlachtruf „America First“ offenbar selbst in solchen Fragen klarmachen, wer jetzt das Sagen hat. In seinem Dekret mit dem Titel „Die Namen wiederherstellen, die Amerikas Großartigkeit ehren“ gab Trump seinem neuen Innenminister Doug Burgum den Auftrag, weitere Änderungen vorzubereiten. Im Text begründete er seine Entscheidung zur Umbenennung des Denali so: „Präsident William McKinley, der 25. Präsident der Vereinigten Staaten, führte unsere Nation heldenhaft zum Sieg im Spanisch-Amerikanischen Krieg. Unter seiner Führung erfreuten sich die Vereinigten Staaten schnellen Wachstums und Wohlstands, einschließlich der territorialen Expansion der Nation. Präsident McKinley war ein Verfechter von Strafzöllen, um die US-Industrie zu schützen, die heimische Produktion zu befeuern und die Industrialisierung der Vereinigten Staaten und ihre globale Reichweite auf neue Höhen zu führen. Tragischerweise wurde er in einem Angriff auf die Werte und den Erfolg unserer Nation ermordet, und er sollte geehrt werden für seine standhaften Einsatz für amerikanische Großartigkeit“.

Die Bewunderung, die Donald Trump für McKinley hegt, ist also kein Zufall. McKinleys Präsidentschaft von 1897 bis 1901 ist offenbar der Referenzpunkt für die „Greatness“, die Donald Trump mit seinem „Make America Great Again“ wiederherstellen will. Die Größe ist dabei offenbar wörtlich gemeint. William McKinley machte den Imperialismus zu einem der beiden Markenzeichen seiner Außenpolitik.

Am 21. April 1898 erklärten die Vereinigten Staaten dem Königreich Spanien den Krieg. Auslöser war die Explosion eines amerikanischen Kriegsschiffes im Hafen von Havanna. Obwohl es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um einen Unfall handelte, begann McKinley einen Krieg mit Spanien, der 2.000 US-Soldaten das Leben kostete. Kuba wurde zum Protektorat der USA. 1899 befahl der Präsident die Annexion der unter spanischer Herrschaft stehenden Philippinen. Auf amerikanischer Seite fielen 4.200 Soldaten, auf philippinischer 20.000. Der Krieg forderte mehr als 200.000 zivile Opfer. Die Philippinen gelangten unter die Kontrolle der USA, die sich auch noch Guam und Puerto Rico einverleibten. 1898 annektierten die Vereinigten Staaten das Inselreich Hawaii.

Das zweite Markenzeichen der Politik von Willam McKinley waren die Strafzölle, die er schon in seiner Zeit als Abgeordneter im Repräsentantenhaus federführend mit einem nach ihm benannten Gesetz vorangebracht hatte. Mit dem McKinley Tariffs Act von 1890, der ihm den Spitznamen „Napoleon des Protektionismus“ einbrachte, wurden die Zölle auf alle Importe von 38 auf 49,5 Prozent erhöht. Diese Politik trug in den Folgejahren erheblich zu einer Krise der amerikanischen Wirtschaft bei, die Arbeitslosenrate kletterte auf 18,9 Prozent. Als McKinley Präsident wurde, war seine Vorliebe für Strafzölle schon deutlich abgeflaut. Nach seiner Wiederwahl sagte er in seiner letzten Rede, bevor er im September 1901 von einem Anarchisten ermordet wurde: „Ein System, das einen gegenseitigen Austausch von Waren ermöglicht, ist erwiesenermaßen essenziell für ein fortgesetztes und gesundes Wachstum unserer Exportraten. Wir sollten uns nicht in der Sicherheit wiegen, dass wir für immer alles verkaufen können und wenig oder nichts selbst kaufen. Wenn so etwas möglich wäre, wäre es nicht zum Besten für uns und jeden, mit dem wir handeln. (...) Wirtschaftskriege sind unprofitabel. Eine Politik des guten Willens und freundschaftlicher Handelsbeziehungen verhindert Vergeltung. Verträge auf Gegenseitigkeit sind im Einklang mit dem Geist unserer Zeit, Vergeltungsmaßnahmen sind es nicht.“ⁱⁱⁱ Dass die amerikanische Wirtschaft unter Präsident McKinley wieder deutlich anzog, hatte wenig mit Strafzöllen zu tun, sondern mit dem steigenden Konsum einer wachsenden Bevölkerung in den USA. Es waren die Millionen von Zuwanderern, die durch ihre harte und schlecht bezahlte Arbeit in den Fabriken diese Nachfrage befriedigten und den Wirtschaftsmotor mit in Schwung brachten. So genau scheint sich Donald Trump also mit seinem Helden nicht beschäftigt zu haben, denn er setzt offensichtlich weiter auf Massenabschiebungen, Strafzölle und imperiale Ambitionen. Im Frühjahr 2025 richtet Trump sein Interesse zunächst auf ein mittelamerikanisches Land.

Das Beispiel Panama

Wir kommen in friedlicher Absicht in das kleine Panama im Mai 2025. Bekannt ist das Land als Geldwäscheparadies und als wichtigste Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik, an dem Panama City liegt. 36 Handelsschiffe pro Tag passieren die Schleusen am berühmten Panamakanal. Die Reedereien zahlen dafür – je nach Umfang der Ladung – bis zu einer halben Million Dollar inkl.

Reservierungsgebühr, letztes Jahr waren das 2,4 Milliarden Dollar für die Staatskasse.

Wir treffen uns mit Boris Vasquez, der hier vor mehr als 40 Jahren als Elektriker angefangen hat. Jetzt ist er Vizepräsident der Kanalbehörde, zuständig für den reibungslosen Betrieb. Wir stellen ihm die alles entscheidende Frage: „Gibt es irgendeine chinesische Kontrolle, wie manche behaupten?“ „Nein“, sagt Vasquez, „der Panama Kanal ist seit der Übergabe um 12 Uhr mittags am 31. Dezember 1999 unter panamaischer Kontrolle und seit mehr als 25 Jahren betreiben wir ihn.“ Der Kanal wurde Anfang des letzten Jahrhunderts von den USA zu Ende gebaut. 1977 teilten sie sich die Aufsicht mit Panama, seit 1999 ist das Land allein zuständig. In einem internationalen Abkommen haben sich Panama und vierzig weitere Staaten auch die USA auf die Neutralität der Kanalzone verpflichtet. Diesen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag will Donald Trump nun brechen.

Er hat – zufällig während unseres Besuchs - US-Verteidigungsminister Pete Hegseth geschickt, der nach US-Medienberichten im Pentagon schon Pläne für eine militärische Invasion schmieden lässt. Aber erstmal soll er hier für eine schleichende Übernahme des Kanals die Rechtfertigung liefern. Der Vorwurf: China habe in Wahrheit die Kontrolle über den Kanal. Bei einem Auftritt vor US-Soldaten sagt er: „Die Ära der Kapitulation gegenüber der Erpressung durch kommunistische Chinesen ist vorbei. Präsident Trump hat klargemacht: Der Kanal und das Gebiet drumherum dürfen und werden nicht von China kontrolliert werden.“ Richtig ist, dass es seit mehr als 150 Jahren eine chinesische Präsenz in Panama gibt: die vielen chinesischen Arbeiter, die hier einst beim Bau der Eisenbahn geholfen haben. Ein Denkmal mit Blick auf die Hauptstadt erinnert an ihre Leistung. Von hier hat man den besten Blick auf einen der Containerhäfen an der pazifischen Seite des Kanals. Er gehört der chinesischen Firma CK Hutchison aus Hongkong, die einen weiteren Hafen am atlantischen Ende des Kanals betreibt. Die Trump-Administration behauptet ohne jeden Beweis, dass China von hier aus alle Schiffe ausspioniert und Frachtverkehr nach Belieben kontrolliert. Im Frühjahr 2025 will die US-Investmentfirma Blackrock die Häfen kaufen.

Trumps Druck auf Panamas Präsidenten Molino war so groß, dass dieser bei Hegseths Besuch ein Memorandum unterzeichnete, nach dem US-Kriegsschiffe jederzeit vorrangig und kostenlos den Kanal durchfahren dürfen. US-Soldaten sollen außerdem auf drei ehemaligen Militärbasen am

Kanal stationiert werden, wie das Dokument belegt. Kaum war das Papier unterzeichnet, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Eine der größten Zeitungen des Landes schrieb von der stillen, militärischen Re-Kolonialisierung Panamas. Für viele ist die Vereinbarung mit der Trump-Administration ein Verstoß gegen die Neutralitätsverpflichtung und gegen die Verfassung.

Jorge Quijano, von 2012-2019 Chef der Kanalbehörde, ist empört. Panama sei wie eine Ameise, unter dem Fuß eines Elefanten, der sie plattmachen wolle. Es brauche die Unterstützung der Welt, der Panama ja schließlich diene: „Nur Panama darf hier Militärbasen betreiben. Das ist ein Verfassungsbruch. Es geht nicht darum, dass wir zusammenarbeiten oder gemeinsame Übungen abhalten, das gab's immer. Aber keine dauerhafte Truppenpräsenz, das ist was anderes.“ Auch Graciela Dixon, einst oberste Richterin Panamas, ist fassungslos. Kurz nach der Abreise des US-Vereidigungsministers führt sie den Protest an. Die Demonstrationen sind überschaubar, denn nur wenige der vier Millionen Einwohner Panamas haben schon verstanden, dass der Deal mit Trump ihre Neutralität gefährdet. „Jede Militärpräsenz der USA auf unserem Boden ist ein offener Bruch unserer Gesetze, der internationalen Abkommen unterzeichnet von beiden Ländern und des Neutralitätsvertrages. Diese Militärpräsenz ist komplett rechtswidrig.“

Trotz dieser eklatanten Rechtsbrüche, die den Interessen der Weltgemeinschaft widersprechen, gibt es keine Proteste der Handelsmächte, die auf den Kanal angewiesen sind. Keine Solidaritätsbesuche europäischer Politiker. Wenn man es Trump mit Panama so einfach macht, kann er es in Grönland und anderswo dann nicht genauso machen? Jake Sullivan, nationaler Sicherheitsberater in der Biden-Administration, hält das Schweigen der europäischen Bündnispartner für einen schweren Fehler. In einem Interview im Mai 2025 sagte er mir: „Ein Grundsatz, an dem wir meiner Meinung nach festhalten müssen, ist die Unverletzlichkeit der Grenzen und die völlige Ablehnung der Vorstellung, dass man Territorium durch Gewalt, Drohung oder Zwang einnehmen darf. Dass ein Präsident der Vereinigten Staaten die Vorstellung in den Raum stellt, die Souveränität eines anderen Volkes durch Gewalt, Drohung oder Zwang einzuschränken oder auszulöschen, ist zutiefst beunruhigend.“ Aber statt Donald Trumps Expansionsgelüsten eine klare Absage zu erteilen, fielen die europäischen Anführer bei ihren Besuchen im Weißen Haus er durch unterwürfige Schmeicheleien

auf als durch selbstbewusste Ent- und Geschlossenheit.



Abb. 3: Elmar Theveßen bei Schaltgesprächen für ZDF-Sendungen (Quelle: eigene Aufnahme)

Trumps Westliche Hemisphäre

Im November 2025 macht die US-Regierung in ihrer neuen Nationalen Sicherheitsstrategie unmissverständliche Ansagen an den Rest der Welt. In der Einleitung, die von Donald Trump unterschrieben ist, heißt es, die neue Strategie solle „sichterstellen, dass Amerika die großartigste und erfolgreichste Nation in der Menschheitsgeschichte bleibe, die Heimat der Freiheit auf Erden“. Die USA stellen andere Länder vor die klare Wahl, „ob sie in einer von Amerika geführten Welt von souveränen Ländern und freien Wirtschaftssystemen leben wollen oder in einer Parallelwelt, die von Ländern auf der anderen Seite der Erde beeinflusst werden.“ Für Mittel- und Südamerika verkündet die US-Regierung eine neue Doktrin – eine Neuauflage der Monroe-Doktrin, mit der der amerikanische Präsident James Monroe 1823 die Regionen südlich der USA zur Tabuzone für andere Staaten, insbesondere für die europäischen Kolonialmächte erklärt hatte. In der neuen Sicherheitsstrategie heißt es: „Nach Jahren der Vernachlässigung werden die Vereinigten Staaten die Monroe-Doktrin wieder bestätigen und durchsetzen, um die Amerikanische Vorherrschaft in der Westlichen Hemisphäre wiederherzustellen, unser Heimatland und den Zugang zu Schlüsselgebieten in der gesamten Region zu schützen.“

Die massive Einflussnahme auf die Politik Panamas ist also nur der Auftakt. Donald Trump unterstreicht seine Ansprüche mit militärischer Gewalt. Mit Bomben und Raketen lässt er vor der Küste Venezuelas angebliche Schmuggelboote der Drogenkartelle versenken. Zum Jahreswechsel folgt

eine Militäroperation, bei der der venezolanische Präsident Nicolas Maduro festgenommen und in die USA ausgeflogen wird. Maduro soll sich vor einem Gericht in New York für den Schaden verantworten, den er mit seiner Unterstützung für den illegalen Drogenhandel in den Vereinigten Staaten verursacht habe. Das Kommandounternehmen, das nach Einschätzung zahlreicher Experten, einen Bruch des Völkerrechts darstellt, soll nach Darstellung der US-Regierung auch den Einfluss von Russland und Iran auf das mittelamerikanische Land ein für alle Mal beendet werden. In einer Pressekonferenz feiert sich Donald Trump für sein entschlossenes Vorgehen und gibt der Monroe-Doktrin kurzerhand einen neuen Namen: „Donroe-Doktrin“. Anfang Januar 2026 nimmt die Trump-Administration ein neues Ziel ins Visier.

Frontalangriff auf die EU

Die Ehefrau des stellvertretenden Stabschefs im Weißen Haus, Steven Miller, verbreitet per Social Media eine Landkarte von Grönland, das komplett mit der amerikanischen Flagge überzogen ist. Der Präsident flankiert kurz darauf mit einem eigenen Post: „Grönland ist umzingelt von russischen und chinesischen Schiffen. Wir brauchen Grönland aus Gründen der Nationalen Sicherheit. (...) Und die Europäische Union ist darauf angewiesen, dass wir es haben, das wissen sie genau.“

Am 21. Januar 2026 beschimpft ein selbstgewisser Donald Trump beim Weltwirtschaftsforum in Davos einmal mehr Amerikas europäische Verbündeten. Europa entwickle sich gerade in eine falsche, negative Richtung aufgrund „immer weiter steigender Regierungsausgaben, unkontrollierter Massenzuwanderung und endlosen Importen aus dem Ausland“. Dann erhebt der US-Präsident öffentlich Anspruch auf das Territorium des NATO-Verbündeten Dänemark. Allein die Vereinigten Staaten seien in der Lage, Grönlands Sicherheit zu gewährleisten, so wie sie es schon einmal zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs getan hätten. Damals sei Dänemark unter die Herrschaft des deutschen Nazi-Regimes gefallen. Die USA hätten sich „verpflichtet gefühlt (...) unsere eigenen Streitkräfte zu schicken, um Grönland zu verteidigen. (...) Wir haben gekämpft, um es für Dänemark zu retten, dieses große, schöne Stück Eis, das man kaum Land nennen kann.“ Nach dem Krieg habe man es dann zurückgegeben. Als Donald Trump fortfährt, klingt er wie der russische Präsident Wladimir, der seinen Anspruch auf die Krim und die ganze Uk-

raine mit vermeintlich historischen und geostrategischen Argumenten untermauert. Die Vereinigten Staaten bräuchten Grönland „aus Gründen der nationalen und internationalen Sicherheit. Diese große, ungesicherte Insel ist tatsächlich Teil von Nordamerika, an der Nordgrenze der Westlichen Hemisphäre. Das ist unser Territorium. Es ist deshalb ein Kerninteresse der Nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika. Schon seit Jahrhunderten ist es unsere Politik, allen Bedrohungen von außen den Zugang zu unserer Hemisphäre zu verwehren – und das haben wir sehr erfolgreich geschafft.“

Der transatlantische Bündnispartner erklärt also ein Teilgebiet eines souveränen, europäischen Staates kurzerhand zum amerikanischen Eigentum und setzt sich damit über historische Wahrheiten, politische Realitäten und völkerrechtliche Prinzipien hinweg. Da lohnt ein Blick in die Geschichte. Als Dänemark von deutschen Truppen besetzt wurde, wandte sich der Botschafter des Königreiches in Washington als Vertreter der dänischen Exil-Regierung tatsächlich hilfesuchend an das amerikanische Außenministerium und den damaligen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Nach einer Vereinbarung vom 9. April 1941 sicherten die USA den Schutz Grönlands zu. Das Dokument notiert aber unmissverständlich: „Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wiederholt ihre Anerkennung von und ihren Respekt für die Souveränität der Königreichs Dänemark über Grönland.“

Nach dem Ende des Krieges unterzeichneten der amerikanische Präsident Harry S. Truman und die dänische Regierung eine neue Vereinbarung über die Verteidigung Grönland, nach der die Vereinigten Staaten dauerhaft das Recht erhielten, eigene Militärbasen in beliebiger Zahl auf der Insel zu unterhalten. Das Abkommen gilt bis heute, auch wenn die USA ihre Stützpunkte in den vergangenen Jahrzehnten bis auf eine einzige Basis geschlossen haben. Jederzeit können sie ihre Truppenpräsenz aber wieder ausbauen. Das Dokument von 1951 bestätigt ausdrücklich die Souveränität des dänischen Königreichs über Grönland. Genau das aber will Donald Trump mal eben für ungültig erklären, stößt dabei aber im Januar 2026 auf den entschlossenen und geschlossenen Widerstand der europäischen Partner. Diese drohen offen mit einer massiven Eskalation im Handelskrieg zwischen den USA und der EU – von drastischen Strafzöllen über Importverbote für bestimmte amerikanische Produkte bis zum Verkauf von US-Staatsanleihen.

Das hat offenbar Eindruck hinterlassen. Nach Berichten amerikanischer Medien hatten die Chefs von US-Konzernen und -Banken sowie einige Präsidentenberater Donald Trump im Flugzeug auf dem Weg nach Davos offenbar schon vor den katastrophalen Folgen eines solchen Streits für die amerikanische Wirtschaft gewarnt. Wohl deshalb ließ sich Trump zunächst auf einen Kompromiss ein: Die vorhandene und auch künftige US-Basen auf Grönland würden als amerikanisches Territorium angesehen. Eine Arbeitsgruppe aus Repräsentanten Dänemarks und der USA sollten über eine Verbesserung der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen beraten. Auf den Blick schien der Streit um Grönland damit beendet.

Aber es handelte sich offenbar um eine Fehleinschätzung, wie sich schon im Februar 2026 beim ersten Treffen der Arbeitsgruppe in Washington zeigte. Auf amerikanischer Seite führte Vizepräsident JD Vance die Delegation an, die Europäer waren mit dem dänischen Außenminister Lars Rasmussen und seiner grönländischen Amtskollegin Vivian Motzfeldt vertreten. Bei ihrer Pressekonferenz schienen Rasmussen und Motzfeldt zutiefst erschüttert. Der dänische Außenminister sprach von einer „fundamentalen Meinungsverschiedenheit“ und fuhr fort: „Die Arbeitsgruppe sollte sich aus unserer Sicht darauf konzentrieren, die amerikanischen Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen, während sie gleichzeitig die roten Linien des Königreichs Dänemark respektiert. Es wurde klar, dass der Präsident weiter den Wunsch hat, Grönland zu erobern.“ Einen Wunsch, den die US-Regierung auch nicht aufgeben wird, weil er Teil der amerikanischen Sicherheitsdoktrin ist.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Mitte März 2026 treffen sich in Trumps Doral Golfclub in Florida die Anführer einiger mittel- und südamerikanischer Staaten mit hochrangigen Vertretern der US-Regierung, die unter der Überschrift „Shield of the Americas“ – Schutzschild der amerikanischen Staaten – ein neues Bündnis aus der Taufe hebt, in der aber letztlich nur einer das Sagen haben soll – Donald Trump. Verteidigungsminister Pete Hegseth beschreibt bei seinem Auftritt den Zweck der Veranstaltung: „Wir teilen die gleichen Interessen, wir stehen vor einem essentiellen Test, ob wir als Nationen mit ganz bestimmten Charakteristiken, als christlich Nationen unter Gott, bestehen, die stolz auf ihre Errungenschaften sind: Starke Grenzen, prosperierende Völker, die

nicht von Gewalt und Chaos regiert werden, sondern von Recht, Ordnung und gesundem Menschenverstand.“ Die US-Regierung fühlt sich berufen, die „Westliche Hemisphäre“ vor Gefahren von außen zu beschützen, allem voran „vor unkontrollierten Massenzuwanderung, die die heimischen Ressourcen überwältigt, die eigentlich den Bürgern vorbehalten sind; die unkontrollierte Kriminalität und Gewalt befeuert; und vor sogenanntem Globalismus, der im Namen der Toleranz unserer spezifischen nationalen Identitäten auslöscht, genauso wie im Namen des Mitgefühls unsere Grenzen und im Namen sogenannter Vielfalt und politischer Korrektheit auch unseren Kampfgeist, der uns stark macht.“ Es ist ein völkischer rassistischer Ansatz, der sich auch in der amerikanischen Innenpolitik und im Vorgehen gegen Zuwanderung innerhalb der USA widerspiegelt.

Aus all dem leitet Hegseth im Namen seines Präsidenten den Anspruch der Vereinigten Staaten auf die Vorherrschaft in der Westlichen Hemisphäre ab: „Deshalb hat Präsident Trump eine neue, strategische Landkarte entworfen, von Grönland bis zum Golf von Amerika, dem Panama-Kanal und den umliegenden Ländern. (...) Im Kriegsministerium nennen wir diese strategische Landkarte „Groß-Nordamerika“. Warum? Weil jede souveräne Nation und jedes Territorium nördlich des Äquators - von Grönland bis Ecuador, von Alaska bis Guayana - nicht Teil der ‚Globalen Südens‘ ist. Es ist unsere unmittelbare Sicherheitszone in dieser großartigen Region, in der wir alle leben“.

Das Konzept eines Groß-Nordamerikas hat ein historisches Vorbild. In den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts wurde es von der sogenannten Technokratie-Bewegung propagiert, die anstelle von Politikern lieber Techniker und Experten als Anführer für Staaten etablieren wollte. Die Anhänger von Technocracy Inc sahen darin ein erfolgreicherer Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell als die Demokratie. 1938 veröffentlichte die Bewegung eine Landkarte für eine eigene Einfluss-Sphäre, das sogenannte „Technate“. Im Begleittest heißt es: „Das Technate wird den gesamten Amerikanischen Kontinent von Panama bis zum Nordpol umfassen, weil die natürlichen Ressourcen und die natürlichen Grenzen dieses Gebiet zu einer unabhängigen, sich selbst versorgenden geographischen Einheit machen.“ Innerhalb der US-Regierung gibt es offenbar Fans dieser Theorie. Inwieweit sie unmittelbar in die Nationale Sicherheitsstrategie von November 2025 eingeflossen ist, lässt sich jedoch nicht sagen.

Die Grönlandfrage steht weiter im Raum

Tage nach der Rückkehr von Donald Trump von seinem Staatsbesuch in China Mitte Mai geht die Grönland-Obsession des US-Präsidenten in die nächste Runde. Der Grönland-Beauftragte der Administration Jeff Landry, der eigentlich Gouverneur des Bundesstaates Louisiana ist, tourt durch Grönland. Er wirbt für eine Übernahme durch die USA. Ein besonders skurriler Auftritt ist seine Unterhaltung mit ein paar Kindern in der Hauptstadt Nuuk, in denen er leckere Schokolade verspricht, wenn sie ihn mal in Baton Rouge besuchen kommen. Landry soll die Öffnung zusätzlicher Militärbasen in Grönland vorbereiten. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Stützpunkte in die NATO-Strukturen integriert werden sollen. Es sieht so aus, als handele Präsident Trump nach dem gleichen Maxime, wie seine Amtskollegen in Moskau und Peking: „Nimm Dir, was Du willst, um Deine Einfluss-Sphäre zu sichern.“ Die alte, regelbasierte und wertorientierte Weltordnung ist tot, ab sofort gilt nur noch das Recht des Stärkeren. Dabei merkt Trump offenbar nicht, dass er mit seinem Handeln Amerika nicht großartiger macht, sondern so schwach, wie lange nicht, in den Augen der Welt.

Quellenverzeichnis

ⁱ Vgl. Boot, Max: Why McKinley makes an alarming Trump presidential role model. In: Washington Post vom 26. Januar 2025.

ⁱⁱ Vgl. <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/mckinleys-last-public-utterance-the-people-buffalo-new-york>

MICHAEL PAUL

Die Rivalität der Großmächte in der Arktis: Geopolitische und geostrategische Interessen der USA, Russlands und Chinas

Ähnlich wie der „Indopazifik“ ist die Arktispolitik erst seit wenigen Jahren als Begriff üblich geworden. Die 2024 neu aufgelegten Leitlinien deutscher Arktispolitik¹ spiegeln diese größere, auch sicherheitspolitische Bedeutung der Arktis.

Die Bedeutung dieser neuen Weltregion sollte nicht unterschätzt werden – selbst mit Blick auf die Triade eines andauernden Krieges in Europa, das wachsende Konfliktpotential im Pazifik und das Krisen- und Kriegspotential von US-Präsident Donald Trump, der die Welt mit dem Irankrieg vor neue Herausforderungen gestellt hat.

Die Arktis wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein zunehmend wichtiger Teil der Weltpolitik; Mike Pompeo, Außenminister der ersten Trump-Regierung, beförderte die Region schon im Mai 2019 zu einer geopolitisch bedeutsamen „Arena“ im Kampf um Macht und Einfluss.

Daher sollen in Folgenden die drei wichtigsten Akteure Russland, China und USA vorgestellt und deren Zusammenwirken aufgezeigt werden. Wer die Arktis als neue Weltregion verstehen und ihre sicherheitspolitische Bedeutung einschätzen will, der muss dabei aber bei einem epochalen Ereignis ansetzen, das ähnlich viele tiefgreifende und ver-

unsichernde Folgen hat wie Russlands Angriffskrieg und das ist der menschengemachte Klimawandel.

Die Arktis liegt im Zentrum des Klimawandels, hier steigen die Temperaturen viermal stärker als im globalen Durchschnitt. Dadurch verschieben sich gleich zwei der Definitionen der Arktis – nämlich die 10-Grad-Celsius-Isotherme und die Baumgrenze. Die Ereignisräume ändern sich und ihre Dynamik. Der Klimawandel schafft eine neue Arktis. Die Ausdehnung des arktischen Meereises wird immer kleiner und der Anteil tauender Permafrostböden immer größer, während die Temperaturen weiter steigen. Die Arktis, wie wir sie als weite, einsame Eiswelt kennen, wird bald vielleicht nur noch im Gedächtnis eingefroren existieren.

Eine „eisfreie“ Arktis erscheint noch unvorstellbar und kann doch schon bald Realität werden. Die Klimakrise könnte schneller als gedacht eskalieren. Gemäß einer Studie aus Norwegen erwärmt sich die nördliche Barentssee-Region fünf- bis siebenmal so schnell wie der globale Durchschnitt.² In der Arctic Strategy des Pentagon vom Juli 2024 wird folglich als Zeitpunkt einer eisfreien Arktis nicht mehr ein Zeitraum in den 2030er Jahren, sondern konkret der Sommer im Jahr 2030 genannt.³

¹ Bundesregierung, *Leitlinien deutscher Arktispolitik. Deutschland und die Arktis im Kontext von Klimakrise und Zeitenwende*, Berlin: AA, September 2024, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/-2676012/35e32e524625a571390e1af8789b1fd7/arktis-leitlinien-data.pdf>

² Amalie Kvame Holm, „Exceptional temperature increase in Arctic hotspot“, TBO, 16.3.2023. Vgl. Ketil Isaksen et al, „Exceptional warming over the Barents area“, *Scientific Reports*, 12 (2022) 9371, <https://www.nature.com/articles/s41598-022-13568-5>

³ U.S. Department of Defense (DOD), *2024 Arctic Strategy*, Washington, DC: DOD, Juni 2024

Die Arktis Lage und Definitionen

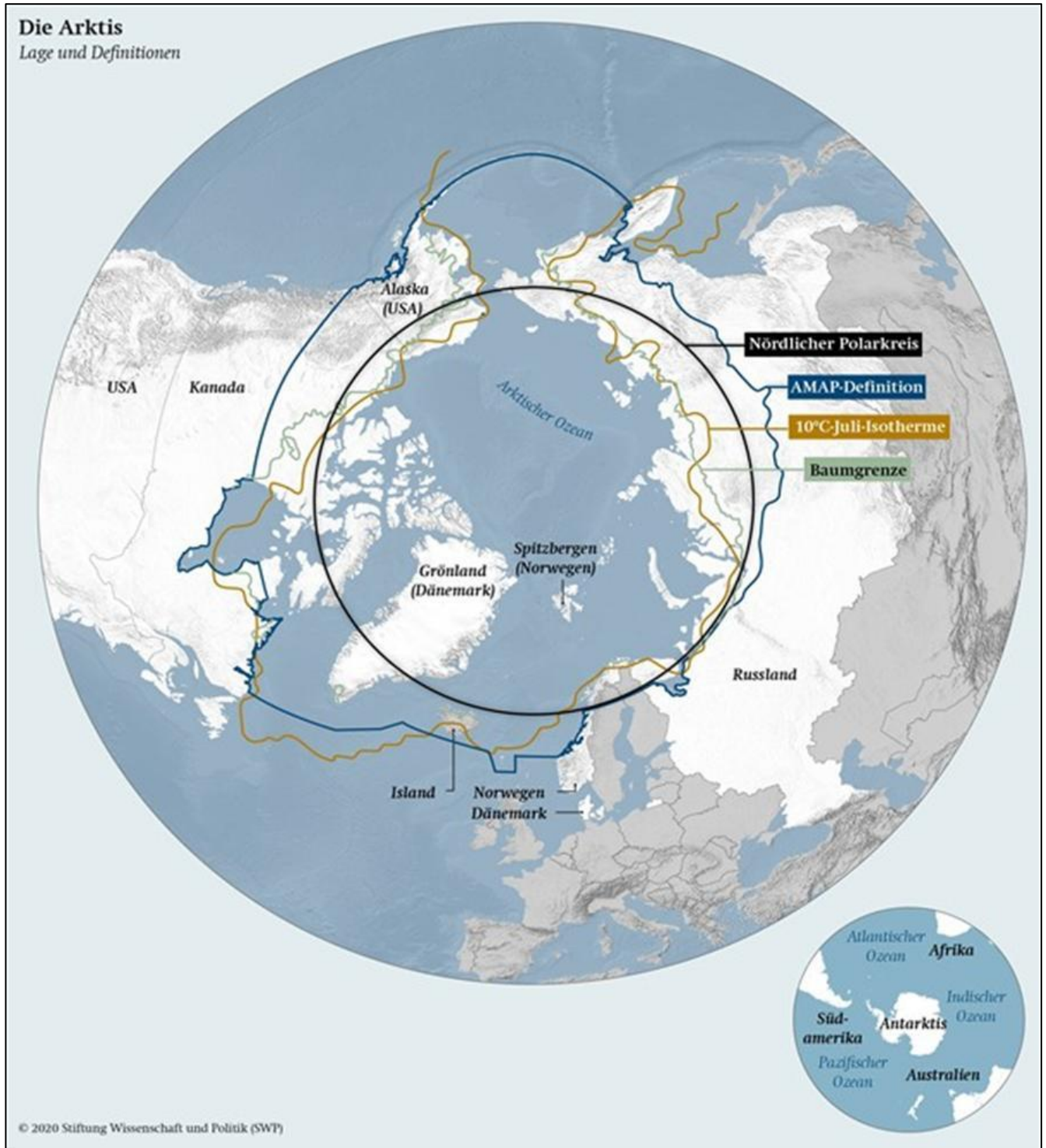


Abb. 1: Arktische Seewege. Zwiespältige Aussichten im Nordpolarmeer (Quelle: SWP-Studie 14/2020, S. 8)

Das ist übermorgen. Wobei eisfrei bedeutet: weniger als 1 Million qkm. Und im Winter wird sich das Eis natürlich wieder ausdehnen.

Der Rückgang des Meereises bedeutet aber nicht, dass arktische Seewege bald schon schneller oder einfacher nutzbar sein werden. Im November 2021 mussten mehrere russische Eisbrecher – darunter der gerade fertiggestellte Atomeisbrecher *Arktika* – eingreifen, um 20 Schiffe zu befreien, die in der Nördlichen Seeroute im Eis feststeckten, das sich in diesem Jahr schon im Oktober auszudehnen begonnen hatte. Noch Wochen nach Ankunft der *Arktika* steckten Schiffe im Januar 2022 im Eis fest.

Erstmals seit 2009 waren im Februar 2022 weder die russische Nordroute noch die kanadische Nordwestpassage offen für den Schiffsverkehr. Der Klimawandel verspricht eben keine einfache, lineare Entwicklung, sondern zeigt sich in abrupten, gegensätzlichen oder sogar widersprüchlichen Ereignissen.

Die Arktis als Zentrum des Klimawandels zeigt am anschaulichsten die fatalen Folgen für Mensch und Umwelt: In bemerkenswert kurzer Zeit haben die Bilder von schmelzendem Meereis, hungrigen Eisbären und verzweifelten Inuit-Jägern die Wahrnehmung der Arktis verändert. Aus einer faszinierenden Eiswüste wurde ein Labyrinth schmelzender Eisplatten und ein gefährdetes Ökosystem, aus einer Zone des Friedens eine waffenstarrende Eisfestung.

Je nach Standpunkt steht die Arktis kurz vor der Katastrophe, ist eine reiche Schatzkammer oder ein geopolitischer Brennpunkt mit Eskalationspotential. Die Perspektiven sind vielfältig. Das wiederum ist abhängig vom jeweiligen Blick auf die Arktis: In der Geopolitik, Energie- und Umweltpolitik, Weltwirtschaft oder Militärstrategie sind jeweils sehr unterschiedliche Aspekte wichtig, deren Szenarien – wenn sie realistisch sein wollen – heute alle eine gemeinsame Grundlage haben – den Klimawandel.

Dabei geraten diejenigen, die ihn am unmittelbarsten erleben, erneut in den Hintergrund, weil die Großmachtrivalität auch ihre Lebenswelt beeinflusst. Donald Trump hat dies demonstriert, als er den Kauf Grönlands als einen bloßen Immobilienhandel betrachtet hat.

Grönland ist die größte Insel der Welt und hat sich wie die Arktis insgesamt von einem Nebenschauplatz zu einem Brennpunkt der Geopolitik entwickelt.

Werfen wir also einen Blick auf die drei Staaten, die in besonderer Weise die Entwicklung der Arktis beeinflussen, nämlich Russland, China und die USA.

Russische Föderation

Die Arktis ist ein integraler, politisch, kulturell, wirtschaftlich und militärisch wichtiger Bestandteil der Russischen Föderation und hat eine mystisch überhöhte Bedeutung. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion stellt sie zudem ein Politikfeld dar, in dem Moskaus internationale Bedeutung ungebrochen ist.

Die Arktische Zone der RF umfasst etwa 5 Millionen qkm und erstreckt sich von Barentssee, Karasee, Laptewsee, Ostsibirischer See und Tschuktschensee bis zur Beringstraße. Die Küstenlinie ist über 24.000 km lang – das ist über die Hälfte der gesamten arktischen Küste.

Größe ist aber relativ: Im Nordpolarraum verfügt Russland zwar über den größten territorialen Anteil, es muss aber eine höchst anspruchsvolle und teure Infrastruktur über weiteste Entfernungen und unter widrigsten klimatischen Bedingungen aufrechterhalten – ein Zusammenhang, der treffend als „Sibirischer Fluch“ bezeichnet worden ist. Nur in der Antarktis ist es kälter als in Sibirien, das als Kältepol der bewohnten Welt gilt.

Im russischen Diskurs wirkt die Arktis nach innen identitätsstiftend und nach außen abgrenzend, während die im internationalen Kontext früher üblichen Attribute als Zone des Friedens und der Kooperation in den Hintergrund gerückt sind.

Die Arktis als Kulminationspunkt von Russlands Macht, Prestige und Identität hat die Entschlossenheit bestärkt, ihre Entwicklung voranzutreiben. Die Arktis ist Russlands nationale Ressourcenbasis für das 21. Jahrhundert und hat in Moskau strategische Priorität. Denn hier konzentrieren sich laut Wladimir Putin „praktisch alle Aspekte der nationalen Sicherheit“ – militärische, politische, wirtschaftliche, technologische und Ressourcen betreffende. Putin hat die Bedeutung der Arktis früh erkannt und 1997 eine Studie über die Rolle mineralischer Ressourcen für Russlands Wirtschaft an der Staatlichen Bergbau-Universität in Sankt Petersburg abgegeben. Es ist auch kein Zu-

fall, dass das sorgsam inszenierte Bild des Präsidenten, der sich mit unbekleidetem Oberkörper beim Fischen präsentiert, in Sibirien aufgenommen wurde, das als „Kern des russischen Imperiums“ gilt.

Spätestens seit 2014 gehören „Traditionalismus, Nationalismus, starke Führung und Großmacht-Konfrontation mit dem Westen zum zentralen Legitimationsnarrativ des russischen Staates“⁴, wie meine Kollegin Sabine Fischer schrieb. Russland ist eine arktische Großmacht, weil es in diesem Raum über den größten Anteil an Territorium, Ressourcen und Bevölkerung verfügt. Die herausragende Position unter den Arktisstaaten sichert aber dauerhaft keine Herrschaft.

Das hohe Sicherheitsbedürfnis Moskaus wird besonders in diesem Raum wirksam, zumal Staat und Wirtschaft auf die Einkünfte aus dem Geschäft mit fossilen Energieträgern angewiesen sind. Die Erlöse aus dem Export von Öl und Gas machen bis zur Hälfte des Staatshaushaltes aus.

Die Aufmerksamkeit des Kreml für die Arktis hat also klare Ursachen: Dort finden 90 Prozent der russischen Gasförderung und 60 Prozent der Ölförderung statt, außerdem befinden sich dort 60 Prozent der russischen Gas- und Ölreserven. Praktisch sichert die Herrschaft über die russische Arktis den Großmachtstatus und damit Putins Kriege und seine Herrschaft über Russland. Und sie finanziert die russische Präsenz in der Arktis, die seit Sowjetzeiten durch driftende Plattformen wie die neue „Nordpol“ ermöglicht wird, die sie hier mit einem Eisbrecher sehen. Dies ermöglicht Russland eine bis zu zweijährige Präsenz selbst in der Zentralarktis (während es für die Amerikaner jenseits des 72. Breitengrades, „ziemlich dunkel“ wird, wie der Chef der US-Küstenwache einmal sagte).

Die Aufklärung der USA wurde in den letzten Jahren immer wieder von der Präsenz chinesischer Schiffe überrascht (was übrigens auch Donald Trumps Interesse für Grönland erklärt). Schon vor zehn Jahren (im September 2015) haben fünf chinesische Kriegsschiffe die Gewässer vor Alaska durchquert und seit 2021 kreuzen Pekings Seestreitkräfte immer wieder vor dem nördlichsten US-Bundesstaat – nun auch im Verbund mit Schiffen der russischen Marine. Die US-Küstenwache

warnte daher mit Blick auf China und dessen Verhalten im Südchinesischen Meer, dass die Volksrepublik auch in der Arktis bemüht sein könnte, die Freiheit der Schifffahrt einzuschränken.

Volksrepublik China

Staats- und Parteichef Xi Jinping erklärte 2014 Chinas Ambition als „polare Großmacht“, nachdem es im Jahr zuvor den Beobachterstatus im Arktischen Rat erhalten hatte. Damals hatten Vertreter der chinesischen Polarpolitik erstmals öffentlich erklärt, dass das Ziel einer polaren Großmacht eine Schlüsselkomponente der maritimen Strategie Pekings darstelle. Der Anspruch spiegelt das neue Selbstbewusstsein der Volksrepublik und ihre globale Reichweite.

China hat vielfältige, darunter strategische Interessen in Arktis und Antarktis. Im Rahmen der Belt and Road Initiative gilt das Nordpolarmeer als dritter wichtiger Korridor der neuen Seidenstraßen – neben dem Landkorridor durch Zentralasien und den indopazifischen Seeweg bis in das europäische Mittelmeer. Der Aufstieg Chinas erfordert aus Sicht Pekings nicht nur eine Absicherung der maritimen Peripherie, sondern die Entwicklung hin zu einer hybriden Land-Seemacht (so wie es das Deutsche Reich schon einmal vergeblich versucht und damit einen Weltkrieg ausgelöst hat).

Präsident Xi hat das Schicksal seines Landes von der erfolgreichen Nutzung der See abhängig gemacht: Man müsse dem Entwicklungsweg hin zu einem reichen und mächtigen Staat folgen, indem die See als Mittel dazu genutzt werde. Folglich bezeichnete die Chinesische Ozeanische Administration das 21. Jahrhundert als „Jahrhundert der Ozeane“: Der Status der Ozeane dominiere die nationale Entwicklung mehr als in jeder anderen Periode menschlicher Geschichte. Ähnlich den USA hat China daher eine umfassende maritime Strategie entwickelt und verfügt inzwischen über die größte Flotte der Welt, was Kriegsschiffe und U-Boote betrifft. Neuerdings hat es auch mehr Eisbrecher als die USA.

Im Weißbuch zur Arktis bezeichnete sich China im Jahr 2018 als „naher Arktisstaat“; die Volksrepublik sei eines der Länder, die am nächsten am Polarkreis liegen, und daher von Veränderungen in der

⁴ Sabine Fischer, *Russland vor der Wahl zur Staatsduma. Repression und Autokratie*, Berlin: SWP, 21.6.2021 (SWP-Aktuell 46/2021), S. 4.

Arktis besonders betroffen seien. Diese Betroffenheit teilt China allerdings mit anderen Staaten in Asien wie Indien oder Singapur.

Peking sieht die Arktis als geopolitisch wichtigen Raum, der zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wie im Weltraum und im Pazifik kann Peking in der Arktis seine globalen Ambitionen testen und neue Normen z.B. für den Tiefseebergbau entwickeln. Gerade weil die Arktis nicht so stark reglementiert ist wie die Antarktis, ist sie eine gute Probestühne. Dagegen sind die Versuche des Erwerbs von militärisch interessanten Grundstücken in Finnland, Seehäfen in Schweden oder Flughäfen auf Grönland allesamt gescheitert. Während chinesische Direktinvestitionen in Russland steigen, bleiben sie in der nicht-russischen Arktis auf niedrigem Niveau.

Ein anderes Beispiel bietet die Wissenschaftsdiplomatie. Hier wird die prekäre Balance zwischen Arktisstaaten und einer aufstrebenden Großmacht besonders deutlich. Denn ebenso wie Arktisstaaten die Forschungszusammenarbeit zu nutzen versuchen, um China konfliktfrei zu integrieren und zu sozialisieren, versucht China seine Position als eigenständiger Akteur auszubauen, ohne Befürchtungen in den Arktisstaaten auszulösen. Das gelingt allerdings selbst in Island immer weniger. Auch wissenschaftliche Präsenz ist nicht zweckfrei und dient im Sinne der Doktrin zivil-militärischer Fusion weitergehenden militärischen Ambitionen: die Forschungsexpeditionen Chinas in der Arktis beinhalten ozeanographische und hydroakustische Untersuchungen, die frühere Aktivitäten im Südchinesischen Meer widerspiegeln; dort waren umfassende Kenntnisse der Gewässer ebenfalls wichtig für die spätere Schaffung von Stützpunkten und Operationen der chinesischen Kriegsschiffe und U-Boote.

Im Oktober 2024 fand die erste gemeinsame Patrouille von China und Russland statt; die Öffnung der russischen Arktis für China an beiden Enden der Nördlichen Seeroute – also Murmansk und Wladiwostok – wird aber selbst Russen unheimlich. Apropos: Wenn zunehmend chinesische Schiffe die NSR nutzen, handelt es sich dann um eine internationale Wasserstraße, die auch für Schiffe der USA frei passierbar wäre? Und damit zu den USA in der Arktis.

Die Vereinigten Staaten von Amerika

Alaska ist mit einer Ausdehnung von 1,7 Millionen qkm die flächenmäßig größte Exklave der Welt und die Anbindung an das Zentrum ist für die Vereinigten Staaten ein aufwendiges Unternehmen geblieben – wenn auch in geringerem Umfang als einst Russisch-Amerika für das Zarenreich. Seitdem die Vereinigten Staaten 1867 den heutigen Bundesstaat Alaska für 7,2 Millionen Dollar vom zaristischen Russland erworben haben, sind sie ein Arktisstaat. Allerdings liegt mit 15 Prozent der geringste Teil ihres Territoriums jenseits des nördlichen Polarkreises (im Gegensatz zu Russland mit 45 Prozent). Russland ist an der engsten Stelle der Beringstraße nur 85 Kilometer entfernt. Von Anfang an wurden die Arktis und Alaska von Washington mit einer Art wohlwollender Vernachlässigung behandelt. Die Zustimmung des Kongresses zum Erwerb Russisch-Amerikas kam erst nach langer Überzeugungsarbeit durch Außenminister William H. Seward zustande. Der Kauf wurde in den Medien abwechselnd als „Sewards Dummheit“, „Sewards Eisbox“ oder „Icebergia“ bezeichnet. Aber die Kritiker blieben in der Minderheit und die Zustimmung des Senats übertraf am Ende die nötige Zweidrittelmehrheit.

Denn schon damals war ein geopolitischer Aspekt wichtig: Mit der Inbesitznahme von Alaska rückte British Columbia näher an das Territorium der USA und wurde als das spätere Kanada von den USA umschlossen, das den Anschluss weiteren Territoriums erhoffte – damals wie heute könnte der Besitz Grönlands den Druck auf Kanada verstärken.

Generell zeigte Washington eine vergleichsweise entspannte Haltung zur Arktis und Alaska. Sie ist darauf zurückzuführen, dass die USA aufgrund ihrer geographischen Lage einen natürlichen Vorteil im Vergleich zu Ländern wie China oder Russland besitzen, die ihre Grenzen mit zahlreichen Nachbarstaaten teilen, die zum Teil sogar nuklear bewaffnet sind. Atlantik und Pazifik haben den USA eine Sicherheit ermöglicht, die nur ein ebenbürtiger Konkurrent auf der atlantischen oder pazifischen Gegenküste bedrohen kann, wie einst Deutschland oder Japan. Auch sicherheitspolitisch steht daher der nördlichste Bundestaat buchstäblich am Rande. Eminente politische und wirtschaftliche Bedeutung hat nur die Ölförderung, seit dort im Jahr 1968 die größte Erdöl-Lagerstätte in Nordamerika entdeckt worden ist.

Anders als Russland verfügen die USA über ein länderübergreifendes Straßen- und Schienennetz und einfache Zugänge zu den wichtigen Seehandelsrouten. Da die USA nur geringe wirtschaftliche Anreize hatten, sich in der Arktis zu engagieren, haben sie wenig in Häfen, Siedlungen, Verkehrsinfrastruktur oder Eisbrecher investiert. Der erste neue schwere Eisbrecher, wird nicht vor dem Jahr 2030 an die Küstenwache ausgeliefert werden.

Der Wunsch nach verstärkter Präsenz in der Arktis ist das Ergebnis einer veränderten Lage und Bedrohungswahrnehmung; der Kommandeur von NORAD (North American Aerospace Defense) erklärte im März 2020 im Kongress: „The Arctic is no longer a fortress wall, and our oceans are no longer protective moats; they are now avenues of approach for advanced conventional weapons.“ Deshalb will Trump eine Festung Amerika bauen, wozu er Grönland benötigt und am besten noch Kanada dazu.

Konfliktpotential in der Arktis

Eine Rückkehr zur Kooperation mit RUS in der Arktis ist derzeit unrealistisch – abgesehen von der anhaltenden, vertraglich vereinbarten Kooperation z.B. im Rahmen des Search and Rescue-Abkommens der Arktisstaaten, Fischerei zwischen Norwegen und Russland oder im Kontext des Fischereiabkommens für die Zentralarktis.

Das Konfliktpotential reicht von der Eskalation eines Zwischenfalls in der Barentssee, in der Engstelle zwischen Grönland, Island und dem Vereinigten Königreich – dem sogenannten GIUK Gap – bis zu Spitzbergen als altbekannter „Achillesferse der NATO“ und damit als maritime Gelegenheit für einen russischen Test der Allianzsolidarität.

Aber die Arktis ist Russlands nationale Ressourcenbasis, daher wird Moskau aller Voraussicht nach keine offenen militärischen Einsätze vornehmen, sondern in der Grauzone von Krieg und Frieden bleiben – wobei eine Eskalation nie auszuschließen ist.

Etwas hoffnungsvoll stimmt die Idee, dass sich in der Arktis ein Rest des alten vernunft-geleiteten und realpolitisch gebotenen Stabilitätsgedankens halten könnte. Demzufolge kann Moskau nur dann die Arktis ausbeuten, wenn ein Mindestmaß an Frieden und Stabilität herrscht – das Kapital ist bekanntlich ein scheues Wesen.

Allerdings lassen Worte und Taten auf anderes schließen und die historisch begründete, russische Sicherheitsparanoia hat manchmal schon fast hysterische Züge.

Mit dem dezenten Satz „Wir werden jedem die Zähne ausschlagen, der unsere Souveränität in der Arktis infrage stellt“, hat Artur Tschilingarow im März 2023 ähnliche Worte seines Präsidenten wiederholt. Tschilingarow hat 2007 die russische Flagge aus Titan auf den Meeresgrund am Nordpol gesetzt – als ein Symbol für Moskaus territoriale Ansprüche. Im Interview machte er deutlich, dass Russland den Nordpol noch mehr als den Donbass wolle, sowohl wegen seines symbolischen Wertes in Putins neoimperialen Vorstellungen als auch wegen der Öl- und Gasvorkommen. Selbst Tschilingarow meint jedoch: „Nicht einmal Russland kann die Arktis beherrschen. Das wäre eine Katastrophe für alle.“

Im Übrigen ist das Russland bereits zugesprochene Meeresgebiet am Nordpol eigentlich groß genug. Aber das hätte man vor dem Ukraine-Krieg auch über das Territorium der Russischen Föderation sagen können – es geht eben nicht nur um Gebiete, sondern um imperiale Machtentfaltung. Wie im Zarenreich gilt auch heute RUS nur als sicher, wenn auf beiden Seiten der Grenzen russische Soldaten stehen.

Die meisten Öl- und Gasvorkommen befinden sich übrigens – mit Ausnahme des Gebiets am Nordpol in der Zentralarktis – in Territorialgewässern der Küstenstaaten, sie sind also kein Grund für Streit. Ein Zankapfel ist allenfalls Grönland geworden, das Donald Trump im größtmöglichen Immobilien-Deal der Geschichte in seinen Besitz bringen will. Die Eskalation eines Konflikts in der Arktis bleibt also relativ unwahrscheinlich, auch wenn das dort befindliche Militärpotential im Kriegsfall nicht ignoriert werden darf: 80 Prozent des nuklearen maritimen Zweitschlagspotentials von Russland sind auf U-Booten in Barentssee stationiert.

Ähnliches gilt im Falle arktischer Seewege: Sie bieten zwar eine Abkürzung gegenüber südlichen Routen, aber auf abschbare Zeit keine Alternative. Das schmelzende Meereis macht die Schifffahrt in der Arktis möglich, aber nicht besser oder einfacher. Noch sind die Bedingungen zu schwierig und die Kosten zu hoch, als dass sie mit Suez- und Panamakanal konkurrieren könnten – selbst unter den Bedingungen des Iran-Krieges.

China und Russland unternehmen zunehmend gemeinsame Einsätze entlang der Nördlichen Seeroute zur Seeraumüberwachung, und sie ist auch bedeutsam für die Verlegung von Seestreitkräften in Atlantik und Pazifik, daher zählen beispielsweise Japan und Südkorea als arktische Sicherheitsakteure. Denn Chinas Präsenz in der Arktis nimmt zu; die US-Marinestrategie prognostiziert „zunehmende Einsätze der chinesischen Marine in, unter und über arktischen Gewässern“. Aufgrund des im Vergleich zu anderen Marinen extrem hohen Tempos der militärischen Aufrüstung Chinas erhalten Unterwasserlagebilder, und die U-Boot-Kriegsführung wieder hohe Priorität.

Im Februar 2025 hat Südkoreas Stadt Busan eine Task Force für arktische Schifffahrt gegründet. Ziel ist es, den Hafen von Busan zu einem strategischen Knotenpunkt für die Nördliche Seeroute auszubauen, womit sich der Kreis zum eingangs erwähnten Indopazifik schließt.

Die „neue“ Arktis: Zurück zur Kooperation?

Die Rückkehr zu einer Arktis als Raum der Zusammenarbeit und Stabilität ist das langfristige Ziel aller Mitglieder des Arktischen Rates. Auf Jahre oder vielleicht sogar Jahrzehnte befindet sich Russland jedoch auf Konfliktkurs mit dem Westen.

Eskalationsgefahren zeigen sich im Falle maritimer kritischer Infrastruktur nicht nur in Ost- und Nordsee, sondern auch in der Arktis und neue Konfliktfelder tun sich auf, weil in Moskau neuerdings das nach den Außenministern „Shevardnadze Baker Agreement“ genannte Abkommen über die Grenzziehung in Nordpazifik, Beringmeer und Tschuktschensee kritisiert wird. Es wird immer wieder als einseitig dargestellt und in einer Plenarsitzung der Duma wurde 2024 ein Rückzug erwogen.

Geopolitisch vermuten manche als Ergebnis der Großmachtkonkurrenz schon eine „neue“ Arktis, die gespalten sein wird in eine von den USA geführte und von der NATO geschützte Arktis und eine andere Hälfte, der Russland und BRICS-Staaten angehören. Wer allerdings weiß, dass Indien zu

diesen BRICS-Staaten gehört, vermutet zu Recht, dass dies keine bipolare, sondern eher eine multipolar geprägte Welt sein würde.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat als „Grönland-Moment“ die Phase bezeichnet, in der Europa bewusst gemacht worden sei, dass es bedroht sei. „Aber es geht um mehr als nur um Grönland“, meinte Macron: Denn das freie Amerika, die leuchtende „Stadt auf dem Hügel“, der Anführer der NATO und liberale Hegemon, der Jahrzehnte die Sicherheit Europas garantiert hat, hat sich in ein räuberisches, imperialistisches Amerika verwandelt. Darauf müssen sich Deutschland und Europa einstellen und neu festlegen, was im nationalen und im europäischen Interesse ist.

Ein zuversichtliches – utopisches – Bild hat vor einhundert Jahren ein kanadischer Polarforscher in seinen Büchern gezeichnet. Er prophezeite dem Nordmeer eine Zukunft als künftiges Zentrum einer innovativen Gesellschaft. Tatsächlich bietet die Arktis einen idealen Standort für innovative Technologien und Dienstleistungen, wodurch die fatale Abhängigkeit von der fossilen Energiewirtschaft beendet werden kann – vielleicht sogar in Grönland, das mittels Wasserkraft künftig sogar Energie exportieren könnte.

Ein erfolgreicher Kampf gegen den Klimawandel ist ebenso in unser aller Interesse wie eine friedliche und stabile Lage in der Arktis.

Aus naturwissenschaftlicher Sicht spricht nichts dagegen, den Anstieg der Erdtemperatur in den Griff zu bekommen. Welchen Staaten es gelingen wird, global relevante Akteure zu bleiben, wird auch davon abhängen, welche klimaneutrale Infrastruktur und Verbindungen sie geschaffen haben werden. China hat dies in Gegensatz zu den USA verstanden.

Die Arktis jedenfalls bietet viele Möglichkeiten für klimaneutrales Wirtschaften.

Hoffnungsvoll stimmt eine Analyse der Internationalen Energie-Agentur, wonach bis 2030 weltweit mehr als 90 Prozent der Elektrizität aus erneuerbaren Energien stammen wird.

Die Zukunft Grönlands – Eine Diskussion im WBZ Ingelheim am 14.3.2026

Elmar Theveßen, Dr. Michael Paul und Prof. Dr. Jan Esper im Gespräch mit Prof. Dr. Volker Wilhelmi

1 Wohin will Grönland?

Michael Paul stellt dieser Frage noch eine zweite voran, denn zunächst sei es wichtig zu definieren: Wer ist denn eigentlich „Grönländer“? Paul betonte, dass diese Definition zentral für jede Debatte über die politische Zukunft der Insel sei – insbesondere im Hinblick auf die Frage der Unabhängigkeit, denn diese sei das zentrale Ziel der „Grönländer“. Naheliegender wäre es, alle Menschen einzubeziehen, die dauerhaft auf Grönland leben. Doch selbst diese Abgrenzung wirft Probleme auf, etwa im Umgang mit Personen, die dort geboren wurden, inzwischen jedoch im Ausland leben.

Ein Großteil der grönländischen Bevölkerung strebt langfristig nach Unabhängigkeit. Allerdings herrscht eine gewisse Uneinigkeit in Bezug auf die genaue Ausgestaltung dieses Prozesses. Die Grönländer äußern gleichzeitig den Wunsch, das skandinavisch geprägte Wohlfahrtssystem beizubehalten. Dieses Modell ist jedoch kostenintensiv und stellt eine erhebliche wirtschaftliche Herausforderung dar – insbesondere für ein Land mit nur rund 56.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Daher wird ebenso die Forderung nach einem langsamen Weg Richtung Unabhängigkeit gefordert, um Grönland entsprechend darauf vorzubereiten.

Das Interesse der USA an Grönland, insbesondere unter Donald Trump, rückt in diesen Zeiten in einen besonderen Fokus. Paul verweist darauf, dass selbst innerhalb der US-amerikanischen Politik keine klare Vorstellung darüber besteht, in welcher

Form Grönland überhaupt Teil der Vereinigten Staaten werden sollte – etwa als Bundesstaat oder als erweitertes amerikanisches Territorium. Eine entscheidende Frage ist ebenfalls das „Warum“. Warum besteht ein solch starkes Interesse daran, Grönland unter amerikanische Kontrolle zu bringen?

An dieser Stelle verweist Elmar Theveßen auf eine zentrale Begründung Trumps: Eigentum schaffe Verantwortung und Verpflichtung. Demnach könne man sich nur dann wirklich um ein Gebiet kümmern, wenn man es auch besitze. Diese Argumentation steht jedoch im deutlichen Gegensatz zu den Vorstellungen vieler Grönländerinnen und Grönländer. Zwar besteht durchaus der Wunsch nach politischer Eigenständigkeit, doch wird diese eher in Verbindung mit europäischen Partnern – insbesondere der Europäischen Union – gedacht als mit der USA.

Hinzu kommt ein grundlegendes Misstrauen gegenüber den Motiven der Vereinigten Staaten. Viele Grönländerinnen und Grönländer sehen die Interessen der USA vor allem in der wirtschaftlichen Ausbeutung ihrer Rohstoffvorkommen. Die Sorge vor der Umweltzerstörung ist groß.

Jan Esper bringt eine weitere Perspektive in die Debatte ein, indem er erneut die Frage nach der Repräsentativität stellt. Angesichts der sehr kleinen Bevölkerungszahl und der enormen Größe des Landes sei es besonders schwierig, ein eindeutiges „Interesse“ der Bevölkerung zu definieren. Zudem bestehe die Gefahr externer Einflussnahme: Eine so kleine Gesellschaft könne vergleichsweise

leicht durch wirtschaftliche Anreize oder politische Kampagnen beeinflusst werden. Esper äußert daher Skepsis gegenüber der Annahme, dass eine derart kleine Bevölkerungsgruppe vollständig immun gegen Manipulation sei.

Michael Paul griff diesen Gedanken auf und verwies auf konkrete Beispiele, in denen versucht wurde, durch finanzielle Anreize Einfluss zu nehmen – etwa durch Aktionen wie das Verteilen von Geldscheinen von Seiten der USA. Die Reaktion vieler Grönländerinnen und Grönländer fiel jedoch eindeutig aus: Sie wollen sich nicht „kaufen lassen“.

Ein zentrales strukturelles Problem in der grönländischen Selbstbestimmungsdebatte liegt – wie Michael Paul hervorhob – im Fehlen einer ausgearbeiteten und politisch verabschiedeten Verfassung. Zwar existiert eine entsprechende Kommission, doch bislang wurde kein verbindlicher Rahmen geschaffen, der klar definiert, welche politischen und gesellschaftlichen Ziele Grönland langfristig verfolgt. Gerade im Kontext des Selbstbestimmungsrechts wäre eine solche Grundlage jedoch von entscheidender Bedeutung. Sie könnte besonders nach außen die Position Grönlands in internationalen Verhandlungen stärken. Derzeit fehlt es jedoch offenbar an den zeitlichen und politischen Ressourcen, um diesen Prozess zu einem Abschluss zu bringen.

2 Warum ist Grönland so wichtig?

Grönland wird oft als abgelegenes, weitgehend von Eis bedecktes Gebiet wahrgenommen. Warum erfährt diese Region eine derart große geopolitische Aufmerksamkeit? Jan Esper näherte sich dieser Frage zunächst aus klimatologischer Perspektive. Er machte deutlich, dass die Insel selbst im Zuge des Klimawandels nicht einfach zu einem leicht zugänglichen Raum werden wird. Der mächtige Eisschild wird auch langfristig große Teile des Landes unzugänglich halten.

Dennoch fügte Esper seiner Argumentation hinzu, dass der Klimawandel die strategische Lage erheblich verändere. Mit dem Rückgang des Meereises eröffnen sich neue maritime Routen, die bislang unpassierbar waren. Diese potenziellen Schifffahrtswege könnten globale Transportzeiten deutlich verkürzen – ein Aspekt, der aus ökonomischer Sicht durchaus attraktiv erscheint und sogar ökologische Vorteile mit sich bringen könnte, etwa durch geringere Emissionen infolge kürzerer Distanzen. Gleichzeitig gewinnen diese Routen je-

doch auch militärisch und geopolitisch an Bedeutung, da neue strategische Kontrollmöglichkeiten entstehen.

3 Seltene Erden in Grönland

Rohstoffvorkommen werden in diesem Zusammenhang häufig als zusätzlicher Faktor zu den strategischen Kontrollmöglichkeiten genannt. Insbesondere sogenannte seltene Erden rücken in den internationalen Fokus. Allerdings sind diese bislang technisch und wirtschaftlich nur schwer zugänglich. Elmar Theveßen betont in diesem Zusammenhang, dass viele strategische Überlegungen auf langfristigen Annahmen beruhen: Der globale Bedarf an kritischen Rohstoffen dürfte in den kommenden Jahrzehnten stark steigen, sodass sich Investitionen bereits heute lohnen könnten. Parallel dazu wird intensiv an neuen Technologien gearbeitet, die eine effizientere und umweltschonendere Erschließung ermöglichen sollen – etwa im Umgang mit Permafrostböden. Fortschritte in diesem Bereich könnten die wirtschaftliche Attraktivität Grönlands erheblich steigern. Auch Michael Paul unterstreicht, dass hier in anderen zeitlichen Dimensionen gedacht werde: Selbst, wenn der Abbau derzeit noch nicht rentabel ist, könnten sich die Rahmenbedingungen in Zukunft grundlegend verändern.

Dennoch bleibt die Frage, ob der Klimawandel die Zugänglichkeit dieser Ressourcen möglicherweise schneller erhöht als bislang angenommen.

Jan Esper entgegnet dieser Frage, dass ein vollständiges oder weitgehendes Abschmelzen des grönländischen Eisschildes in absehbarer Zeit unrealistisch sei. Zudem seien die technischen und logistischen Herausforderungen einer Rohstofferschließung unter arktischen Bedingungen mit sehr hohen Kosten verbunden. Vor diesem Hintergrund erscheine das starke politische Interesse – insbesondere seitens Donald Trumps – zumindest teilweise irrational.

Theveßen lenkt den Blick daher auf einen Aspekt, der gegenwärtig deutlich greifbarer erscheint: die Kontrolle über zukünftige Handelswege. Im Vergleich zur Rohstofferschließung sei dies derzeit das überzeugendere strategische Argument. Zwar habe Trump wiederholt behauptet, dass bereits zahlreiche russische und chinesische Schiffe die Region intensiv nutzten – dies ist jedoch eine Darstellung, die so nicht zutrifft. Dennoch verdeutlicht sie ein zentrales Motiv: den Wunsch, potenzielle Verkehrsachsen frühzeitig unter Kontrolle zu bringen und geopolitisch abzusichern.

Michael Paul ergänzt diese Einschätzung mit einem oft zitierten kanadischen Aussage: „Less ice means more ice.“ Gemeint ist damit, dass das Abschmelzen des Eises nicht automatisch zu einfacherer Schifffahrt führt, sondern neue Risiken und Unsicherheiten schafft – etwa durch treibende Eisfelder oder unvorhersehbare Wetterbedingungen. Diese Einschätzung wird auch durch aktuelle Entwicklungen gestützt: So hat etwa die Reederei MSC angekündigt, die nördliche Seeroute vorerst aus Sicherheits- und Umweltgründen nicht mehr zu nutzen. Gleichzeitig betreibt die chinesische Reederei COSCO eine eher symbolische Nutzung dieser Route, um ihre Präsenz in der Arktis zu demonstrieren. Insgesamt bleibt die arktische Schifffahrt daher deutlich weniger etabliert, als es manche Prognosen nahelegen.

4 Strategische Interessen externer Akteure

Paul nennt hier die militärischen Interessen der USA. Allerdings relativiert er deren Bedeutung für die USA. Bereits heute verfügen die Vereinigten Staaten über militärische Zugangsrechte und Stützpunkte in der Region, sodass ein direkter Besitz Grönlands aus sicherheitspolitischer Sicht nicht zwingend erforderlich ist. Vielmehr scheint es – ähnlich wie bei den Handelswegen – um Fragen der Kontrolle und strategischen Einflussnahme zu gehen.

Abschließend wird die These einer möglichen „Aufteilung“ der Arktis in verschiedene geopolitische Einflusszonen diskutiert, etwa zwischen Russland, westlichen Staaten und einem Block um China und Indien. Michael Paul weist diese Vorstellung jedoch als wenig realistisch zurück. Insbesondere die Rivalität zwischen Indien und China spreche gegen eine stabile Blockbildung. Stattdessen sei die Arktis eher als Teil einer sich zunehmend multipolar entwickelnden Weltordnung zu verstehen, in der unterschiedliche Akteure mit teils konkurrierenden Interessen agieren.

Insgesamt verdeutlicht die Diskussion, dass Grönlands Bedeutung weniger in seinem gegenwärtigen Zustand liegt als vielmehr in den zukünftigen Möglichkeiten, die sich aus klimatischen, wirtschaftlichen und geopolitischen Veränderungen ergeben könnten.

Eine Diskussion um die Zukunft Grönlands

Autor*innen: Inka Richter, Volker Wilhelmi



Abb. 1: Podiumsdiskussion WBZ Ingelheim (Quelle: eigene Aufnahme)



Abb. 2: Elmar Theveßen, Dr. Michael Paul und Prof. Dr. Jan Esper im Gespräch mit Prof. Dr. Volker Wilhelmi (Quelle: eigene Aufnahme)

RAINER WEDDE¹

Russlands Irrweg – rechtliche Auswege aus der Sackgasse

1 Einführung

Die Russische Föderation² befindet sich in einer katastrophalen Lage. Der Überfall auf die Ukraine am 24.2.2022 und der folgende Krieg, der schon länger dauert als der deutsch-sowjetische Krieg von 1941 bis 1945, haben das Land wirtschaftlich, politisch und rechtlich, aber auch moralisch in eine Sackgasse geführt.

Dabei ist das Potential des Landes enorm: Russland ist das territorial größte Land der Erde. Mit etwa 17 Mio. km² übertrifft sein Territorium sowohl jene der USA und Kanadas (mit jeweils knapp 10 Mio. km²) als auch das Gebiet der EU (etwa 4 Mio. km²) deutlich.

Das Land ist mit zahlreichen Bodenschätzen (Öl, Gas, Metalle) gesegnet; weitere Vorkommen können vermutet werden. Es verfügt zudem im Süden über sehr gute Böden, auch wenn die nördlichen Teile Russlands, insbesondere nördlich des Polarkreises, für eine landwirtschaftliche Nutzung kaum geeignet sind.

Das Land besitzt aus Zeiten der Sowjetunion eine breite industrielle Basis, die allerdings seit deren Zusammenbruch massiv gelitten hat. In manchen Branchen hat das Land seinen industriellen Fähigkeiten weitgehend eingebüßt. Dennoch liegt das Bruttosozialprodukt pro Kopf noch immer oberhalb des Wertes etwa in China.³

Die russische Bevölkerung ist gut ausgebildet, das Hochschulsystem genießt hohe Anerkennung, auch wenn es technologisch in manchen Bereichen mittlerweile den Anschluss verloren hat. Sorgen macht die Demographie: Russland verliert seit 1990 durch eine sinkende Geburtenrate und hohe Abwanderung Bevölkerung. Der Krieg hat diese Entwicklung beschleunigt.

Warum nutzt das Land sein Potential nicht sinnvoll? Welchen Ausweg aus der Sackgasse könnte es nehmen? Nachfolgend soll aus einer juristischen Warte⁴ erörtert werden, wie es zu der aktuellen Situation kommen konnte und welche Exit-Optionen bestehen.

¹ Der Autor lehrt Wirtschaftsrecht an der Wiesbaden Business School der Hochschule RheinMain. Er ist Mitglied im Vorstand der Deutsch-Russischen Juristenvereinigung sowie der Deutsch-Ukrainischen Juristenvereinigung sowie Co-Sprecher der Fachgruppe Recht der DGO, Kontakt: Rainer.Wedde@hs-rm.de.

² Wörtlich ist „Российская Федерация“ mit Russländische Föderation zu übersetzen. Die russische Sprache kennt eine Unterscheidung zwischen russländisch (auf den Staat bezogen) und russisch (auf das Volk bezogen).

³ Götz, Asymmetrische Interdependenz. Chinas und Russlands Volkswirtschaften im Vergleich, Osteuropa 2023/7-9, 91.

⁴ Diese rechtliche Perspektive ist dem eigenen Forschungsschwerpunkt des Autors geschuldet. Sie zeigt aber auch, dass das Recht ein wesentlicher Faktor der Entwicklung von Ländern ist. Rechtliche Traditionen prägen ein Land und sein Potential in ähnlicher Weise wie zB geographische Voraussetzungen.

2 Russlands Aufbruch nach Westen

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks kollabierte das sowjetische System, das für mehrere Jahrzehnte die halbe Welt dominiert hatte. Es hatte sich als unfähig erwiesen, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

I. Zusammenbruch der UdSSR, Entstehung der Russischen Föderation

Die Sowjetunion endete offiziell mit dem Rücktritt Gorbatschows als Präsident der UdSSR am 25.12.1991. Auslöser waren vor allem die sog. Belowscher Vereinbarungen, die am 08.12.1991 Boris Jelzin als russischer Präsidenten sowie die Präsidenten der Ukraine (Leonid Krawtschuk) und Belarus (Stanislaw Schuschkewitsch) im Grenzgebiet zu Polen getroffen haben. Dabei stellten sie auch formal das Ende der UdSSR als Völkerrechtssubjekt fest. Vorangegangen waren der Putschversuch im August 1991 in Moskau sowie die Unabhängigkeitserklärungen der meisten Sowjetrepubliken.⁵

Die Russische Föderation erklärte folgerichtig am 12.12.1991 ebenfalls ihre Unabhängigkeit.⁶ De facto war die Sowjetunion in weiten Teilen ein Instrument der russischen Herrschaft über die Nachbarvölker, so dass die Unabhängigkeitserklärung etwas fragwürdig anmutet.⁷

Rechtlich gesehen entstand damit die Russische Föderation als neues Völkerrechtssubjekt, das sich als Rechtsnachfolger der Sowjetunion sah⁸ und auch vom Rest der Welt so akzeptiert wurde.⁹ Russland übernahm sowohl das Vermögen als auch die Schulden der UdSSR; es trat an

den Platz der Sowjetunion im Weltsicherheitsrat und verfügt seitdem dort über ein Vetorecht. Auch der Großteil des militärischen Erbes der Sowjetunion ging an die Russische Föderation.¹⁰

II. Rechtliche Neuaufstellung

Bei ihrer Gründung konnte die Russische Föderation kaum noch auf Rechtstraditionen außerhalb des Sowjetrechts zurückgreifen. Das Zarenreich war bis zu seinem Ende noch nicht den Weg zu einem modernen, rechtlich organisierten Staat gegangen. Trotz beachtlicher Fortschritte gab es 1917 nur wenige Kodifikationen. Grundlegendes Rechtsdokument war immer noch der sog. *Zvod Zakonov*, eine Sammlung von Gesetzen aus den Jahren 1832 bis 1835. Eine systematische Durchdringung und Neukodifikation¹¹ erfolgte vor der Revolution nicht mehr.

Die 1991 zunächst formal weitergeltenden Gesetze der UdSSR und der RSFSR¹² waren naturgemäß nicht geeignet, um die von der Bevölkerung gewünschte Transformation hin zu einer Demokratie, einem Rechtsstaat und einer Marktwirtschaft zu ermöglichen.¹³ Man behalf sich zunächst mit einer nur teilweisen Fortgeltung sowie einer Modifikation der bestehenden Gesetze.

Parallel wurde ein neues Rechtssystem aufgebaut. Kernelement war die Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung.¹⁴

⁵ Den Anfang machte am 12.03.1990 Litauen, es folgten zeitnah weitere Staaten im Baltikum sowie im Kaukasus.

⁶ Der Tag war als Tag der Verfassung der Russischen Föderation bis 2005 ein arbeitsfreier Feiertag.

⁷ Der Phantomschmerz, der Präsident Putin bei seinen revanchistischen Aktionen wohl antreibt, hat hier sicher eine seiner Wurzeln.

⁸ Dies legt seit der Verfassungsreform 2020 auch Art. 67.1 der Russischen Verfassung fest.

⁹ Zu einer rechtlichen Einordnung *Kembayev*, Probleme der Rechtsnachfolge von der Sowjetunion auf die Russische Föderation, Archiv des Völkerrechts 46. Bd., Nr. 1 (März 2008), 106.

¹⁰ Infolge des Budapester Memorandums vom 05.12.1994 übergab die Ukraine die auf ihrem Territorium verbliebenen Atomwaffen an Russland. Die dort gemachten Zusagen für die Anerkennung

und den Schutz der ukrainischen Grenzen hat Russland nicht eingehalten.

¹¹ Wie etwa im Deutschen Reich durch das am 01.01.1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) und die Begleitgesetze.

¹² Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik war ein Gliedstaat der Sowjetunion. Sie verfügte über eine eigene Verfassung (Fassungen von 1918, 1925, 1937 und 1978) und zahlreiche Gesetze, da die föderale UdSSR in vielen Bereichen lediglich Rahmengesetze kannte, die von den Sowjetrepubliken auszufüllen waren.

¹³ So war nach sowjetischem Recht das private Unternehmertum strafbar (va. Art. 153, 154 StGB der RSFSR von 1960), was eine Marktwirtschaft naturgemäß ausschließt.

¹⁴ Verfassung der Russländischen Verfassung, angenommen durch die Volksabstimmung vom 12.12.1993.

Diese trat – wenn auch unter einigen Schwierigkeiten¹⁵ - Ende 1993 in Kraft. Die Verfassung ist modern gestaltet, definiert Russland als föderalen und demokratischen Rechtsstaat (Art. 1). Sie enthält einen umfangreichen Grundrechtekatalog (Art. 17-64) und gewaltenverschränkende Bestimmungen.¹⁶

In den folgenden Jahren folgte eine Welle der Neukodifikationen in sämtlichen Rechtsbereichen. Auch unter Nutzung von westlichen Vorbildern entstanden zahlreiche neue Gesetze auf einem zT hohen rechtstechnischen Niveau. Sie legten den Grundstein für eine rechtsstaatliche und stabile Ordnung und trugen erheblich zum wirtschaftlichen Aufschwung ab 1999 bei.

Zugleich suchte Russland einen neuen Platz auf der internationalen Ebene. Neben der Schaffung von Nachfolgestrukturen im postsowjetischen Raum¹⁷ wendete es sich auch dem Rest Europas zu. Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) vom 19.11.1990 brachte die konventionelle Abrüstung auf dem Kontinent wesentlich voran.¹⁸ Russland unterzeichnete zudem die OSZE-Charta von Paris vom 21.11.1990, welche die Grundlagen für eine neue friedliche Ordnung in Europa schaffen wollte. Am 27.5.1997 wurde die NATO-Russland-Grundakte unterzeichnet, welche die Grundlagen einer engeren Zusammenarbeit nach dem Ende des Kalten Krieges legte.

Besonderes Aufsehen erregte der Beitritt des Landes zum Europarat im Jahre 1996.¹⁹ Damit verbunden war die Übernahme der Europäischen Menschenrechtskonvention (ab 1998). Fortan konnte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte auch Vorgänge in Russland rechtlich überprüfen. Mit der Europäischen

Union wurde 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen unterzeichnet, das am 01.01.1997 in Kraft getreten ist.

III. Übernahme der Werte?

Rückblickend ist fraglich, in welchem Umfang Russland in den 90er Jahren des 20. Jahrhundert neben den Normen auch die zugrundeliegenden Werte Europas übernommen hat. Während man im Wirtschaftsrecht eine überzeugte Übernahme der international üblichen Regelungsmechanismen konstatieren kann, ist dies in anderen Rechtsgebieten eher fraglich.

Bereits früh manifestierte sich eine andere Grundeinstellung zu Menschenrechten. Insbesondere die beiden Kriege in Tschetschenien in den Jahren 1994-1996 und 1999-2009 zeigten ein deutlich anderes Verständnis der russischen Führung von der Zulässigkeit des Einsatzes von Gewalt.

Auch im Rahmen des europäischen Menschenrechtssystems erlangte Russland rasch einen Spitzenplatz bei den Verfahren und den Verurteilungen. Dies lag nicht nur an der Größe des Landes und der Transformation, sondern auch in einem anderen Verständnis von der Rolle der Grundrechte und des Rechts allgemein.²⁰ Neben einem anderen Selbstbild von der Rolle des Staats seitens der Herrschenden spielte sicher auch der fortwirkende homo sovieticus eine wesentliche Rolle.²¹

Selbstkritisch ist allerdings auch anzuführen, dass die Begleitung der rechtlichen Transformation des Landes seitens ausländischer Berater sich zu oft als oberflächlich und rechtskulturell unpassend erwies. Die Übernahme von Normen ohne Bezug zu nationalen Tradition und ohne ethischen Referenzrahmen hat offensichtlich

¹⁵ Im Lauf der Diskussion über die Verfassung trat der Konflikt zwischen Präsident und Parlament deutlich hervor. Er endete durch die Beschießung des Weißen Hauses im Herbst 1993. Präsident Jelzin setzte sich mit der Idee einer stark auf den Präsidenten zugeschnittenen Verfassung durch, dazu *Trattner*, Die Regierungsform Russlands, der Ukraine und Weißrusslands – Superpräsidentialismus? Osteuropa Recht 2019, 297.

¹⁶ Kritisch dazu: *Partlett*, Why the Russian Constitution Matters. The Constitutional Dark Arts, Oxford 2024.

¹⁷ Hier ist vor allem die sog. Gemeinschaft unabhängiger Staaten (Содружество Независимых Государств) zu nennen, die ebenfalls als Ergebnis

der Belawescher Vereinbarungen vom 08.12.1991 entstand.

¹⁸ Die Russische Föderation hat diesen Vertrag Ende 2023 gekündigt.

¹⁹ Dieser erfolgte gegen erheblichen Widerstand. Kritisiert wurde v.a., das Land sei noch nicht reif für einen Beitritt, *Wedde*, Russland und der Europarat – ein Missverständnis? DRRZ 2025, 113.

²⁰ *Bates/Dzehtsiarou/Forde*, Russia, the Council of Europe and the European Convention on Human Rights, Bristol 2025, sprechen von einer Mitgliedschaft in „bad faith“.

²¹ *Gudkov*, Der Sowjetmensch. Genese und Reproduktion eines anthropologischen Typus, Osteuropa 2017/6-8, 91.

nicht dazu geführt, dass sich Werte verankern konnten. Es wurde zu sehr auf Normen und zu wenig auf Institutionen geachtet.

3 Russland wendet sich wieder ab

Der Bruch Russlands mit dem sog. Westen, aber auch mit den in der eigenen Verfassung von 1993 definierten eigenen Zielen vollzog sich schleichend und kulminierte in dem offen völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022.

I. Rückwärtsgang ab 2000

Mit der Machtübernahme von Wladimir Putin, zunächst als Premierminister und später als Präsident setzte eine schärfere Vorgehensweise gegen die sog. Oligarchen ein. Putin versuchte, den Zugriff des Staates auf sämtliche Ressourcen des Landes wieder zu stärken.

Dies war verständlich, denn die große Vermögenskonzentration aus den 90er Jahren war bestenfalls in einem rechtsfreien Raum entstanden, mitunter auch unter Verstoß gegen das geltende Recht. Dennoch darf aus rechtsstaatlicher Sicht eine Korrektur nicht durch erneuten Rechtsbruch erfolgen, sondern allenfalls durch die Aufarbeitung von Fehlern der Vergangenheit.

Im Übrigen beseitigte das Vorgehen aber auch gezielt rechtsstaatliche Strukturen, indem Medien beschränkt,²² auf Gerichte Einfluss genommen und die Versammlungsfreiheit reduziert wurde. Die offene, chaotisch-kreative Gesellschaft der Jelzin-Jahre verschwand zunehmend wieder hinter dem grauen Vorhang einer staatlichen gelenkten Gesellschaft.

II. Schleichende Entfremdung

Das Verhältnis zu den westlichen Staaten blieb zunächst weiterhin offen und freundschaftlich. Die Rede Wladimir Putins vor dem Deutschen

Bundestag am 25.09.2001 markierte eine bisher nie vorhandene Annäherung oder schuf zumindest die entsprechende Illusion.

Das in Russland einsetzende Wirtschaftswachstum ab 2000²³ ließ den bilateralen wirtschaftlichen Austausch massiv wachsen. Die deutsche Wirtschaft engagierte sich massiv, es entstanden zahlreiche Fabriken in Russland;²⁴ der Handelsumsatz stieg massiv an.²⁵ Großprojekte wie die Pipeline Nord Stream 1 wurden gestartet.

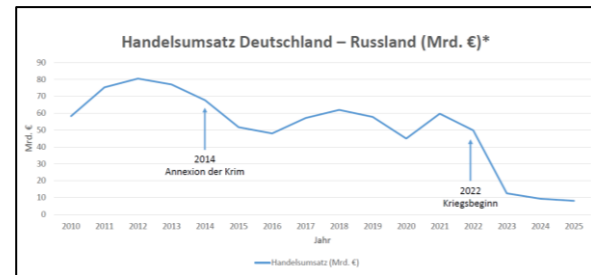


Abb. 1: Handelsumsatz Deutschland – Russland (Mrd. €) (Quelle: eigene Darstellung, Daten des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft)

Auch im gesellschaftlichen Bereich nahm die Kooperation zu: 2001 wurde der Petersburger Dialog eingerichtet;²⁶ 2006 wurde eine Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch in Hamburg gegründet;²⁷ 2016 bis 2018 war das Jahr der Hochschulkooperation und Wissenschaft.

Allerdings zeigte sich eine zunehmende (außen-)politische Entfremdung. Es wurde immer deutlicher, dass Russland und der Westen sich nicht mehr aufeinander zu bewegten, sondern der Graben wieder breiter wurde. Symptomatisch war insoweit die Rede Putins bei der 43. Münchener Sicherheitskonferenz am 10.02.2007, in der er dem Westen massive Vorhaltungen machte.

Die innenpolitische Situation in Russland verschlechterte sich rapide. Das Jahr 2012, also das Jahr der Rückkehr Putins nach dem Interregnum Medwedjews, markierte einen wichtigen Wen-

²² Besonders sticht hier der Fall Gussinski hervor, dem 2000/2001 unter Nutzung strafrechtlicher Verfolgungen die Kontrolle über den Fernsehsender NTW entzogen wurde.

²³ Diese Entwicklung fiel Putin in den Schoß, sie war die Folge der Reformen unter Jelzin, der veränderten Weltmarktpreise und des Staatsbankrotts 1998 und der damit verbundenen Abwertung des Rubels.

²⁴ Besondere Aufmerksamkeit erregte das 2007 eröffnete Werk des Volkswagen-Konzerns in der

Stadt Kaluga, südlich von Moskau. Aber auch zahlreiche KMU investierten zB bedeutende Summen in die russische Wirtschaft.

²⁵ Im Jahr 2012 wurde der Höchststand mit ca. € 80 Mrd. erreicht, die Zahlen gingen allerdings schon vor der russischen Annexion der Krim aufgrund Schwächen der russischen Wirtschaft zurück.

²⁶ Der Trägerverein des Petersburger Dialogs wurde 2023 aufgelöst.

²⁷ Die Stiftung stellte Ende 2025 ihre Tätigkeit ein, siehe <https://www.stiftung-drja.de/>.

depunkt. Die brutale Niederschlagung der Demonstration auf dem Bolotnaja-Platz am 06.05.2012 und die nachfolgenden Strafverfahren, die offensichtliche Manipulation der Präsidentschaftswahl am 04.03.2012, der Fall Pussy Riot und die neue Gesetzgebung zu den sog. ausländischen Agenten verdeutlichten eine veränderte Agenda des russischen Regimes.²⁸

Erst recht stellten die Annexion der Krim²⁹ durch das manipulierte Referendum am 16.03.2014 und die Auslösung/Unterstützung des Bürgerkriegs in der Ostukraine in der Folge eine Abkehr von sämtlichen europäischen Wert- und Rechtsvorstellungen dar. Die danach verhängten Sanktionen der EU ließen den wirtschaftlichen Austausch merklich zurückgehen. Dennoch wurden Projekte wie Nord Stream 2 weiter verfolgt, zT gegen erheblichen Widerstand, v.a. in Osteuropa.

Die russische Führung spielte offensichtlich nicht mehr nach den rechtlichen und politischen Spielregeln des Westens, vermied aber den vollständigen Bruch, wohl auch um innenpolitisch nicht unter Druck zu geraten. Nach wie vor empfand sich die russische Bevölkerung als europäisch.

III. Offener Bruch

Seit der Vollinvasion in die Ukraine im Februar 2022 hat Russland sich offen von allen europäischen Institutionen und Werten verabschiedet. Der Angriff an sich stellt einen nicht zu rechtfertigenden Verstoß gegen das Völkerrecht (namentlich das Gewaltverbot aus Art. 2 (4) der UN-Charta) dar.³⁰ Die russische Art der Kriegsführung verletzt immer wieder das Kriegsvölkerrecht.³¹

²⁸ Luchterhandt, Präsident Putins Wandlung zum Autokraten, Jahrbuch für Ostrecht 2022, 13.

²⁹ Richtig wäre die Bezeichnung Krym als Transliteration aus dem Ukrainischen. Da der Begriff Krim aber im Deutschen etabliert ist, wird er hier verwendet.

³⁰ Dazu Schmahl, Völker- und europarechtliche Implikationen des Angriffskriegs auf die Ukraine, NJW 2022, 969; Schaller, Der russische Angriff auf die Ukraine im Lichte des Völkerrechts, NJW 2022, 832; interessanterweise versucht die russische Führung dennoch, eine Rechtfertigung des Angriffs. Der Verweis auf die Situation im Donbass, Waffenproduktion oder gar die Entnazifizierung sind allerdings nicht haltbar

Russland ist aus nahezu sämtlichen Abkommen und Organisationen ausgetreten.³² Damit unterliegt es rechtlich auch deutlich weniger Zwängen. Eine Kontrolle von außen wird zunehmend schwieriger.³³

Der Rechtsbruch wurde begleitet von einer propagandistischen Initiative. Der Westen wurde als aggressiv und zugleich dekadent eingeordnet („Gayropa“). Die Betonung sog. traditioneller Werte fand 2020 auch Eingang in die Verfassung. Damit sieht sich Russland auch rechtlich (wieder) als Gegenpol zum freiheitlich-liberalen Rest Europas.

4 Rechtliche Überlegungen zu einem Weg aus der Sackgasse

Russland hat sich durch den Angriff auf die Ukraine zumindest in Europa völlig isoliert. Das schadet dem Land wirtschaftlich und politisch massiv. In Russland macht sich Kriegsmüdigkeit breit. Die Illusion eines Kriegs gegen den Westen, der niemanden direkt betrifft („militärische Spezialoperation“), lässt sich angesichts der horrenden Verluste und finanziellen Einbußen nicht mehr aufrechterhalten. Die Vorstellung zur billigen und abhängigen Tankstelle Chinas zu werden, ist in der russischen Bevölkerung nicht attraktiv.³⁴

Wie eine politische und wirtschaftliche Annäherung nach einem hoffentlich nahen Ende des Krieges in der Ukraine gestalten kann, übersteigt den Rahmen dieses Beitrags. Es wird erhebliche Änderungen in Russland und viel Zeit verlangen, wieder zu einer Situation wie vor der Annexion der Krim zu kommen. Eine Neuaufstellung des Verhältnisses zu Russland aus rechtlicher Sicht muss dabei an mehreren Stellen ansetzen.

³¹ Der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Putin ist ein klares Symbol dieser Rechtslage.

³² Usvatov, Russlands Abkehr vom Weltrecht: Implikationen für das globale Rechtsregime, Osteuropa Recht 2025, 255.

³³ Dies gilt etwa für den russischen Austritt aus der Europäischen Antifolterkonvention im Jahre 2025. Dadurch werden Kontrollen in Russland unmöglich.

³⁴ Es sollte zudem nicht vergessen werden, dass China im Fernen Osten durchaus territoriale Ansprüche gegen Russland hegt.

I. Entputinisierung

Das Bestreben Putins ist darauf gerichtet, alle Epochen der russischen Geschichte zu einem einheitlichen Narrativ zusammenzufügen.³⁵ In Anbetracht der krassen Brüche in der russischen Geschichte, zumindest 1917 und 1991, ist das bemerkenswert. Dahinter steckt aber auch der Wunsch, historische Fehler und Verbrechen nicht näher betrachten zu müssen.

Russland hat es versäumt, die eigene Geschichte selbstkritisch zu betrachten. Die Niederlage im ersten Weltkrieg wurde nach dem ausgesprochen grausamen Bürgerkrieg als Sieg des Kommunismus interpretiert. Der Erfolg im zweiten Weltkrieg überdeckte die Brutalität der Diktatur Stalins. Eine Aufarbeitung der Verbrechen des Kommunismus wurde nach anfänglichen Initiativen wieder gestoppt.³⁶ Organisationen wie Memorial, die sich diesem Ziel verschrieben haben, wurden geschlossen oder kriminalisiert.

Dies macht es umso herausfordernder, nach einem Ende des Putin-Regimes die dort geschehenen Verbrechen aufzuarbeiten.³⁷ Russland wird nur mit seinen Nachbarn ein normales Verhältnis gewinnen können, wenn es glaubhaft von der bisherigen Gewaltgeschichte abrückt. Russland wird aber auch innenpolitisch nicht zu einer partizipativen Struktur gelangen, wenn es nicht den homo sovieticus endlich überwindet.

Helfen mag dabei rechtlich die Erkenntnis, dass die aktuellen Vorgänge in Russland auch gegen das eigene, das russische Recht verstoßen. Über Art. 15 der Verfassung findet das Völkerrecht

Eingang in das russische Rechtssystem. Zudem sehen die Art. 353ff. des russischen Strafgesetzbuches eine Strafbarkeit für das Führen eines Angriffskrieges ebenso vor wie für Kriegsverbrechen.³⁸

Es bedürfte also keines Eingriffs von außen und keiner Berufung auf allgemeine Rechtsprinzipien, um das Vorgehen des russischen Regimes zu sanktionieren. Eine korrekte Auslegung der bestehenden Gesetze würde ausreichen, um zu rechtsstaatlichen Ergebnissen zu kommen. Selbst die bei der Reform 2020 deformierte Verfassung bedürfte keiner erneuten komplexen Reform, um wieder zu funktionieren.³⁹

Allerdings müsste dazu das Prinzip des Doppelstaats im Fraenkel'schen Sinne aufgebrochen werden.⁴⁰ Um die wahren Machtverhältnisse zu ändern, ist es notwendig, den Normenstaat an die erste Stelle zu setzen.⁴¹ Dazu müssen die Mechanismen des Maßnahmenstaats durchbrochen werden.

II. Aufbau von Institutionen

Rückblickend war es erschreckend, mit welcher Leichtigkeit Putin die Grundidee der russischen Verfassung auf den Kopf zu stellen vermochte. Sämtliche Checks and Balances in der Verfassung haben versagt. Allerdings hat Putin recht geschickt die Schwächen der russischen Verfassung von 1993 ausgenutzt. Ein über den anderen Gewalten thronender Präsident kann nur solange Garant der Verfassung sein (so Art. 80 Abs. 2 der Verfassung), wie er selbst den Geist der Verfassung wahr.⁴²

³⁵ Hier ist auch der bekannte Satz Putins vom Zerfall der Sowjetunion „größter geopolitischer Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ einzuordnen. In Anbetracht des hohen Blutzolls der Russen in den Weltkriegen und im Bürgerkrieg ergibt der Satz nur Sinn, wenn man die geopolitische Rolle Russlands höher wertet als die menschlichen Verluste.

³⁶ Das bekannte Moskauer Gulag-Museum, das der Aufarbeitung Verbrechen des Stalinismus gewidmet war, wurde mittlerweile geschlossen und soll durch eine Ausstellung zu den Verbrechen des Nationalsozialismus ersetzt werden.

³⁷ Dazu ausführlich *Epplée*, Die unbequeme Vergangenheit. Vom Umgang mit Staatsverbrechen in Russland und anderswo, Berlin 2023.

³⁸ Dazu *Wedde*, Der Krieg in der Ukraine und das russische Strafrecht, DRRZ 2022, 144.

³⁹ Es würde schon genügen, die Hierarchie innerhalb der Verfassung wieder umzusetzen. Die (unveränderten) ersten beiden Abschnitte gehen den

übrigen Abschnitten vor, dazu *Wedde*, Ein Abbild der Realität? – Die Version 2020 der russischen Verfassung, in *Wedde* (Hrsg.), Die Reform der russischen Verfassung, Berlin 2020, 11.

⁴⁰ *Ernst Fraenkel* veröffentlichte sein Werk „Der Doppelstaat“ 1941 in den USA, 1974 erschien es in deutscher Fassung. Er unterscheidet den durchaus rechtsstaatlichen Normenstaat und den ihn in den wichtigen Fragen überragenden Maßnahmenstaat; zu der Übertragung auf das Putin'sche Russland *Luchterhandt*, Von Jelzins defekter Rechtsstaatsverfassung zu Putins Verfassung, DRRZ 2025, 126 (137ff.).

⁴¹ Das System Putin zeichnet sich dadurch aus, dass persönliche Loyalität das entscheidende Kriterium für einen Aufstieg ist, die Eignung oder rechtliche Vorgaben treten dahinter zurück.

⁴² Zur Stellung des Präsidenten nach der Verfassungsreform *Wieser*, Auch nach der Verfassungsänderung superpräsidentielles Regierungssystem in

Für den Fall eines Systemwechsels muss daher eine neue (oder überarbeitete) Verfassung geschaffen werden,⁴³ die eine echte Gewaltenteilung beinhaltet. Das Machtsystem muss sowohl zwischen den verschiedenen Staatsgewalten als auch zwischen den Ebenen der Föderation, der Subjekte (Bundesländer) und der Kommunen⁴⁴ ausgewogen gestaltet werden.

III. Veränderung des Rechtethos

Sämtliche Normenmodernisierung wird allerdings wirkungslos bleiben, solange es nicht gelingt, die russische Rechtskultur nachhaltig zu verändern.⁴⁵ Erste Ansätze dazu waren nach 1990 zu beobachten. Sie hätten sich zu einem Mentalitätswandel entwickeln können, wenn nicht Putin ab 2000 wieder Kurs auf eine Sowjetunion 2.0 genommen hätte.⁴⁶ Abhilfe kann aus dem Bereich der modernen Berufsbilder kommen, die auf Kreativität und flachen Hierarchien basieren.⁴⁷ Auch eine Stärkung der kommunalen Strukturen in der Fläche und genossenschaftlicher Elemente kann durchaus an Erfahrungen der russischen Vergangenheit anknüpfen.

Kritisch ist aber auch die Transformation und Unterstützung durch (westliche) Berater zu betrachten. Auch hier bedarf es einer Aufarbeitung der Fehler nach 1990. Nur eine Mischung aus fachlicher Kompetenz und landeskundlicher Vertrautheit mit dem Land kann Erfolg zeitigen.⁴⁸ Dem persönlichen Kontakt von Berufsträgern, dem Vermitteln eines Berufsverständnisses ist Vorrang einzuräumen vor dem Abhaken von Punkten auf Checklisten zu Gesetzesreformen.

5 Fazit

Das Schicksal Russlands ist eng mit dem Rest Europas verwoben. Wir teilen nicht nur geographisch einen Kontinent, sondern sind auch wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich, kulturell eng verbunden. Eine dauerhafte Feindschaft kann daher niemand wollen. Die Forschung zu Osteuropa und Russland muss daher weitergeführt, ja ausgebaut werden.

Derzeit ist das Interesse Russlands an Europa gering, man sieht sich eher als Antipode und blickt mit Verachtung auf die Nachbarn im Westen. Das Pendel der russischen Geschichte schlägt aktuell in die Richtung einer heftigen Abstoßung, das ist historisch nicht neu. Die Erfahrung zeigt aber, dass auf solche Phasen über kurz oder lang wieder eine Zeit der Annäherung folgt.

Darauf gilt es sich gezielt vorzubereiten. Dabei sind die Faktoren für das Scheitern der ersten Transformation zu erarbeiten, auch im rechtlichen Bereich. Wenn Russland in der nächsten Schwächephase wieder Anschluss sucht, sollte es besser vorbereitet aufgenommen werden als nach dem Ende des Kalten Krieges, mit weniger Enthusiasmus, aber auch weniger Überlegenheitsgefühl - dafür mit einem realistischen Plan für eine neue Verfassungs- und Rechtsordnung.

Russland?, in Wedde (Hrsg.), Die Reform der russischen Verfassung, Berlin 2020, 43.

⁴³ Projekte gibt es im Exil bereits, siehe etwa: <https://www.igrec.io/constitution-project>. Allerdings stammen sie nicht aus der Feder von Juristen und erscheinen trotz zahlreicher guter Ideen noch nicht der letzte Wurf.

⁴⁴ Zur Einbindung der kommunalen Gewalt in ein System der staatlichen Gewalt *Gritsenko*, Föderalismus und örtliche Selbstverwaltung im Lichte der russischen Verfassungsreform 2020, in: Wedde (Hrsg.), Die Reform der russischen Verfassung, Berlin 2020, 103.

⁴⁵ Siehe dazu: *Wedde*, Ein Blick auf die russische Rechtskultur, DRRZ 2019, 145.

⁴⁶ Dazu *Luchterhandt*, Aleksej Navalnyjs politische Verfolgung und Märtyrertod – ein Symbol für den Verfall der russischen Rechtskultur, DRRZ 2024, 5.

⁴⁷ Es ist kein Wunder, dass nach Kriegsausbruch vor allem Angehörige dieser Milieus das Land verlassen haben.

⁴⁸ Umso erschreckender ist der zunehmende Verlust der ostrechtlichen Kompetenz in der deutschen akademischen Landschaft zu bewerten, so schloss zum 31.03.2026 das Institut für Osteuropäisches Recht an der Universität Kiel.

CHRISTOPH RÖCKERATH

Innenansichten aus Südamerika: Ein Kontinent im geopolitischen Umbruch

1 Vorbemerkung

In der Mitte des Jahrzehnts erlebt Südamerika eine Phase erheblicher politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umwälzungen. Nach der "rosa Welle" (Pink Tide) der 2000 und frühen 2010er Jahre, dem Aufstieg linker Regierungen, folgt nun der Übergang in eine Phase, die geprägt ist von Volatilität, gesellschaftlicher Polarisierung und einem spürbaren Rechtsruck. Es sind vor allem enttäuschte Erwartungen an linke und Mitte-links-Regierungen, die wirtschaftliche Stagnation und eine sich verschärfende Sicherheitslage, die den Nährboden bereiten für radikale politische Alternativen. Darüber hinaus hat sich die Rolle Südamerikas im internationalen Machtgefüge verändert. Wurde die Region historisch oft als periphere Einflussosphäre oder "Hinterhof" der Vereinigten Staaten deklariert, ist sie nun aus diesem passiven Status herausgetreten. Südamerika fungiert heute als ein Schlachtfeld des globalen Großmachtwettbewerbs zwischen den USA, China und – in einer ausgleichenden, normativen Rolle – der Europäischen Union. Es entsteht eine

ganz neue Dynamik, indem Politische Umbrüche und ökonomische Krisen innerhalb der lateinamerikanischen Nationalstaaten auf eine zunehmend radikalisierte, teilweise offen interventionistische Außenpolitik der globalen Hegemonialmächte treffen.

Eine auffällige Verschiebung ist die Abkehr von traditionellen, auf geteilten Werten basierenden Bündnissystemen hin zu hochgradig transaktionalen, utilitaristischen und pragmatischen Partnerschaften. Dabei agieren die Staaten Südamerikas nicht als monolithischer Block, sondern sie versuchen, eigene Strategien zu entwickeln, um die Rivalität der Supermächte zu ihrem nationalen Vorteil zu nutzen. Während die USA unter der Administration von Präsident Donald Trump den Versuch unternehmen, den Kontinent durch aggressive militärische Nötigung, wirtschaftliche Strafmaßnahmen und den Export eines transnationalen Kulturkampfes in eine exklusive Abhängigkeit zu zwingen, nutzt China die durch US-amerikanische Erpressungsversuche entstandenen diplomatischen und ökonomischen Irritationen und Krisen geschickt aus. Peking versucht, das entstandene Vakuum zu füllen. Ziel ist, die schon angelegte strukturelle Dominanz im

Rohstoffsektor und in der Hochtechnologie weiter auszubauen und mit einem massiven Ausbau strategischer Infrastruktur Fakten zu schaffen, die China für die südamerikanischen Staaten unentbehrlich machen. Die Europäische Union dagegen ringt um ihre geopolitische Relevanz und strategische Autonomie, indem sie nach über zwei Jahrzehnten zäher Verhandlungen und interner Krisen den multilateralen Freihandel als normatives Gegengewicht zu den unilateralen Machtansprüchen Washingtons und Pekings zu positionieren versucht.

Im Folgenden werde ich versuchen, ausgewählte, wesentliche Entwicklungen und ihre grenzüberschreitenden Zusammenhänge zu analysieren. Dabei schaue ich exemplarisch auf die Entwicklungen in Chile, Argentinien und Brasilien, um die Verbindungen zwischen inneren und äußeren Dynamiken aufzuzeigen. Chile und Argentinien haben kürzlich eine politische Wende vollzogen. Brasilien befindet sich als größtes Land Südamerikas grundsätzlich in einer hervorgehobenen Position und steht vor einer richtungsweisenden Präsidentschaftswahl im Oktober 2026. In allen drei Staaten sorgt ein komplexes Zusammenspiel aus ökonomischen, sozialen, kulturellen und strategischen Elementen für Dynamiken von grenzüberschreitender Bedeutung.

Im hinteren Teil der Abhandlung werde ich dann gesondert auf die Interessen und Strategien der drei Großmachtblöcke bezogen auf Südamerika eingehen und die daraus resultierenden Wechselwirkungen aufzeigen.

Ich stütze mich dabei zum einen auf meine zahlreichen Gespräche und Reisen im Rahmen meiner achtjährigen Tätigkeit als ZDF-Südamerikakorrespondent zwischen 2018 und 2026, zum anderen auf eine breite Quellenlage aus journalistischen und wissenschaftlichen Publikationen, deren Studium Teil meiner Arbeit ist. An passenden Stellen sollen anekdotische Erlebnisse von unseren Dreharbeiten helfen, atmosphärische und persönliche Eindrücke zu vermitteln. Mit solch einem Beispiel, das einen

Einblick in die Stimmung gibt, die in weiten Teilen Südamerikas herrscht, beginnt dieser Text.

2 Einleitung: Senora Romero und die alltägliche Angst

Für das Fernsehen braucht es Bilder, die auch bei komplexen Themen sofort die Neugierde des Zuschauers wecken und gleichzeitig die wesentlichen Aussagen des Berichtes unterstützen. Als wir im Dezember 2025 in Santiago de Chile unterwegs sind, um im Vorfeld der Stichwahl für das Amt des Präsidenten die Stimmung im Land zu zeigen, besuchen wir Gloria Romero, eine Rentnerin, die im Südwesten der Hauptstadt lebt und uns herzlich in ihrem Haus empfängt. Eigentlich hat sie "alles richtig gemacht": Sie hat eine ausreichende Pension, die Kinder sind aus dem Haus, ihr Reihenhaus lässt sich als gutbürgerlich und extrem ordentlich beschreiben. Etwas eng wirkt es nur, weil sie so viele Möbel und Erinnerungsstücke aufgestellt hat. Doch ihr einst beschauliches Wohnviertel hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Seit sich in unmittelbarer Nähe eine rege Drogenszene entwickelt hat, mit offenem Handel, kontrolliert von bewaffneten Gangmitgliedern, leben die Anwohner in Angst. Auch wir müssen uns bei den Dreharbeiten in Acht nehmen. So dürfen wir auf dringende Bitte der verängstigten Anwohner nur in bestimmte Richtungen filmen. Der Bereich um einen Häuserblock jenseits der Parallelstraße etwa ist tabu. Gloria Romeros Haus gleicht einer Festung: Stacheldraht, Gitter, ein Innenhof, der an einen Zwinger erinnert. Mehrere Kameras begleiten Besucher bei jedem Schritt, von der Straße, über den Innenhof bis ins Wohnzimmer. Es sind die Bilder ihrer Überwachungskameras, die mich lückenlos auf dem Weg zu ihr begleiten, mit denen wir den Beitrag für die Abendnachrichten beginnen¹. Sie zeigen sofort, was für Senora Romero und ihre Nachbarinnen und Nachbarn das alles bestimmende Thema der bevorstehenden Wahl ist: Sicherheit. Ihre einzige Hoffnung, so sagt sie im Interview, sei der Kandidat der extremen Rechten, José Antonio Kast, der eine harte Hand gegen die Kriminalität versprochen habe. Ihre Angst und die

¹ Vgl. ZDF "heute" vom 13.12.2025

Verschlechterung der Sicherheitslage in ihrem Viertel sind real. Dennoch geht vieles, was sie im Interview sagt, weit darüber hinaus. Ein großer Teil ihrer Aussagen beruht nachweislich auf Desinformation. Diese übertreibt die kriminelle Gefahr, vor allem jene, die spezifisch von Migranten ausgeht und dämonisiert den politischen Gegner für dessen vermeintliche Unfähigkeit, dies zu erkennen. Ihre wichtigste Quelle sind nicht die etablierten Medien, sondern Social Media Kanäle aus dem politischen Umfeld von Kast. Wenn Senora Romero über diese Dinge spricht, weicht ihre grundsätzliche Freundlichkeit einem wütenden Ernst.

Reale Angst und ihr gezieltes Schüren und Instrumentalisieren durch politische Kräfte sind weder neu, noch südamerikaspezifisch. Allerdings sind die Auswirkungen stärker geworden und bestimmen einen Teil der politischen Realitäten, die im Folgenden im Fokus stehen werden.

3 Die „Krise der Plausibilität“ und der Aufstieg des punitiven Populismus

Angst allein reicht nicht aus, um den Rechtsruck in Chile zu erklären. Der chilenische Soziologe Mauricio Rifo attestiert seinem Land eine tieferliegende Systemkrise, für die er den Begriff der „Krise der Plausibilität“ geprägt hat². In seiner Untersuchung, auf die weiter unten eingegangen wird, konzentriert er sich zwar auf spezifische Aspekte Chiles. Aber ihr Fazit lässt sich auch auf andere Staaten Südamerikas übertragen. Im Kern geht es um eine Enttäuschung weiter Teile der Gesellschaft. Die etablierten Entwicklungsmodelle, die den Bevölkerungen nach dem Ende der Militärdiktaturen in den 1980er und 1990er Jahren makroökonomische Stabilität und sozialen Aufstieg versprochen, haben ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt. Vereinfacht gesagt, funktioniert aus Sicht vieler Bürger der Pakt mit der Regierung nicht, wonach es den künftigen Generationen besser gehen soll, wenn man seinen Beitrag leistet, in etwa vergleichbar mit dem

sprichwörtlichen “Amerikanischen Traum” oder dem Wohlstandsversprechen der bundesdeutschen Wirtschaftswunderjahre.

Dazu passend zeichnen aktuelle Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung³ und der Bertelsmann Stiftung⁴ ein Bild Lateinamerikas, das von einer wirtschaftlichen und demokratischen Stagnation sowie von einer mehrheitlichen Verschiebung des politischen Spektrums nach Rechts geprägt ist. Die Wirtschaft im Durchschnitt der meisten Länder wächst zu langsam, um die strukturelle Armut entscheidend zu lindern. Im November 2025 meldet die CEPAL (Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik) zwar einen Rückgang der Armut von 27,3 Prozent der Bevölkerung auf 25,5 Prozent, was den bisher niedrigsten Stand seit dem Beginn der systematischen Erhebungen bedeutet. Allerdings ist diese Entwicklung hauptsächlich auf die Ergebnisse in Mexiko und in geringerem Maße in Brasilien zurückzuführen, vor allem aufgrund deutlich angehobener Mindestlöhne. Ein anhaltendes Problem bleibt die extreme Ungleichheit, die, gemeinsam mit Subsahara Afrika, die höchste der Welt ist. Für einen großen Teil der Bevölkerung ändern die verbesserten Zahlen somit wenig an der Lebensrealität.

Zu dem in weiten Teilen der Bevölkerung verbreiteten Gefühl, der Staat würde sie im Stich lassen, tragen empfundene und reale Unsicherheitsfaktoren bei, wie die Migration von rund acht Millionen Venezolanern, die sich seit dem weitgehenden Zusammenbruch der venezolanischen Petrowirtschaft ab Mitte der 2010er Jahre über den Kontinent verteilen, und die Zunahme von organisierter Kriminalität, vor allem durch den globalisierten Drogenhandel. Beide Faktoren hängen nicht direkt miteinander zusammen. Aber ihr gleichzeitiges Auftreten erzeugt eine Kontextualität, die zum politischen Faktor wird.

Im gesellschaftlichen Diskurs verschieben sich die Leitbegriffe. Während in der Vergangenheit progressive Vokabeln wie Gerechtigkeit,

² Vgl. Rifo

³ Vgl. KAS-Auslandsinformationen

⁴ Vgl. BTI 2026

Inklusion und Partizipation dominierten, bestimmen nun konservative Schlagworte wie Freiheit, Sicherheit und Ordnung den Diskurs. Außerdem ist eine neue Wählergeneration auf dem Vormarsch. Jüngere Wähler positionieren sich in Umfragen mehrheitlich rechts der Mitte. Da sie keine persönlichen Erinnerungen an die Militärdiktaturen der Vergangenheit haben, sondern vor allem die Stagnation und Krisen unter den meist linken Regierungen erlebt haben, sind sie für radikale Botschaften politischer Außenseiter empfänglicher.⁵

Das Gefühl der Abwesenheit oder gar des Versagens des Staates erzeugt ein Vakuum, in das neue rechtspopulistische Akteure stoßen, die komplexe strukturelle Probleme auf einfache Feindbilder reduzieren. Ein zentrales und kontinentübergreifendes Phänomen dieser neuen Ära ist der vom argentinischen Soziologen Máximo Sozzo geprägte Begriff des „punitiven Populismus“ (Penal Populism), der oft auch als „Mano Dura“ (harte Hand) bezeichnet wird⁶. Der prominenteste Katalysator für diese Bewegung ist der salvadorianische Präsident Nayib Bukele. Seine Politik der Masseninhaftierungen (in Mega-Gefängnissen wie dem CECOT), die Ausrufung eines permanenten Ausnahmezustands und die drastische Reduzierung der (zumindest offiziellen) Mordrate haben ihn zu einem Idol für konservative und rechte Politiker in ganz Südamerika gemacht. Obwohl Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch die massiven rechtsstaatlichen Verletzungen und das willkürliche Verschwindenlassen von Personen anprangern, fasziniert das „Bukele-Modell“ die unter Kriminalität leidenden Wählerschaften und findet eine breite Zustimmung.

In einer Region, in der das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates erodiert ist, funktioniert der punitive Populismus nicht nur als Sicherheitsstrategie, sondern als neue Form der politischen Legitimation. Er ist die Antwort für jene, die von linken Regierungen enttäuscht sind,

die sie als zu akademisch und realitätsfern wahrnehmen. Nach dem Motto: Wenn schon nichts funktioniert, kann man wenigstens das Verbrechen mit harter Hand bekämpfen! Dies bereitet den ideologischen Boden für die Wahlsiege von José Antonio Kast in Chile und zuvor für Javier Milei in Argentinien, bei dem nicht allein die Kriminalität im Vordergrund stand, sondern gleich dem ganzen System ein Totalversagen attestiert wurde, dass es mit der Kettensäge zu zerstören gelte.

4 Chiles Wende: Anatomie einer Enttäuschung

Die These der „Krise der Plausibilität“ zeigt anhand von Chile exemplarisch auf, wie ein Gesellschaftsvertrag scheitern kann. Das Land durchlief im Zeitraum von 2019 bis 2026 eine Pendelbewegung, die im Dezember 2025 zum Sieg des ultrakonservativen Hardliners José Antonio Kast führte.

Nach dem Ende der Pinochet-Diktatur 1990 galt Chile lange als das Vorzeigemodell Lateinamerikas. Ein historischer Kompromiss garantierte ein hohes Wirtschaftswachstum (durchschnittlich 7,3 Prozent jährlich zwischen 1990 und 1998) und eine massive Reduzierung der absoluten Armut (von 38,6 Prozent auf 21,7 Prozent). Die Integration der Bevölkerung in das Wirtschaftssystem erfolgte laut Mauricio Rifo nicht über universelle soziale Rechte, sondern über den Zugang zu Bildung, welcher massiv über Kredite der privaten Haushalte (wie das staatlich garantierte Darlehen CAE) finanziert wurde; zunächst mit Erfolg. Die Hochschulbildung wurde massiv ausgeweitet (von 13 Prozent Einschreibequote 1990 auf knapp 31 Prozent im Jahr 2009). Doch der Zugang zu besseren Arbeitsplätzen wuchs nicht im gleichen Maße wie die Schuldenlast durch die Darlehen. Bis Ende 2021 befanden sich 48 Prozent aller Schuldner im Verzug; bei jenen, die ihr Studium abgebrochen hatten, lag die Ausfallquote gar bei 77 Prozent⁷. Die Rechnung ging schlicht nicht auf: Die Diskrepanz zwischen

⁵ Vgl. KAS-Auslandsinformationen

⁶ Vgl. Sozzo

⁷ Vgl. Rifo

dem Versprechen des Aufstiegs und der Realität einer erdrückenden Verschuldung schuf eine explosive „Politik der Enttäuschung“.

Diese Enttäuschung entlud sich in der „Pinguin-Revolution“ der Schüler 2006, den Studentenprotesten 2011 und schließlich im massiven sozialen Aufstand (Estallido Social) des Jahres 2019 gegen die konservative Regierung unter Präsident Sebastián Piñera. Die Staatsmacht ging mit brutaler Härte gegen die Demonstranten vor. Hunderte von Menschen erlitten schwerste Augenverletzungen, weil die Sicherheitskräfte mit Gummigeschossen wahllos auf Augenhöhe in die Menge schossen, selbst bei friedlichen Märschen. Eine Tragödie, die zunächst wenig Beachtung in den Massenmedien fand. Vor allem das nationale chilenische Fernsehen TVN hielt sich eng an die Rhetorik des Präsidenten, der von einem „Krieg“ sprach. Die Berichterstattung war sensationsheischend und fokussierte sich auf Bilder von Gewalt und Randalen seitens der Opposition. Als wir am Rande einer Demo friedliche Demonstranten begleiten und mit ihnen sprechen wollten, gerieten wir selbst ins Fadenkreuz linksradikaler Gruppierungen.



Abb. 1: ZDF-Kameramann Željko Pehar dreht Spuren der Ausschreitungen in Santiago de Chile (Quelle: Eigene Aufnahme, November 2019)

Sie hielten uns für Vertreter des nationalen Fernsehens TVN und damit für Vertreter der Staatsmacht. Dass wir als Ausländer damit nichts zu tun hatten, ging in den immer lauterem Rufen, die aus einem Block schwarz verummter Demonstranten kamen, unter. Binnen kürzester

Zeit jagte uns die Masse, warf Steine, schoss mit Schleudern auf uns und prügelte mit Fäusten und



Abb. 2: ZDF-Kameramann Željko Pehar beim Dreh in Santiago de Chile. Am entfernten Ende der Straße (im Bild nicht zu sehen) bekämpften sich Polizei und Demonstranten. Wenige Minuten später werden der Mann mit der Maske links und die Demonstranten rechts im Bild anfangen, uns zu beschimpfen und den Angriff gegen uns einleiten (Quelle: Eigene Aufnahme, November 2019)

Latten auf uns ein. Unser Kameramann wäre dabei fast lebensbedrohlich verletzt worden, weil der Schuss einer Stahlkugel aus einer selbstgebauten Latex-Schleuder dicht neben seinem Kopf in die massive Kamera eingeschlagen war. Diese Stahlkugeln sind in der Lage, Schädelbrüche zu verursachen. Zu unserem Glück näherte sich eine Polizeistreife, so dass der Mob sich zurückzog und wir mit einer beschädigten Kamera und ein paar blauen Flecken davon kamen. Als ich wenig später die Erlebnisse in die Kamera sprach, verfehlte mich ein aus dem Hinterhalt geworfener Pflasterstein nur knapp. Ich beschreibe diese Anekdote so ausführlich, weil sie zeigt, wie schnell falsche Informationen und der mediale Umgang mit ihnen unabhängig von der politischen Ausrichtung zur Waffe und Gefahr werden können.

Der Versuch, diese wütende Energie in institutionelle Bahnen zu lenken, führte letztlich zur Wahl des linken Präsidenten Gabriel Boric im Jahr 2021 und der Einberufung von Verfassungskonventen, die die neoliberale

Verfassung der Pinochet-Ära ersetzen sollten.

Doch das progressive Projekt implodierte. Zwei aufeinanderfolgende Verfassungsentwürfe – ein stark links geprägter im Jahr 2022 und ein deutlich konservativer im Jahr 2023 – wurden in landesweiten Referenden von der Bevölkerung abgelehnt. Gleichzeitig scheiterte die Regierung Boric im März 2023 mit ihrem zentralen Vorhaben einer umfassenden Steuerreform im Kongress, was ihr die finanziellen Mittel für eine universelle Sozialagenda entzog. Der Transformationsprozess verkam in den Augen der Bevölkerung zu einer richtungslosen Stagnation (Drift).

Parallel dazu erlebte Chile eine qualitative Veränderung der Kriminalität. Zwar blieben die Mordraten im lateinamerikanischen Vergleich eher niedrig, doch das sichtbare Auftreten transnationaler Banden (wie dem venezolanischen Tren de Aragua), teils brutal inszenierte und über die sozialen Medien dokumentierte Auftragsmorde, Entführungen und Schutzgelderpressungen sowie ein historischer Höchststand an irregulärer Migration (mit über 56.000 Fällen im Jahr 2021⁸) veränderten das subjektive Sicherheitsgefühl der Chilenen radikal. Migration wurde im öffentlichen Diskurs unzertrennlich mit Kriminalität und einem Kontrollverlust des Staates verschmolzen.

Und noch etwas kommt hinzu, erklärt Politikwissenschaftler Daniel Johnson von der Fundación Paz Ciudadana im Interview⁹. Während man früher von Verbrechen meist nur durch Berichte und Erzählungen in den Medien erfahren habe, machten heute unzählige Überwachungskameras, Handys und soziale Netzwerke die Bürger zu direkten Zeugen der Taten. “Wenn wir zu Zeugen werden, bringt uns das dem Verbrechen näher und macht uns ängstlicher”, sagt Johnson. Dieses Klima der Angst sei der perfekte Nährboden für José Antonio Kast gewesen. Der Gründer der weit rechts stehenden Partido Republicano, ein

Bewunderer der Pinochet-Diktatur und Sohn eines deutschen NSDAP-Mitglieds, führte einen Wahlkampf, der stark von Donald Trump inspiriert war. Er forderte die Ausrufung des Ausnahmezustands, Massenabschiebungen von Migranten „nur mit den Kleidern auf dem Leib“ und schlug vor, tiefe Gräben an den Grenzen zu Peru und Bolivien auszuheben.

Am 14. Dezember 2025 siegt Kast im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen deutlich mit 58,17 Prozent zu 41,83 Prozent gegen die Kandidatin des Linksbündnisses, die ehemalige Arbeitsministerin Jeannette Jara von der Kommunistischen Partei. Ein entscheidender, oft übersehener Faktor für diesen historischen Rechtsruck war die Wiedereinführung der Wahlpflicht. Etwa fünf Millionen Wähler, die bei den vorherigen Wahlen nicht abgestimmt hatten – oft Angehörige prekärer Schichten mit einem tiefen Misstrauen gegenüber dem politischen Establishment –, wurden an die Urnen gezwungen. Diese Wählergruppe strafte das politische Establishment ab und votierte mehrheitlich für Kasts Versprechen der Wiederherstellung von “Law and Order”. Mit seinem Amtsantritt im März 2026 steht Kast nun vor der Herausforderung, sein radikales Versprechen eines schlanken Staates und kompromissloser Sicherheit gegen eine weiterhin starke linke Opposition im Parlament durchzusetzen. Kast bringt zudem eine stark religiöse Komponente in die chilenische Politik ein; als praktizierender Katholik und Mitglied der Schoenstatt-Bewegung vertritt er strikt wertkonservative Positionen gegen Abtreibung und gleichgeschlechtliche Ehe, was auf dem Kontinent zu einer ideologischen Renaissance konservativer Werte beiträgt.

Trotz seiner pro-amerikanischen Rhetorik steht Kast jedoch vor einem geökonomischen Dilemma: Chile ist existenziell von China abhängig. Das Land ist Chiles größter Handelspartner. So ist China der Hauptabnehmer chilenischen Kupfers, und chinesische Staatskonzerne kontrollieren bereits mehr als die

⁸ Zahlen des Migrationsamtes (SERMIG) und der Kriminalpolizei (PDI)

⁹ Vgl. ZDFheute - “Angst an der Wahlurne”

Hälfte des chilenischen Stromnetzes. Kast kann es sich ökonomisch schlicht nicht leisten, China zu brüskieren, was Chiles Fähigkeit zur aktiven strategischen Kooperation mit den USA im Rahmen der sogenannten Donroe-Doktrin, auf die ich weiter unten eingehen werde, massiv einschränkt.

5 Argentinien unter Javier Milei: Kettensägen-Experiment und Westbindung

Während Chile 2026 gerade erst am Beginn seiner konservativen Restauration steht, befindet sich das Nachbarland Argentinien bereits mittendrin. Seit seinem Amtsantritt als Präsident im Dezember 2023 unterzieht der libertäre Ökonom Javier Milei, der sich selbst als „Anarchokapitalist“ bezeichnet und sich auf die intellektuelle Tradition der Österreichischen Schule beruft, das Land einem in der modernen Geschichte beispiellosen Experiment. Sein Wahlkampfversprechen, den Staat mit der Kettensäge („Motosierra“) zu beschneiden und die politische „Casta“ zu entmachten, setzt er mit brutaler Konsequenz um. Der Schlachtruf „No hay plata!“ (Es gibt kein Geld) wurde zur Staatsraison.

5.1 Gute Zahlen, schlechte Lage

Die Zwischenbilanz der Regierung Milei im Jahr 2026 offenbart einen extremen Kontrast zwischen makroökonomischen Indikatoren und der sozialen Realität auf den Straßen. Auf der Habenseite verbucht die Regierung Erfolge, die in Argentinien seit Jahrzehnten als unmöglich galten: Die Hyperinflation, die das Land an den Rand des Abgrunds getrieben hatte, konnte durch drastische geldpolitische Eingriffe und ein rigides Einfrieren der Staatsausgaben gedreht werden. Zum ersten Mal seit langer Zeit präsentierte Argentinien einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Zudem gelang es Milei trotz fehlender eigener Mehrheiten im Parlament, weitreichende Strukturreformen durchzusetzen. Im Juni 2024 billigte das Parlament das Ley de

Bases, auch Omnibusgesetz genannt, als Grundlage für weitreichende Strukturreformen. Es enthält eine Steuer- und Arbeitsmarktreform, erleichtert Privatisierungen und erweitert die Befugnisse des Präsidenten. Gleichzeitig wurde mit dem sog. RIGI-Regime ein massives Investitionsanreizprogramm geschaffen, das insbesondere im Energie- und Rohstoffsektor ausländische Direktinvestitionen in Milliardenhöhe anziehen soll. Im Februar 2026 brachte Milei eine weitergehende Arbeitsmarktreform durch den Senat, die 12-Stunden-Arbeitstage ermöglicht, Kündigungen drastisch verbilligt, das Streikrecht beschneidet und die traditionell mächtigen peronistischen Gewerkschaften schwächt.

Dieser makroökonomischen Stabilisierung steht jedoch ein beispielloser sozialer Kahlschlag gegenüber, der vor allem die Unter- und Mittelschicht belastet. Die Politik der Kettensäge führt zu hunderttausenden gestrichenen Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor, im Baugewerbe und in der Industrie. Subventionen für Strom, Gas und den öffentlichen Nahverkehr wurden quasi über Nacht massiv gekürzt, was die Lebenshaltungskosten für Durchschnittsverdiener stark steigen ließ.

Im Rahmen einer Reportage für das ZDF-Auslandsjournal im Herbst 2025¹⁰ treffen wir in Campana, einem industriell geprägten Vorort von Buenos Aires, Guilherme Bentancourt. Er ist Stahlarbeiter, Mitte 50, Familienvater und wurde kürzlich nach 26 Jahren von einem Tag auf den anderen entlassen. Zur Existenzangst gesellt sich eine tiefe Kränkung. „Wir arbeiten im Schichtdienst. Wir verpassen Familienfeiern, Geburtstage, Beerdigungen. All das wiegt schwer. Für einen Arbeiter ist die Arbeit fast alles. 26 Jahre in einer Fabrik. Und dann sagen sie dir von einem Tag auf den anderen: Du bist jetzt nutzlos, wir wollen dich hier nicht mehr. Das macht mich wütend und verzweifelt.“ Seine Entlassung hängt unmittelbar mit der makroökonomischen Konsolidierung Argentiniens zusammen. Durch die Stabilisierung des Peso auf einem hohen Niveau

¹⁰ Vgl. ZDF AJ vom 22.10.2025

und die Öffnung des Marktes lohnt es sich für Unternehmen aus der Metallindustrie, Stahl zu importieren, anstatt lokal zu produzieren. Die Stelle von Bentancourt wurde überflüssig. Acht Jahre vor der Rente ist es schwer für ihn, eine neue Arbeit zu finden. Als er über seine Familie und die Existenzängste spricht, kommen ihm die Tränen. „Ich bin Vater von vier Kindern, darunter ein 20-jähriges Mädchen mit einer Behinderung. Jetzt drohe ich, die Krankenversicherung zu verlieren, die wichtigste Möglichkeit, ihr zu helfen.“ Mehrfach in der Woche steht Bentancourt stumm mit einem selbstgeschriebenen Protestplakat um den Hals vor dem Werkstor. Seine ehemaligen Kollegen grüßen ihn und äußern sich solidarisch. Viel tun können sie nicht. Stattdessen hoffen sie, nicht ebenfalls Sparmaßnahmen zum Opfer zu fallen.



Abb. 3: Der entlassene Arbeiter Guilherme Bentancourt im stummen Protest vor dem Werkstor seiner ehemaligen Fabrik in Campana (Quelle: Eigene Aufnahme, Oktober 2025)

Ganz anders sieht es nur wenige Kilometer weiter aus. In Tigre empfängt uns gut gelaunt Lino Stefanuto. Der Unternehmer hat eine Motorradfabrik. Er produziert Motorräder aus vormontierten Teilen, die er aus China und Italien importiert und mit Elementen aus eigener Produktion zusammenbauen lässt. Die alte Regierung habe dies mit zahlreichen Abgaben, Zöllen und komplizierten Formalitäten erschwert, sagt Stefanuto. Milei habe die Dinge einfacher gemacht. „Ich denke, es ist eine sehr gute Regierung, vor allem, was sie in Sachen

Handelsfreiheit getan hat. Sie hat viele bürokratische Hürden abgeschafft.“ Der hohe Peso hilft zusätzlich. Auch Stefanutos Angestellten bestätigen, dass sie sich über die gestiegene Jobsicherheit freuen. Außer Hörweite des Chefs beklagen sie allerdings, dass sich dessen höhere Gewinne bisher nicht in ihren Löhnen manifestieren würden.

Die Motorräder gehen an Kunden aus der oberen Mittelschicht. Die konnte bislang von der Stabilisierung des Marktes und des Peso am ehesten profitieren. Wer vorher schon bzw. noch etwas Vermögen hatte, dem bieten sich mit dem stabilisierten Peso neue Gestaltungsmöglichkeiten. Davon profitieren auch andere Branchen aus dem gehobenen Preissegment, so die Hochglanz-Eisdielenkette Lucciano's, die mit mehr als 90 Filialen inzwischen über Argentinien hinaus expandiert. Die aufwändig gestalteten Filialen befinden sich oft in Innenstädten und höherpreisigen Einkaufszentren am Stadtrand. Wer hier einkauft, gehört bereits zu den Bessergestellten. Lucciano's Geschäftsführer Gonzalo Alfonsín lobt den Präsidenten für seine Fokussierung auf die Eindämmung der Inflation. „Vorher musste man ständig die Preise ändern, das war auf lange Sicht unhaltbar.“ Für Alfonsín ist die Fiskalpolitik des Präsidenten die Voraussetzung für Wachstum und Expansion. „Wir erweitern das Werk, wir eröffnen viele neue Filialen. Es gibt jetzt ein bisschen mehr Gewissheit. Weniger Inflation und ein ziemlich ausgeglichener Wechselkurs helfen uns, über Investitionen zu entscheiden.“¹¹

Die Kehrseite zeigt sich schon früh in weniger luxuriösen Bereichen der Wirtschaft, dort, wo es um die Grundbedürfnisse geht. Auf einer anderen Reise treffen wir den 80-jährigen Camilo Alan. Er ist Inhaber eines schmucklosen Bekleidungsgeschäftes in der Innenstadt von Buenos Aires. Er wirkt ein wenig verloren, als er allein in seinem Geschäft steht, ohne einen Kunden, und uns erwartet. Seine Pläne, sich in den Ruhestand zurückzuziehen, musste er aufgeben, seit Milei Subventionen gekürzt hat.

¹¹ Ebd.

Die Rente reicht nicht, um für die gestiegenen Fixkosten aufzukommen. “Die Leute kommen nicht herein, um zu kaufen. Die Leute haben kein Geld”, sagt Alan und kämpft mit den Tränen. “Wir befinden uns in einer Todesagonie. Die Situation treibt mich in den Tod.”¹²

Die Wirtschaftspolitik des Präsidenten auf plakative Einzelschicksale zu reduzieren, greift vielleicht zu kurz. Doch gerade die Gefühle der Angst und Erniedrigung, die Hunderttausende Argentinier treffen, werden zu einer wachsenden politischen Gefahr für Milei, solange weite Teile der Bevölkerung noch nicht am eigenen Leib spüren können, dass die Talsohle durchschritten ist. Argentinien erlebt einen Wettlauf zwischen den sich verbessernden makroökonomischen Kennzahlen auf der einen und wachsenden existenziellen Sorgen in den weniger privilegierten Gruppen der Gesellschaft auf der anderen Seite, der noch nicht entschieden ist. Zwar sind Inflationsbekämpfung und Haushaltskonsolidierung entscheidende Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Erholung, aber Milei wird auf Dauer nur Erfolg haben können, wenn seine Radikalkur schon bald auch den unteren Einkommensschichten neue Chancen ermöglicht.

Dass die verbesserten Kennzahlen allein der Realität bisher nicht gerecht werden, liegt auch daran, dass der Aufschwung ungleich verteilt ist. Energie-, Bergbau und Landwirtschaft profitieren von Mileis Liberalisierungen und der Öffnung nach außen. Diese sind jedoch nur für rund ein Fünftel der Arbeitsplätze verantwortlich. Weite Teile der verarbeitenden Industrie leiden dagegen weiter, auch beflügelt durch den hohen Peso. Billige Importe aus China setzen die lokalen Produzenten unter Druck. Entlassungen sind die Folge.

Dennoch ist bei den Zwischenwahlen im Oktober 2025 ein großer Teil der Bevölkerung bereit, Milei mehr Zeit zu geben, seine Wette – es muss erst schlechter werden, bevor es besser wird – in die Tat umzusetzen. Mit 40 Prozent erzielt seine Partei einen überraschend deutlichen Sieg.

Unterstützt wurde dies auch durch ein Milliardenpaket der Regierung von Donald Trump, das der US-Präsident an einen Wahlerfolg Mileis knüpfte.

Nur wenige Monate später allerdings befinden sich die Zustimmungswerte für Milei im freien Fall. Im Mai 2026 sinken sie auf einen bisherigen Tiefpunkt, mit mehr als 60 Prozent Ablehnung in einigen Umfragen. Die soziale Geduld mit Milei scheint zur Neige zu gehen. Die wirtschaftlichen Reformen schlagen nach wie vor nicht auf die breite Bevölkerung durch. Hinzu kommen Skandale. Korruptionsvorwürfe gegen seinen Kabinettschef Manuel Adorni sowie gegen seine Schwester und engste Vertraute Karina Milei sägen am Image des vermeintlichen Saubermanns, der angetreten war, die politische Kaste zu enteignen. Schon seit dem letzten Jahr hängt über ihm der Schatten des \$LIBRA Skandals, benannt nach einer Kryptowährung, für die Milei intensiv geworben hatte. Nach einem kurzen Rekordhoch stürzte diese aber massiv ab. Eingeweihte machten große Gewinne, zahlreiche Kleinanleger dagegen Verluste in Millionenhöhe. Es steht der Verdacht im Raum, dass Milei nicht bloß naiv war, das Kryptoprojekt anzupreisen, sondern selbst daran verdient haben könnte.

Trotz alledem kann die Opposition daraus bisher kaum einen Nutzen ziehen, auch ihre Umfragewerte sind schlecht. Die nächste Präsidentschaftswahl in Argentinien ist für Oktober 2027 angesetzt.

5.2 Bedingungslose geopolitische US-Unterwerfung

Außenpolitisch hat Argentinien unter Milei eine Kehrtwende vollzogen und sich eng an die USA gekoppelt. Milei agiert als Trumps wichtigster ideologischer Statthalter in Südamerika und ist darum bemüht, die lange gewachsenen Verbindungen zu China zu kappen. Mileis außenpolitische Rhetorik gleicht von Anbeginn einem ideologischen Kreuzzug gegen Peking. Im Wahlkampf und kurz nach Amtsantritt weigert er sich lautstark, Geschäfte mit "Kommunisten" zu

¹² Vgl. ZDF heute journal vom 11.5.2024

machen. Die Realitäten der argentinischen Zentralbankbilanz zwingen ihn jedoch rasch zu einer demütigenden, aber pragmatischen Kurskorrektur. Er muss eingestehen, dass China "Dinge gibt und nichts dafür verlangt"¹³, und greift auf Währungs-Swaps der chinesischen Zentralbank zurück, um die argentinischen Reserven überhaupt flüssig zu halten. Um ein weiteres, durch finanzielle Not erzwungenes Abdriften Argentiniens in den chinesischen Orbit zu verhindern – insbesondere hinsichtlich Pekings Forderungen nach Errichtung wissenschaftlicher und militärischer Basen in Patagonien – entschließen sich die USA, das chinesische Angebot zu überbieten.

Washington gewährt Argentinien einen noch größeren Devisen-Swap zur Kontrolle des wackeligen Wechselkurses, der das Überleben von Trumps ideologischem Lieblingsverbündeten ("Er ist MAGA durch und durch"¹⁴) bei den anstehenden Parlamentswahlen im Herbst 2025 sicherstellen und an das Wohlwollen der USA binden soll. Entgegen der historischen Praxis, nur für vitale US-Handelspartner rettend einzugreifen, weist Trump das US-Finanzministerium an, US-Dollar im Gegenwert von 20 Milliarden Dollar gegen argentinische Pesos zu tauschen und so die argentinischen Märkte zu stabilisieren. Trump knüpft die Hilfe jedoch an den Erfolg Mileis bei den Wahlen an. Dieses Vorgehen sorgt für heftige Kritik. Der IWF bemängelt, dass die Maßnahme nicht mit nachhaltigen Strukturreformen einhergeht. Innerhalb Argentiniens ist von Erpressung bzw. unzulässiger Wahlbeeinflussung die Rede, und in der internationalen Presse wird den USA Heuchelei vorgeworfen, weil die Maßnahme mit drastischen Kürzungen bei lebensrettenden Hilfsprogrammen wie USAID einhergehen.

Den nächsten Schritt in Richtung Unterordnung unter die geopolitischen Interessen der USA vollzieht Argentinien im Februar 2026. In einem Akt bewusster Brückierung des eigenen

Mercosur-Blocks (insbesondere Brasiliens) unterzeichnet Milei ein weitreichendes Freihandelsabkommen mit den USA. Es sieht die Zollfreiheit für über 1.600 argentinische Produkte und eine Verfünffachung der Rindfleisch-Exportquote auf 100.000 Tonnen vor, während Argentinien seine Märkte für US-Industriegüter öffnet. Außerdem bindet sich Argentinien eng an wirtschaftliche Sicherheitsinteressen der USA, durch die Verpflichtung, bestimmte Drittstaaten (implizit China) vom Zugang zu kritischer Infrastruktur, wie etwa 5G-Netzwerken und Kernreaktoren, auszuschließen. Bei einem USA Besuch kurz nach seinem Amtsantritt hatte Milei den großen Techkonzernen sein Land als "Paradies der Deregulierung" angeboten, um für Investitionen zu werben¹⁵. Ein Resultat ist die Ankündigung einer gigantischen 25-Milliarden-Dollar-Investition durch den US-Tech-Konzern OpenAI zur Errichtung von massiven, energieintensiven Rechenzentren in Patagonien, dem kalten argentinischen Süden.

Als weiteres ideologisches Zugeständnis an die USA und Abkehr vom Multilateralismus ist Argentiniens Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im März 2026 zu werten. Die Regierung begründet den Schritt mit der Wiederherstellung der nationalen „Gesundheitssouveränität“ und bezeichnet die WHO-Pandemierichtlinien als sozialistisches Instrument supranationaler Kontrolle.

In der nationalen und internationalen Presse gibt es darüber hinaus Berichte über geheime Verhandlungen zwischen den USA und Argentinien über ein Abkommen, wonach die Argentinien als "sicheres Drittland" für Trumps Massendeportationsprogramm fungieren soll. Eine ähnliche Abmachung hatten die USA bereits mit Ecuador getroffen. Präsident Milei hat dies allerdings dementiert.

Umstritten ist, wie riskant diese Amerikanisierung der argentinischen Wirtschaftspolitik ist. Ökonomen warnen, dass

¹³ Vgl. Giménez

¹⁴ Trump: "He is Maga all the way" - bei gemeinsamem Auftritt im Weißen Haus am

14.10.2025

¹⁵ Rede Mileis in San Francisco vom 30.5.2024, im Rahmen des 2024 Pacific Bay Summit

die USA im Gegensatz zu China keine wirtschaftliche Komplementarität für Argentinien bieten. Beide Nationen sind globale Konkurrenten im Export von Agrargütern (Soja, Fleisch, Weizen). Eine exklusive Bindung an Washington ignoriert somit grundlegende marktwirtschaftliche Realitäten zugunsten ideologischer Unterwerfung. China ist nach wie vor Argentinien zweitgrößter Handelspartner und der mit Abstand wichtigste Abnehmer für argentinische Agrargüter, insbesondere Soja und Fleisch. Sollte Peking als Reaktion auf die politische Abwendung Importe aus Argentinien drosseln oder auf andere Märkte (wie Brasilien) ausweichen, würde dies die argentinische Handelsbilanz – die Haupteinnahmequelle für dringend benötigte Devisen – empfindlich treffen. Ähnliches gilt für wichtige chinesische Infrastrukturprojekte in Argentinien in den Bereichen Energie, Logistik und Erschließung strategischer Rohstoffe, vor allem Lithium. Eine vollständige Abkehr von China oder eine Verzögerung dieser Projekte würde Argentinien vor große Probleme stellen. Die USA können Argentinien zwar als monetärer Rettungsanker dienen, um kurzfristig die Zahlungsfähigkeit zu sichern. Als realwirtschaftlicher Abnehmer für Argentinien wichtigste Exportgüter fallen sie jedoch aus. Die größte Gefahr für Buenos Aires ist daher der Verlust seiner strategischen Autonomie in einem pragmatischen „Sowohl-als-auch“-Szenario, das ein Rohstoff- und Agrarland in Südamerika eigentlich benötigt.

6 Brasilien im Visier: Trump-Zölle, Geoökonomie und das Schicksalsjahr 2026

Genau diese Äquidistanz, der möglichst gleiche Abstand zu allen Machtblöcken, um dem Land den größtmöglichen Handlungsspielraum zu ermöglichen, ist seit Jahrzehnten das Primat der brasilianischen Außenpolitik. Während Argentinien und Chile tiefgreifende Rechtswenden vollzogen haben, behauptet sich Brasilien zudem als das letzte große Schwergewicht der lateinamerikanischen Linken. Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der 2023 nach seiner Inhaftierung ein spektakuläres politisches Comeback feierte, steuert das größte

Land des Kontinents durch stürmische geopolitische und innenpolitische Gewässer. 2026 wird dabei zu einem Schicksalsjahr. Lula strebt eine vierte Amtszeit an, während die konservative Opposition, befeuert von globalen Allianzen, zur Revanche bläst.

In den letzten Jahren hat Lula die außenpolitische Doktrin Brasiliens noch stärker auf einen pragmatischen Multilateralismus ausgerichtet, der das Land als eigenständigen Pol des „globalen Südens“ etablieren soll. Er nutzte Brasiliens Rolle als Gastgeber des G20-Gipfels in Rio de Janeiro (November 2024), des BRICS-Gipfels (Juli 2025) und der UN-Klimakonferenz COP30 in Belém (November 2025), um für eine Reform der globalen Finanzarchitektur und mehr Mitsprache für Schwellenländer zu werben.

6.1 Der Zollkrieg mit den USA und die Neuausrichtung nach Asien

Dieser Balanceakt wurde jedoch ab Mitte 2025 durch eine massive Konfrontation mit den Vereinigten Staaten torpediert. US-Präsident Trump, ein enger ideologischer und persönlicher Verbündeter des ehemaligen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, mischte sich offen in die inneren Angelegenheiten Brasiliens ein. Bolsonaro war angeklagt und unter Hausarrest gestellt worden, weil er seine Wahlniederlage nicht anerkannt und einen Putsch geplant haben soll, der im Sturm seiner Anhänger auf die Hauptstadt am 8. Januar 2023 gipfelte, das Gegenstück zum Sturm aufs Kapitol der Trump Anhänger zwei Jahre davor. Genau wie bei den Ermittlungen gegen ihn selbst, sprach Trump auch beim Verfahren gegen Bolsonaro von einer „politischen Hexenjagd“. Auf seiner Internetplattform Truth Social forderte er: „Lasst Bolsonaro in Ruhe!“. Den für die Ermittlungen zuständigen obersten Richter Alexandre de Moraes belegten die USA gar mit persönlichen Sanktionen, die eigentlich für Diktatoren und Kriegsverbrecher gedacht sind.

Als die brasilianische Justiz die Ermittlungen gegen Bolsonaro unbeirrt fortsetzt, verhängt Trump im August 2025 drakonische Strafzölle von kumuliert 50 Prozent auf alle brasilianischen

Importe. Wäre Trump besser beraten gewesen, hätte er vielleicht wissen müssen, dass derartige Maßnahmen in Brasilien kaum funktionieren können. Denn die politisch motivierten Zölle treffen einen empfindlichen Nerv, der älter ist als die handelnden Akteure: Einmischung von außen, gerade aus den USA, wird als kolonialistischer Angriff auf die Souveränität gesehen, über die Grenzen der politischen Lager in Brasilien hinweg. Lula, selbst gerade in einem Umfragetief, weiß das und nutzt die Vorlage, um sich demonstrativ patriotisch zu geben.

“Kein Gringo gibt diesem Präsidenten Befehle!”¹⁶, ruft er bei öffentlichen Auftritten. Statt klein beizugeben, gibt er Interviews und erklärt, abgesehen davon, dass er nicht in das Verfahren gegen Bolsonaro eingreifen könne, sei allein die Forderung Trumps ein Affront: “Lassen Sie mich eines klarstellen: Ein Präsident kann sich nicht für einen anderen erniedrigen. Ich respektiere jeden und ich erwarte Respekt für mich”, sagt er am 6. August 2025 in einem ausführlichen Gespräch mit der Nachrichtenagentur Reuters.¹⁷ “Die zivilisierte Art und Weise, wie Staatschefs miteinander umgehen, wäre gewesen, zu verhandeln und eine gemeinsame Entscheidung zu suchen. Er hätte mit Brasilien kommunizieren können.”

Trotz des Zuspruchs bei der Bevölkerung ist der Showdown mit den USA nicht ohne Risiko für Lula. Bei rund zwei Prozent Wirtschaftswachstum könnten die Exportzölle dieses um bis zu einem Viertel einbremsen, was Hunderttausende Arbeitsplätze kosten würde, warnt der Ökonom Gilberto Braga im Gespräch mit dem ZDF: “Lula surft gerade auf eine Welle der Popularität, aber er sollte schleunigst einen Hafen finden.”¹⁸

Nachdem Bolsonaro im September 2025 rechtskräftig zu 27 Jahren Haft verurteilt wird, treten die verheerenden 50-Prozent-Zölle der USA vollumfänglich in Kraft. Der anschließende ökonomische Fallout führt jedoch zu einem Bumerang-Effekt für die US-Wirtschaft. Die

Zölle treiben die Preise für Agrargüter und Rohstoffe innerhalb der USA spürbar in die Höhe. Gleichzeitig – und für Washington völlig unerwartet – bricht das Gesamtvolumen der brasilianischen Exporte keineswegs ein, sondern steigt global sogar um fast vier Prozent. Der Grund hierfür ist, dass China, selbst in tiefe Handelskonflikte mit den USA verstrickt, als Abnehmer in das Vakuum stößt und die Importe von Soja, Rindfleisch, Baumwolle und Mais deutlich steigert. Dennoch führen die Zölle zu einem empfindlichen Rückgang der Exporte für verarbeitete Produkte mit höherer Wertschöpfung, was das eigentliche Risiko für brasilianische Industriearbeitsplätze darstellt. Lula muss deshalb, bei aller Rhetorik für das heimische Publikum, die Kanäle in die USA offen halten. Möglich, dass ihm dabei das ihm nachgesagte Charisma als ehemaliger Gewerkschaftsführer, der auch in schwierigsten Verhandlungen das Eis zu brechen vermag, zugutekommt. Denn schon Ende September 2025 leitet ein erstes Treffen beider Präsidenten am Rande der UN-Vollversammlung die Wende ein. Nachdem Lula bei seiner Rede vor der Generalversammlung die USA noch scharf für die unilateral verhängten Zölle und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Brasiliens kritisiert hatte, kommt es zu einem kurzen Gespräch der beiden Präsidenten hinter der Bühne, das beide anschließend als positiv bezeichnen. “Zumindest für 39 Sekunden hatten wir eine hervorragende Chemie”, sagt Trump im Anschluss vor dem versammelten Plenum der UN.

Schon einen Monat später treffen sich die beiden beim ASEAN Gipfel in Malaysia erneut. Dieses Treffen gilt als Durchbruch. Da die Zölle in den USA zu Preiserhöhungen bei Fleisch und Kaffee geführt hatten und Washington dringend Zugriff auf Brasiliens immense Reserven an Seltenen Erden sucht, werden konkrete Handelserleichterungen vereinbart. Ende November 2025 hebt Trump die wichtigsten Strafzölle auf Agrarprodukte per Dekret wieder auf. Seit Mai 2026 wird konkret über die Aufhebung der verbliebenen Zölle auf

¹⁶ Vgl. ZDF AJ vom 13.08.2025

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

Industriegüter und Rohstoffe verhandelt. Im Gegenzug vereinbaren beide Länder eine engere Zusammenarbeit und Informationsaustausch bei der grenzüberschreitenden Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Das Territorium Brasiliens gilt als wichtiger Brückenkopf für den Drogenhandel nach Europa.

Mit der für ihn typischen Mischung aus Pragmatismus und Unnachgiebigkeit in der Frage der Souveränität ist Lula als Gewinner aus dem Konflikt hervorgegangen, was sich auch in den gestiegenen Umfragewerten im Wahljahr niederschlägt. Gleichzeitig hat der letztendlich gescheiterte Interventionsversuch Trumps neue direkte wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Kanäle zwischen beiden Ländern aufgetan.

Andererseits hat die amerikanische Zoll-Aggression aber auch dazu geführt, dass sich Brasilien noch stärker an China angenähert hat. Peking hatte das strategische Potenzial schon früh erkannt und bereits kurz nach Lulas Amtsantritt eine beispiellose Charmeoffensive („Courtship of Lula“) gestartet. Diese äußert sich nicht nur in diplomatischen Gesten. Peking verfolgt das strategische Ziel, Brasilien als wichtigsten Ankerpunkt in Lateinamerika enger an sich zu binden und so geopolitischen Einfluss auf der Südhalbkugel zu sichern, um dem Einfluss der USA in der Region ein attraktiveres "win-win"-Angebot entgegenzusetzen. China ist schon seit mehreren Jahren der mit Abstand wichtigste Handelspartner Brasiliens (mit einem Anteil von mehr als 28 Prozent an den brasilianischen Exporten, verglichen mit nur noch knapp 11 Prozent für die USA im Jahr 2025¹⁹). Im Nachgang des US-Zollschocks hat China seine Bemühungen durch massive Investitionszusagen vornehmlich im Bereich Verkehrsinfrastruktur, Energie, digitale Kommunikationstechnologie und E-Commerce noch einmal verstärkt. Auch die Europäische Union hat im Wettlauf um die Gunst Südamerikas einen Zahn zugelegt. Näheres zu all dem weiter unten.

6.2 Das Schicksalswahljahr 2026: Lula versus Flávio Bolsonaro

In diesem extrem angespannten außenpolitischen Klima steuert Brasilien auf die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 4. Oktober 2026 zu. Die Wahl wird de facto ein Rematch der Polarisierung von 2022, jedoch mit neuen Vorzeichen. Da Jair Bolsonaro aufgrund seiner Inhaftierung nicht antreten kann, hat er seinen ältesten Sohn, Senator Flávio Bolsonaro, als seinen politischen Erben nominiert und ihn im Dezember 2025 bei einem Gefängnisbesuch offiziell mit dem Segen für die Kandidatur ausgestattet. Flávio Bolsonaro agiert geschickter als sein Vater: Er versucht, im Wahlkampf moderater aufzutreten, um die bürgerliche Mitte nicht zu verschrecken, bleibt aber inhaltlich voll auf der populistischen, rechten Linie der Partido Liberal (PL). Eines seiner Wahlversprechen ist die Begnadigung seines Vaters.

Das Rennen zwischen den beiden Kontrahenten lief lange auf ein statistisches Unentschieden hinaus. Lula verweist im Wahlkampf auf die soziale Erholung (die Armutsquote sank auf 20,1 Prozent²⁰) und die Wiederherstellung der internationalen Reputation Brasiliens. Die hohe Verschuldung des Landes (Fiskaldefizit von prognostizierten -7,5 Prozent des BIP für 2026²¹) und die anhaltende Gewaltkriminalität in den Metropolen, die im Oktober 2025 in einer Polizeiaktion gegen das Verbrechersyndikat Comando Vermelho in Rio de Janeiro mit mehr als 120 Toten gipfelte²², spielen dagegen der auf Sicherheit und Ordnung fokussierten Kampagne Flávio Bolsonaros in die Hände.

Im Mai 2026 erleidet seine Kampagne jedoch einen schweren Rückschlag. The Intercept Brasil veröffentlicht geleakte WhatsApp-Nachrichten und Tonaufnahmen. Diese belegen, dass Flávio Bolsonaro den Banker Daniel Vercaro um die Summe von 24 Millionen US-Dollar (ca. 134 Millionen Reais) gebeten hat, um ein Filmprojekt über das Leben seines Vaters Jair Bolsonaro zu finanzieren. Das Problem: Vercaro ist der

¹⁹ Vgl. Sweigart

²⁰ Vgl. Sweigart

²¹ Ebd.

²² Vgl. ZDF AJ vom 26.11.2025

mutmaßliche Kopf hinter dem Banco Master Skandal, rund um die gleichnamige Bank, die auf betrügerische Weise ein rasantes Wachstum erlebte und nach Auffliegen des Betruges in sich zusammenfiel. Der Skandal hat sich zu einer der größten Korruptionsaffären der brasilianischen Geschichte entwickelt. Die Bundespolizei ermittelt in der „Operação Compliance Zero“ gegen ein weitreichendes Netzwerk aus Bankiers, Spitzenpolitikern, Richtern und dem organisierten Verbrechen. Zum Zeitpunkt der Anfrage von Bolsonaro stand Vercaro bereits wegen Finanzbetrugs und Geldwäsche unter Hausarrest. Der Skandal erhöht den Druck auf das Bolsonaro-Lager massiv. Das klassische Anti-Korruptions-Narrativ der Rechten ist durch die direkte Nähe zum milliardenschweren Banco-Master-Betrug massiv beschädigt. In den politischen Hinterzimmern wird bereits über alternative Szenarien verhandelt. Konservative Kräfte versuchen zunehmend, sich vom Ballast der Bolsonaro-Familie zu emanzipieren. Davon könnten vor allem pragmatischer ausgerichtete, rechtskonservative Alternativen profitieren.

Schützenhilfe erhält das Bolsonaro-Lager allerdings (erneut) aus Washington. Nur zwei Tage nach einem Treffen zwischen US-Präsident Trump und Flávio Bolsonaro in Washington entschied die US-Regierung am 28. Mai 2026, das Comando Vermelho (CV) und den Primeiro Comando da Capital (PCC), zwei der führenden brasilianischen Verbrechersyndikate offiziell als globale Terrororganisationen (Specially Designated Global Terrorists) einzustufen. Bolsonaro hatte ausdrücklich darauf hingearbeitet. Die Regierung Lula hatte sich im Vorfeld vehement dagegen ausgesprochen. Nach brasilianischem Recht gilt Terrorismus nur für Taten, die ideologisch, fremdenfeindlich oder rassistisch motiviert sind – CV und PCC werden als gewinnorientierte kriminelle Organisationen eingestuft. Der außenpolitische Berater Lulas Celso Amorim betonte, organisiertes Verbrechen mit Terrorismus gleichzusetzen, sei „nicht hilfreich“²³. Vor allem auch nicht im Wahlkampf des amtierenden Präsidenten. Die Kritik der brasilianischen Regierung an der Entscheidung aus Washington kann vom Bolsonaro Lager

genutzt werden, ihr mangelnde Entschlossenheit im Kampf gegen das organisierte Verbrechen in Brasilien vorzuwerfen und damit das Narrativ, die Lula Regierung sei im Bereich der inneren Sicherheit zu schwach, das nun ohnehin wieder in den Fokus gerückt ist, zusätzlich stärken.

Das Rennen um das Präsidentenamt bleibt somit völlig offen. In den Umfragen Ende Mai 2026 führt Lula leicht, aufgrund einer soliden wirtschaftlichen Lage und der möglichen Verwicklung von Bolsonaro in den Banco Master Skandal. Doch das Land bleibt tief gespalten, und die konservative Grundstimmung in weiten Teilen der Bevölkerung ist nach wie vor stark.

7 Exkurs: Kulturkampf als Waffe: Postfaktizität vs. Demokratie

Ein essenzieller, oft unterschätzter Treiber des politischen Umbruchs in Südamerika ist die systematische Implementierung eines radikalen Kulturkampfes. Die Erfolge rechter und ultrakonservativer Strömungen verdanken sich zu einem erheblichen Teil einer Veränderung, wie politisch kommuniziert wird.

7.1 Die „Troll-Präsidenten“ und die Blaupause Trump

Als einfacher Wähler kann man oft den Eindruck bekommen, dass die reine politische Botschaft nicht mehr ausreichen scheint, um gewählt zu werden. Die Wissenschaft bestätigt den Eindruck. Der Soziologe Silvio Waisbord identifiziert eine neue Typologie politischer Führung: den sogenannten „Troll-Präsidenten“²⁴. Vertreten durch Akteure wie Donald Trump in den USA und Javier Milei in Argentinien, zeichnet sich dieser Stil durch ständige politische Konfrontation, das aktive Verbreiten von Falschmeldungen und die Errichtung eines Personenkults aus. All dies wird auch dann aufrechterhalten, wenn die Fakten dem offiziellen Diskurs eindeutig widersprechen. Die Medien werden pausenlos mit Falschbehauptungen, Polemik und Empörung überschwemmt

²³ Zitiert in der Folha de Sao Paulo vom 28.5.2026

²⁴ Vgl. Waisbord

(„flooding the zone“), so dass es kaum noch möglich ist, einem Themenfaden zu folgen, was dazu führt, dass der faktenbasierte Diskurs untergraben wird. Diese „Postfaktizität“ operiert nicht bloß durch plumpe Lügen, sondern durch die Schaffung geschlossener Echokammern in sozialen Medien, in denen die eigene politische Position, befeuert durch die ständig bestätigenden Algorithmen, immer mehr zur unanfechtbaren bzw. „gefühlten“ Wahrheit wird.

7.2 Argentinien: Die „Fuerzas del Cielo“, Wissenschaftsfeindlichkeit und Einschüchterung

Besonders offen wird dieser Kampf derzeit in Argentinien ausgetragen. Schon im Wahlkampf setzte Javier Milei auf provokante und brachiale Auftritte in den sozialen Medien. Seit seinem Amtsantritt konnten er und seine Anhänger diese Strategie weiter ausbauen. Mileis wichtigste Unterstützergruppe nennt sich „Las Fuerzas del Cielo“ (Die Kräfte des Himmels), eine Gruppierung von Social-Media-Aktivisten, ultrakonservativen jungen Männern, die den Präsidenten und seine Ideologie mit nahezu religiösem Eifer unterstützen. Einer von ihnen ist Mariano Pérez. Er ist Mitte 20 und einer der erfolgreichsten Milei-Influencer.



Abb. 4: Milei Influencer Mariano Pérez in seinem Studio (Quelle: eigene Aufnahme, Oktober 2025)

Mit der Presse redet er eigentlich nicht. Aber weil

das ZDF aus dem Ausland kommt, macht er eine Ausnahme²⁵. Er empfängt uns in seinem geräumigen aber schmucklosen Apartment in der Innenstadt von Buenos Aires. Als einzige Dekoration fällt eine große Sammlung von Superheldenfiguren aus verschiedenen Science-Fiction-, Fantasy- und Comic-Universen auf, die in einer ansonsten leeren Schrankwand im Wohnzimmer stehen. Ganz anders das Arbeitszimmer, von wo aus er seinen YouTube Kanal „Break Point“ betreibt, der mehr als anderthalb Millionen Abonnenten hat. Das Regal hinter seinem Schreibtisch ist voller Milei Devotionalien. Auch ein Bild von Brasiliens Ex-Präsident Bolsonaro, das ihn mit nacktem Oberkörper als Boxer zeigt, ist dabei, ebenso wie ein Poster samt Autogramm von Roger Stone, einem der wichtigsten Förderer von Donald Trump.

Pérez ist davon überzeugt, dass Javier Milei der beste denkbare Präsident Argentiniens ist. „Er hat mein Leben verändert, ganz ohne Zweifel! Als ich das erste Mal von ihm hörte, hat er mir sehr geholfen, meine Überzeugungen zu bilden“, schwärmt er. Viele aus seiner Generation hätten sich nicht mehr in der Politik wiedergefunden, sagt Pérez. Es sei vor allem das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einem Staat, der sich in einer andauernden Wirtschaftskrise befindet, das sie zu Milei und seiner Kettensäge geführt habe. „Die Kettensäge steht für den Wandel, den er voranbringen will: all die Privilegien für die Politik und die sinnlosen Dinge, die der Staat so finanziert, zu streichen. Dafür braucht es keinen kleinen, chirurgischen Eingriff, man muss es an der Wurzel abschneiden.“

Brachial-anders. Das ist das Image, das Milei gezielt pflegt, etwa, indem er auch noch als amtierender Präsident vor tausenden Anhängern ein Rockkonzert gibt. „Es ist diese perfekte Kombination aus Rockstar und Akademiker. Deshalb hat er diesen unglaublichen Erfolg und deshalb schaut die ganze Welt auf ihn“, meint Pérez.

Mehrmals in der Woche sendet Pérez live auf

²⁵ Vgl. ZDF AJ vom 22.10.2025

YouTube. Der Erfolg seines Kanals und die damit verbundenen Werbeeinnahmen bringen genug Geld, um sich voll darauf zu konzentrieren. Stundenlang kommentiert er Nachrichten, sortiert sie ein ins Weltbild von Milei. Der Feind ist alles, was dort nicht hineinpasst.

Ein zentrales Element dieses Kulturkampfes ist die offene Verachtung gegenüber etablierten Kontrollinstanzen und der Wissenschaft. So hat der Kahlschlag im staatlichen Sektor besonders die akademische Forschung getroffen. Milei hat das staatliche Budget für Forschung und Entwicklung drastisch gekürzt, Projekte und Stellen wurden gestrichen, Löhne reduziert. Der nationale Forschungsrat CONICET, der wichtigste Arbeitgeber für Wissenschaftler in Argentinien, erlitt Budgetkürzungen von rund einem Drittel und hat bereits rund 1.300 Mitarbeiter verloren. Öffentliche Forschungsmittel werden vorrangig nur noch bewilligt, wenn private Partner beteiligt sind und sich die Projekte auf kommerziell verwertbare Schlüsselbereiche wie die Agrarindustrie, den Energiesektor, Bergbau oder die Biomedizin konzentrieren. Die finanzielle Austrocknung wird von gezielten ideologischen Angriffen des Präsidenten flankiert, der staatlich finanzierte Forscher öffentlich als "Parasiten" diffamiert und beispielsweise Sozialwissenschaften als wertlose "politische Propaganda" abwertet. Die dramatisch gesunkenen Gehälter und fehlenden Perspektiven zwingen viele hochqualifizierte Wissenschaftler zur Abwanderung ins Ausland oder in die Privatwirtschaft, was zu einem massiven "Braindrain" führt und den Wissenstransfer an künftige Generationen irreversibel zu schädigen droht. Schon im Frühjahr 2024 hatten 68 Nobelpreisträger vor dieser Entwicklung gewarnt und in einem offenen Brief an Milei appelliert, diesen "Scienticide" (Wissenschaftsmord) zu stoppen.

Dies wiegt umso schwerer, weil Argentinien auf eine im lateinamerikanischen Vergleich außergewöhnlich stolze und traditionsreiche wissenschaftliche Geschichte zurückblickt, vor allem im Bereich der Grundlagenforschung. Als

einzigste Nation der Region hat es drei Nobelpreise in den Naturwissenschaften hervorgebracht.

Dabei braucht Grundlagenforschung, im wahrsten Sinne des Wortes, einen großen Vorschuss. Die Ergebnisse sind selten kurzfristig zu sehen und für Laien oft kaum vermittelbar. Amtierende Politiker können aus ihr kaum Gewinn ziehen. Die Früchte der Forschung und Bildung ernten erst ihre Nachfolger. Und doch ist sie wichtig, über den eigentlichen Fachbereich hinaus, sagt Eduardo Zattara, Evolutionsbiologe der Universidad Nacional Comahue in San Carlos de Bariloche in den argentinischen Anden, weil sie erst die Räume schafft, in denen sich Forschung und Forschende entwickeln können.

Auch von uns als ZDF-Team verlangt es einiges an Abstraktionsvermögen, dies zu erkennen, als wir Zattara in den Anden besuchen und beobachten, wie er und seine Studenten mit Fangnetzen durch das Unterholz eines Bergwaldes springen, um Hummeln zu jagen. Im Rahmen einer Reportage für das Auslandsjournal begleiten wir die Wissenschaftler bei der Feldforschung²⁶. Eine aus Europa eingeschleppte Hummelart droht, die einheimischen Arten zu verdrängen, mit potenziell verheerenden Folgen für das delicate ökologische Gleichgewicht der Andenwälder, die sich auf die gesamte Nahrungskette auswirken könnten. Wege zu finden, wie die Ausbreitung der invasiven Spezies verhindert und das heimische Ökosystem erhalten werden kann, ist das langfristige Ziel der

²⁶ Ebd.

Forscher. Doch ihr Projekt ist, wie so viele andere, durch die Sparmaßnahmen gefährdet.



Abb. 5: Forscher der Universität von Bariloche auf der Jagd nach invasiven Hummeln in den Argentinischen Anden (Quelle: Eigene Aufnahme, Oktober 2025)

„Milei respektiert nichts außer sich selbst“, sagt Biologe Zattara, „Seine Regierung ist Teil einer weltweiten Ideologie, die vor allem die Wissenschaft diskreditiert. Denn die Wissenschaft etabliert objektive Methoden zur Feststellung von Tatsachen, und das ist nicht im Interesse dieser Regierungen.“²⁷

Mit „diesen Regierungen“ meint Zattara die Populisten weltweit. Auch in anderen Staaten gerät die Wissenschaft durch Regierungen unter Beschuss, deren Anführer autoritäre Tendenzen aufweisen. Sie diskreditieren die Forschung nicht primär aus Kostengründen, sondern weil sie die Narrative hinterfragt, die sie brauchen, um ihre Macht zu legitimieren. Diese existieren in von ihnen gefütterten Echokammern und Filterblasen. Wenn diese durch unabhängiges, faktenbasiertes Denken durchbrochen werden, gefährdet das ihre Macht. Wie sehr die Kontrolle des Narrativs, die alleinige Deutungshoheit des Herrschenden, zum Selbstverständnis mancher Populisten geworden ist, wurde besonders sichtbar während der Corona-Pandemie. Mit verheerenden Folgen. In den USA (Trump), Brasilien (Bolsonaro) und anfangs auch Großbritannien (Johnson) trugen wissenschaftsfeindliche Narrative aus dem Regierungslager maßgeblich dazu bei, dass Maßnahmen verzögert oder ganz verhindert

wurden. Obwohl alle drei Staaten über genug Ressourcen verfügten, wiesen die USA und Brasilien die weltweit höchste Übersterblichkeit auf, Großbritannien zeitweise die höchste in Westeuropa. Die Corona Pandemie zeigte, wie politische Polarisierung und populistische Rhetorik die staatliche Handlungsfähigkeit in einer globalen Gesundheitskrise massiv schwächen können. Alle drei Staaten arbeiteten die Krise erst im Nachgang durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse auf.

Mit ihren Sorgen bleiben die Wissenschaftler nach wie vor eher am Rande des öffentlichen Diskurses. Die wirtschaftlichen Probleme der Bevölkerungsmehrheit wiegen schwerer. Und doch gab es kurzzeitig eine spürbare Gegenbewegung zum Sparkurs. Eine lila Seegurke namens „süße kleine Kartoffel“ und „Barbie“, eine rosa Languste, wurden im August 2025 zu Stars in den sozialen Netzwerken Argentiniens. Sie stammten aus dem Live-Stream eines ferngelenkten Forschungs-U-Bootes (ROV) des Schmidt Ocean Institute, das aus fast 4000 Metern Tiefe im Südatlantik sendete. Millionen Zuschauer verfolgten über Wochen die Bilder aus der Tiefsee. Der Stream wurde zu einem kulturellen Phänomen und die wirbellosen Tiere zu Helden im Kampf gegen die Kettensäge des Präsidenten. Das emotionale Finale der Expedition – bei dem das ROV in fast 1.000 Metern Tiefe ein Schild mit der Aufschrift „Danke für eure Unterstützung“ in den Sand steckte – hatte für die argentinische Öffentlichkeit eine tiefe politische Bedeutung. Die von Milei verursachte Krise der CONICET schaffte es zumindest vorübergehend ins kollektive Bewusstsein der Argentinier, auch wenn der virale Moment nicht von Dauer war. Immerhin wurden bei den Tauchgängen mehr als 40 neue Tierarten entdeckt.

Im Kampf gegen objektive Wahrheiten wird auch die Presse in Argentinien immer mehr zur Zielscheibe Mileis. Presseverbände wie Reporter ohne Grenzen (RSF) und das argentinische Journalismusforum FOPEA sprechen von einem

²⁷ Ebd.

"systematischen Feldzug" gegen die Pressefreiheit.²⁸

Milei nutzt vor allem die Plattform X (ehemals Twitter), um kritische Berichterstattung zu diskreditieren. Er verbringt oft Stunden täglich im Netz und verbreitet dabei das von ihm geprägte Motto „Wir hassen Journalisten noch nicht genug“, kodiert als NOALS („No odiamos a los periodistas lo suficiente“). Journalisten werden von ihm und seinem Sprecher Manuel Adorni pauschal als „Lügner“, „korrupt“, „widerlicher Abschaum“ oder „dreckige Müllstücke“ betitelt. Ähnlich war Brasiliens Ex-Präsident Bolsonaro während seiner Amtszeit vorgegangen. Er bezeichnete den wichtigsten brasilianischen Sender Globo als „lixo“, Müll, und hetzte so intensiv gegen die etablierten Medien, dass diese aus Angst vor gewalttätigen Übergriffen durch seine Anhänger immer seltener zu Auftritten des Präsidenten kamen, so dass er oft nur über seine eigenen digitalen Kanäle und damit ohne kritische Nachfragen zum Volk kommunizierte. Für uns als ZDF Team bedeutete dies, dass wir uns Überwürfe aus dünnem Textil anfertigen lassen mussten, auf denen „TV Alemã“, deutsches Fernsehen, stand, um nicht ebenfalls von Bolsonaro Anhängern angegriffen zu werden.

Genauso wie Bolsonaro benutzt Milei die sozialen Medien und seine digitalen Troll-Armeen auch immer wieder dazu, einzelne Journalistinnen und Journalisten persönlich anzugreifen. Auffällig ist, dass besonders oft Frauen zur Zielscheibe misogynen Attacken werden. Menschenrechtsgruppen melden, dass auch die physische Gewalt gegen Pressevertreter durch Sicherheitsorgane und Aktivisten dramatisch zugenommen hat. Die Einschüchterungstaktiken erhöhen den Druck auf Journalistinnen und Journalisten, aus Angst vor Repressalien Selbstzensur zu üben.

Unter dem Deckmantel seiner Sparpolitik entzieht Milei den Medien darüber hinaus die materielle und strukturelle Basis. Die traditionsreiche staatliche Nachrichtenagentur

Télam wurde geschlossen. Der öffentliche Rundfunk und das Staatsfernsehen wurden massiv zusammengestrichen und Programme abgesetzt. Zeitweilig blockierte die Regierung akkreditierten Medien den Zugang zum Regierungssitz (Casa Rosada) in Buenos Aires. Erst nach internationalen Protesten wurde der Zugang unter strengen Auflagen wiederhergestellt.

7.3 Chile: Angstpolitik und digitale Desinformation

Auch in Chile bedient sich der ultrakonservative Wahlsieger José Antonio Kast gezielt der Mechanismen dieses Kulturkampfes, der von seinen Unterstützern direkt über die sozialen Medien ausgetragen wird. Seine Kampagne, die stark von Donald Trump inspiriert war, nutzte weniger wirtschaftliche Fachdebatten als vielmehr tiefe kulturelle Verunsicherung. Im Netz wird die ohnehin fragile Sicherheitslage durch Falschinformationen dramatisch überzeichnet; Kast verknüpft dabei die Themenkomplexe Kriminalität, links-progressive Politik und Migration untrennbar miteinander. Es handelt sich um eine strategische „Angstpolitik“, bei der das komplexe Problem der Migration ausschließlich als Sicherheitsbedrohung geframed wird, gegen die Kast einen „Kreuzzug“ führt. Untersuchungen investigativer Medien hatten schon in den vorhergehenden Jahren systematische Desinformationsnetzwerke und Hetzkampagnen aufgedeckt. Zur Wahl 2025 intensivierte das rechte Lager diese Kampagnen noch, auch unterstützt durch generative Künstliche Intelligenz (KI). Belegt wurde dies durch die systematische Überwachung und Analyse des Wahlkampfs durch das Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der chilenischen Wahlbehörde. Verhindern ließen sich die Vorgänge jedoch nicht, mangels juristischer Grundlage.

²⁸ Vgl. FOPEA

7.4 Brasilien: Der „spirituelle Krieg“ und KI-gesteuerte Fake News

Auch in Brasilien findet ein immer größerer Teil des Wahlkampfes und der politischen Kampagnen im Netz statt. Emotionalisierung und technisches Know How bestimmen den Inhalt. Objektive Fakten zählen nur am Rande. Die Folge ist eine immer stärkere Polarisierung. Das Lager von Flávio Bolsonaro setzt häufig auf religiöse Narrative und stilisiert den Wahlkampf gegen Präsident Lula zu einem „spirituellen Krieg“ zwischen Gut und Böse. Der Kandidat selbst erklärt während eines evangelikalen Gottesdienstes im Dezember 2025, es ginge bei der Wahl darum, „Seelen zu retten“ (resgatar almas)²⁹.

Immer öfter kommt generative KI zum Einsatz. Da eine große Zahl von Brasilianern über Sprachnachrichten kommuniziert, die über Messengerdienste wie WhatsApp verschickt werden, genießen diese eine hohe Glaubwürdigkeit aus schierer Gewohnheit. Dies nutzen politische Aktivisten gezielt zum Klonen von Stimmen (audio cloning) aus. Sie verbreiten mit Hilfe von KI gefälschte Sprachnachrichten, in denen täuschend echte „Geständnisse“ oder beschädigende Aussagen von Spitzenpolitikern zu hören sind, so beispielsweise, dass ein Kandidat seinen Rückzug vermeldet. Ebenso kursieren Fälschungen von angeblichen Nachrichtensendungen, in denen vermeintliche Skandale des politischen Gegners berichtet werden. Andere Fälschungen zielen darauf ab, Panik zu schüren und das Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu zerstören, um damit die eigene Klientel zu mobilisieren. Oft kursieren diese in geschlossenen Messenger-Gruppen, was ein Vorgehen dagegen oder eine Korrektur erschwert.

Die auf Faktencheck spezialisierte Agentur Observatório Lupa meldet eine Verdreifachung KI-generierter Desinformation in den letzten zwei Jahren.³⁰ Laut Lupa ist es kaum noch möglich, der systematischen, durch

Algorithmen verbreiteten Desinformation mit einzelnen Richtigstellungen zu begegnen. Observatório Lupa hat daher eine umfassende Kooperation mit einer großen brasilianischen Mediengruppe (Grupo Bandeirantes) vereinbart, um künftig im laufenden Programm, etwa bei Debatten von Kandidaten, einen Faktencheck zu ermöglichen.

Laut Ermittlungen des Obersten Wahlgerichts (TSE) und durch Fact Checking Plattformen geht die Mehrheit der Fälschungen von rechten Netzwerken aus dem Umfeld des Kandidaten Bolsonaro aus. Sie dienen dazu, das Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu untergraben und die eigene Wählerschaft durch das Gefühl einer ständigen Bedrohung traditioneller Werte zu mobilisieren. Fakes, die die elektronischen Wahlurnen angreifen, bereiten den Boden, die Wahlergebnisse im Fall einer Niederlage anzweifeln zu können. Diffamierende Berichte über den politischen Gegner oder angeblichen Rücktrittsankündigungen demobilisieren die Wähler der anderen Seite.

Eine aktuelle Fälschung auf der Plattform TikTok sorgt im Februar 2026 für Aufsehen. In ihr wurden Schnipsel aus Nachrichtensendungen so zusammengeschnitten, dass der Eindruck entstand, in Brasilien sei ein neues tödliches Virus (Nipah-Virus) ausgebrochen. Dies führte zu Gerüchten, die Regierung wolle das vermeintliche Virus für neue Lockdown Kampagnen nutzen, deren eigentlicher Zweck es sei, den Wahlkampf und die Großveranstaltungen der Opposition einzuschränken. Das Gesundheitsministerium sah sich gezwungen, dies offiziell zu dementieren. Kurzzeitig aber dominierten wieder Ängste aus der Zeit der Corona Pandemie, die vermeintliche Inkompetenz der Regierung und die angebliche Bedrohung der Demokratie durch Lockdown Maßnahmen die Debatte im Netz. Was bleibt, ist ein Gefühl der Verunsicherung - und eine Stärkung der Profile, die diese Aufregung ausgelöst haben. Denn geht eine Geschichte viral, generieren die vielen Klicks Werbeeinnahmen

²⁹ Abrufbar auf dem Youtube Kanal von Agora Brasil:

<https://www.youtube.com/watch?v=nIUa1GcsXjY>
³⁰ Vgl. Lupa

und (künftige) Reichweite.

Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen: Was in Argentinien als „Scienticide“ und Angriff auf die freie Presse beginnt, und seine Fortsetzung in systematischen Desinformationskampagnen in anderen Ländern findet, gefährdet letztlich die globale regelbasierte Ordnung. Wenn faktenbasierte Objektivität als Wert verloren geht, verschwindet die Grundlage für jeden rationalen Diskurs. Dieser aber ist die Grundlage der demokratischen Willensbildung. Fehlt sie, folgt der Autoritarismus. Eine Erkenntnis, die wenig überraschen mag. Aber diese Entwicklung findet eben nicht im luftleeren Raum statt. Sie fällt nicht vom Himmel. Voraussetzung ist eine Entfremdung zwischen den Vorstellungen der Bürger und der politischen Realität - die oben beschriebene Krise der Plausibilität. Die Politik muss diese und die daraus resultierenden Fragen - selbst wenn sie irrational sein mögen - adressieren, mindestens im gleichen Ausmaß, wie sie versucht, sich mit den Social Media Konzernen und den Verbreitern der Fake News auseinanderzusetzen. Dies gilt weit über Südamerika hinaus.

8 Die Rückkehr der Großmächte: Strategische Interessen der drei Machtblöcke

8.1.1 Die Vereinigten Staaten und die Etablierung der "Donroe-Doktrin"

Die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus markiert einen radikalen Bruch mit der diplomatischen, auf Werte und Demokratieförderung basierenden Regionalpolitik der Biden-Administration und ersetzt sie durch eine offen transaktionale und zunehmend militärisch untermauerte Machtpolitik. Im Zentrum von Trumps Lateinamerika-Strategie steht die sogenannte „Donroe-Doktrin“. Diese Bezeichnung erschien erstmals am 8. Januar 2025 auf der Titelseite der New York Post. Wurde der Begriff zunächst von

der Presse eher satirisch verwendet, machte ihn sich der US-Präsident zu eigen und ließ ihn in der im November 2025 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) offiziell als „Trump Corollary to the Monroe Doctrine“ festschreiben. Die Donroe-Doktrin stellt eine moderne, hochgradig transaktionale und personalisierte Modifikation der historischen Monroe-Doktrin von 1823 dar. Während Präsident James Monroe einst europäische Kolonialmächte aus der westlichen Hemisphäre fernhalten wollte, um junge Nationen zu schützen, formuliert die Donroe-Doktrin den unmissverständlichen Anspruch auf die Hegemonie der USA in der westlichen Hemisphäre. Das erklärte Ziel ist es, nicht-hemisphärischen Konkurrenten – explizit China und Russland – den Zugang zu strategisch wichtigen Ressourcen, Häfen und digitalen Netzwerken in Lateinamerika abzusprechen und jeglichen Einfluss einzudämmen.

Wie die geschilderten Beispiele aus Argentinien und Brasilien (oben) oder Venezuela (siehe unten) zeigen, verzichtet der zugrundeliegende Mechanismus dieser neuen Doktrin vollständig auf den historisch üblichen Export demokratischer Ideologien, wie die Förderung von freiem Handel und Menschenrechten in den vergangenen Jahrzehnten oder die Stützung des Kapitalismus während des Kalten Krieges. Stattdessen fokussiert sich Washington auf eine strikt utilitaristische Kosten-Nutzen-Kalkulation, die den gesamten amerikanischen Doppelkontinent als persönliche Einflussosphäre und Ressourcenlager der USA begreift.

Der ehemalige US-Botschafter in Panama, John Feeley, charakterisierte in einem Podcast des kanadischen Rundfunks diese Herangehensweise als die Übertragung einer "provinziellen New Yorker Perspektive" auf die globale Bühne, die an das territoriale Gebaren rivalisierender Mafia-Bosse in New York erinnere.³¹ Im Kern zielt die Strategie darauf ab, eine unumstrittene und absolute Dominanz in der westlichen Hemisphäre zu etablieren. Die anvisierten Trophäen dieser Hegemonialpolitik sind die exklusive Sicherung von strategischen Rohstoffen (insbesondere

³¹ Vgl. CBC

Seltene Erden und Lithium), die Monopolisierung lukrativer Absatzmärkte, die Etablierung militärstrategischer Vorposten sowie die brutale Unterbindung von Drogen- und Migrationsströmen in die Vereinigten Staaten. Diese expansive Logik beschränkt sich dabei nicht nur auf Südamerika, sondern erstreckt sich als globale Machtdemonstration der Donroe-Doktrin auch auf Vorstöße zur potenziellen Annexion Grönlands, was die gesamte regelbasierte Ordnung und selbst die NATO zu destabilisieren droht.

8.1.2 Der „Shield of the Americas“-Gipfel

Um die sicherheitspolitische Ausrichtung der Region auf Washington zu institutionalisieren, lud Präsident Trump am 7. März 2026 zum „Shield of the Americas“-Gipfel auf sein Golfresort in Doral, Florida. Dieses Treffen war symbolträchtig für den ideologischen Charakter der Donroe-Doktrin: Eingeladen waren lediglich zwölf Staats- und Regierungschefs der Region, allesamt Vertreter konservativer oder rechter Regierungen (darunter Javier Milei, Nayib Bukele und der gewählte chilenische Präsident José Antonio Kast). Die großen Wirtschaftsmächte Brasilien, Mexiko und Kolumbien, die von linken Präsidenten regiert wurden, waren nicht eingeladen.

Auf dem Gipfel wurde eine Erklärung zur Bildung einer Koalition gegen Drogenkartelle und transnationale Kriminalität unterzeichnet. Das Treffen wirkte jedoch eher wie eine imperiale Inszenierung: Bei der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung saß Trump als Einziger an einem Schreibtisch, während die angereisten lateinamerikanischen Staats- und Regierungschefs hinter bzw. um ihn herum stehen mussten. Experten wie Christopher Sabatini (Chatham House) bewerteten den Gipfel nicht als ernsthafte multilaterale Institution, sondern als ideologisches, um Trump kreisendes Ritual ohne strategische Substanz, zumal es ohne die Schwergewichte Brasilien, Mexiko und Kolumbien keine tragfähige

Sicherheitsarchitektur geben kann.³²

8.2 China: Geräuschlose geoökonomische Expansion und strukturelle Integration

Während die USA in Lateinamerika auf militärischen Druck, Kanonenbootpolitik in der Karibik (s.u.) und Strafzölle setzen, operiert China mit der Macht des Kapitals. Das Ziel Pekings ist es, sich langfristigen Zugriff auf die kritischen Mineralien zu sichern, die für die globale Energiewende und die Technologieführerschaft unerlässlich sind. China kontrolliert bereits jetzt die Raffinierung von 19 der 20 wichtigsten Industriemineralien weltweit und dominiert mehr als 70 Prozent der globalen Lieferketten für Lithium und Kobalt. Südamerika mit seinen riesigen Lithiumvorkommen (insbesondere im Dreieck Argentinien, Bolivien, Chile) und Kupferminen (Ecuador, Peru) steht im Fokus dieser Strategie.

Quasi als lachender Dritter nutzt Peking die von Washington provozierten diplomatischen Affronts und die erratische Zollpolitik gezielt aus, um sich den lateinamerikanischen Staaten als verlässlicher, langfristig orientierter und vor allem die nationale Souveränität strikt achtender Partner zu präsentieren. Auf diplomatischer Ebene orchestriert China gezielt ein Narrativ der Unabhängigkeit. Als der US-Außenminister Marco Rubio die "America First"-Politik für die Hemisphäre proklamierte, positionierte sich Chinas stellvertretender Außenminister Miao Deyu explizit als Gegenpol zur "neuen Monroe-Doktrin" und betonte, dass die Staaten Lateinamerikas nach Selbstbestimmung und nicht nach imperialer Bevormundung strebten.

Diese diplomatische Umarmung wurde durch hochkarätige Treffen untermauert. Im Mai 2025 richtete Chinas Staatschef Xi Jinping ein zentrales Treffen in Peking aus, bei dem er Minister der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) empfing – einer regionalen Organisation, die die USA und Kanada explizit ausschließt. Präsident Lula da Silva aus Brasilien

³² Vgl. Sabatini

und Präsident Gustavo Petro aus Kolumbien nahmen als prominente Gäste teil, wobei Lula China explizit als unverzichtbares geopolitisches Gegengewicht zur Hegemonie Washingtons in einer zunehmend multipolaren Weltordnung würdigte.

Ein weiterer Hebel Pekings ist die BRICS Plattform. Indem es im Rahmen der BRICS-Strukturen eng mit Brasília kooperiert – wie zuletzt intensiv während der brasilianischen BRICS-Präsidentschaft 2025 – wertet es Brasilien als regionalen Vordenker auf und bindet es diplomatisch ein. Über die Achse Peking–Brasília gelingt es China, südamerikanische Interessen zu bündeln und sie in eine Richtung zu lenken, die Pekings Narrativ einer „multipolaren Weltordnung“ (sprich: einer Schwächung der US-Dominanz) stützt und Brasiliens erklärtem Ziel, dem globalen Süden mehr Mitspracherecht auf der Weltbühne zu sichern, Räume eröffnet.

Ein wichtiges Instrument zur Einflussnahme ist die New Development Bank (NDB) – die sogenannte BRICS-Bank – mit Sitz in Shanghai, die derzeit von der brasilianischen Ex-Präsidentin Dilma Rousseff geleitet wird. Die NDB bietet südamerikanischen Staaten Kapital für Infrastrukturprojekte, ohne die strengen politischen oder strukturellen Reformauflagen, die traditionell mit Krediten des IWF oder der Weltbank (beide Washington-nah) verknüpft sind. Außerdem drängt China innerhalb der BRICS darauf, den US-Dollar im bilateralen Handel zurückzudrängen. Die Etablierung von Abrechnungssystemen in Yuan (Renminbi) oder lokalen Währungen bindet die südamerikanischen Volkswirtschaften tiefer an den chinesischen Finanzmarkt und mindert die Effektivität von US-Sanktionen.

Das Handelsvolumen zwischen China und Lateinamerika erreichte 2024 knapp 519 Milliarden US-Dollar, was einer Verdoppelung innerhalb eines Jahrzehnts entspricht, und steigt seitdem weiter. Chinas Strategie konzentriert sich auf eine massive Ausweitung der infrastrukturellen und technologischen Durchdringung des Kontinents, um physische und digitale Abhängigkeiten zu schaffen. Dazu

ist die Mehrheit der südamerikanischen Staaten der chinesischen “Neuen Seidenstraße” (“Belt and Road Initiative”, BRI) beigetreten, die den Maßnahmen einen finanziellen und regulatorischen Rahmen gibt. Interessanterweise hat sich Brasilien trotz engster wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit China gegen einen offiziellen Beitritt zur BRI entschieden, primär, um die Doktrin der Äquidistanz nicht zu sehr zu verwässern.

Ein geopolitischer Meilenstein für China war die offizielle Eröffnung des Mega-Hafens Chancay in Peru im November 2024. Dieses gigantische, mit 3,5 Milliarden US-Dollar vom chinesischen Staatskonzern Cosco finanzierte Projekt bricht die historische Abhängigkeit der Region vom US-kontrollierten Panamakanal auf. Der Hafen soll als zentraler Hub für ganz Südamerika fungieren. Die Transportzeit zwischen Südamerika und Shanghai verkürzt sich um rund ein Drittel. Begleitet wird dies von in Planung oder bereits im Bau befindlichen weitreichenden transkontinentalen Eisenbahn- und Straßennetzwerken, die die landwirtschaftlichen Zentren und Minen Brasiliens direkt mit der peruanischen Pazifikküste und somit mit dem chinesischen Festland verbinden.

Technologisch forcieren chinesische Akteure die gezielte Übernahme kritischer Industrien, oft als direkter Profiteur westlicher Marktrückzüge. Als sich amerikanische und europäische Automobilhersteller teilweise aus dem brasilianischen Markt verabschiedeten, übernahmen chinesische Giganten das Vakuum, was sich in den letzten Jahren auch im Stadtbild bemerkbar macht. Wo zuvor vor allem Kleinwagen europäischer, asiatischer und US-amerikanischer Hersteller die Straßen dominierten, sind nun immer öfter chinesische Elektroautos zu sehen. Allen voran die Marken BYD und Great Wall Motors. BYD errichtet in Camaçari (Bahia) auf dem Gelände eines im Jahr 2021 stillgelegten Ford-Werks seine größte und modernste Produktionsstätte außerhalb Chinas. GWC hat in Iracemápolis (São Paulo) ein ehemaliges Mercedes-Benz-Werk übernommen, um dort zu produzieren. Auch der chinesische Autoriese GAC kündigte Investitionen in

Milliardenhöhe an. Binnen kürzester Zeit schnellte der Marktanteil chinesischer Elektroautos auf mehr als sieben Prozent bei allen Neuzulassungen. Das Rennen um die Elektromobilität scheint in Brasilien bereits entschieden.

Flankiert wird diese physische Präsenz durch umfassende Direktinvestitionen in den digitalen Dienstleistungssektor, die auch als “Digitale Seidenstraße” bezeichnet werden: Lieferdienste wie Meituan investieren Milliardenbeträge, während E-Commerce-Plattformen wie Temu, Shein und TikTok Shop den südamerikanischen Markt überrollen, nachdem sie in Europa und den USA mit regulatorischen Verboten konfrontiert waren. Selbst bei der Errichtung kritischer digitaler Infrastruktur, wie dem landesweiten 5G-Ausbau in mehreren südamerikanischen Ländern durch Huawei, setzte sich Peking gegen den massiven diplomatischen Widerstand aus Washington durch.

8.3 Die Europäische Union: Normative Partnerschaft und der Mercosur-Durchbruch

Inmitten dieses Spannungsfeldes versucht die Europäische Union, eine eigenständige, auf gemeinsamen Standards und Rechtsstaatlichkeit basierende strategische Alternative zu etablieren. Lange Zeit als zögerlicher geopolitischer Akteur wahrgenommen, hat sich die Rolle Brüssels in den letzten Monaten durch eine strategische Neuausrichtung spürbar verändert.

8.3.1 Der historische Durchbruch beim Mercosur-Abkommen

Nach mehr als zwei Jahrzehnten zäher Verhandlungen und tiefgreifender interner Differenzen erzielte die EU am 9. Januar 2026 einen historischen Durchbruch, als der Europäische Rat dem weitreichenden Freihandelsabkommen mit den vier Mercosur-Gründungsmitgliedern (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) zustimmte. Das Abkommen, das zum 1. Mai 2026 in Kraft getreten ist, schafft eine Freihandelszone mit über 700 Millionen Menschen und sieht stufenweise

den nahezu vollständigen Abbau von Zöllen vor. Aus der Perspektive Brüssels ist es von immenser strategischer Bedeutung, da es einen vertraglich abgesicherten Zugriff auf die reichhaltigen Vorkommen an kritischen Rohstoffen und Seltenen Erden (vor allem Lithium) garantiert und somit die europäische Abhängigkeit von chinesischen Lieferketten im Bereich der grünen Technologien reduziert. Außerdem öffnet es die großen, wachsenden Absatzmärkte des Kontinents, während es den südamerikanischen Staaten, allen voran Brasilien, als willkommenes normatives Gegengewicht zum aggressiven Unilateralismus der USA und zur drohenden wirtschaftlichen Monopolisierung durch China dient. Präsident Lula nutzte seine Amtszeit explizit, um das Abkommen als Instrument zur Stärkung des globalen Multilateralismus durchzusetzen. Der Vertrag ist jedoch in Europa hochgradig umstritten. Während europäische Automobilhersteller und die pharmazeutische Industrie Druck zugunsten des Abkommens ausübten, um Zugang zu den geschützten südamerikanischen Märkten zu erhalten, formierte sich in Ländern wie Frankreich und Belgien heftiger, teils gewaltsamer Widerstand der landwirtschaftlichen Erzeuger, die eine Existenzgefährdung durch billige Agrarimporte aus Südamerika fürchten. Aufgrund der innereuropäischen Fragmentierung und Widerstände dürfte die EU somit auch künftig ein eher langsamer geopolitischer Akteur bleiben.

8.4 Systemischer Vergleich der Großmachtstrategien

Die unterschiedlichen Ansätze der drei globalen Akteure in Südamerika lassen sich präzise gegenüberstellen. Während Washington auf kurzfristige, militarisierte Erpressung setzt, verfolgt Peking einen geduldigen, strukturellen Ansatz, und Brüssel positioniert sich als normativer Regulator.

Dimension	Vereinigte Staaten (USA)	Volksrepublik China	Europäische Union (EU)
Ökonomisch	• Aggressiver Protektionismus und Androhung von Strafzöllen • Transaktionale bilaterale Handelsabkommen (z.B. mit Argentinien) • Kopplung von Finanzhilfen an ideologische Nähe	• Strukturinvestitionen in digitale und analoge Infrastruktur, Logistik und Megaprojekte (Chancay Hafen) • Erwerb strategischer Produktionsstätten (BYD, GWM) • Forcierung des de-dollarisierten Handels (Swaps)	• Multilaterale Freihandelsabkommen mit hohen Standards (Mercosur-Deal) • Diversifizierung von Lieferketten bei Seltenen Erden • Förderung nachhaltiger Investitionen
Militärstrategisch	• Unilaterale militärische Interventionen (Venezuela) • Drohnen- und Schiffskampagne gegen Drogenkartelle • Nutzung von Drittstaaten für Deportationen	• Keine direkte Militärpräsenz • aber Kontrolle über kritische Dual-Use-Infrastruktur (Häfen wie Chancay, Forschungsbasen in Argentinien) • Übernahme strategischer Energie- und Stromnetze	• Ablehnung unilateraler Gewaltanwendung • Fokus auf zivile Sicherheitsberatung und rechtsstaatliche Polizeiausbildung

9 Die Intervention in Venezuela:

Erschütterung regionaler Souveränität

Das wohl einschneidendste militärstrategische und geopolitische Ereignis der vergangenen zwei Jahre, das die Verwundbarkeit südamerikanischer Souveränität gegenüber US-Interessen schonungslos offenlegt, ereignet sich in den ersten Januartagen des Jahres 2026. In einer koordinierten Blitzaktion (Operation Absolute Resolve) fliegen US-Streitkräfte Luftangriffe auf militärische Einrichtungen in Caracas, während Spezialeinheiten den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und seine Ehefrau Cilia Flores festnehmen und aus dem Land entführen. Die Gefangenen werden nach New York überführt, wo sie in einer Hafteinrichtung in Brooklyn auf ihren Prozess wegen Drogen- und Waffenschmuggels warten.

Die bisherige Vizepräsidentin Delcy Rodríguez übernimmt als Interimspräsidentin die Führung. Während die staatlichen Institutionen des Chavismus im Kern bestehen bleiben, signalisiert die neue Führung Washington Kooperationsbereitschaft. Erste politische Gefangene werden freigelassen. Ende Mai 2026 kündigt Rodríguez im staatlichen Fernsehen eine tiefgreifende Umstrukturierung des politischen und militärischen Apparats an.

In einer Anhörung vor dem US-Senat beschreibt Außenminister Marco Rubio die Intervention als erfolgreiche Strafverfolgungsmaßnahme, als Schlag gegen den Drogenhandel.³³ Das strategische Ziel darüber hinaus aber ist vor allem, zu verhindern, dass Venezuela weiterhin als Operationsbasis und strategischer Partner für Rivalen wie China, Russland oder Iran in Frage kommt. Trump droht Rodríguez offen mit persönlichen Konsequenzen, sollte sie nicht spüren. Gleichzeitig gibt es eine pragmatische Annäherung zwischen beiden Ländern auf Grundlage des Ölhandels. Die USA wollen sich den Zugriff sichern, im Gegenzug bieten sie

Venezuela durch die Einnahmen die Chance, die Wirtschaft zu stabilisieren. Die bei den Wahlen 2024 siegreiche demokratische Opposition unter Friedensnobelpreisträgerin María Corina Machado bleibt bei all dem bislang außen vor.

Der Kommandoaktion, die das Völkerrecht fundamental erschütterte, war eine systematische ökonomische und rechtliche Isolationskampagne vorausgegangen. Im Nachgang der nach Ansicht unabhängiger Beobachter eindeutig gefälschten venezolanischen Präsidentschaftswahlen im Juli 2024, deren offizielle Wahlprotokolle die Regierung trotz massiven Drucks aus Brasilien und der internationalen Gemeinschaft nie veröffentlichte, weigern sich die umliegenden Staaten, Maduros "Wahlsieg" anzuerkennen. Washington brandmarkt Maduro als Narco-Terroristen, setzt ein Kopfgeld von 50 Millionen US-Dollar auf ihn aus und beginnt im Dezember 2025 mit der Beschlagnahmung venezolanischer Öltanker in der Karibik, um die wichtigste wirtschaftliche Lebensader des Regimes abzuschnüren. Die diplomatischen Reaktionen auf diesen Eingriff in die Souveränität eines Nationalstaates fallen global drastisch aus und bergen erhebliches Konfliktpotenzial für das amerikanisch-chinesische Verhältnis. Die Volksrepublik China, die größte Abnehmerin von (oft verdeckt gehandeltem) venezolanischem Öl, verurteilt die Beschlagnahmung der Schiffe und die anschließende Festnahme scharf als "ernsthafte Verletzung internationalen Rechts" und "unilaterales Mobbing". Russland, ein weiterer enger Verbündeter Maduros, spricht von einem "Akt der bewaffneten Aggression", und fordert eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates. Internationale Sicherheitsexperten, wie William Wohlforth vom Dartmouth College, warnen zudem vor den gefährlichen Präzedenzwirkungen der Aktion: Wenn die USA ausländische Staatsoberhäupter militärisch absetzen, liefere dies China eine perfekte Blaupause für ein Vorgehen gegen die Führung Taiwans und rechtfertige nachträglich das russische Vorgehen in der Ukraine.

³³ Wörtlich: "This was an operation to aid law enforcement. The United States arrested two

narcotraffickers who are now going to stand trial in the United States for the crimes they committed against our people.", vgl. Rubio.

Ein tiefer Riss offenbart sich auch innerhalb Südamerikas selbst – eine historische Diskrepanz zwischen den ideologischen Grundsätzen der politischen Eliten und dem reinen Überlebenspragmatismus der breiten Bevölkerung. Auf der Ebene der Staatsoberhäupter stößt die US-Intervention auf nahezu einhellige Verurteilung. Der brasilianische Präsident Lula da Silva, der Maduros Wahlbetrug zwar kritisiert hatte, beharrt dennoch auf dem absoluten Prinzip der staatlichen Souveränität, lehnt jede bewaffnete Intervention als Vorboten einer "humanitären Katastrophe" ab und zieht direkte Parallelen zwischen Trumps Vorgehen und Wladimir Putins Invasion in der Ukraine. Ähnlich verurteilen der zu dem Zeitpunkt noch amtierende chilenische Präsident Gabriel Boric und die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum den Angriff mit scharfen Worten. Die demoskopische Realität in der Bevölkerung zeichnet jedoch ein anderes Bild. Regional durchgeführte Meinungsumfragen belegen eine deutliche Zustimmung zur Entführung Maduros durch die USA: 74 Prozent der Peruaner, 63 Prozent der Chilenen sowie absolute Bevölkerungsmehrheiten in Kolumbien, Brasilien, Argentinien und sogar im historisch US-kritischen Panama befürworten die Militäraktion^{34 35}.

Diese Befürwortung der "Donroe-Doktrin" an der Basis lässt sich nicht durch eine plötzliche Liebe zum US-Imperialismus erklären, sondern durch nackten Pragmatismus angesichts einer zermürbenden kontinentalen Krise. Die humanitäre Katastrophe in Venezuela, die seit dem Ölpreisverfall 2014 wütet, hat zur größten Migrationskrise in der Geschichte der Hemisphäre geführt. Von den acht Millionen geflohenen Venezolanern drängten sich fast sieben Millionen in die Nachbarländer, was die Sozialsysteme und Arbeitsmärkte insbesondere in Kolumbien, Peru und Chile belastet. Für die einfachen Bürger Südamerikas war Maduro, wie der chilenische Politologe Patricio Navia es formuliert, zu einem "lauten, störenden Nachbarn" geworden. "Als die "Polizei" (die USA) kommt, um ihn abzuholen, sagten Viele:

Endlich!"³⁶. Dieser demografische und generationsbedingte Wandel zeigt, dass die Erinnerungen an die schmerzhaften CIA-Interventionen des Kalten Krieges bei der jüngeren Bevölkerung verblassen und die Ablehnung von humanitären und wirtschaftlichen Krisen mittlerweile schwerer wiegt als ideologischer Anti-Amerikanismus.

Wenige Tage nach der Intervention der USA Anfang Januar waren wir für das ZDF nach Kolumbien gereist, um aus der Grenzstadt Cúcuta zu berichten³⁷. Die siebtgrößte Stadt Kolumbiens ist der wichtigste Verbindungspunkt zwischen den beiden Ländern. Ein großer Teil der Millionen Migranten kam in den letzten Jahren hier, meist zu Fuß, über die Grenze. Bis heute ist Cúcuta ein wichtiger Umschlagplatz im legalen und illegalen Warenverkehr. Das Grenzgebiet ist grundsätzlich ein gefährlicher Ort und bei Nacht eine absolute No-Go Area. Die Gegend wird beherrscht von Drogenkartellen, für die die unübersichtliche Grenzregion ein wichtiger Rückzugsort und ein Drehkreuz des Schmuggels ist. Für die internationale Presse dagegen ist Cúcuta in jenen Tagen der bestmögliche Ort, die Geschehnisse in Venezuela abzubilden. Eine legale Möglichkeit, direkt ins Land zu reisen, gibt es schließlich nicht.



Abb. 6: Kolumbianisches Militär an der Grenzbrücke zu Venezuela in Cúcuta (Quelle: Eigene Aufnahme, Januar 2026)

Das kolumbianische Militär hat seine Präsenz an der Grenze prophylaktisch leicht erhöht.

³⁴ Vgl. AtlasIntel

³⁵ Vgl. Bubola

³⁶ Ebd.

³⁷ Vgl. AJ vom 14.01.2026

Ansonsten aber herrscht der übliche kleine Grenzverkehr, der trotz all der Krisen die meisten Jahre über stattgefunden hat. Gefühlt jeder, der über die Grenzbrücke kommt, wurde von Journalisten nach der Lage und nach seinen Plänen befragt. Auch von uns. Viele zeigen sich erfreut über die Absetzung von Maduro. Doch ebenso viele geben sich enttäuscht, dass die USA zwar den Präsidenten, nicht aber das herrschende Regime entfernt haben.

Entlang der Straße, die die venezolanische Grenze mit dem kolumbianischen Hinterland verbindet, zieht sich eine eindeutige Spur. Der Straßenrand ist übersät von kaputten Schuhen, zerrissenen Taschen und Lebensmittelverpackungen, auf denen manchmal die Logos von Hilfsorganisationen zu erkennen sind. Es ist der Weg, den Millionen von Menschen genommen haben. Immer wieder sieht man kleine Gruppen, oft Familien mit Kindern, die gen Westen gehen. Anfang Januar aber sehen wir vereinzelt auch Menschen, die in die andere Richtung nach Venezuela laufen. Wir treffen Jefferson, Williards und Irvin. Ihre Nachnamen möchten sie nicht veröffentlicht sehen. Sie haben sich entlang des Weges getroffen und eine Zweckgemeinschaft gebildet. Gemeinsam ist es leichter, Essen zu organisieren, und wenn sie nachts unter freiem Himmel kampieren müssen, können sie besser aufeinander aufpassen. Sie besitzen nur das, was sie tragen können. Hose, T-Shirt, eine leichte Jacke und einen Rucksack mit wenigen Habseligkeiten. Williards läuft seit Tagen nur noch in Badeschlappen, nachdem seine Turnschuhe endgültig verschlissen waren. Sie alle sind Anfang 30. Jefferson erzählt, er habe bereits vor zwei Jahren seine Heimat verlassen und sei seitdem nirgendwo angekommen.

Bis in die USA habe er es geschafft, sei aber dann von Beamten der Einwanderungsbehörde ICE aufgegriffen und abgeschoben worden. Es ist unmöglich diese Angaben zu verifizieren, aber sie erzählen lange, plausible Fluchtgeschichten, wie es sie zuhauf gibt: voller Gefahren, Entbehrungen und einem ständigen Wechsel aus

Ängsten, Enttäuschungen und neuer Hoffnung.



Abb. 7: Die Venezolanischen Migranten Williards und Irvin warten auf Jefferson, kurz vor dem Übergang nach Venezuela (Quelle: Eigene Aufnahme, Januar 2026)

Mit den Geschichten der Drei, allein vom Weg durch Mittelamerika, könnte man ganze Bücher füllen: Der Weg durch den Darién Gap, dem letzten Stück Dschungel zwischen Kolumbien und Panama, durch das keine Straße führt, wo Drogenkartelle die Migranten belauern und einige spurlos verschwinden. In Mexiko, wo dieselben Kartelle Migranten ausrauben, gar ermorden, oder Mitreisende umkommen, weil sie beim Aufspringen auf die Güterzüge unter die Räder geraten, wie Jefferson und Williards, sichtlich traumatisiert berichten. Zum Jahreswechsel seien alle drei auf dem Weg nach Chile gewesen, als sie von der Inhaftierung Maduros hörten. Sie hätten sofort kehrt gemacht und würden seitdem so schnell laufen, wie sie könnten, um zurück nach Venezuela zu gelangen. “Wir sind auf dem Rückweg zu unseren Familien”, sagt Jefferson. “Nach allem, was wir hören, ändert sich das Land ja jetzt. Wir wollen so schnell wie möglich nach Hause kommen, damit es wieder gut wird in unserem Land, mit der Hilfe von Donald Trump”.³⁸ Für unsere Reportage begleiten wir sie einen Tag und eine Nacht bis an die Grenze. Wenige Tage später meldet sich Jefferson noch einmal, er sei gut angekommen. Wie es ihnen heute geht, ist nicht bekannt, der Kontakt ist abgebrochen.

³⁸ Ebd.

In einem größeren Rahmen aber ist die von manchen erwartete Rückkehrwelle von geflüchteten Venezolanern bisher ausgeblieben. Internationale Organisationen verzeichnen inzwischen zwar eine leichte Trendwende bei der Migrationsbewegung in Richtung Rückkehr nach Venezuela. Als Hauptursache nennen sie aber nicht die Lage in Venezuela, sondern eine restriktivere Migrationspolitik der Empfängerländer, allen voran der USA.

Einen nicht zu unterschätzenden Effekt hatte die US-Intervention in den übrigen Ländern Südamerikas. Hinter den verschlossenen Türen der Generalstäbe der Region – von Brasília über Bogotá bis Santiago – dürfte seither eine fundamentale Debatte über die eigene Verteidigungsfähigkeit geführt werden. Das Gefühl der Verwundbarkeit ist so akut wie seit Jahrzehnten nicht mehr.³⁹ Südamerikanische Streitkräfte sind traditionell auf konventionelle, regionale Konflikte oder interne Sicherheitsaufgaben (wie Guerillabekämpfung oder Antidrogenkampf) ausgerichtet. Gegen die kombinierte Cyber-, elektronische Kampfführung und die Präzisionswaffen der USA hat keine Armee des Kontinents ein echtes Gegenmittel. Eine Konsequenz ist die offene Debatte über die künftige Ausrichtung der brasilianischen Militärstrategie.^{40 41} In internen Analysen, unter anderem aus Kreisen des brasilianischen Verteidigungsministeriums, wird gewarnt, dass die USA einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen haben. Präsident Lula da Silva hatte sich ähnlich bereits am Tag der Intervention geäußert.⁴² Wenn die Bekämpfung des organisierten Verbrechens oder geopolitische Interessen ausreichen, um eine völkerrechtswidrige Invasion ohne UN-Mandat zu begründen, ist theoretisch kein Staat der Region mehr sicher vor einseitigen Interventionen. Zusätzlich befeuert wird diese Sorge durch den Beschluss der US-Regierung vom 28. Mai 2026, die beiden brasilianischen Verbrecherorganisationen Comando Vermelho (CV) und den Primeiro Comando da Capital (PCC) offiziell als globale Terrororganisationen

einzustufen (s.o.). Völkerrechtler und die brasilianische Führung befürchten, dass die USA diese Klassifizierung nutzen könnten, um im Extremfall einseitige Drohnenangriffe oder Spezialoperationen auf brasilianischem Boden als Akt der Selbstverteidigung zu rechtfertigen, falls sie die brasilianischen Behörden als "unwillig oder unfähig" zur Bekämpfung der Gruppen einstufen.

10 Die Petro-Ökonomie im Spannungsfeld: Guyana und Venezuela

Eng verknüpft mit der venezolanischen Staatskrise ist die Verschiebung der globalen Energiemärkte hin zur Nordküste Südamerikas. Die Entdeckung massiver Tiefsee-Ölreserven vor der Küste Guyanas (der sogenannte Stabrock-Block) im Jahr 2015 hat das kleine Land zu einem der am schnellsten wachsenden Ölproduzenten der Welt gemacht. Dieser Boom schafft eine neue Gemengelage, in der westliche Ölkonzerne, territoriale historische Streitigkeiten und die US-Außenpolitik miteinander verflochten sind.

Venezuela beansprucht seit dem 19. Jahrhundert rund zwei Drittel des guyanischen Staatsgebiets – die ressourcenreiche Region westlich des Essequibo-Flusses. Der Streit wird inzwischen vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) verhandelt. Obwohl Analysten erwarten, dass das Gericht zugunsten Guyanas entscheiden wird, weigert sich Caracas, die Jurisdiktion des IGH überhaupt anzuerkennen, wie die eigens nach Den Haag gereiste Interimspräsidentin Delcy Rodríguez im Mai 2026 persönlich vor Gericht erklärte. Für Guyana ist das Verfahren dagegen von existenzieller Bedeutung, um seine Grenzen völkerrechtlich zu sichern.

Die USA agieren in diesem Dreieck nicht als unparteiischer Vermittler. Ihre Rolle ist vielmehr die eines strategischen Schutzschildes für Guyana, gekoppelt mit einem ausgeprägten Ressourcen-Pragmatismus. Während das US-

³⁹ Vgl. Chivvis / Stuenkel

⁴⁰ Vgl. Fundação FHC

⁴¹ Vgl. Ioris

⁴² Vgl. Agencia Brasil

Südkommando (SOUTHCOM) Guyana militärisch absichert, setzt Washington auf die Stabilisierung seiner eigenen Energiesicherheit. Nach dem Machtwechsel in Caracas konzentrieren sich die USA auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Region. De facto stabilisierend wirkt ausgerechnet die Konkurrenz zweier US-Ölkonzerne, ExxonMobil und Chevron.

Während ExxonMobil nach der radikalen Verstaatlichungswelle seiner venezolanischen Anlagen durch den damaligen Präsidenten Hugo Chávez in den 2000er Jahren das Land verließ und sich auf die Exploration in Guyana konzentrierte (was den Stabroek-Fund ermöglichte), wählte Chevron einen anderen Weg. Chevron blieb in Venezuela präsent und festigte diese Position 2025 durch eine Milliardenübernahme des auch in Guyana aktiven Konkurrenten Hess, wodurch der Konzern plötzlich in beiden Ländern – im venezolanischen Orinoco-Gürtel und im guyanischen Stabroek-Block – investiert ist. Seit dem Frühjahr 2026 verhandelt Exxon mit der venezolanischen Regierung über eine Rückkehr nach Venezuela. Auch wenn der Anspruch Venezuelas auf die Essequibo in Guyana weiter Staatsräson bleibt, ist es im Interesse aller drei beteiligten Staaten, dass der Status Quo erhalten bleibt, da sowohl Venezuela als auch Guyana von den Milliardeninvestitionen der US-Konzerne profitieren, während die USA ihre Petro-Hegemonie in boomenden Region zementieren.

11 Fazit

Die tiefgreifenden geopolitischen, militärischen und außenpolitischen Umwälzungen in Südamerika von Anfang 2024 bis zur Mitte des Jahres 2026 manifestieren einen Kontinent, der sich im Zustand eines historischen und beschleunigten Umbruchs befindet. Die Region agiert als eine Art politisches Laboratorium, in dem die Erschöpfung demokratischer Versprechen auf die rohe Gewalt globaler Machtpolitik trifft. Die „Krise der Plausibilität“ hat gezeigt, dass rein auf makroökonomisches Wachstum und Marktliberalismus basierende Entwicklungsmodelle nicht in der Lage sind,

nachhaltige soziale Integration und die Überwindung der extremen Ungleichheiten zu schaffen.

Die aggressive Renaissance eines kaum verhüllten US-amerikanischen Imperialismus in Form der "Donroe-Doktrin", untermauert durch militärischen Druck, das Entfachen erratischer Zollkriege und gipfelnd in der Entführung eines amtierenden Staatsoberhauptes in Venezuela, hat paradoxerweise nicht zu der von Washington erhofften bedingungslosen Unterwerfung der Hemisphäre geführt. Vielmehr hat dieser unilaterale Druckmechanismus die strukturelle geoökonomische Integration der Region in die Einflussosphäre Pekings deutlich beschleunigt und die seit Jahrzehnten ein Freihandelsabkommen verhandelnde EU zumindest aufgeschreckt.

Bislang sind die südamerikanischen Reaktionen auf die Supermacht-Rivalität tief gespalten. Die eine Achse wird durch eine radikale, fast bedingungslose Ausrichtung auf die USA charakterisiert, repräsentiert durch das Argentinien Javier Mileis und ideologisch flankiert von Chile unter José Antonio Kast. Demgegenüber navigieren Staaten wie Brasilien unter Lula da Silva, die hartnäckig auf strategischer Autonomie und Blockfreiheit pochen, erfolgreich, aber riskant in einem ständigen Minenfeld aus US-Einmischung und Chinas geoökonomischer Anziehungskraft.

Für die Europäische Union ergibt sich die klare strategische Notwendigkeit, endlich geeint zu handeln. Südamerika dürfte aufgrund seiner demokratischen Traditionen und kulturellen Nähe zu Europa nicht unbedingt das Potenzial haben, zu einem ideologischen Antagonisten der freien Welt zu werden. Die Gefahr besteht aber, dass die Region – aus purer ökonomischer Notwendigkeit und als Reaktion auf die US-Aggression – in die Arme autokratischer Systeme getrieben wird, sofern ihr keine funktionierenden, wertebasierten Alternativen geboten werden.

Südamerika befindet sich auf dem Weg von einem passiven, ohnmächtigen Nebenschauplatz globaler Konflikte zum aktiven, opportunistischen und einflussreichen Gestalter

der neuen multipolaren Weltordnung. Wenn Europa in dieser kritischen Phase als verlässlicher Partner auftritt, der auf Basis von Augenhöhe, Respekt vor dem Völkerrecht und fairem Freihandel agiert, kann Südamerika zu einem unverzichtbaren strategischen Verbündeten der EU werden. Diese transatlantische Partnerschaft ist von entscheidender Bedeutung, um europäische Lieferketten für die Zukunft abzusichern, die bipolare Erpressungslogik zwischen den USA und China zu durchbrechen und den verbliebenen demokratischen Kräften in

Lateinamerika das notwendige ökonomische Fundament zu bieten, um den eigenen institutionellen Verfall aufzuhalten. Ob die südamerikanischen Demokratien, die in den vergangenen Jahrzehnten nach dem Ende der Militärdiktaturen der 1960er - 1980er Jahre mühsam aufgebaut wurden, dem doppelten Druck aus innerem Populismus und äußerer Großmachtkonkurrenz mit Europas Hilfe standhalten werden, ist die Schicksalsfrage für Südamerika in den kommenden Jahren.

Quellenverzeichnis

Agencia Brasil: Lula condemns attacks on Venezuela, Brazilian diplomats discuss crisis, 03.01.2026, Online:

<https://agenciabrasil.ebc.com.br/en/international/noticia/2026-01/lula-condemns-attacks-venezuela-brazilian-diplomats-discuss-crisis>

AtlasIntel Umfrage zur US-Intervention (Januar 2026), Online:

<https://www.poder360.com.br/poder-internacional/601-dos-latino-americanos-aprovam-acao-dos-eua-contra-maduro/>

Bertelsmann Transformation Index Lateinamerika und Karibik 2026, Online:

<https://bti-project.org/de/reports/lateinamerika-und-karibik> (2026).

Bubola, Emma: "Majority of Latin Americans Endorsed Trump's Raid in Venezuela, Polls Show", New York Times, 21.01.2026, Online:

<https://www.nytimes.com/2026/01/21/world/americas/latin-america-venezuela-us-raid-maduro-polls.html>

CBC News: A veteran diplomat explains the 'Donroe Doctrine', 13.01.2026, Online:

<https://www.cbc.ca/radio/frontburner/a-veteran-diplomat-explains-the-donroe-doctrine-transcript-9.7044160>

Chivvis, Christopher S. / Stuenkel, Oliver:

"Does Trump Understand America's Real Interests in Venezuela?", Carnegie Podcast,

13.01.2026, Online:

<https://carnegieendowment.org/podcasts/pivotal-states-podcast/does-trump-understand-americas-real-interests-in-venezuela>

FOPEA "El insulto como estrategia." vom 8.01.2026, Online: <https://fopea.org/fopea-presenta-el-insulto-como-estrategia/>

Fundação Fernando Henrique Cardoso (Fundação FHC): Online: O contexto global e os desafios à defesa nacional, 09.03.2026, Online: <https://fundacaofhc.org.br/debate/o-contexto-global-e-os-desafios-a-defesa-nacional/>

Giménez, Susana y Javier Milei: la entrevista completa al Presidente, 30.09.2024, Online: <https://www.youtube.com/watch?v=iCgzZEFg9XQ>

Ioris, Rafael R.: "Latin America's Mixed Reactions to Trump's Venezuela Intervention", in New Lines Magazine, 15.01.2026, Online:

<https://newlinesmag.com/argument/latin-americas-mixed-reactions-to-trumps-venezuela-intervention/>

KAS-Auslandsinformationen, Henning Suhr:

Lateinamerikas Parteienlandschaft rückt nach rechts (2026), Online:

<https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/lateinamerikas-parteienlandschaft-rueckt-nach-rechts> (2.4.2026.)

- Observatório Lupa: Panorama da Desinformação no Brasil, 050.02.2026, Online:
<https://www.agencialupa.org/observatorio/2026/02/05/i-panorama-da-desinformacao-no-brasil-padroes-estrategias-e-impacto/>
- Röckerath, Christoph: Argentinien: Diskussion um Reformen des Präsidenten Javier Milei, in ZDF heute-journal vom 11.5.2024 (nicht mehr Online verfügbar)
- Röckerath, Christoph: Warum Trump Brasilien droht, in: ZDF Auslandsjournal (AJ) vom 13.08.2025, Online:
<https://www.zdf.de/video/magazine/auslandsjournal-138/auslandsjournal-vom-13-august-2025-100>
- Röckerath, Christoph: Argentinien: ungelöste Probleme, in: ZDF Auslandsjournal (AJ) vom 22.10.2025, Online:
<https://www.zdf.de/video/magazine/auslandsjournal-138/auslandsjournal-vom-22-oktober-2025-100>
- Röckerath, Christoph: Razzia in Rio, in ZDF Auslandsjournal (AJ) vom 26.11.2025, Online:
<https://www.zdf.de/video/magazine/auslandsjournal-138/auslandsjournal-vom-26-november-2025-100>
- Röckerath, Christoph: Angst an der Wahlurne, in: ZDFheute, 14.12.2025, Online:
<https://www.zdfheute.de/politik/ausland/praesidenten-stichwahl-chile-kast-jara-100.html>
- Röckerath, Christoph: Chile vor Stichwahl um das Präsidentenamt, in ZDF heute-Nachrichten vom 13.12.2025, Online:
<https://www.zdfheute.de/video/heute-nachrichten/heute-19-uhr-vom-13-dezember-2025-100.html>
- Röckerath, Christoph: Venezuela - Chaos oder Neuanfang?, in ZDF Auslandsjournal (AJ) vom 14.01.2026, Online:
<https://www.zdf.de/video/magazine/auslandsjournal-138/auslandsjournal-vom-14-januar-2026-100>
- Rubio, Marco: Testimony before the Senate Foreign Relations Committee, 28.01.2026, Online:
https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/cede1b59-f889-9d54-0dd6-dce43f60d9bc/012826_Rubio_Testimony.pdf
- Rufo, Mauricio: Crisis of Plausibility (2026), Online:
<https://phenomenalworld.org/analysis/crisis-of-plausibility/> (11.3.2026)
- Sabatini, Christopher: Trump's 'Shield of the Americas' coalition is destined to fail, Chatham House, 1.04.2026, Online:
<https://www.chathamhouse.org/2026/03/trumps-shield-americas-coalition-destined-fail>
- Sozzo, Máximo: Populismo punitivo, proyecto normalizador y "prisión-depósito" en Argentina (2009), Online:
<https://revistaseletronicas.pucrs.br/sistemape naleviolencia/article/view/6632>
- Stuenkel, Oliver: "Spheres of Illusion", in: The Ideas Letter, 28.05.2026, Online:
<https://www.theideasletter.org/essay/spheres-of-illusion/>
- Sweigart, Emilie: "Brazil: A 2026 Snapshot", in Americas Quarterly, 20.01.2026, Online:
<https://www.americasquarterly.org/article/brazil-a-2026-snapshot/>
- Waisbord, Silvio: "El Presidente Troll", in Anfibia, 26.1.2024, Online:
<https://www.revistaanfibia.com/milei-el-presidente-troll/>

MARTIN DOEVEN SPECK & KAMAL DONKO

Bewaffnete Konflikte in Westafrika: Gewalt in den Grenzregionen der Sahel- und Küstenstaaten am Beispiel von Benin

1 Einleitung

Über ein Jahrzehnt lang galten vor allem Mali, Burkina Faso und Niger als Schauplätze bewaffneter Konflikte im westafrikanischen Sahel. Während sich dort staatliche Kontrolle zunehmend fragmentierte und terroristische Gruppierungen territoriale Einflusszonen etablierten, blieb die Republik Benin als politisch vergleichsweise stabiler Küstenstaat lange außerhalb der unmittelbaren Wahrnehmung internationaler Sicherheitsdebatten. Diese Wahrnehmung hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Seit 2019 häufen sich im Norden Benins bewaffnete Angriffe auf staatliche Sicherheitskräfte, lokale Autoritäten sowie auf die Zivilbevölkerung. Die Grenzregionen zu Burkina Faso und Niger und hier insbesondere die Departements Alibori und Atacora, sind zunehmend in eine Dynamik eingebunden, die ihren Ursprung im Sahel hat, sich nun jedoch in spezifischer Weise materialisiert (Donko & Doevenspeck 2025). Der vorliegende Beitrag analysiert diese Entwicklung und verortet sie in einem größeren Zusammenhang von Konflikten in westafrikanischen Grenzräumen. Im Zentrum steht die Frage, wie Gewalt in Grenzregionen räumlich organisiert ist, wie bewaffnete Gruppen territoriale Kontrolle ausüben und welche Auswirkungen diese Prozesse auf lokale Ordnungsstrukturen und Alltagspraktiken haben (McGregor & Chatelard 2022). Die gegenwärtige Eskalation kann nicht als bloße Ausbreitung von Terrorismus aus dem Sahel verstanden werden, sondern ist auch Ausdruck einer räumlichen Reorganisation von Herrschaft, in der

staatliche Souveränität fragmentiert, infrastrukturell unterlaufen und durch hybride, teils gewaltsame Ordnungsformen überlagert wird.



Abb. 1: Bewaffnete Konflikte (Quelle: eigene Aufnahme)

Theoretisch knüpft der Beitrag an die politischen Geographien von Grenzen und Gewalt an (Korf et al 2013). Grenzräume werden in dieser Perspektive nicht als periphere Randzonen staatlicher Territorien verstanden, sondern als relational produzierte Räume, in denen sich unterschiedliche Souveränitätsansprüche, Mobilitätsregime und Sicherheitslogiken überlagern (Brambilla & Jones 2020). Grenzen sind dabei nicht nur Linien, sondern soziale und politische Räume, in denen staatliche Kontrolle, informelle Ökonomien, lokale Autoritäten und transnationale Netzwerke miteinander verflochten sind. Gerade in Regionen schwacher oder selektiver Staatlichkeit können

Grenzräume zu strategischen Knotenpunkten werden, in denen alternative Formen von Governance entstehen. Die Geographien der Gewalt erweitern diese Perspektive, indem sie Gewalt nicht allein als destruktives Ereignis, sondern als räumliche Praxis begreifen (Korf & Schetter 2015). Gewalt organisiert Territorien, kontrolliert Mobilitäten, reguliert Märkte und produziert neue Machtordnungen. Bewaffnete Gruppen greifen staatliche Symbole an, erheben Abgaben und etablieren parallele Rechtssysteme. Solche Praktiken sind nicht zufällig, sondern folgen einer territorialen Logik, die insbesondere in schwer zugänglichen Grenz- und Schutzgebieten wirksam wird. Der grenzüberschreitende W-Arly-Pendjari-Nationalparkkomplex im Dreiländereck zwischen Benin, Burkina Faso und Niger stellt hierfür ein paradigmatisches Beispiel dar: Als formal geschützter Naturraum ist er zugleich Rückzugs-, Transit- und Operationsraum bewaffneter Gruppen geworden.

Zugleich wäre eine rein makrostrukturelle Betrachtung unzureichend. Grenzräume sind nicht nur Schauplätze militärischer Auseinandersetzungen, sondern Lebensräume von Bevölkerungen, die in komplexen Sicherheitslandschaften navigieren. Eine subalterne Geopolitik (Sharp 2011) alltäglicher Sicherheit lenkt den Blick auf Alltagspraktiken, Schweigen, Anpassung, informelle Informationsweitergabe und ambivalente Formen der Komplizenschaft. In Kontexten fragmentierter Staatlichkeit entwickeln lokale Akteure Strategien des Überlebens, die weder eindeutig oppositionell noch eindeutig loyal sein müssen. Diese Mikropraktiken sind integraler Bestandteil der räumlichen Neuordnung von Gewalt.

Empirisch basiert der Beitrag auf einer seit 2019 laufenden Feldforschung in den Grenzregionen Nordbenins sowie angrenzenden Gebieten in Burkina Faso und Niger bei der leitfadengestützte Interviews und informelle Gespräche mit lokalen Autoritäten, Sicherheitsakteuren, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, Händlerinnen, Pastoralisten, religiösen Autoritäten und Verwaltungsangestellten geführt wurden. Ergänzt wurden diese durch Fokusgruppendifkussionen, teilnehmende Beobachtungen sowie durch die Analyse von Konfliktdaten und Kartierungen grenzüberschreitender Mobilitäten. In Verbindung mit den skizzierten theoretischen Perspektiven erlaubt dieser qualitative Ansatz, die Dynamik in Nordbenin als sicherheitspolitisches Problem, und

räumlichen Transformationsprozess zu analysieren. Dabei zeigt sich, dass Gewalt in den Grenzregionen drei ineinandergreifende Ebenen umfasst: Erstens eine territoriale Ebene, auf der bewaffnete Gruppen Mobilitätskorridore, Infrastrukturen und Schutzgebiete strategisch nutzen; zweitens eine ökonomische Ebene, auf der informelle Handelsnetzwerke, Schutzgelder und religiös legitimierte Abgaben neue Abhängigkeitsverhältnisse erzeugen; und drittens eine alltagspraktische Ebene, auf der lokale Bevölkerungen zwischen staatlichen Sicherheitskräften und nichtstaatlichen Gewaltakteuren navigieren.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Zunächst wird die Entwicklung bewaffneter Konflikte im Sahel skizziert und die zentrale Rolle von Grenzräumen als Gewaltknotenpunkte herausgearbeitet. Anschließend analysieren wir die territoriale Neuordnung in Nordbenin und die spezifischen Strategien bewaffneter Gruppen im Kontext des W-Arly-Pendjari-Komplexes. Kapitel 4 widmet sich den ökonomischen Dimensionen der Gewalt, insbesondere informellen Grenzökonomien und Ressourcenkonflikten. Darauf aufbauend werden subalterne Strategien wie Schweigen, Anpassung und erzwungene Komplizenschaft untersucht. Das abschließende Kapitel fasst die Ergebnisse zusammen und diskutiert ihre Bedeutung für eine geographiedidaktische Auseinandersetzung mit Gewalt, Grenzräumen und fragmentierter Staatlichkeit.

Wir argumentieren, dass die Gewalt in Nordbenin nicht als randständiges Phänomen, sondern als Teil einer umfassenden Reorganisation westafrikanischer Grenzräume zu verstehen ist. Diese Räume sind weder unregiert, noch ausschließlich von einem Machtvakuum geprägt. Vielmehr entstehen hybride Ordnungen, in denen staatliche, nichtstaatliche und lokale Akteure um territoriale Kontrolle, ökonomische Ressourcen und normative Deutungshoheit konkurrieren (Iocchi & Baldaro 2024, Sowale & Ukeje 2025). Eine geographische Perspektive, die Grenzräume als dynamische und umkämpfte Räume begreift, kann daher gegenwärtige Entwicklungen analytisch fassen und didaktisch fruchtbar machen.

2 Instabiler Sahel

Die gegenwärtige Dynamik in Nordbenin lässt sich nur vor dem Hintergrund der seit mehr als einem Jahrzehnt eskalierenden Gewalt im westlichen Sahel verstehen. Seit dem Zerfall staatlicher Ordnung in Nordmali im Jahr 2012 im Zuge des Sturzes von Muammar al-Gaddafi hat sich ein zunächst lokal begrenzter Aufstand zu vielfältigen, grenzüberschreitenden Konflikten ausgeweitet (Walther & Miles 2018), deren Eindämmung weitestgehend gescheitert ist (Raleigh et al 2021, Sandor et al 2024). Insbesondere Liptako-Gourma, das Dreiländereck zwischen Mali, Burkina Faso und Niger, entwickelte sich zu einem Rückzugsgebiet terroristischer Gruppen und kriminelle Netzwerke und zu einem Zentrum bewaffneter Auseinandersetzungen in der Region. Diese Entwicklung ist nicht allein durch die Präsenz ideologisch motivierter Gruppen erklärbar. Vielmehr verweist sie auf strukturelle Bedingungen, die Grenzräume im Sahel seit Jahrzehnten prägen: politische Marginalisierung, selektive Staatlichkeit, ökonomische Peripherisierung und historisch gewachsene Mobilitätspraktiken. Koloniale Grenzziehungen trennten vormals zusammenhängende soziale, wirtschaftliche und kulturelle Räume, ohne jedoch die grenzüberschreitenden Mobilitäten von Menschen, Waren und Ideen zu unterbrechen (Nugent 2019). Nach der Kolonialzeit blieb staatliche Präsenz in vielen Grenzregionen punktuell und infrastrukturell schwach ausgeprägt. Schulen, Gesundheitszentren, Verkehrswege und Verwaltungseinrichtungen konzentrierten sich häufig in urbanen Zentren, während periphere Grenzräume von Investitionen weitgehend ausgeschlossen blieben. Grenzräume im Sahel sind daher nicht als leere Räume zu begreifen, sondern als Zonen selektiver Staatlichkeit. Staatliche Kontrolle war historisch oft auf symbolische Präsenz beschränkt: Grenzposten, Verwaltungsgebäude oder vereinzelte Militärstützpunkte. Gleichzeitig existierten dichte informelle Netzwerke von Händlern, mobilen Viehhaltern, religiösen Autoritäten und lokalen Eliten, die grenzüberschreitende Verbindungen organisierten und regulierten. Diese Überlagerung formeller und informeller Ordnungen bildet einen zentralen Ausgangspunkt für das Verständnis der gegenwärtigen Gewalt.

Angefangen in Nordmali verschob sich das Machtgefüge in diesen Grenzräumen grundlegend. Dschihadistische Gruppierungen, zunächst in

wechselnden Allianzen mit separatistischen Tuareg-Bewegungen, nutzten bestehende Mobilitätskorridore und informelle Handelsrouten, um territoriale Kontrolle auszuweiten. In der Folge etablierten sich Koalitionen wie Jama'at Nusrat al-Islam wal Muslimin (JNIM), während sich konkurrierende Fraktionen mit dem sogenannten „Islamischen Staat in der Großsahara“ (ISGS) verbündeten (OECD/SWAC 2022). Die Gewalt verlagerte sich zunehmend in grenznahe Gebiete, die aufgrund ihrer topographischen Beschaffenheit, geringen Bevölkerungsdichte und begrenzten staatlichen Kontrolle strategische Vorteile boten (Doevenspeck et al 2023). Aus Perspektive der Border Studies wird hier sichtbar, dass Grenzen nicht als stabile Linien, sondern als dynamische borderscapes fungieren (Brambilla & Jones 2020). Bewaffnete Gruppen operieren transnational, während staatliche Sicherheitsapparate primär innerhalb nationaler Jurisdiktionen agieren. Diese asymmetrische Mobilität verschafft nichtstaatlichen Akteuren einen strategischen Vorteil, wenn sie Angriffe durchführen und sich anschließend über schwer kontrollierbare Grenzen zurückziehen können. Grenzräume werden so zu Rückzugs-, Rekrutierungs- und Versorgungsräumen.

Gleichzeitig entfaltet Gewalt eine territoriale Logik. Sie richtet sich nicht zufällig gegen Ziele, sondern konzentriert sich auf Infrastrukturen, Verwaltungszentren, Sicherheitskräfte und wirtschaftlich relevante Knotenpunkte. Straßenblockaden, Angriffe auf Militärkonvois, die Zerstörung von Schulen oder die Erhebung von Abgaben dienen nicht nur der Einschüchterung, sondern der Neuordnung von Raum. Gewalt wird zum Instrument der Regulierung von Mobilität und Ökonomie. In vielen Regionen Zentralmalis und dem Norden von Burkina Faso führten solche Praktiken zur Etablierung parastaatlicher Strukturen: bewaffnete Gruppen schlichteten Landkonflikte, erhoben religiös legitimierte Abgaben (zakāt), kontrollierten Märkte und regelten Weiderechte. Die Konzentration der Gewalt im Liptako-Gourma-Raum verdeutlicht die zentrale Rolle von Grenzräumen als Knotenpunkte transnationaler Aufstände. Konflikte eskalieren besonders dort, wo staatliche Sicherheitsapparate fragmentiert sind und wo alternative Autoritäten wie religiöse Führer, Milizen, kriminelle Netzwerke bereits zuvor Einfluss ausübten. Die Militarisierung der Gesellschaft, etwa durch die Bewaffnung lokaler Selbstverteidigungsgruppen in Burkina Faso, verstärkte diese

Dynamik zusätzlich. Parallel dazu trugen Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte in einigen Regionen zur weiteren Entfremdung der Bevölkerung bei und schufen Rekrutierungsanreize für bewaffnete Gruppen.

Die Konfliktdynamik im Sahel ist somit weder ausschließlich ideologisch noch ausschließlich kriminell motiviert. Sie ist eingebettet in komplexe Gefüge aus Ressourcenkonflikten, Landnutzungsfragen, ethnischen Spannungen und ökonomischer Marginalisierung. Besonders Konflikte zwischen pastoralistischen und agrarischen Gemeinschaften wurden in mehreren Regionen politisiert und von bewaffneten Akteuren instrumentalisiert. Während sich die internationale Aufmerksamkeit lange auf Mali konzentrierte, griff die Gewalt ab 2017 zunehmend nach Burkina Faso und in westliche Regionen Nigers über. In Burkina Faso etwa stieg die Zahl gewaltsamer Vorfälle drastisch an; große Teile des Staatsgebiets unterliegen heute faktisch keinerlei staatlicher Kontrolle. Besonders betroffen waren die südöstlichen und südwestlichen Grenzregionen – also jene Gebiete, die unmittelbar an Benin, Togo, Ghana und die Elfenbeinküste angrenzen. Diese Verschiebung markiert eine entscheidende Phase: Die Gewalt überschritt nicht nur symbolisch, sondern praktisch die Grenze zwischen Sahel- und Küstenstaaten. Grenzüberschreitende Schutzgebiete wie der W-Arly-Pendjari-Komplex wurden zu strategischen Räumen, in denen bewaffnete Gruppen logistische Infrastrukturen aufbauen und Mobilität sichern konnten. Von

dort aus intensivierten sich Überfälle, Entführungen und Angriffe auf Sicherheitskräfte in Nordbenin.

Die Ausweitung der Gewalt in Richtung Küstenstaaten ist daher nicht als isolierte Entwicklung zu verstehen, sondern als Teil einer regionalen Transformation von Grenzräumen. Der Sahel fungiert dabei als Gewaltlabor, in dem sich neue Formen territorialer Kontrolle, hybrider Governance und grenzüberschreitender Aufstände herausgebildet haben. Diese Praktiken werden nicht unverändert exportiert, sondern in neuen Kontexten angepasst und transformiert. Für das Verständnis Nordbenins bedeutet dies zweierlei: Erstens sind die dortigen Entwicklungen ohne die regionale Dynamik des Sahel nicht erklärbar. Zweitens jedoch reproduziert Nordbenin nicht einfach das Muster des Lip-tako-Gourma-Raums, sondern weist spezifische politische, soziale und ökonomische Konstellationen auf, die die Ausprägung der Gewalt beeinflussen. Der Übergang vom Sahel in die Küstenstaaten ist somit kein linearer Prozess, sondern eine räumliche Neuverhandlung von Herrschaft in Grenzlandschaften. Vor diesem Hintergrund richtet sich der Blick im folgenden Kapitel auf Nordbenin selbst, um zu verstehen, wie sich die im Sahel entwickelten Gewaltpraktiken in den Grenzregionen Benins materialisieren, welche territorialen Strategien bewaffnete Gruppen verfolgen und in welcher Weise staatliche und lokale Akteure darauf reagieren.

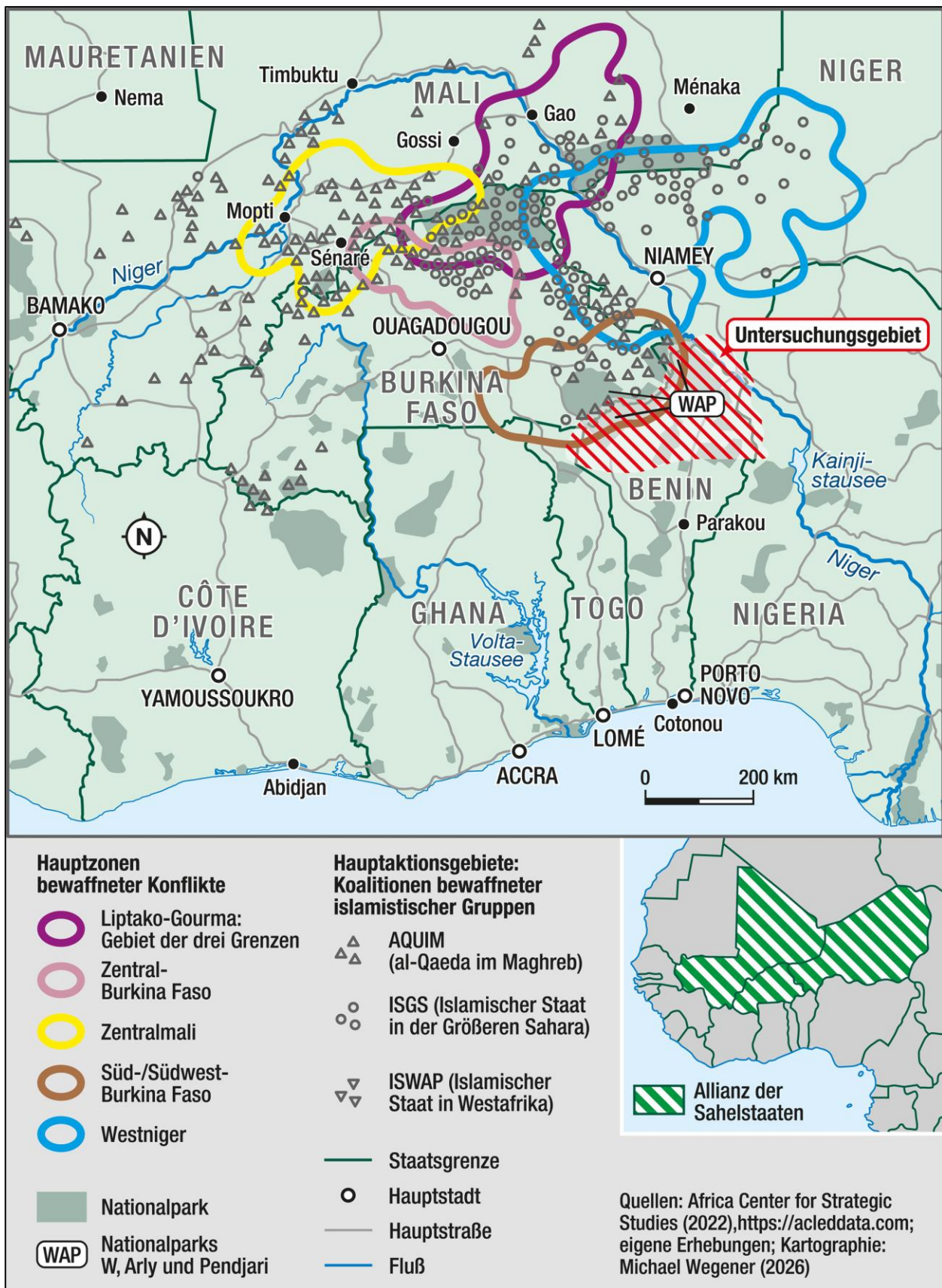


Abb. 2: Hauptzonen bewaffneter Konflikte und Hauptaktionsgebiete (Quelle: Africa Center for Strategic Studies 2022)

3 Transnational verflochtene Gewalt und räumliche Transformation in Nordbenin

Von der Ausdehnung der Gewalt im westlichen Sahel auf die nördlichen Grenzregionen Benins sind die Departements Alibori und Atacora, die an Burkina Faso und Niger angrenzen und große Teile des grenzüberschreitenden W-Arly-Pendjari-(WAP)-Komplexes umfassen, besonders betroffen. Die Eskalation in Nordbenin ist nicht als plötzlicher Bruch, sondern als gradueller Prozess zu verstehen. Zunächst wurden einzelne Angriffe auf Sicherheitskräfte auch mit improvisierten Sprengsätzen registriert, später folgten Anschläge auf Ranger-Posten in Schutzgebieten und gezielte Attacken Militäreinrichtungen und staatliche Repräsentanten. Diese Entwicklung verweist auf eine zunehmende Verdichtung bewaffneter Aktivitäten in der Grenzregion, ohne dass bislang von einer flächendeckenden Kontrolle gesprochen werden kann.

Die in Nordbenin aktiven Gruppen sind eng mit den im Sahel operierenden Netzwerken verflochten. Insbesondere die al-Qaida-nahe Koalition Jama'at Nusrat al-Islam wal Muslimin (JNIM) spielt eine zentrale Rolle. Innerhalb dieses Verbundes operieren verschiedene Katibas (Brigaden), die regional unterschiedliche Schwerpunkte setzen. An der Grenze zu Burkina Faso wird die Expansion insbesondere mit der Katiba Hanifa in Verbindung gebracht, die aus dem südwestlichen Burkina Faso heraus agiert, auch beninische Staatsbürger rekrutiert hat und grenzüberschreitende Mobilitätskorridore nutzt.

„Wir wissen nicht genau, wer sie sind. Man sagt, sie kommen aus Burkina, aber einige sprechen auch die Sprachen von hier“ (Transportunternehmer, Region Matéri, 2023).

An der Grenze zu Niger bestehen hingegen Hinweise auf Aktivitäten von Fraktionen, die zuvor dem sogenannten „Islamischen Staat in der Großsahara“ (ISGS) zugerechnet wurden und teilweise in Konkurrenz zu JNIM stehen. Die Grenzregion fungiert somit nicht als homogener Operationsraum, sondern als Kontaktzone von Ablegern unterschiedlicher bewaffneter Netzwerke deren Strategien sich unterscheiden. Während in westlich angrenzenden Regionen Burkinas stärker territoriale Präsenz mit der Durchsetzung religiös begründeter Normen verbunden war, zeigen sich in Nordbenin

bislang eher flexible, opportunistische Muster: punktuelle Angriffe, temporäre Präsenz, Einschüchterung lokaler Akteure und die Etablierung informeller Abgabenstrukturen. Es handelt sich weniger um eine offene Machtergreifung als um eine graduelle Ausdehnung von Einflusszonen.

Von Bedeutung als strategischer Raum ist hier vor allem der W-Arly-Pendjari-Komplex. Als grenzüberschreitendes UNESCO-Weltnaturerbe umfasst er schwer zugängliche, unbesiedelte und auch an den Rändern infrastrukturell nur punktuell erschlossene Gebiete und macht ihn damit zu einem logistischen Transit- und Rückzugsraum.

„Nachts hören wir Motorräder. Im Busch, aber auch im Dorf. Niemand weiß, wohin sie fahren, aber alle wissen, dass man nicht fragen darf“ (Lehrer, Region Karimama, 2022).

Topographische Bedingungen, dichte Vegetation, geringe staatliche Präsenz und eine eingeschränkte Verkehrsinfrastruktur können von bewaffneten Gruppen strategisch genutzt werden. Diese bewegen sich über kaum überwachte Pfade, nutzen bestehende Schmuggelrouten und greifen punktuell Infrastruktur an. Ranger-Posten, Militärpatrouillen und Grenzposten fungieren dabei als sowohl als operative und symbolische Ziele. So berichten Bewohner von nächtlichen Motorradkonvois, die sich nahezu durch Grenzdörfer bewegen. Diese Mobilität ist zentral für die räumliche Logik der Gewalt: Kontrolle erfolgt nicht primär durch dauerhafte Besetzung, sondern durch Demonstration von Reichweite und Präsenz. Die Fähigkeit, nahezu jederzeit zuschlagen zu können, erzeugt Unsicherheit und verschiebt lokale Machtverhältnisse.

„Man zahlt, um passieren zu können. Das ist kein offizieller Preis, aber jeder kennt ihn“ (Händler, Region Malanville, 2023).

Gleichzeitig werden Mobilitätskorridore selektiv kontrolliert. In einigen Grenzdörfern berichten Befragte von informellen Abgaben für die Nutzung bestimmter Routen oder Märkte. Religiös legitimierte Abgaben wie zakāt werden teilweise eingefordert, wobei die Durchsetzung stark kontextabhängig variiert. Diese Praktiken verweisen auf Formen fragmentierter Territorialität: Es entsteht

kein vollständig alternatives Staatsgebilde, wohl aber eine Überlagerung staatlicher und nichtstaatlicher Regulierungsformen. Die Gewalt organisiert somit Raum, ohne ein vollständiges Gewaltmonopol herzustellen. Staatliche Sicherheitskräfte bleiben präsent, führen Operationen durch und verstärken militärische Patrouillen. Gleichzeitig operieren bewaffnete Gruppen mit hoher Mobilität und nutzen die Grenzen zwischen staatlicher Jurisdiktion als taktischen Vorteil. Die Grenzregion wird zu einem Raum überlappender Sicherheitsregime. Ein zentrales Ergebnis der Feldforschung ist, dass bewaffnete Gruppen in Nordbenin bislang häufig strategische Zurückhaltung praktizieren. Anders als in Teilen Malis oder Burkinas wurden nur punktuell Versuche dokumentiert, umfassende religiöse Ordnungssysteme durchzusetzen oder dauerhaft Verwaltungsfunktionen zu übernehmen. Stattdessen werden lokale Land- oder Ressourcenkonflikte selektiv instrumentalisiert. Spannungen zwischen mobilen Tierhaltern und Ackerbauern, Konflikte um Zugang zu Wasser oder Weideflächen bieten Anknüpfungspunkte für Einflussnahme. Dabei treten bewaffnete Akteure teilweise als Schlichter auf oder nutzen bestehende Frustrationen, um Unterstützung zu gewinnen. Gewalt in Nordbenin ist demnach nicht als reine Invasion zu verstehen, sondern in lokale Konfliktdynamiken eingebettet.

4 Ökonomische Dimensionen der Gewalt in Nordbenin

Gewalt in Nordbenin ist nicht nur sicherheitspolitisches Phänomen, sondern tief in bestehende Grenzökonomien, Ressourcenkonflikte und informelle Netzwerke eingebettet. D.h. die oben beschriebene Verdichtung bewaffneter Aktivitäten in Nordbenin vollzieht sich nicht im ökonomischen Vakuum. Vielmehr greift sie in bestehende wirtschaftliche Strukturen ein, transformiert diese selektiv und nutzt etablierte Grenzökonomien strategisch. Gewalt ist dabei nicht nur destruktiv, sondern zugleich regulierend und extraktiv: Sie schafft neue Abhängigkeiten, generiert Einnahmen und reorganisiert Zugänge zu Ressourcen.

Die Grenzregionen Nordbenins sind historisch durch intensive transnationale Mobilität geprägt. Malanville, Karimama oder Kèrou fungieren seit Jahrzehnten als Handels- und Transitorte zwischen Niger, Burkina Faso und Benin. Landwirtschaft, Viehhandel, saisonale Migration, Kleinhandel so-

Nach einer langjährigen strategischen Ignoranz gegenüber der Verschlechterung der Sicherheitssituation reagierte die beninische Regierung mit der Schließung von Grenzen, verstärkter Militarisierung der Grenzregionen, Kooperationen mit internationalen Partnern und einer Ausweitung von Sicherheitsoperationen. Dennoch bleibt staatliche Präsenz in vielen Dörfern punktuell und zeitlich begrenzt. Die Bevölkerung erlebt Sicherheit häufig als situativ und volatil. In dieser Konstellation entstehen hybride Ordnungen: Dorfcheads, religiöse Autoritäten, Händlernetzwerke und informelle Sicherheitsarrangements übernehmen Funktionen, die weder vollständig staatlich noch eindeutig nichtstaatlich sind. Staatliche Souveränität wird nicht aufgehoben, sondern selektiv wirksam. Bewaffnete Gruppen wiederum agieren nicht als Ersatz für den Staat, sondern etablieren flexibel ihre Einflusszonen. Bei dieser räumlichen Transformation werden Grensräume zu Zonen überlagerter, konkurrierender und situativ ausgehandelter Ordnungen. Gewalt fungiert dabei als Mittel, um Mobilität, Ökonomie und Autorität zu regulieren.

wie informelle Treibstoff- und Konsumgütertransporte bilden zentrale Einkommensquellen. Diese Grenzökonomien zeichnen sich durch Informalität, flexible Mobilitätspraktiken, enge Verflechtungen über Staatsgrenzen hinweg und eine schwache staatliche Regulierung aus. Die Grenze fungiert dabei weniger als Trennlinie, denn als Ressource. Preisunterschiede, unterschiedliche Subventionsregime oder Zollbestimmungen schaffen Anreize für grenzüberschreitenden Handel und Schmuggel. In diesem Kontext haben sich Netzwerke von Händlern, Transporteuren und Zwischenhändlern etabliert, die sowohl formelle als auch informelle Kanäle nutzen. Die Ausbreitung bewaffneter Gruppen trifft somit auf bereits bestehende ökonomische Infrastrukturen. Gewalt überlagert diese Strukturen nicht vollständig, sondern integriert sich z.T. in sie.

Ein zentrales Element der ökonomischen Einbettung bewaffneter Gruppen ist die Erhebung informeller Abgaben. In angrenzenden Regionen Burkinas und Nigers ist die Durchsetzung religiös legitimierter Abgaben (zakāt) seit mehreren Jahren dokumentiert und auch in Nordbenin berichten lokale Akteure von punktuellen Forderungen nach Abgaben für Marktnutzung, Viehtrieb oder sichere Passage bestimmter Routen. Diese Abgaben sind nicht komplett institutionalisiert, sondern situativ. Ihre Höhe variiert, ebenso wie die Intensität der Durchsetzung. Dennoch erzeugen sie neue wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse. Händlerinnen und Händler kalkulieren zusätzliche Sicherheitskosten ein, mobile Tierhalter müssen z.T. Routen anpassen, um Risiken zu minimieren. In diesem Zusammenhang entsteht eine Form von Gewaltökonomie, in der Sicherheit selbst zur Ware wird. Der Zugang zu Märkten, Wasserstellen oder Transitrouten wird nicht ausschließlich staatlich reguliert, sondern zunehmend von nichtstaatlichen Akteuren beeinflusst. Gewalt fungiert dabei als Garant und Drohung zugleich.

Land- und Wassernutzungskonflikte zwischen Bauern und Viehhaltern sind in Nordbenin seit Jahrzehnten dokumentiert. Bevölkerungswachstum, Ausdehnung landwirtschaftlicher Flächen sowie klimatische Stressoren wie unregelmäßige Niederschläge und verkürzte Weidezeiten verschärfen diese Spannungen. Bewaffnete Gruppen knüpfen an diese Konfliktlinien an und können bestehende Spannungen instrumentalisieren, indem sie schlichten, aber auch selektiv Partei ergreifen oder Schutz vor konkurrierenden Gruppen anbieten. In angrenzenden Regionen des Sahel führte dies zur Etablierung paralleler Streitbeilegungsmechanismen. In Nordbenin ist diese Entwicklung bislang weniger stark institutionalisiert, jedoch sind entsprechende Tendenzen erkennbar.

Die Einbettung von Gewalt in Ressourcenkonflikte hat mehrere Effekte. Lokale Konflikte werden politisiert, soziale Spaltungen können vertieft werden und für marginalisierte Jugendliche ohne stabile Einkommensperspektiven entstehen Rekrutierungsanreize. Ökonomische Marginalisierung fungiert somit nicht als alleinige Ursache, wohl aber als strukturelle Voraussetzung für die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit bewaffneter Gruppen. Ein besonders relevantes Feld ist der informelle Treibstoffhandel („kpayo“), der entlang der Grenze zu Nigeria und Niger weit verbreitet ist.

Dieser basiert auf Preisunterschieden und schwacher Kontrolle. Ähnliche Dynamiken gelten für Viehhandel, Goldbergbau oder grenzüberschreitende Konsumgütertransporte. Bewaffnete Gruppen können solche Strukturen nutzen, indem sie sich direkt beteiligen, Transitgebühren erheben, Transporte schützen, strategische Knotenpunkte zumindest zeitweise kontrollieren oder auch als gut zahlende Kunden auftreten. Gleichzeitig führen die verstärkten staatlichen Sicherheitsmaßnahmen wie Ausgangssperren, Motorradverbote, verstärkte Grenzkontrollen und Grenzsicherungen zu Einkommensverlusten für Teile der Bevölkerung. Diese Einschränkungen können unbeabsichtigte Nebenwirkungen entfalten, indem sie informelle Akteure wirtschaftlich unter Druck setzen und die Attraktivität alternativer Einkommensquellen erhöhen. Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung beeinflussen also bestehende Grenzökonomien tiefgreifend und verändern Macht- und Einkommensstrukturen. Gewalt ist somit nicht isoliert von staatlicher Regulierung zu betrachten, sondern wird in einem Spannungsfeld von staatlicher Versicherheitlichung und informeller Ökonomie perpetuiert.

So wird deutlich, dass sich in Nordbenin eine Ökonomie der Unsicherheit herausbildet. Unsicherheit beeinflusst Investitionsentscheidungen, Mobilitätsmuster und Handelsbeziehungen. Märkte werden zeitweise geschlossen und Transportkosten steigen. Zugleich entstehen neue Einkommensquellen: private Sicherheitsarrangements, informelle Informationsnetzwerke, Schutzdienste. Sicherheit wird zur knappen Ressource, deren Bereitstellung ökonomische Bedeutung gewinnt. Die ökonomische Dimension der Gewalt ist somit weder bloße Begleiterscheinung noch sekundärer Effekt. Sie ist integraler Bestandteil der räumlichen Transformation von Grenzräumen. Gewalt reorganisiert wirtschaftliche Netzwerke, greift in bestehende Austauschbeziehungen ein und schafft neue Formen extraktiver Kontrolle.

5 Schweigen und erzwungene Komplizenschaft: Alltag in Nordbenin

In Nordbenin hat sich keine vollständige territoriale Kontrolle bewaffneter Gruppen etabliert, aber die Zunahme von Gewalt greift tief in Alltagspraktiken und soziale Beziehungen ein. Gewalt strukturiert Wahrnehmungen, Kommunikationsformen und Handlungsoptionen. In diesem Kontext entstehen Praktiken des Schweigens, der vorsichtigen Anpassung und mitunter erzwungener Komplizenschaft. Im ländlichen Raum von Alibori und Atacora überlagern sich heute unterschiedliche Sicherheitsstrukturen. Militär und Polizei patrouillieren unregelmäßig, internationale Partner unterstützen mit Ausbildung und Logistik, während zugleich bewaffnete Gruppen punktuell Präsenz zeigen. Für die Bevölkerung bedeutet dies Ambiguität, denn Sicherheit ist situativ: Ein Dorf kann tagsüber unter staatlicher Kontrolle stehen, während nachts bewaffnete Akteure auftreten. Die Mobilität bewaffneter Gruppen auf ihren Motorrädern erzeugt eine Atmosphäre permanenter Unsicherheit, die mit bestimmten Kommunikationspraktiken einhergeht.

„Tagsüber empfangen ich die Leute aus der Präfektur, nachts die aus dem Busch. Ich sage ihnen allen dasselbe: ‚Wir sind arm, wir wollen Frieden‘. Aber innerlich bete ich, dass mich niemand verrät“ (Dorfvorsteher, Region Dassari, 2024).

Besonders exponiert sind lokale Autoritäten die in einem Spannungsfeld multipler Souveränitätsansprüche agieren. Ihre Handlungsspielräume sind eng, ihre Entscheidungen potenziell lebensgefährlich. Diese Dorfchefs und Imame stehen häufig im Zentrum konkurrierender Erwartungen. Von staatlicher Seite wird Loyalität und Kooperation erwartet, bewaffnete Gruppen hingegen fordern zumindest Neutralität, teilweise auch aktive Unterstützung. Diese Akteure versuchen eine fragile Balance zu wahren. Öffentliche Loyalitätsbekundungen werden vermieden, Kontakte diskret gehalten. In einigen Fällen treten lokale Autoritäten als informelle Vermittler auf, um Eskalationen zu verhindern oder Entführungen zu verhandeln. Grundsätzlich vermeidet die Bevölkerung Gespräche über ‚die Leute aus dem Busch‘. Ereignisse werden nur andeutungsweise beschrieben, Namen nie genannt. Dieses Schweigen ist nicht Ausdruck von Zustimmung, sondern eine Überlebensstrategie, denn es reduziert das Risiko, als Informant

identifiziert zu werden oder in Verdacht zu geraten, mit einer Seite zu kooperieren.

„Wir tragen, was man uns gibt... Damit verdienen wir unseren Lebensunterhalt. Diejenigen, die uns darum bitten, sind nicht gewalttätig zu uns... Sie sagen es sei nicht unser Krieg. Wenn du dich weigerst, verkaufst du nichts mehr auf dem Markt... du hast kein Geld mehr“ (junge Frau, Region Ségou, 2025).

Schweigen ist jedoch nur eine Dimension. In bestimmten Situationen werden auch Formen pragmatischer Anpassung sichtbar. Wenn bewaffnete Akteure Abgaben fordern, Durchgangsrechte regulieren oder Dienstleistungen nachfragen, wird dies nicht offen konfrontativ verweigert. Die Handlungsspielräume sind begrenzt und offener Widerstand kann genau wie eine Kooperation mit staatlichen Sicherheitskräften schwere Repression nach sich ziehen. Diese Konstellation erzeugt eine Grauzone zwischen Widerstand und Anpassung. Dorfchefs, religiöse Autoritäten oder Marktverantwortliche müssen Entscheidungen treffen, die immer riskant sind. Die Annahme, lokale Gemeinschaften seien entweder Komplizen oder Opfer, greift daher analytisch zu kurz (Finkel et al 2021). Vielmehr zeigt sich eine situative Rationalität: Handlungen werden unter Berücksichtigung unmittelbarer Risiken und langfristiger Überlebensperspektiven strategisch abgewogen und sind in der Regel nicht ideologisch oder religiös motiviert.

„Sicherheit ist nicht ein gepanzerter Wagen, der vorbeifährt. Es ist ein alter Mann, der dir flüsternd erzählt, dass der Wald unruhig ist“ (Lehrer, Region Kika, 2023).

Ein zentrales Element dieser Alltagsnavigation sind informelle Informationsnetzwerke. Bewohnerinnen und Bewohner beobachten Bewegungen im Busch, registrieren fremde Fahrzeuge oder neue Gesichter auf Märkten. Informationen werden selektiv weitergegeben: an vertraute Personen, an lokale Autoritäten oder manchmal auch an Sicherheitskräfte.

„Früher war es (das Mobiltelefon) dazu da, um vor Dieben zu warnen. Jetzt auch, um zu sagen, wenn sich Fremde in der Zone aufhalten“ (Mitglied eines Frauennetzwerks in der Region Matérie, 2024).

Auch digitale Mikropraktiken sind für diese Sicherheitsstrukturen bedeutsam. WhatsApp-Gruppen oder Telefonketten dienen der schnellen Warnung vor Angriffen oder verdächtigen Bewegungen. Gleichzeitig verbreiten sich Gerüchte rasch und können Panik auslösen. Digitale Kommunikation verstärkt somit sowohl Resilienz als auch Unsicherheit. All diese Praktiken, die auf hybride Ordnungen verweisen, in denen Autorität nicht eindeutig staatlich oder nichtstaatlich verortet ist, werden zunehmend riskant. Mehrere Interviewpartner betonten die Gefahr, als Informant identifiziert zu werden. An Orten, in denen bewaffnete Gruppen punktuell Präsenz zeigen und zugleich soziale Nähe zu Teilen der Bevölkerung aufweisen, ist die Grenze zwischen Beobachtung und Denunziation unscharf. Schweigen fungiert daher auch als Schutzmechanismus für Informanten. Die Weitergabe von Informationen erfolgt diskret, fragmentiert und oft indirekt. Die ländliche Bevölkerung Nordbenins entwickelt also vielfältige Anpassungsstrategien: Selbstorganisation, kollektive Wachsamkeit, informelle Konfliktbeilegung. Gleichzeitig ist diese Resilienz ambivalent. Sie kann unbeabsichtigt zur Stabilisierung fragmentierter Ordnungen beitragen. Wenn Abgaben gezahlt werden, um Gewalt zu vermeiden, oder

wenn bewaffnete Gruppen als temporäre Schlichter akzeptiert werden, entsteht eine faktische Anerkennung ihrer Autorität. Resilienz bedeutet daher nicht automatisch Widerstand gegen Gewaltakteure. Sie kann ebenso Ausdruck pragmatischer Koexistenz sein. Diese Ambivalenz ist zentral für das Verständnis der Dynamik in Nordbenin.

Das Gewaltmonopol ist in Nordbenin verteilt und umkämpft, territoriale Souveränität damit fragmentiert. Grensräume sind zu Arenen mit multiplen koexistierenden Sicherheitsregimen geworden. Staatliche Präsenz bleibt durch Militärposten, Verwaltungsstrukturen und symbolische Akte sichtbar, aber gleichzeitig etablieren bewaffnete Gruppen situative Einflusszonen. Lokale Gemeinschaften bewegen sich zwischen diesen Polen. Schweigen, Anpassung und informelle Informationsweitergabe sind keine Randphänomene, sondern konstitutive Elemente dieser Regime und zeigen, dass Gewalt Territorien, soziale Beziehungen und Kommunikationsformen verändert.

6 Fazit

Die Analyse der Gewalt in den Grensräumen Nordbenins hat gezeigt, dass die dortige Dynamik weder als isoliertes Sicherheitsproblem noch als bloße Diffusion terroristischer Ideologien aus dem Sahel verstanden werden kann. Vielmehr handelt es sich um eine Umstrukturierung dieser borderlands, in denen sich hybride Formen von Autorität, Regulierung und Kontrolle überlagern (Bøås & Strazzari 2020). Ausgehend von der Eskalation in Liptako-Gourma wurde deutlich, dass Grensräume im westafrikanischen Sahel zentrale Knotenpunkte bewaffneter Mobilität darstellen. Sie bieten strategische Vorteile: eingeschränkte staatliche Kontrolle, bestehende informelle Handelsnetzwerke, historisch gewachsene transnationale Mobilitätspraktiken und naturräumlich günstige Rückzugsräume. In diesem Kontext sind bewaffnete Gruppen wie Ableger von JNIM oder ISGS nicht extern, sondern agieren in relational produzierten Grensräumen, die bereits vor der aktuellen Eskalation durch selektive Staatlichkeit und informelle Ordnungen geprägt waren. Die Anwendung

einer Border Studies-Perspektive kann verdeutlichen, dass Grenzen nicht als fixe Linien zu begreifen sind, sondern als „borderscapes“, dynamische, gesellschaftlich produzierte Räume. In Nordbenin zeigen diese Räume überlappende Sicherheitsregime: Staatliche Sicherheitskräfte, lokale Autoritäten, Händlernetzwerke und bewaffnete Gruppen konkurrieren um Einfluss, ohne dass eine Seite vollständige Kontrolle erlangt. Gleichzeitig hat die Perspektive der Geographien der Gewalt gezeigt, dass Gewalt nicht nur destruktiv ist, sondern räumlich regulierend. Sie strukturiert Mobilität und Zugang zu Ressourcen, organisiert Märkte und schafft Abgabensysteme. In Nordbenin entsteht kein vollständig etablierter Parallelstaat, aber neue Formen fragmentierter Territorialität, in denen Autorität situativ ausgehandelt wird.

Gewalt ist tief in bestehende Grenzökonomien und Handelsnetzwerke eingebettet. Treibstoffmärkte, Viehhandel und Konflikte um natürliche Ressourcen bilden die strukturelle Grundlage, an die be-

waffnete Gruppen anschließen können. Schutzgelder und informelle Transitabgaben sind Ausdruck extraktiver Praktiken, die auch auf vorhandenen Austauschbeziehungen aufbauen. Auf der Ebene des Alltags zeigt sich die Umstrukturierung von Grensräumen besonders deutlich. Schweigen, vorsichtige Kommunikation, informelle Informationsweitergabe und situative Anpassung sind zentrale Praktiken der betroffenen Bevölkerung und Ausdruck einer strategischen Navigation in Gewalträumen. Das Konzept fragmentierter Souveränität erweist sich hierbei als instruktiv: Staatliche Autorität bleibt präsent, ist jedoch selektiv wirk-

sam während bewaffnete Gruppen punktuelle Einflusszonen etablieren, ohne vollständige territoriale Kontrolle auszuüben.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Gewalt in Nordbenin nicht als Randphänomen eines politisch instabilen Sahel zu verstehen ist, sondern als Teil einer umfassenderen räumlichen Neuverhandlung von Herrschaft in westafrikanischen Grensräumen. Grenzregionen fungieren dabei als Laboratorien des politischen und ökonomischen Wandels.

7 Impulse für den Unterricht

Die Analyse der Gewalt in Nordbenin eröffnet vielfältige Anknüpfungspunkte für den Geographieunterricht und die universitäre Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, indem multiskalare Konflikt dynamiken mit zentralen geographischen Konzepten multiperspektivisch erschlossen werden können.

- Grensräume neu denken: Grenzen sind keine statischen Linien, sondern sollten als dynamische Räume sozialer, politischer und ökonomischer Aushandlung angesprochen werden. Diese könnte durch die Interpretation von Karten des W-Arly-Pendjari-Komplexes, eine Diskussion grenzüberschreitender Mobilitätskorridore und dem Vergleich kolonialer Grenzziehungen mit heutigen Gewalträumen realisiert werden.
- Gewalt als räumliche Praxis: Anhand von Fallbeispielen wie die Kontrolle von Straßen und Märkten oder die Nutzung von Schutzgebieten als Rückzugsräume kann gezeigt werden, wie Gewalt Raum organisiert, um eine oftmals moralisch verkürzte Betrachtung von Gewalt um eine analytische Dimension zu erweitern.
- Arbeit mit Interviewzitat als Quellen: Um Perspektivenvielfalt und den kritischen Umgang mit Quellen zu fördern, können Schülerinnen und Schüler anhand ausgewählter Interviewaussagen analysieren, wie Gewalt und (Un)Sicherheit lokal wahrgenommen werden, welche Handlungsspielräume eine lokale Bevölkerung

hat und welche Ambivalenzen sich dabei in deren Alltag zeigen.

- Multiperspektivität und globale Verflechtungen: Auch bewaffnete Konflikte in Nordbenin sind in globale Zusammenhänge eingebettet. Über den Inhalt dieses Beitrages hinausgehend kann eine reflektierte Auseinandersetzung mit globalen Machtverhältnissen gefördert werden, wenn diskutiert würde welche Bedeutung transnationale Netzwerke haben, wie internationale Sicherheitsstrategien auf lokale Räume wirken und welche Verantwortung unterschiedliche geopolitische Akteure tragen.

Die Gewalt in den Grenzregionen Westafrikas ist Ausdruck tiefgreifender räumlicher Transformationen. Nordbenin steht exemplarisch für die Verschiebung bewaffneter Dynamiken vom Sahel in die Küstenstaaten. Borderlands erweisen sich dabei als Schlüsselräume, in denen fragmentierte Souveränität, hybride Ordnungen und zum Teil militarisierte ökonomische Netzwerke aufeinandertreffen. Eine geographische Perspektive, die Grenzen als dynamische Räume, Gewalt als räumliche Praxis und (Un)Sicherheit des Alltags als strukturiertes Handlungsfeld begreift, ermöglicht es, diese Entwicklungen analytisch zu erfassen. Gleichzeitig eröffnet sie didaktische Zugänge, um komplexe globale Konflikt dynamiken im Unterricht differenziert zu thematisieren. Die Auseinandersetzung mit Gewalt in Grensräumen ist nicht nur sicherheitspolitisch relevant, sondern zentral für ein zeitgemäßes Verständnis von Raum, Macht und Gesellschaft im Geographieunterricht.

Quellenverzeichnis

- Bøås, M., Strazzari, F. (2020): Governance, fragility and insurgency in the Sahel: A hybrid political order in the making. *The International Spectator* 55 (4): 1-17.
- Brambilla, C., Jones, R. (2020): Rethinking borders, violence, and conflict: From sovereign power to borderscapes as sites of struggles. *Environment and Planning D: Society and Space* 38 (2): 287-305.
- Doevenspeck, M., Donko, K., Iwuoha, V. (2023): Bewaffnete Konflikte in westafrikanischen Grenzräumen. *Geographische Rundschau* 75 (9): 20-24.
- Donko, K., Doevenspeck, M. (2024): Frontières troubles, paix possible: réinventer la médiation dans le nord du Bénin face aux défis du terrorisme. *Revue Internationale de la Recherche Scientifique (Revue-IRS)* 2 (3): 929-944.
- Donko, K., Doevenspeck, M. (2025): Violence in the Borderlands of Burkina Faso, Niger, and Benin: Regional Integration Without ECOWAS. *Society*. doi:10.1007/s12115-025-01153-1.
- Finkel, S. E., McCauley, J. F., Neureiter, M., Belasco, C. A. (2021): Community violence and support for violent extremism: Evidence from the Sahel. *Political Psychology* 42 (1): 143-161.
- Iocchi, A., Baldaro, E. (2024): Informality and insecurity in the Sahel: unravelling the hybrid political orders of Northern Mali and Northern Niger. *Third World Quarterly* 45 (17-18): 2430-2447.
- Korf, B., & Schetter, C. (2015): *Geographien der Gewalt: Kriege, Konflikte und die Ordnung des Raumes im 21. Jahrhundert*. Stuttgart: Borntraeger.
- Korf, B., Hagmann, T., & Doevenspeck, M. 2013: *Geographies of Violence and Sovereignty: The African Frontier Revisited*. In: Korf, B., Hagmann, T. (Hrsg.): *Violence on the Margins: State, Conflict, and Borderlands*. New York: Palgrave, 29-54.
- McGregor, J., Chatelard, G. (2022): Borderland governance and the everyday production of security in the Sahel. *Journal of Modern African Studies* 60 (2): 173-192.
- Nugent, P. (2019): *Boundaries, Communities and State-Making in West Africa: The Centrality of the Margins*. Cambridge University Press.
- OECD/SWAC (2022): *Borders and Conflicts in North and West Africa*, West African Studies, OECD Publishing, Paris.
<https://doi.org/10.1787/6da6d21e-en>
- Raleigh, C., Nsaibia, H., Dowd, C. (2021): The Sahel crisis since 2012. *African Affairs* 120 (478): 123-143.
- Sandor, A., Frowd, P. M., Hönke, J. (2024): Productive failure, African agency, and security cooperation in West Africa: The case of the G5 Sahel. *European Journal of International Security* (im Erscheinen): 1-19.
- Sharp, J. (2011): Subaltern geopolitics: introduction. *Geoforum* 42 (3): 271-273.
- Sowale, A., Ukeje, C. (2025): Hybrid security in Nigeria–Benin borderlands: Formal and informal security actors’ collaboration and implication for cross-border security (2010–2023). *African Security Review* 34 (2): 134-151.
- Walther, O., Miles, W. (2018): *African Border Disorders. Addressing Transnational Extremist Organizations*. New York, Routledge.

DÉLIA EVELYNE NICOUÉ

Externalisierte Grenzen: Europäische Migrationskontrolle in Westafrika am Beispiel Mauretaniens und Senegals

1 Einleitung

Mauretanien und Senegal sind zwei westafrikanische¹ Küstenländer, die (teilweise) in der Sahelregion liegen. Diese Region erstreckt sich südlich der Sahara vom Westen nach Osten über den gesamten afrikanischen Kontinent. In den Medien ist der Sahel mit vielfältigen Bildern von Gewalt präsent – sei es Naturgewalt, politische Gewalt oder Gewalt durch terroristische Gruppen. Es dominieren Darstellungen von Dürre, fortschreitender Desertifikation, Überweidung und Bodenerschöpfung. Hinzu kommen Bilder verummter und bewaffneter Menschen mit Kalaschnikows auf Toyota-Pick-ups, Zeugnisse geplündelter Dörfer sowie Aufnahmen von Menschen in gemischten Wanderungsbewegungen von Schutzsuchenden und Wanderarbeiter*innen, die in Transitstationen gestrandet sind und auf eine Möglichkeit warten, entweder weiterzureisen oder in ihre Herkunftsregionen zurückzukehren.

Die Verschlechterung der Lebensgrundlagen in der Sahelregion infolge des Klimawandels, bewaffneter Konflikte und zunehmender politischer Instabilität stellt einen zusätzlichen Treiber von Wanderungsbewegungen dar. Diese Entwicklungen vollziehen sich in einer Region Westafrikas, in

der jahrhundertealte Kulturen der Mobilität die Lebensentwürfe von Millionen Menschen geprägt haben.

Mobilitätspraktiken in Afrika sowie ihre Wahrnehmung haben sich im Laufe der Zeit und unter dem Einfluss internationaler Politiken verändert. Am Beispiel von Senegal und Mauretanien möchte ich Mobilitätsbestrebungen, Migrationspolitiken und deren Folgen aus einer machtkritischen Perspektive beleuchten.

2 Anspruch, Recht und Wirklichkeit der Mobilität in Westafrika

Auf dem afrikanischen Kontinent existieren vielfältige Mobilitäts- und Migrationspraktiken, die als treibende Kräfte wirtschaftlicher Entwicklung fungieren. Kastner (2021: 373) stellt fest, dass der Alltag vieler Menschen in Afrika stärker von unterschiedlichen Formen von Bewegung und Mobilität als von Sesshaftigkeit geprägt ist, was erhebliche Auswirkungen auf Migrationsbewegungen hat (vgl. auch Hahn & Klute 2007). In ähnlicher Weise betonen De Bruijn et al. (2001: 1), dass Mobilität tief in der Geschichte, im Alltag und in den

¹ Mauretanien kann aus geografischer Sicht Westafrika zugeordnet werden, gehört jedoch gemäß der Einteilung der Afrikanischen Union zu Nordafrika. Im Jahr 2000 trat Mauretanien aus der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft

(ECOWAS) aus und wurde Mitglied der Arabischen Maghreb-Union (AMU) sowie der Liga der Arabischen Staaten.

Erfahrungen der Menschen verankert und grundlegend für das Verständnis afrikanischer Gesellschaften ist.

Die Begriffe Mobilität und Migration werden häufig synonym verwendet. In einigen theoretischen Ansätzen wird die sogenannte Wende zur Mobilität (*mobility turn, new mobilities*) gefeiert, wobei die Realität erzwungener Sesshaftigkeit großer Teile der Weltbevölkerung in den Hintergrund tritt (Appadurai 1996; Sheller & Urry 2006; Urry 2010). Diese Aufwertung von Mobilität wird als Obsession bestimmter postkolonialer und progressiver intellektueller Milieus kritisiert (Friedman 2002: 25–26), insbesondere dann, wenn die Wechselbeziehung zwischen der Mobilitätsfreiheit der einen und der Immobilität (Stasis) der anderen nicht berücksichtigt wird. Vor diesem Hintergrund bietet der Ansatz des Mobilitätsregimes einen geeigneten analytischen Referenzrahmen. Dieser Ansatz adressiert „the relationships between mobility and immobility, localisation and transnational connection, experiences and imaginaries of migration, and rootedness and cosmopolitan openness. (Glick Schiller & Salazar 2013: 183). Die Autor*innen verweisen auf Ungleichheiten und Machtverhältnisse, die zur Normalisierung der Mobilität bestimmter Gruppen und zugleich zur Einschränkung oder sogar Kriminalisierung der Bewegungsfreiheit anderer führen (Glick Schiller & Salazar 2013: 188–189). Ähnlich argumentiert Zanker (2025) und richtet aus einer kritischen postkolonialen Perspektive den Zeigefinger auf rassifizierte Strukturen, die globale (Im-)Mobilität reproduzieren, indem koloniale Kontinuitäten Visa- und Mobilitätsregime weiterhin regulieren und die Bewegungsfreiheit von Schwarzen Menschen und People of Color im „Neokoloniale Empire“ (Achiume 2019, Zanker 2025) einschränken.

In Bezug auf Wanderungspraktiken in Afrika erscheint es daher angemessen, die restriktive Wirkung gegenwärtiger nationalstaatlicher Grenzregime in die Analyse der Aushandlungsprozesse zwischen Mobilitätswunsch und tatsächlicher Mobilitätsrealität einzubeziehen. In diesem Zusammenhang wird hier der Begriff Migration verwendet, um insbesondere die administrativen und rechtlichen Aspekte nationalstaatlicher Regulierungsmechanismen menschlicher Bewegung in den Mittelpunkt der Betrachtung von Wanderungsbewegungen in Westafrika zu rücken.

Die gegenwärtigen Regulierungsmechanismen von Migration auf dem afrikanischen Kontinent

sind maßgeblich durch den Ausschluss afrikanischer Staatsangehöriger vom globalen Visazugang geprägt, denen nur etwa zwei Prozent der privilegierten internationalen Mobilität zusteht (Friedman 2002: 33). Diese Ausschlussmechanismen stellen eine zentrale Ursache für die prekären rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen internationaler Migrant*innen dar.

Historische Formen zirkulärer Mobilität (Bernau 2022: 83 ff.; Han van Dijk et al. 2001) haben bestehende Migrationskorridore nachhaltig geprägt (Adepoju 2005: 1). Aus diesen Kulturen der Mobilität sowie aus zeitgenössischen Migrationspraktiken haben sich neue Lebensstrategien und soziale Figuren – wie jene der Abenteurer*innen (*aventuriers*) – herausgebildet, die einen analytischen Zugang zum Verständnis der Bedeutung von Mobilität und Migration in Westafrika ermöglichen (Bredeloup 2013).

In der Figur des Abenteurers manifestieren sich unterschiedliche Formen zirkulärer Mobilität, darunter saisonale Pendel- und Arbeitsmigration (etwa von Händler*innen, Handwerker*innen, Minenarbeiter*innen oder Fischer*innen) sowie religiöse Pilgerreisen, insbesondere nach Mekka. Unabhängig vom unmittelbaren Zweck stellt Migration häufig eine biografische Entwicklungsphase dar, die Kulturanthropolog*innen als *rite de passage* – also als Initiationsritual des Erwachsenwerdens – beschreiben (van Gennep 1908; Turner 1966; Dougnon 2016; Kassé 2016, Prothmann 2017).

Neben pastoralen Mobilitätstraditionen haben sich neue Mobilitätspraktiken durch kriegerische Expansionen im Kontext des Sklavenhandels, koloniale Zwangsrekrutierungen für Militär und Großprojekte (Eisenbahnbau, Straßennetze, Häfen, Staudämme, etc.) sowie durch die Integration von Arbeitskräften mit Kenntnissen der französischen Schrift und Sprache in koloniale Verwaltungsstrukturen herausgebildet.

Mauretanien und Senegal wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts der kolonialen Verwaltungsstruktur „*Afrique-Occidentale française*, (Französische Föderation Westafrika, AOF) integriert, zu der Guinea, Dahomey (heute Benin), Côte d’Ivoire, Mali, Nigeria und Obervolta (heute Burkina-Faso) gehörten. Saint-Louis und später Dakar entwickelten sich zu administrativen und politischen Zentren der AOF. Dakar wurde Sitz des Generalgouverneurs der AOF und als wirtschaftliches Herz

der föderalen Kolonialstruktur und damit Schmelztiegel in der Kolonialzeit. Diese Konzentration administrativer Macht und ökonomischer Aktivitäten machte Dakar zum wichtigsten Knotenpunkt des französischen Kolonialreichs in Westafrika und zog Kolonialbeamte, Arbeitskräfte und Schüler*innen aus allen Teilen der Föderation an, die sich dauerhaft oder temporär in der Hauptstadt niederließen (Gierczynski-Bocandé 2012: 8). Die Industrialisierung durch Bergbau und Erdölwirtschaft insbesondere in Mauretanien etablierte darüber hinaus neue Muster der Wanderarbeit in entstehende urbane Zentren und Verwaltungsstandorte, wie es in anderen Teilen Afrikas zu beobachten ist (Ferguson 2007).

Die Betrachtung von Migration als Normalität mit potenziellem Mehrwert für Herkunfts- und Zielländer unterstützt politische Bestrebungen zur Förderung der Freizügigkeit innerhalb regionaler Wirtschaftsgemeinschaften wie ECOWAS, IGAD, SADC und EAC. Das 2018 von der Afrikanischen Union verabschiedete Abkommen zur Freizügigkeit zielt auf die wirtschaftliche Integration des Kontinents und stellt einen zentralen Baustein der „Agenda 2063“² der Afrikanischen Union für einen geeinten und wohlhabenden afrikanischen Kontinent ab. Auch das 1979 in Dakar verabschiedete ECOWAS-Protokoll zur Personenfreizügigkeit (Adepoju et al. o.J.), zum Aufenthalts- und Niederlassungsrecht bildet seit 1984 den rechtlichen Rahmen für grenzüberschreitende Mobilität. Allerdings wurden zentrale Bestimmungen – insbesondere zur Visumfreiheit, Arbeitsaufnahme und Niederlassung – von vielen Mitgliedsstaaten nur unvollständig umgesetzt (Korte & Landmesser 2024).

Die formale Verpflichtung der ECOWAS-Staaten zur Gewährleistung der Freizügigkeit ihrer Bürger*innen steht dabei im Spannungsverhältnis zu sicherheits- und migrationspolitischen Interessen der Europäischen Union. In der Praxis wird das Recht auf Mobilität innerhalb regionaler Zusammenschlüsse und auf dem afrikanischen Kontinent insgesamt vielfach zu einem hypothetischen Recht (Ouedraogo 2023). Grenzübergänge sind demzufolge für Händler*innen, Wanderarbeiter*innen und andere Migrant*innen oft von Schikanen, Korruption und finanzieller Erpressung geprägt.

Migration stellt für viele Menschen eine zentrale Lebensstrategie dar, die mit sozialer Verantwortung gegenüber Familie und Herkunftsgemeinschaft verbunden ist. Neben dieser sozialen Legitimierung thematisieren Migrant*innen jedoch auch individuelle Bedürfnisse nach „existenzieller Mobilität“ (Hage 2009; Lucht 2015; Nicoué 2018a: 78), um als stagnierend oder perspektivlos wahrgenommenen Lebenssituationen zu entkommen. Migration wird dabei als kollektives Projekt verstanden, von dem sich Familien und soziale Netzwerke kurz- oder langfristig materielle und symbolische Dividenden versprechen (Bernau 2022: 91–92). Diese reichen von Rücküberweisungen über materielle Güter bis hin zur Einbindung in transnationale soziale Räume (Faist 2014), die wiederum Ressourcen für zukünftige Migrationsprojekte darstellen.

Länder wie Mauretanien, Senegal, Côte d’Ivoire, Ghana, Sierra-Leone und Nigeria waren seit den 1950er- und 1960er-Jahren zentrale Zielländer der Arbeitsmigration in Westafrika. Die wirtschaftlich prosperierende Côte d’Ivoire zog in den 1970er- und 1980er-Jahren zehntausende unqualifizierte Arbeitskräfte in die Kaffee-, Kakao- und Holzproduktion. Der Bergbau der Gold- und Diamantenfelder an der Goldküste (heutiges Ghana) sowie in Sierra Leone zogen zahlreiche Wanderarbeiter*innen. Gleichzeitig wurden qualifizierte Fachkräfte, insbesondere Lehrkräfte aus Senegal und anderen Nachbarländern angeworben (Bredeloup 2020). Die Expansion der Industrie- und Dienstleistungssektoren führte zudem zu verstärkter Migration nach Nigeria, in den Tschad und nach Gabun. Narrative des wirtschaftlichen Aufschwungs und des „Eldorados“ in Städten wie Lagos, Abidjan, Dakar oder Libreville prägten regionale Mobilitätsmuster bis zum Ölpreisverfall und den anschließenden Wirtschaftskrisen der frühen 1980er-Jahre (Kayser 1977; Pambo-Loueya 1999; Adepoju 2005; Bredeloup 2020). Diese Krisen führten zu groß angelegten Repatriierungsmaßnahmen von Arbeitsmigrant*innen. Mit der anhaltenden Wirtschaftskrise in Ghana und Nigeria sowie dem Bürgerkrieg in Côte d’Ivoire ab 2005 wurden neue Alternativen zunehmend im Norden des Kontinents gesucht. Infolgedessen intensivierten sich multidirektionale intra- und transkontinentale Migrationsbewegungen, wobei nordafrikanische Länder wie Libyen,

² Siehe unter: https://au.int/sites/default/files/documents/36204-doc-agenda2063_popular_version_en.pdf

Tunesien, Algerien und Marokko verstärkt Arbeitsmigrant*innen für den Bau-, Dienstleistungs-, Agrar- und Erdölsektor anziehen.

3 EU-Migrationskontrolle in Westafrika

Das Selbstverständnis existenzieller Mobilität durch Migration als Teil individueller und kollektiver Lebensstrategien kann als Bestandteil jener Mobilisierungsdynamiken verstanden werden, die in die sogenannte „Flüchtlingskrise“ des Jahres 2015 mündeten. Als Reaktion auf diese Massenmobilisierung von Menschen aus Subsahara-Afrika sowie aus der WANA-Region (Westasien und Nordafrika³) nach Europa etablierte die Europäische Union im Jahr 2016 das Migration Partnership Framework (MPF) als zentrales Instrument der sogenannten Fluchtursachenbekämpfung. Dieses ergänzt bestehende Maßnahmen zur Eindämmung von Migration, darunter der Rabat-Prozess zwischen der EU und Afrika von 2006 sowie der Khartum-Prozess von 2014.

Mit dem Valletta-Prozess von 2015 wurde zudem der EU-Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika (EU Emergency Trust Fund for Africa, EUTF⁴) eingerichtet. Ziel dieses Instruments ist es, Projekte und Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration sowie zur Steuerung von Migration in zentralen Herkunfts-, Transit- und Zielländern zu finanzieren.

Im Rahmen der vielfältigen Kooperationsformate zwischen der EU und afrikanischen Staaten arbeiten die Afrikanische Union (AU) und die EU seit 2017 im Rahmen des *Africa–EU Migration and Mobility Dialogue* unter anderem zu Themen wie Rücküberweisungen, der Bekämpfung von Schleusung sowie nachhaltiger Reintegration zusammen. Diese Zusammenarbeit wurde auf dem 6. AU-EU-Gipfel 2022 in Brüssel im Rahmen einer „Gemeinsamen Vision 2030“ bestätigt, die auf die Eindämmung irregulärer Migration, ein verstärktes Grenzmanagement sowie effektivere Rückkehr- und Reintegrationsprozesse abzielt.

Parallel zu diesen überregionalen Prozessen werden bilaterale Vereinbarungen geschlossen, darunter die im März 2024 verabschiedete Migrationspartnerschaft zwischen der EU und Mauretanien

mit einem Finanzvolumen von 210 Millionen Euro (European Commission 2024). Bereits seit 2016 intensiviert die EU den Dialog mit dem mauretischen Staat mit dem Ziel eines umfassenden Migrationsmanagements. Dieses umfasst Grenz- und Migrationskontrolle, Migrationssteuerung und -verwaltung, die Förderung legaler und arbeitsbezogener Migration sowie die Bekämpfung von Migrant*innenschmuggel und Menschenhandel. Die Entwicklung standardisierter Verfahren (SOPs) sowie die Reform des nationalen Migrationsrechts verdeutlichen die tiefgreifenden Auswirkungen europäischer Migrationspolitik auf nationale Politiken westafrikanischer Staaten.

Auch im Nachbarstaat Senegal wurden im Bereich Migration erhebliche finanzielle Mittel investiert, allerdings mit gemischten Ergebnissen. Diese Investitionen umfassen bilaterale Abkommen, europäische Initiativen, politische Dialogformate sowie finanzielle Unterstützungsmaßnahmen zur Migrationssteuerung, zum Grenzmanagement, zur Rückkehr und Reintegration sowie zur Schaffung legaler Mobilitätspfade. Zwischen 2005 und 2019 erhielt die senegalesische Regierung hierfür über 300 Millionen Euro (Ziegelmayer 2020).

Die begrenzte Wirksamkeit dieser Maßnahmen führte zu einer weiteren Intensivierung des technischen Dialogs zwischen der EU und Senegal, insbesondere im Bereich des Kapazitätsaufbaus im Grenzmanagement sowie bei Rückkehr- und Reintegrationsmaßnahmen. Dies geschah vor dem Hintergrund eines starken Anstiegs irregulärer Ankünfte aus Senegal in den Jahren 2023 und 2024, vor allem in Richtung der Kanarischen Inseln. Auch wenn sich eine Abkehr von der Konditionalisierung der Entwicklungszusammenarbeit als Druckmittel – etwa im Hinblick auf Visaerleichterungen oder die Bereitstellung von Budgethilfe – hin zu einer „partnerschaftlichen“ Zusammenarbeit abzeichnet, bleiben die Gespräche und Vereinbarungen zwischen der EU und afrikanischen Staaten weiterhin von Mustern kolonialer Kontinuitäten geprägt.

In dieser asymmetrischen Beziehung wird die Migrationssteuerung weitgehend im Interesse der EU-Mitgliedstaaten gestaltet. Das zuletzt bewilligte Finanzpaket in Höhe von 30 Millionen Euro soll größtenteils bis Ende 2025 umgesetzt werden

³ WANA steht für Westasien und Nordafrika und wird hier als Alternative zum eurozentristischen Konzept Middle East and North Africa (MENA) verwendet.

⁴ Das EUTF für Afrika wurde als Notfall-Treuhandfonds für Stabilität und die Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung in Afrika eingerichtet.

(Council of the European Union 2025: 22). So umfasst das starke Engagement europäischer Staaten in Senegal zahlreiche bilaterale und multilaterale Projekte mit Fokus auf Grenz- und Küstenschutz, die Bekämpfung irregulärer Migration, die Förderung zirkulärer Arbeitsmigration sowie Rückkehr- und Reintegrationsprogramme. Diese Maßnahmen werden über verschiedene Finanzierungsinstrumente wie das *Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument* (NDICI), *Asylum, Migration and Integration Fund* (AMIF) und im Rahmen von *Team Europe* umgesetzt. Sie tragen jedoch nur unzureichend den komplexen und gemischten Migrationsmotiven sowie den Kontinuitäten zwischen Arbeits-, Flucht- und irregulärer Migration Rechnung. Die hierzu anschließende Strategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Migrationssteuerung im Rahmen des Ansatzes „Migration für Entwicklung“ zielt nicht primär auf die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration. Vielmehr verknüpfen die Programme des BMZ – insbesondere in Kooperation mit BAMF und IOM im Bereich Rückkehr und nachhaltige Reintegration – entwicklungspolitische Maßnahmen mit sicherheits- und grenzpolitischen Interessen. Damit wirkt die Rhetorik „Migration für Entwicklung“ wie eine Abschreckungsstrategie (Cross 2009: 176) und betont die Verantwortung afrikanischer Partnerstaaten, die Potenziale von (potenziellen) Migrant*innen und Rückkehrenden für nationale Entwicklungsprozesse zu mobilisieren.

Die Externalisierung europäischer Migrationskontrolle als überwiegend extern initiierte und finanzierte Maßnahmen stößt in Senegal und anderen afrikanischen Ländern häufig auf geringe politische Priorisierung, begrenzte nationale Eigenverantwortung sowie eingeschränkte Rechenschaftspflicht gegenüber den Interessen der EU (Dimé & Jaji 2023). Entsprechend zeigen ressortübergreifende deutsche und europäische Ansätze zur Bekämpfung sogenannter „Fluchtursachen“ bislang nur begrenzte Wirkung – trotz ganzheitlicher Programme auf lokaler Ebene, die Maßnahmen zur Stärkung von Staatlichkeit und Governance, zur Konfliktprävention, zur sozioökonomischen Entwicklung sowie zur Förderung lokaler Resilienz und Klimaanpassung kombinieren. Eine umfassendere Perspektive würde jedoch erfordern, historisch gewachsene und sich fortlaufend verfesti-

gende politische Ursachen struktureller Ungleichheit als zentrale Fluchtgründe auf globaler Ebene stärker zu berücksichtigen.

Stattdessen investiert die EU zunehmend in eine sogenannte „Anti-Refugee Machine“ (ARM), die vorgibt, Ursachen von Migration und Flucht zu bekämpfen, faktisch jedoch häufig jene Bedingungen verschärft, die Menschen überhaupt erst zur Flucht bewegen. Aus dieser Perspektive trägt die ARM zur Entpolitisierung struktureller Migrationsursachen bei, indem Asylsuchende zu Wirtschaftsmigrant*innen umgedeutet und ihre Ansprüche auf rechtliche Anerkennung in Europa unterminiert werden (Redeker Hepner & Treiber 2025)

In Afrika trägt das Zusammenspiel vielfältiger politischer, sicherheitspolitischer und ökologischer Fragilisierungsfaktoren maßgeblich zum Anstieg der Binnenvertreibung bei. In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Zahl der Binnenvertriebenen von 10,2 Millionen im Jahr 2009 auf 38,8 Millionen im Jahr 2024 mehr als verdreifacht und macht damit nahezu die Hälfte aller weltweit Binnenvertriebenen aus (IDMC 2025). Klimabedingte Wanderungen treffen in Städten und Nachbarländern zunehmend auf Geflüchtete aus Konfliktregionen sowie auf Wanderarbeiter*innen. Die daraus entstehende Konkurrenz um knappe Ressourcen und die damit verbundenen sozialen Spannungen aufgrund der verstärkten sozialen Ungleichheiten in Städten und den Aufnahmegemeinden (Maci et al. 2018) führen häufig zu sekundären Wanderungsbewegungen, die sich bis hin zu transkontinentaler Migration ausweiten (Nicoué 2018b: 65).

Deshalb stehen die von bewaffneten Konflikten, Sicherheitskrisen, Inflation und wiederkehrenden Naturkatastrophen betroffenen Länder Westafrikas zunehmend vor erheblichen Herausforderungen bei der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen. Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch externe Akteure – etwa im Rahmen von Fischereiabkommen oder durch illegale Fangpraktiken in westafrikanischen Territorialgewässern – verschärft die Ressourcenknappheit. Diese Dynamiken drängen insbesondere Fischer zunehmend in das Schleuserwesen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Die gezielte Auswahl bestimmter afrikanischer Partnerländer durch die EU zur Umsetzung sicherheits- und migrationspolitischer Strategien erfolgt dabei häufig ohne angemessene Berücksichtigung der Prioritäten afrikanischer Staaten im Rahmen

des MPF (Hirt 2017). Dennoch beschränkt die EU mit umfangreichen finanziellen und technischen Ressourcen sowie politischem Einfluss die Bewegungsfreiheit als existenzieller Strategie innerhalb Afrikas – nicht ohne Widerstände, wie etwa die Beendigung der EU-Mission EUCAP Sahel Niger durch die Militärjunta Ende 2023 zeigt.

In den folgenden Abschnitten analysiere ich die von der EU errichteten Barrieren gegen Migrationsbewegungen innerhalb, durch und aus Westafrika, die den Alltag und die Lebensrealitäten von Migrant*innen und Geflüchteten maßgeblich prägen. Mauretanien und Senegal stellen dabei zentrale Herkunfts-, Transit- und Ankunftsländer dar und stehen im Fokus europäischer Migrationspolitik.

4 Die Interessen Brüssels und Alltagswirklichkeiten in Westafrika

Mauretanien und Senegal sind beides Knotenpunkte der westlichen Mittelmeerroute sowie der westafrikanischen Atlantikroute, die insbesondere seit den 2000er-Jahren aufgrund zahlreicher Schiffbrüche und Bilder von Seenot große mediale Aufmerksamkeit erhielten. Diese inzwischen weitgehend zur Normalität gewordenen humanitären Dramen konzentrieren sich auf irreguläre Einreisen nach Spanien – sowohl über das Mittelmeer und die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla als auch über die gefährliche Atlantikroute zu den Kanarischen Inseln. Verschärfte Kontrollen führten zeitweise zu einer Verlagerung von Migrationsbewegungen auf die zentrale Mittelmeerroute über Libyen nach Italien.

Die diskursive Rahmung dieser Wanderungsbewegungen seit den frühen 2000er-Jahren in Metaphern von Naturkatastrophen oder Ausnahmezuständen – etwa als „Ansturm auf Europa“, „Flüchtlingswelle“ oder „Exodus biblischen Ausmaßes“ – konstruiert Bedrohungsszenarien für europäische Gesellschaften, die dementsprechend restriktivere migrationspolitische Maßnahmen verabschieden.

Der schrittweise Ausbau des europäischen Migrationsregimes seit den 1990er-Jahren hat tiefgreifende soziale Folgen für Migrant*innen aus Afrika, insbesondere vor dem Hintergrund historisch gewachsener Mobilitätskulturen und ihre existenzielle Bedeutung für Menschen in Westafrika. Während innerhalb der EU die Mobilität von Personen, Dienstleistungen und Gütern liberalisiert

wurde, verlagerte sich der Fokus zugleich auf die Absicherung externer EU-Grenzen. Die Anschläge vom 11. September 2001 trugen zur Etablierung eines sicherheitspolitischen Ausnahmezustands bei, in dem Menschen- und Migrant*innenrechte zunehmend nationalstaatlichen Sicherheitsinteressen untergeordnet werden. Die darauf aufbauenden informellen Drittstaaten-Deals zur Migrationskontrolle in rechtsfreien Räumen, wie sie mit der Türkei, Libyen, Marokko oder Tunesien geschlossen wurden (Rietig 2023), kombinieren sicherheits-, entwicklungs- und migrationspolitische Komponenten mit dem primären Ziel der Eindämmung irregulärer Migration und der Rückübernahme abgeschobener Personen und werden durch finanzielle Anreize und Visaverprechen flankiert.

Gleichzeitig dominiert die Rhetorik „unerwünschter Migration“ aus Afrika (Cross 2009: 172) weiterhin migrationspolitische Entscheidungen und legitimiert den Einsatz quasi militarisierten Grenzmanagements durch hochentwickelte Technologien sowie durch operative Zusammenarbeit mit der seit 2005 bestehenden EU-Grenzschutzagentur FRONTEX. Ziel ist die Verbesserung der Dokumentensicherheit durch biometrische Daten sowie der Informationsaustausch zwischen EU-Mitgliedsstaaten. Die drei Phasen der Operation Hera auf der westafrikanischen Route erfolgten in Kooperation zwischen Spanien, FRONTEX und Staaten wie Senegal, Mauretanien, Marokko und Kap Verde. Diese Mobilitätspartnerschaften als Teil des Mobilitätsregimes stellen tiefgreifende neokoloniale Eingriffe in die Bewegungsfreiheit bzw. in das Recht auf Mobilität mit Relativierung der Menschenrechte dar.

4.1 Mauretanien: Eifriger „Grenzwächter“ der EU

Südlich der Westsahara am Atlantischen Ozean gelegen, grenzt die Islamische Republik Mauretanien im Süden an Senegal, im Osten an Mali, im Norden an Algerien sowie im Nordwesten an Marokko und der Westsahara. Die rund 800 Kilometer lange Atlantikküste stellt ein zentrales Tor zur Welt dar.

In Mauretanien, wo Arabisch Amtssprache ist und Französisch eine wichtige Verkehrssprache darstellt, leben etwa 5,1 Millionen Menschen auf einer Fläche von über einer Million Quadratkilometern – rund dreimal so groß wie Deutschland (Statistisches Bundesamt 2025). Laut Angaben der

Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen (UN DESA) beträgt der internationale Bestand mauretanischer Migrant*innen weltweit im Jahr 2024 rund 91.705 Personen (UN DESA 2024). Nach dem offiziellen Austritt aus der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) im Jahr 2000 und der Mitgliedschaft in der Arabischen Maghreb-Union (AMU) sowie in der Liga der Arabischen Staaten fungiert Mauretanien als geopolitisches Bindeglied zwischen den arabischen Maghreb-Staaten und den Ländern südlich der Sahara. Im Rahmen der Kooperation mit der EU – unter anderem innerhalb des inzwischen geschwächten Regionalbündnisses G5 Sahel – gilt Mauretanien als vergleichsweise stabiler Partner in einer von Krisen geprägten Region.

Die Bevölkerung setzt sich mehrheitlich aus arabischsprachigen „Mauren“ gemischter arabischer, berberischer und Schwarzafrikanischer Herkunft zusammen. Innerhalb dieser Gruppe wird zwischen sogenannten „weißen“ Mauren (*Beidan*) und „schwarzen“ Mauren (*Harratin*), den Nachfahren ehemals versklavter Bevölkerungsgruppen, unterschieden. Daneben existiert eine bedeutende Minderheit afrikanischer ethnolinguistischer Gruppen, darunter Peul (Pulaar), Toucouleur, Soninke und Wolof (Seddon 1996: 198).

Mauretanien ist durch eine stark stratifizierte Gesellschaftsstruktur gekennzeichnet und wird als „gemäßigte Autokratie“ beschrieben (Elischer 2024: 2). Präsident Mohamed Ould Ghazouani regiert seit 2019 und hat Reformmaßnahmen zur Armutsreduzierung, zur vorsichtigen Liberalisierung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie zum Ausbau sozialstaatlicher Instrumente angekündigt. Dennoch dominieren weiterhin die politischen und ökonomischen Interessen der maurischen Elite, insbesondere der *Beidan*.

Eine substanzielle Demokratisierung bürgerlicher und politischer Rechte, insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie die *Harratin*, ist bislang ausgeblieben. Antisklavereibewegungen fordern zunehmend eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe dieser Gruppe. Obwohl die Sklaverei formell 1981 abgeschafft und 2007 kriminalisiert wurde (Ibib.: 4), haben sich die sozio-ökonomischen Lebensbedingungen der *Harratin* kaum verbessert. Die fehlende Anerkennung und Gleichstellung prägt auch die Wahrnehmung afro-mauretanischer Bevölkerungsgruppen sowie von Zuwander*innen aus den Sahelstaaten und Regionen südlich der Sahelzone.

Im Interesse der dominanten maurischen Elite unterstützt die Regierung aktiv Initiativen zur Bekämpfung sogenannter irregulärer Migration (Ibib.: 11). Mauretanische Sicherheitsakteure gehen dabei mit Praktiken wie *racial profiling*, Massenverhaftungen, Misshandlungen und Erpressung gegen mutmaßlich irreguläre Migrant*innen vor.

Aufgrund der geografischen Lage Mauretaniens in einer zunehmend von Umweltkrisen und bewaffneten Konflikten geprägten Region sind sowohl Städte an der Atlantikküste als auch Grenzregionen im Osten des Landes Schauplätze menschenunwürdiger Lebensbedingungen für Menschen in gemischten Wanderungsbewegungen.

Eine Problematisierung der heutigen Wanderungsbewegungen in dieser Region verkennt die Bedeutung etablierter Mobilitätspraktiken auf dem heutigen Staatsgebiet Mauretaniens. Das Gebiet des heutigen Mauretaniens war ein wichtiges Drehkreuz früherer Formen von Mobilität, insbesondere des pastoralen Nomadismus, der saisonalen Transhumanz und des transsaharischen Karawanenhandels (Seddon 1996). Die damit verbundenen Handels- und Nomadenrouten sowie die historisch praktizierten Wandermuster gingen mit flexiblen Niederlassungspraktiken innerhalb weitreichender Netzwerke einher. Die Lebensgrundlagen der Menschen in diesen Mobilitätsräumen basierten auf einer Kombination aus Viehhaltung, Handel und saisonaler Lohnarbeit, die bis heute fortwirkt und sich in neue Migrationskonstellationen übersetzt.

Auf diesem Drehkreuz alter und neuer Wanderungsbewegungen stellen Nouakchott und Nouadhibou zentrale urbane Knotenpunkte und wichtige Ankunftsstädte dar. Nouakchott fungiert in der Gegenwart als politische Hauptstadt, während Nouadhibou als wirtschaftliches Zentrum und wichtigste Hafenstadt in einem Land mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 2.362 US-Dollar in 2024 (Statistisches Bundesamt 2025). Aufgrund seiner geografischen Lage – etwa 700 Kilometer von den Kanarischen Inseln entfernt – nimmt insbesondere Nouadhibou eine strategische Position entlang der sogenannten Atlantikroute ein. Beide Städte bieten Migrant*innen begrenzte Erwerbsmöglichkeiten sowie temporäre Schutzräume.

Ende August 2025 waren von insgesamt über 309.000 im Land geschätzten Flüchtlingen und Asylsuchenden 176.745 im nationalen Registrierungssystem erfasst, darunter 17.727 in urbanen

Räumen. Rund 75 Prozent stammen aus Mali; die übrigen verteilen sich auf 47 weitere Herkunftstaaten mit mehrheitlichen afrikanischen Staaten (UNHCR 2025).

Der anhaltende Zustrom aus Mali – mit dem Mauretanien eine 2.236 Kilometer lange Grenze in Wüsten- und Sahelgebieten teilt – ist Ausdruck einer seit über einem Jahrzehnt andauernden politischen und sicherheitspolitischen Krise. Fluchtursachen sind insbesondere Übergriffe staatlicher Sicherheitskräfte, islamischer Milizen sowie Gewalt durch russische Wagner-Söldner. Zwischen Juni 2023 und Ende 2024 verzeichnete insbesondere Nouadhibou einen deutlichen Anstieg der Ankünfte von Geflüchteten (UNHCR 2025), wo einst schon ein „Guantanamo“ (Cross 2009: 179) entstanden ist. Parallel dazu erreichten 2024 rund 46.000 Geflüchtete – darunter zahlreiche Frauen und Kinder – in kleinen Booten die Kanarischen Inseln und markierten damit einen historischen Höchststand (HRW 2025).

Im Osten des Landes leben über 118.000 malische Flüchtlinge im Flüchtlingslager Mbera (UNHCR 2025). Dort verfolgt das UNHCR gemeinsam mit UN-Organisationen, internationalen und lokalen NGOs sowie mauretanischen Behörden einen kollaborativen Ansatz zur lokalen Integration, um Sekundärmigration in Richtung Europa zu verhindern.

Über diese zentralen Ankunftsorte und Knotenpunkte von Wanderungsbewegungen in Mauretanien mehren sich Berichte über systematische Menschenrechtsverletzungen durch mauretanische Behörden und andere Akteure. Als „Grenzwächter“ im Auftrag Spaniens und der EU agieren diese Akteure häufig entlang rassifizierter Muster, die das historische rassistische Verhältnis zwischen der arabisch-mauretanischen Elite und der Schwarzen⁵ Bevölkerung prägen. West- und zentralafrikanische Migrant*innen sowie Asylsuchende aus Senegal, Mali, Guinea, Sierra Leone, Liberia und der Zentralafrikanischen Republik berichten von *Racial Profiling*, Misshandlungen, Schikanen sowie Abschiebungen ohne rechtsstaatliches Verfahren (HRW 2025).

Neben dieser repressiven Praxis verschärfen angespannte Arbeitsmärkte und zunehmende Ressourcenknappheit an Land und auf See die gesellschaftliche Stimmung gegenüber Migration. Die sogenannte „Mauretanisierung“ bestimmter Arbeitsmarktsegmente (Ministère de l’Autonomisation des Jeunes 2025) – etwa im Bergbau und im Fischereisektor – zur Sicherung von Arbeitsplätzen für Staatsangehörige befördert nationalistische und migrationsfeindliche Diskurse, wie sie auch in europäischen Kontexten zu beobachten sind.

Wie in vielen anderen Kontexten bewegen sich Migrant*innen in Mauretanien überwiegend an den Rändern der Gesellschaft. In Nouakchott leben sie vor allem in peripheren Stadtteilen wie Sebkhah, El Mina oder Dar Naim und sind überwiegend im informellen Sektor tätig, etwa als Mechaniker*innen, Tischler*innen, Kleinfischer*innen, Metallarbeiter*innen oder Markthändler*innen.

4.2 Senegal und die EU: Kooperationen im Spannungsfeld divergierender Interessen

Neben Mauretanien liegt Senegal auf einer Fläche von 192.530 km² – etwa halb so groß wie Deutschland – mit einer Bevölkerung von 18.502.000 Menschen im Jahr 2024 (Statistisches Bundesamt 2025). Die Hauptstadt Dakar befindet sich rund 1.000 Kilometer von den Kanarischen Inseln entfernt.

Senegal ist ein bedeutendes Herkunfts-, Transit- und Ankunftsland für Wanderungsbewegungen aus unterschiedlichen afrikanischen Ländern. So belief sich nach Angaben der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen (UN DESA) der internationale Bestand senegalesischer Migrant*innen weltweit im Jahr 2024 auf rund 741.357 Personen (UN DESA 2024). Somit ist Senegal im Vergleich zu Mauretanien ein viel bedeutenderes Herkunftsland von Migrant*innen.

Die senegalesische Diaspora lebt nicht nur in afrikanischen Staaten, sondern auch in Frankreich, Italien, Spanien, den USA, Kanada, Brasilien, Argentinien sowie in globalen urbanen Zentren wie Hongkong, Dubai, Dschidda, Istanbul und Singapur. Dort haben sich senegalesische Händlerinnen seit Jahrzehnten etabliert und weitverzweigte Netzwerke aufgebaut, die die Bedeutung von Migration nachhaltig prägen.

⁵ Das Attribut *Schwarz* wird mit großem Anfangsbuchstaben geschrieben, da es sich nicht auf die Hautfarbe bezieht, sondern

als politische Selbstbezeichnung von Menschen mit geteilten historischen und gesellschaftlichen Erfahrungen verwendet wird.

Diese senegalesischen Migrationsnetzwerke sind häufig entlang von Verwandtschaftsbeziehungen, Dorfgemeinschaften und religiösen Zugehörigkeiten organisiert. Insbesondere die Sufi-Bruderschaften der Muriden und der Tidjaniyya fungieren als zentrale Unterstützungsstrukturen, die den gesamten Migrationsprozess – von der Vorbereitung über die Reise bis hin zur Integration im Ziel-land – begleiten. Die Muriden stellen dabei die einflussreichste religiöse Gemeinschaft im Senegal dar, obwohl der Tidjaniyya zahlenmäßig etwa die Hälfte der senegalesischen Muslim*innen angehört. Aufgrund ihres international verzweigten Händlernetzwerks ist die muridische Identität eng mit Migration verknüpft. Exil und Mobilität sind zu tragenden Säulen des Muridismus geworden (Ebin 1995; Riccio 2006; Prothmann 2017: 141). Insgesamt üben islamische Sufi-Bruderschaften einen erheblichen Einfluss auf gesellschaftliche Einstellungen zur Migration aus.

Innerhalb Westafrikas zählt Senegal zu den drei größten Empfängerländern von Rücküberweisungen aus der Diaspora – neben Nigeria und Ghana (OSAA 2024: 8). Rücküberweisungen stellen eine zentrale wirtschaftliche Ressource dar und fungieren als unverzichtbare Lebensader für Millionen von Haushalten sowie für kleine und mittlere Unternehmen (Ibid.: 6). Nach der KNOMAD/World Bank Bilateral Remittance Matrix beliefen sich die Rücküberweisungen nach Senegal im Jahr 2021 auf rund 3 Milliarden US-Dollar, was etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht (World Bank/KNOMAD 2022). Die wichtigsten Herkunftsländer der Rücküberweisungen waren Frankreich mit 705 Millionen US-Dollar (27 %), Italien mit 494 Millionen US-Dollar (19 %) sowie Gambia mit 313 Millionen US-Dollar (12 %), was sowohl die ökonomische Bedeutung europäischer Zielländer senegalesischer Migration als auch regionaler Mobilitätsverflechtungen innerhalb Westafrikas widerspiegelt.

Vor diesem Hintergrund nutzt die senegalesische Regierung die strategische und entwicklungspolitische Bedeutung der Diaspora gezielt für ihre Prioritätensetzung. Dies zeigt sich unter anderem im Entwurf des Finanzgesetzes 2025, der die Emission einer Diaspora-Anleihe vorsieht, deren Gläubiger im Ausland lebende senegalesische Staatsangehörige sein sollen. Der Rückgriff auf Diaspora-Anleihen zur wirtschaftlichen und sozialen Transformation signalisiert einen Paradigmenwechsel, der mit einer zunehmend panafrikanischen und de-

kolonialen Orientierung unter der politischen Führung von Premierminister Ousmane Sonko einhergeht. Dieser gilt als Vertreter einer postkolonialen und panafrikanistischen Ausrichtung der Politik und Wirtschaft seines Landes, wie sie auch von der Allianz der Sahelstaaten (AES) mit Mali, Niger und Burkina Faso artikuliert wird und damit militärische und politische Souveränität einfordert. Parallel dazu gewinnt im Senegal die anti-französische Bewegung „*France, dégage!*“ („Frankreich, verschwinde!“) an Bedeutung. Die Übergabe der letzten französischen Militärbasis in Westafrika im Juli 2025 – gelegen in Senegal – verdeutlicht die wachsende Wirkung der post- und dekolonialen Strömungen in der Region.

In dieser postkolonial geprägten Haltung gegenüber Europa werden Rücküberweisungen der Diaspora zunehmend als nachhaltige Finanzierungsquelle für Herkunftsländer wahrgenommen. Demzufolge sind die begrenzte Bereitschaft und limitierte Rechenschaftspflicht einiger afrikanischer Staaten zu Rückübernahmeabkommen mit der EU zu verstehen.

Angesichts der Allgegenwärtigkeit von Migration in Senegal ist die Abwanderung in diesem Kontext der naheliegende Weg existenzieller Mobilität, um dem Zustand sozialer Stagnation, des „ewigen Jungseins“ sowie sozialem Druck und Kontrolle zu entkommen (Prothmann 2017: 15 f.). Migrieren gilt als etablierter Übergang zur Reife und zum Erwachsenwerden. Die sichtbaren Erfolge von zurückgekehrten Migrant*innen und der Diaspora in vielen Regionen Senegals verstärken den gesellschaftlichen Diskurs, Migration als nahezu einzige Möglichkeit sozialer und wirtschaftlicher Verwirklichung zu betrachten. Der Ausdruck *Barça wala Barzakh* („Barcelona oder der Tod“) bringt diese als alternativlos wahrgenommene Option für ein besseres Leben in der Vorstellungswelt vieler junger Senegales*innen prägnant zum Ausdruck.

Dabei muss betont werden, dass Migration nicht ausschließlich als Ausdruck von Mangel oder Defizit zu betrachten ist. Vielmehr soll sie als Anspruch auf Freiheit und Menschsein verstanden werden – ein Recht auf Mobilität, das historisch ungleich verteilt ist. Junge Menschen im Senegal beanspruchen das Recht zu reisen, die Welt zu entdecken und dieselben Mobilitätsmöglichkeiten wahrzunehmen wie jene privilegierten zwei Prozent der Weltbevölkerung mit nahezu uneingeschränktem Zugang zu internationaler Mobilität (vgl. Abschnitt 2).

In seinen ethnografischen Studien zu den Lebenswelten junger Männer in Pikine zeigt Prothmann, dass diese nicht primär Wohlstand, sondern Gleichberechtigung einfordern: das Recht, dieselben Erfahrungen zu machen wie weiße Menschen, die sich frei in der Welt bewegen können. Dies bringt Tapha, ein junger Mann aus Pikine, folgendermaßen zum Ausdruck: “What my dream is? I want to see Paris (Paris Saint-Germain F.C.) against Marseille (Olympique de Marseille), sitting in the box, with blessings of my spiritual guide Boroom Toubou. Just see Paris – Marseille, and then Nice, even if there are difficulties, I do not care. That’s it! Paris wins against Marseille, and then I return home; that’s what I want!” (Prothmann 2017: 115)

5 Perspektiven für eine zukunftsfähige Migrationspolitik in der unteilbaren Welt

Die Externalisierung europäischer Migrationskontrolle in West- und Nordafrika am Beispiel Mauretaniens und Senegals stellt einen zentralen Schwerpunkt der gegenwärtigen EU-Migrationspolitik dar. Diese ist in hohem Maße von sicherheitspolitischen Interessen, auferlegten Mobilitätsbeschränkungen innerhalb asymmetrischer Machtverhältnisse sowie kurzfristigen Steuerungslogiken und Symbolpolitik der Mitgliedstaaten geprägt. Das Leitmotiv dieser Politik – die sogenannte „Fluchtursachenbekämpfung“ in Herkunfts- und Transitländern – dient dabei als Rechtfertigung für die Durchsetzung zahlreicher Maßnahmen im Rahmen eines „neokolonialen Empire“, das historisch gewachsene, strukturelle

und global verflochtene Ursachen von Flucht und Migration weitgehend ausblendet.

Die politischen Führungen in Mauretanien, Senegal sowie in Marokko, Tunesien und Libyen übernehmen in diesem Kontext das „schmutzige Geschäft“ (*dirty work*) der sogenannten ARM. Diese kriminalisiert Mobilität systematisch, ermächtigt staatliche Akteure zur Inhaftierung und Abschiebung von Migrant*innen und begünstigt zugleich indirekt Schleusung und Menschenhandel. Darüber hinaus trägt die ARM zur Reproduktion und Verstärkung rassistischer Diskurse bei und schränkt den Zugang zu rechtlicher Anerkennung sowie zu grundlegenden Rechten erheblich ein (Hepner & Treiber 2025: 15).

Eine zukunftsfähige und gerechte Migrationspolitik in einer unteilbaren Welt muss die entwicklungsorientierten Interessen der afrikanischen Partnerstaaten berücksichtigen. Sie erfordert langfristig angelegte, solidarische und wertebasierte Ansätze für inklusive Formen der Mobilität und Zirkulation, die über die selektive Steuerung mit Zugangswegen für (hoch)qualifizierter Fachkräfte für den europäischen Arbeitsmarkt hinausgehen. Solche selektiven Migrationsmodelle dienen vor allem dem Erhalt eines Wohlstandsmodells, das auf historisch gewachsenen und weiterhin wirksamen Ausbeutungsstrukturen beruht. Eine zukunftsfähige Migrationspolitik setzt daher eine klare Abkehr von repressiver Grenzpolitik und der autoritär-rechten Wende voraus, wie sie Hess (2025) beschreibt. Diese Entwicklungen tragen zur schrittweisen Aushöhlung von Schutzstandards und Verfahrensrechten bei – sowohl an den EU-Außengrenzen und innerhalb des Schengen-Raums als auch in anderen globalen Kontexten wie den USA.

Abkürzungsverzeichnis

AES – Alliance des États du Sahel (Allianz der Sahelstaaten)
AMIF – Asylum, Migration and Integration Fund
AMU – Arabische Maghreb-Union (Arab Maghreb Union)
AOF – Afrique Occidentale Française (Französische Föderation Westafrika)
ARM – Anti-Refugee Machine
BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ECOWAS – Economic Community of West African States (Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten)
EAC – East African Community
EU – Europäische Union
EUCAP – European Union Capacity Building Mission
EUTF – Emergency Trust Fund for Africa
GEAS – Gemeinsamen Europäischen Asylsystem
IDMC – Internal Displacement Monitoring Centre
IGAD – Intergovernmental Authority on Development
IOM – International Organization for Migration
KNOMAD – Global Knowledge Partnership on Migration and Development
MPF – Migration Partnership Framework
NDICI – Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument
OSAA – UN Office of the Special Adviser on Africa
SADC – Southern African Development Community
UN DESA – United Nations Department of Economic and Social Affairs
UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees
WANA – Westasien und Nordafrika (West Asia and North Africa)

Quellenverzeichnis

- Achiume, E. T. (2019): Migration as Decolonization. *Stanford Law Review*, Vol. 71, Nr. 6, S. 1509–1574.
- Adepoju, A. (2005): Migration in West Africa. A paper prepared for the Policy Analysis and Research Programme of the Global Commission on International Migration. Internet: <https://www.gcim.org> (Zugriff am 18.12.2025).
- Adepoju, A.; Boulton, A.; Levin, M. (o. J.): Promoting integration through mobility: Free movement under ECOWAS. UNHCR. Internet: <https://www.unhcr.org/sites/default/files/legacy-pdf/49e479c811.pdf> (Zugriff am 18.12.2025).
- Agence Mauritanienne d'Information (2025): Des mesures concrètes pour diversifier les opportunités d'emploi et soutenir les initiatives des jeunes. Nouakchott. Internet: <https://ami.mr/fr/archives/277679> (Zugriff am 18.12.2025).
- Appadurai, A. (1996): *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Ba Cheikh Oumar (1995): Un exemple d'essoufflement de l'immigration sénégalaise : les Sénégalais au Cameroun. *Mondes en développement*, 23(91), S. 31–44.
- Bernau, O. (2022): *Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Borgnäs, E.; Cottone, L.; Teppert, T. (2023): Labour Migration Dynamics in Libya. In: *Migration and Development*, Abschnitt 3.
- Bredeloup, S. (2013): The Figure of the Adventurer as an African Migrant. *Journal of African Cultural Studies*, 25(2), S. 170–182.
- Bredeloup, S. (2020): The Senegalese in Gabon: Working under contract, enduring insecurity and discreetly reinvesting. *Revue européenne des migrations internationales*, 36(4), S. 143–165.
- Bruijn, M. de; Dijk, R. van; Foeken, D. (2001): Mobile Africa: An Introduction. In: *Mobile Africa: Changing Patterns of Movement in Africa and Beyond*. African Dynamics, Bd. 1, S. 1–7.
- Council of the European Union (2025): Update on External Cooperation on Migration. Internet: eu-council-emwp-external-coop-update-5235-25.pdf (Zugriff am 18.12.2025).
- Cross, H. M. (2009): The EU Migration Regime and West African Clandestine Migrants. *Journal of Contemporary European Research*, 5(2), S. 171–187.
- Dimé, M.; Jaji, R. (2023): Co-operation or mutual co-option? The Senegal–EU Partnership on Migration. IDOS Policy Brief, 10/2023.
- Diouf, M.; Rendall, S. (2000): The Senegalese Murid Trade Diaspora and the Making of a Vernacular Cosmopolitanism. *Public Culture*, 12(3), S. 679–702.
- Dougnon, I. (2016): Reinterpreting Labor Migration as Initiation Rite: “Ghana Boys” and European Clothing in Dogon Country (Mali), 1920–1960. *African Economic History*, 44, S. 73–90.
- Ebin, V. (1995): International Networks of a Trading Diaspora: The Mourides of Senegal Abroad. In: ANTOINE, P.; DIOP, A. B. (Hrsg.): *La Ville à Guichets Fermés*. Paris: ORSTOM, S. 323–336.
- Elischer, S. (2024): Mauretanien. Politökonomische Kurzanalyse (PÖK). Hamburg: GIGA.
- European Commission (2015): *A European Agenda on Migration*. Brussels.
- European Commission (2024): The European Commission launches new migration partnership with Mauritania. Brussels, 7 March 2024.
- Faist, T. (2014): Das Transnationale in der Migration. *Soziale Welt*, 65(1), S. 5–22.
- Ferguson, J. (1999): *Expectations of Modernity: Myths and Meanings of Urban Life on the Zambian Copperbelt*. Berkeley: University of California Press.
- Genep, A. van (1908): *Les rites de passage*. Paris: Nourry.
- Glick Schiller, N.; Salazar, N. B. (2013): Regimes of Mobility across the Globe. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 39(2), S. 183–200.
- Hage, G. (2009): Waiting out the Crisis: On Stuckedness and Governmentality. In: HAGE, G. (Hrsg.): *Waiting*. Melbourne: Melbourne University Press, S. 97–106.
- Hahn, H. P.; Klute, G. (2007): Cultures of Migration: Introduction. In: HAHN, H. P.; KLUTE, G. (Hrsg.): *Cultures of Migration*. Berlin: Lit Verlag, S. 9–29.
- Hepner, T. R.; Treiber, M. (2025): Introducing the Anti-Refugee Machine. *Migration and Society*, 8, S. 1–22.
- Hess, S. (2025): Die autoritär-populistische Grenze: Zur Wechselwirkung von Grenzpolitik und autoritär-rechter Wende. *Fluchtfor-schungsBlog*, 13. Mai 2025. Internet:

- <https://fluchtforschung.net/die-autoritaer-populistische-grenze-zur-wechselwirkung-von-grenzpolitik-und-autoritaer-rechter-wende/> DOI: 10.59350/fluchtforschung.14793 (Zugriff am 18.12.2025)
- Hirt, N. (2017): Die Afrika-Strategie der EU: Abschottung statt Fluchtursachenbekämpfung. GIGA Focus Afrika, Nr. 3. Internet: <https://www.giga-hamburg.de> (Zugriff am 18.12.2025).
- Human Rights Watch (HRW) (2025): "They Accused Me of Trying to Go to Europe": Migration Control Abuses and EU Externalization in Mauritania. New York: Human Rights Watch. Internet: <https://www.hrw.org/report/2025/they-accused-me-trying-go-europe-migration-control-abuses-and-eu-externalization-mauritania> (Zugriff am 18.12.2025).
- IDMC (2025): Global Report on Internal Displacement 2025. Geneva: IDMC. Internet: <https://www.internal-displacement.org> (Zugriff am 18.12.2025).
- Kassé, T. (2016): Afrika und die Dramen der Migration. Die Migrationsbewegung nach Europa wird niemals aufhören. Südlink, Nr. 175, März 2016
- Knomad / World Bank (2022): Bilateral Remittance Matrix 2021. Washington, D.C.
- Maci, G.; San Bilal, S.; Knoll, A.; Dick, E. (2018): Cities of Arrival: Integrated urban and private sector responses to migrants and refugees. Brussels: European Think Tanks Group. Internet: <https://ettg.eu/wp-content/uploads/2018/07/Cities-of-Arrival.pdf> (Zugriff am 18.12.2025).
- Ministère de l'Autonomisation des Jeunes (2025): Signature d'un protocole d'accord pour la mauritanisation des emplois dans la pêche artisanale au poulpe. Nouakchott. Internet: <https://majessc.gov.mr> (Zugriff am 18.12.2025).
- Nicoué, D. E. (2018a): Migrations et savoirs. Stations, itinéraires et périples de l'apprentissage sur le parcours migratoire entre l'Éthiopie et l'Allemagne. Paris: Éditions L'Harmattan.
- Nicoué, D. E. (2018b): Urban Spaces, Lifestyles and Social Practices in Everyday Life. In: BABIKIR AHMED et al. (Hrsg.), S. 59–77.
- Prothmann, S. (2017): Lifeworlds of Young Men beyond Migration and Immobility in Pikine, Senegal. Dissertation.
- Riccio, B. (2006): « Transmigrants » mais pas « nomades ». Cahiers d'études africaines, 46(1), S. 95–114.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2025): Länderprofil Senegal. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Internet: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Laenderprofile/senegal.html> (Zugriff am 18.12.2025)
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024): Länderprofil Mauretanien. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Internet: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Laenderprofile/mauretanien.html> (Zugriff am 18.12.2025).
- Turner, V. (1966): The Ritual Process. Chicago: Aldine.
- UNHCR (2025): Mauritania Urban Cases (Nouakchott & Nouadhibou). Factsheet, October 2025. ReliefWeb.
- UN Office of the special adviser on Africa, (2024): Remittances in West Africa: Challenges and Opportunities for Economic Development. New York.
- UNO-Flüchtlingshilfe (2025): Fluchtrouten Sahelzone. Bonn: UNO-Flüchtlingshilfe. Internet: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/themen/fluchtrouten/sahelzone> (Zugriff am 19. 12. 2025).

ALEXANDER STROH

Demokratie auf dem Rückzug? Zur politischen Rekonfiguration Westafrikas im Lichte der Souveränitätsagenda

1 Einleitung

Nachrichten über Westafrika in deutschsprachigen Medien waren in den letzten Jahren geprägt von den Themen Migration, Unsicherheit und der Machtübernahme durch Militärs, die eine verstärkte Nähe zur russischen Regierung suchen. Die differenzierte Berichterstattung über komplexere Verflechtungen zwischen postkolonialen Souveränitätsansprüchen, einem ambivalenten Verhältnis zu demokratischen Institutionen und der herausfordernden Suche nach einer neuen Sicherheitsarchitektur bleiben dabei häufig unterbelichtet. Dieser Beitrag ordnet historisch und gesellschaftlich ein, was häufig genug zuvorderst als Verlust von Demokratie wahrgenommen wurde: jüngere politische Entwicklungen in Westafrika.

Zu diesem Zweck soll im Folgenden zunächst kurz an vorkoloniale Herrschaftsorganisation erinnert werden, sodann die Demokratisierungsgeschichte Westafrikas überblickshaft beleuchtet werden, bevor rezente Machtübernahmen des Militärs im Lichte weit verbreiteter postkolonialer Souveränitätsansprüche eingeordnet werden. Abschließend wird am Beispiel Senegals gezeigt, dass die neue Souveränitätspolitik nicht unbedingt mit Demokratieverlusten eingehen

muss, sondern – bei allen schwerwiegenden regionalen Herausforderungen – auch eine Chance zur Aushandlung eines neuen demokratischen Selbstverständnisses bietet.

2 Staatlichkeit und Kolonialismus

Ein wesentliches Problem heutiger Staatlichkeit in Westafrika ist ihr kolonialer Ursprung. Die meisten Staatsgrenzen waren koloniale Verwaltungsgrenzen. Der koloniale Staat wurde als repressiv und exkludierend erlebt. Ein Zugehörigkeitsgefühl zu solchen Staatskonstruktionen kann nur mit größten Schwierigkeiten entstehen. Und dennoch sollten zwei Aspekte nicht in Vergessenheit geraten, die sich mindestens implizit in heutige Souveränitätspolitiken einschreiben. Zum einen gab es proto-staatliche Gebilde im vorkolonialen Westafrika, auf die sich – mindestens symbolisch – bis in die heutige Zeit bezogen wird. Zum anderen gehörte postkolonialer Nationalismus in den heutigen Staatsgrenzen zu den Ausdrucksformen eines Souveränitätsanspruchs, der in jüngster Zeit wieder zu heftigen politischen Auseinandersetzungen in der Region geführt hat. Präkoloniale Staatlichkeit in Westafrika wird häufig über das expansionistische Königreich Songhai exemplifiziert, das als das größte zusammenhängende Herrschaftsgebiet seiner

Zeit in Afrika gilt und seinen Höhepunkt im 15. und 16. Jahrhundert erlebte. Das Songhai-Reich kontrollierte weite Teil des westafrikanischen Sahel, insbesondere entlang der Flussläufe des Niger und des Senegal bis hin zur heute senegalesischen Küste. Seine kulturellen und politischen Metropolen Timbuktu und Gao – beide am heute malischen Abschnitt des Niger gelegen – profitierten von der Kontrolle des Trans-Sahara-Handels und den Austauschbeziehungen mit nordafrikanisch-arabischen Handeltreibenden bis Erbfolgekriege und eine Invasion Marokkos den Niedergang des Reichs besiegelten (Ewa 2017). Ein Vorläufer des Soghai-Reiches war das Reich Ghana, dessen Einflussgebiet weit vom heutigen Ghana entfernt lag. Ebenso ist das präkoloniale Königreich Benin durch aktuelle Debatten um die Restitution von entwendeten Kulturgütern in Deutschland bekannt geworden. Beide modernen postkolonialen Staaten, die sich diese Namen gegeben haben, liegen weit entfernt von den geographischen Grenzen des historischen Bezugssymbols. Solche Beispiele verdeutlichen mithin, dass es präkoloniale Formen protostaatlicher Organisation gab, auf die sich manche afrikanischen Staaten bis heute beziehen, um deutlich zu machen, dass auch moderne Staaten in kolonialen Grenzen vorkoloniale Bezugspunkte als identitätsstiftend betrachten.

Gegenwärtig zählen wir zwischen 54 und 56 afrikanische Staaten. Umstritten ist die Eigenstaatlichkeit und – mithin die internationale Anerkennung – der Westsahara und von Somaliland. Die allermeisten dieser Staaten existieren in den Grenzen kolonialer Verwaltungseinheiten und wurden von der Bevölkerung zunächst als exklusive und repressive Kolonialapparate erlebt. Verwaltungssprachen und Verfassungsordnungen sind in den meisten Fällen Zeugen dieses kolonialen Ursprungs. Nichtsdestotrotz haben Aneignungsprozesse stattgefunden. Die nationale Frage wurde zum Teil der Auseinandersetzung um eine postkoloniale Ordnung.

Während die afrikanischen Nationalismen als Instrumente der Dekolonisierung inzwischen kritisch hinterfragt wurden, stand die Frage der nationalen Souveränität von Anbeginn im

Kontext einer panafrikanischen Perspektive und richtete sich mithin zuvorderst gegen imperiale Herrschaft (Ndlovu-Gatsheni 2020). Diese Gemengelage hat dem postkolonialen Nationalstaat in Afrika ein kompliziertes Erbe mit auf den Weg gegeben. Nun ist aber genau dieses postkoloniale Staatskonstrukt in der politischen Gegenwart maßgeblich für die Organisation des unmittelbaren Herrschaftsverhältnisses zwischen Mitgliedern der Gesellschaft und den Regierenden. Herrschaftsformen werden weithin als das regelhafte Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Angehörigen beschrieben, so auch die repräsentative Demokratie.

3 Demokratie

Demokratie ist nach Robert Dahl ein Ideal, das politische Herrschaft an den partizipativ zum Ausdruck gebrachten Willen der Gesellschaftsmitglieder bindet und Widerspruch in Form von Protest oder Alternativvorschlägen jederzeit zulässt (Dahl 1998). Da nicht zu erwarten ist, dass der Wille der Bevölkerung in Massengesellschaften homogen zum Ausdruck gebracht wird, wird dieser über Repräsentation kanalisiert. Aus diesem instrumentellen Grunde kommt dem Wahlprozess eine besondere Bedeutung zu. Wahlwettbewerb soll die Umsetzung von zentralen politischen Freiheitsrechten ermöglichen. Seine Existenz ist aber noch keine Garantie für demokratische Zustände. Vielmehr geht es um die Verwirklichung zentraler Qualitätsmerkmale von Wahlen und die gleichzeitige Gewährleistung wesentlicher bürgerlicher Freiheiten. So soll nicht nur der Wahlprozess im umfassenden Sinne frei und fair organisiert sein, sondern auch die tatsächliche Möglichkeit bestehen, an diesen als Wähler:in oder Kandidat:in teilzunehmen. Zudem soll es gewährleistet sein, dass die gewählten Politiker auch tatsächlich die zentralen Entscheidungsträger sind und nicht von anderen Akteuren, die über keine demokratische Legitimation verfügen, abhängig sind. Mindestens ebenso wichtige Garantien – unerlässlich für ein demokratisches Gemeinwesen – sind die Meinungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, insbesondere zur

Gründung politischer Gruppen, und der freie Zugang zu unterschiedlichen Informationsquellen.

Reale Ausprägungen von Herrschaft können dem Ideal der Demokratie näher stehen oder weiter von ihm entfernt sein. Somit entsteht ein analytisches Kontinuum zwischen Demokratie und Autokratie, auf dem sich staatliche politische Systeme bewegen. Diese theoretische Beobachtung ist von größter Bedeutung, wenn es um die Frage geht, ob und inwiefern sich Demokratie in Afrika auf einem Rückzug befindet. Aus einschlägigen Demokratiemessungen ergibt sich jedenfalls kein dramatischer Rückgang des durchschnittlichen Demokratieniveaus auf dem Afrikanischen Kontinent. Das Beispiel des *Freedom in the World Index*, der sich eng an

Dahls Demokratieverständnis orientiert, zeigt einen allenfalls moderaten Rückgang des mittleren Demokratieniveaus in jüngster Zeit.

Abbildung 1 zeigt Werte des mittleren Demokratieniveaus in der Region Subsahara-Afrika für die Jahre 1980 bis 2024. Deutlich erkennbar sind der Demokratisierungsschub zu Beginn der 1990er Jahre und die stärkere Ausdifferenzierung von Herrschaftsmustern. Hierfür steht die breiter werdende graue Fläche, die den Standardfehler, also die mittlere Abweichung konkreter Fälle vom Mittelwert, beschreibt. Während afrikanische Staaten in den 1980er Jahre noch recht homogen autokratisch regiert wurden, ist die Bandbreite der Herrschaftsformen seit 1990 also deutlich angestiegen.

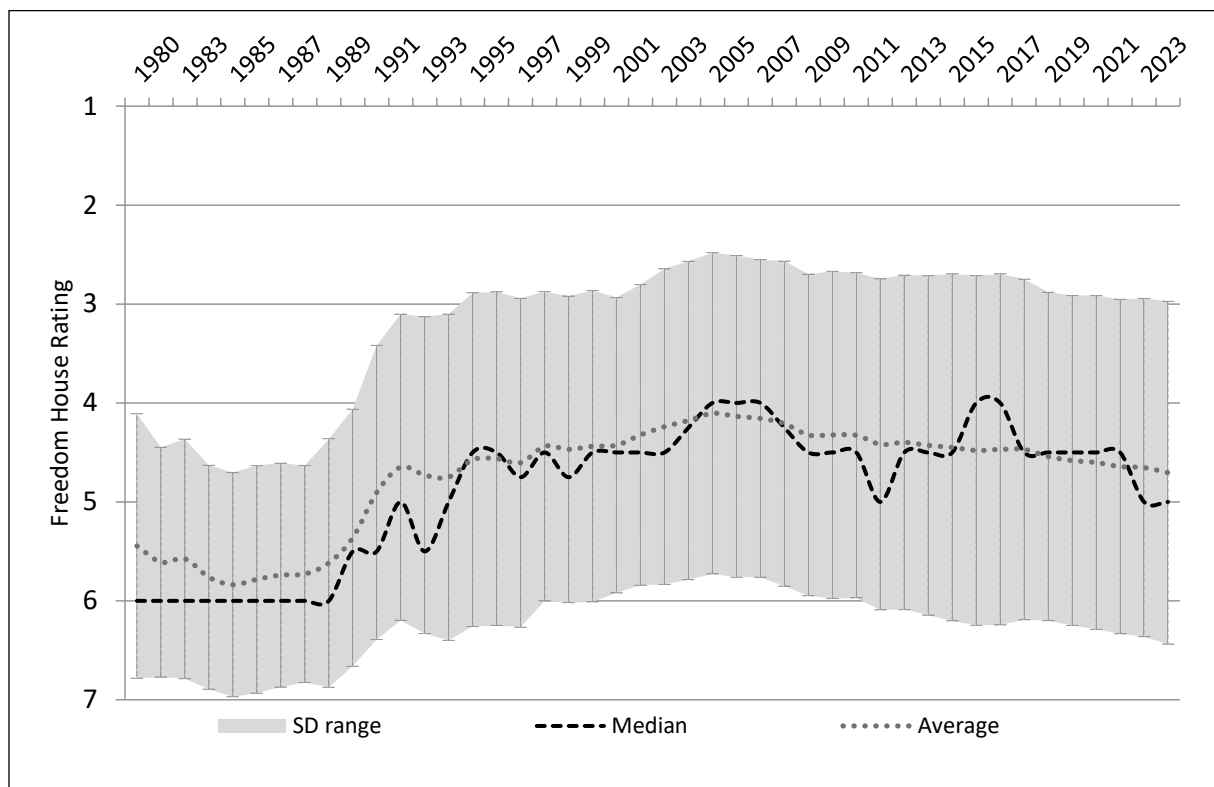


Abb. 1: Freedom House Durchschnittswerte und statistische Verteilung für Afrika, 1980-2024 (Quelle: freedomhouse.org)

Anmerkung: Der Freedom in the World Index von Freedom House bewegt sich zwischen 1 (Annäherung an sehr demokratische Umstände) und 7 (Annäherung an eine sehr geschlossenes autokratisches System).

Andere Messinstrumente wie das des Varieties of Democracy Instituts (V-Dem) liefern sehr ähnliche Ergebnisse. Im Allgemeinen kann also beobachtet werden, dass in Afrika schon seit geraumer Zeit die Stagnation teildemokratisierter Regime dominiert, nicht der Zusammenbruch von Demokratien, die ohnehin nie besonders zahlreich waren (Arriola et al. 2022). Allerdings tragen unerfüllte Erwartungen und das Fehlverhalten politischer Verantwortungsträger zu einer wahrgenommenen Regression von demokratischen Errungenschaften bei. Die Herrschaftssysteme vieler afrikanischer Staaten haben sich seit dem großen Demokratisierungsschub der 1990er Jahre in einer Grauzone in der Mitte des Kontinuums zwischen Demokratie und Autokratie eingerichtet. Das führt allenthalben zu Auseinandersetzungen, die ohne spürbare Veränderungen hinsichtlich der Regimequalität oder zumindest der Leistungsfähigkeit des Staates, schnell zu einer Kritik am jedenfalls behaupteten Leitsystem, der liberalen Demokratie, führen. Wenn demokratische Standards auf tendenziell geringen oder zumindest fragmentierten Niveau stagnieren und zugleich die legitimierende Kraft sozio-ökonomischer Entwicklung schwach oder komplett ausbleibt, muss eine Protesthaltung gegen die erlebte Demokratie nicht überraschen, auch wenn die konzeptuellen Eckpfeiler demokratischen Herrschens geteilt werden.

Zudem können Einzelfallbeobachtungen die Gesamtwahrnehmung stark beeinflussen. Allerdings haben sich die Einzelfälle in Westafrika seit 2020 derart gehäuft, dass sie als bedeutende Fälle von Autokratisierung verstanden werden müssen. Ihre Bedeutung erwächst nicht zuletzt aus der Persistenz der neuen Militärregime in Mali, Guinea, Burkina Faso und Niger seit den Putschen zwischen 2020 und 2023.¹

¹ Auch in Gabun ist es 2023 zu einem Militärputsch gekommen. Aufgrund der geographischen Lage Gabuns in Zentralafrika sowie der stark abweichende Ausgangspunkt und die andersgelagerte politische Ausrichtung des Militärregimes wird der Fall hier nicht weiter

4 Militärregime und die Souveränitätsfrage

Wenn ein Putsch die Übernahme der Regierungsgewalt durch aktive Soldat:innen unter Nutzung von Zwangsmitteln bezeichnet, gehen hiermit typischerweise die Absetzung der amtierenden Regierung, egal ob diese zivil oder militärisch geführt wurde, die Suspendierung der Verfassung und die Ankündigung einher, Stabilität und Ordnung wiederherstellen zu wollen. Über die Dauer der Machtübernahme des Militärs ist damit noch nicht entschieden. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurden die meisten Putsche in Afrika jedoch mit dem Versprechen verbunden, die Macht zügig wieder in die Hände demokratisch gewählter Politiker:innen zu legen. Da diese Versprechen über einige Zeit hinweg recht häufig eingehalten wurden, hat sich die These von demokratischen Putsch etabliert (Varol 2017; Marinov and Goemans 2014; Powell 2014), die inzwischen vielen Beobachtern als überholt gilt, da sich formal demokratische Wahlprozesse vielerorts nicht überzeugend in demokratische Prozesse institutionalisiert haben, die zuvorderst das Wohl der breiten Bevölkerung genommen hätten (Akinola and Makombe 2025; Harsch 2026; Tansey 2016).

Die neuen Militärregime Westafrikas haben allenfalls oberflächlich und auf äußeren Druck hin vage Versprechen über die Rückkehr zu oder Etablierung einer verfassungsmäßig demokratischen Ordnung abgegeben. Keines der neuen Putsch-Regime hat konkrete Anstalten gemacht, tatsächlich zu einer demokratischen Verfassungsordnung und gewählten zivilen Verantwortlichen zurückzukehren. Die sogenannte Übergangsphase („Transition“) wurde immer wieder hinausgezögert und allenfalls mit einem distantes Zieldatum verbunden.

Nun sind Soldaten an der Macht auf dem afrikanischen Kontinent ein bekanntes

berücksichtigt. Gleiches gilt für Guinea-Bissau, da der dortige Staatsstreich erst wenige Monate zurückliegt und sich einschreibt in eine lange Reihe militärischer Interventionen in die Politik des Landes.

Phänomen. Vor allem in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren kam es zu recht vielen erfolgreichen Machtübernahmen des Militärs. Auch in der Folge sind Putschversuche nicht völlig ausgeblieben, sie waren jedoch seltener erfolgreich. Zudem begannen schon in 1980er Jahren viele Militärherrscher ihre Uniformen gegen Anzüge zu tauschen und sich in wettbewerbslosen ‚Wahlen‘ bestätigen zu lassen. Später traten vornehmlich in Westafrika eine ganze Reihe früherer Putschisten zu regulären Mehrparteienwahlen und konnten diese in einigen Fällen gewinnen (Jerry John Rawlings, Ghana, 1992; João Bernardo Vieira, Guinea-Bissau, 1994; Matthieu Kérékou, Benin, 1996; Amadou Toumani Touré, Mali, 2002; Muhammadu Buhari, Nigeria, 2015; Julius

Maada Bio, Sierra Leone, 2018). Nicht zuletzt die spätere politische Beliebtheit dieser Coup-Führer und teils langjährigen Militärpräsidenten zeigt, dass nicht wenige Interventionen für legitim gehalten wurden und von der Bevölkerung teils begrüßt wurden. Dies galt vor allem für zwei Kontexte. Erstens, wenn der Putsch als Reaktion auf partikularistisch-autokratische, schwache oder handlungsblockierte (‚chaotische‘) Zivilregierungen gewertet werden konnte (z.B. im Benin der 1960er Jahre oder in Ruanda 1974). Zweitens, wenn die Putschisten eine ‚integrative‘ Agenda verfolgten, die darauf gerichtet war, politische relevante Gruppen zur Zusammenarbeit zu zwingen (z.B. Burkina Faso 1966).

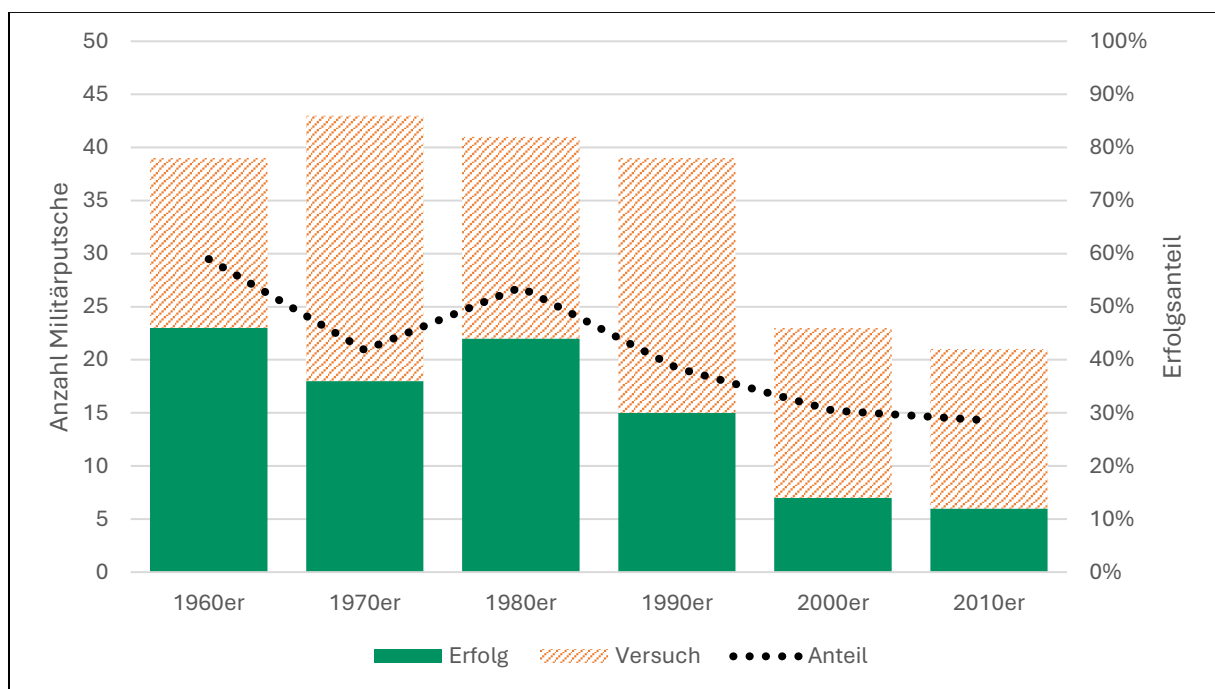


Abb. 2: Putschdynamiken in postkolonialen Dekaden (Quelle: Coup Agency and Mechanisms (CAM) Data Set 3.0)

Anmerkung: Die Balken geben die absolute Zahl registrierter Putsche an, die gepunktete Linie verdeutlicht die die stetig abnehmende Erfolgsquote von Putschversuchen.

Auch die rezenten Putsche in Westafrika haben viel Zustimmung aus der Bevölkerung erfahren (Primus 2025). Das genaue Ausmaß der Zustimmung ist aufgrund des repressiven Charakters der Militärregime zwar kaum

zuverlässig auszumachen, aber jedenfalls profitieren insbesondere die Sahel-Militärregime von der Unfähigkeit vorheriger ziviler Regierungen, für eine verbesserte Sicherheitslage zu sorgen und spürbaren sozio-

ökonomischen Fortschritt anzuregen. Hinzugekommen ist allerdings ein wichtiges weiteres Element: die Souveränitätsfrage im postkolonialen Kontext. Die Militärregierungen der AES werfen den gestürzten Vorgängerregierungen und der ECOWAS vor, die eigene Entscheidungsgewalt den postkolonialen Beziehungen zu Frankreich – bzw. zum ‚Westen‘ im Allgemeinen – geopfert zu haben. Aus diesem Mangel an Souveränität leiten die Putschisten ab, dass ihre Länder daran gehindert worden seien, bessere eigene Lösungen für Sicherheit und Entwicklung durchzusetzen. Neue internationale Kooperationsangebote – insbesondere von Russland im Sicherheitssektor – wurden entsprechend dankend angenommen.

Diese Verknüpfung von Souveränitätsfragen, Repression und einer vermeintlich robusteren Sicherheitspolitik wirkt in den AES-Staaten derzeit als Autokratieverstärker. In allen drei Fällen bedeutet dies einen auf unabsehbare Zeit

anhaltenden Demokratieverlust (siehe Einbruch in Abbildung 3). Der ECOWAS ist es nicht gelungen, ihrem selbstgesetzten Anspruch gerecht zu werden, verfassungswidrige Regierungswechsel nicht nur nicht zu tolerieren, sondern zu verhindern. Es hat sich gezeigt, dass eine Gemeinschaft, die sich aus unterschiedlichsten Regimetypen zusammensetzt, mit dem Kriterium der Verfassungskonformität nicht erfolgreich sein kann, da diese Legitimitätsfragen nicht einbeziehen. Das formale Kriterium der ECOWAS macht auch keinen Unterschied, ob eine demokratisch zustande gekommene Regierung einem Putsch zum Opfer fällt – wie jüngst in den AES-Ländern – oder ein langjähriger Machthaber, der zunehmend autokratisch handelt – wie Blaise Compaoré 2014 in Burkina Faso. Die autokratische Aktivierung des Souveränitätsarguments hingegen zielte vollständig auf die Herstellung von Legitimität.

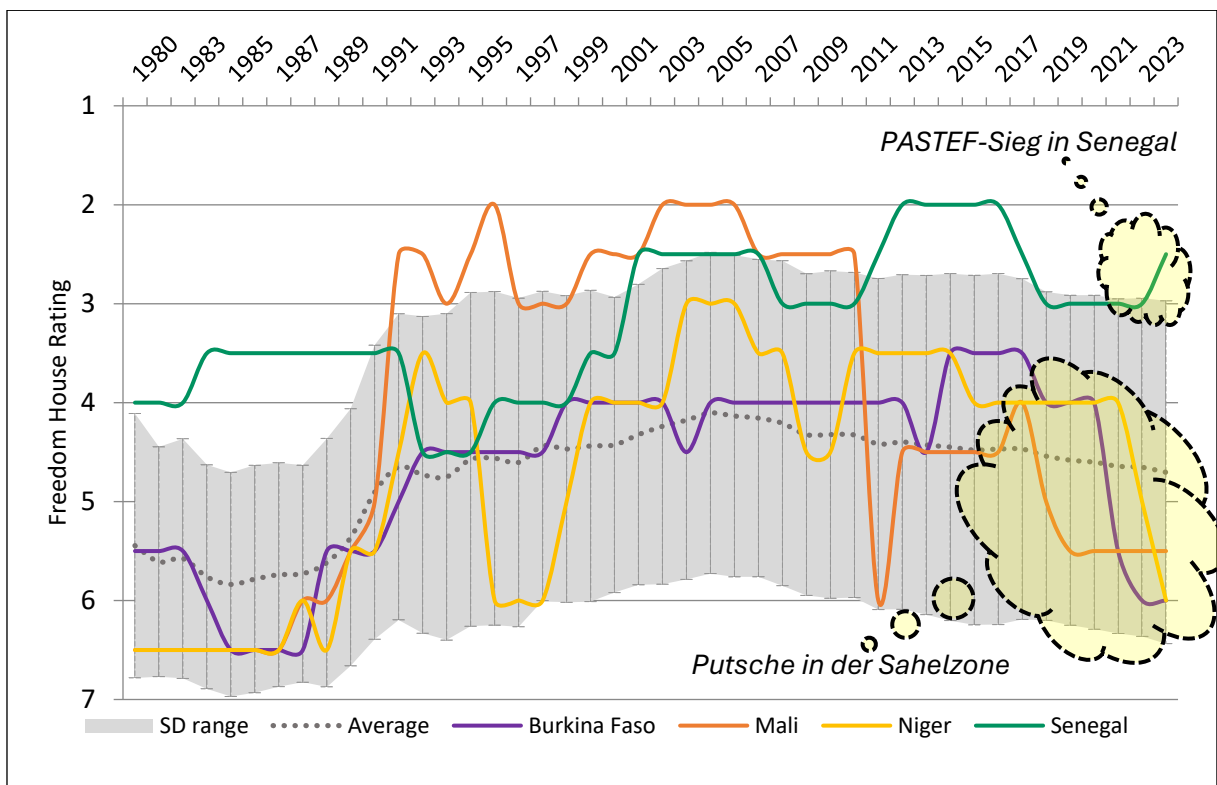


Abb. 3: Demokratiemessung nach dem Freedom in the World Index mit ausgewählten Staaten: AES (Burkina Faso, Mali, Niger) und Senegal (Quelle: freedomhouse.org)

5 Senegal

Inmitten dieser regionalen Dynamiken steht Senegal als ununterbrochen verfassungsgemäß regierter Staat, der seit seiner Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 von zivilen Politikern geführt wurde. Zwar regierten die ersten beiden Staatspräsidenten Léopold Sédar Senghor und Abdou Diouf das Land mithilfe der Sozialistischen Partei Senegals über lange Zeit als Einpartei-Regime. Aber bereits 1983 kehrte Senegal zum Mehrparteienwettbewerb zurück, der bereits ab 1978 in eingetragter Form mit drei zugelassenen Parteien eingeübt worden war. In der Folge gelang es Abdoulaye Wade von der oppositionellen Demokratischen Partei Senegals im Jahr 2000 das Ende der PS-Herrschaft zu erreichen und selbst für 12 Jahre als

Staatspräsident zu amtieren. Wade scheiterte 2012 schließlich an der Missachtung seines eigenen politischen Versprechens, nicht mehr als zwei Amtszeiten Präsident bleiben zu wollen. Obgleich verfassungsrechtlich zulässig, wurde Wade beim versucht zum dritten Mal in Folge ins höchste Staatsamt gewählt zu werden abgestraft und verlor gegen seinen Herausforderer von der Republikanischen Allianz, Macky Sall, der sich wiederum zwei Amtszeiten im Präsidentenpalast hielt, obgleich in der Nachbarschaft die oben benannte Putschwelle rollte. Präsident Sall konnte sich halten, obwohl im eine ausgeprägte Nähe zu Frankreich und eine Politik vorgehalten wurde, die benachteiligte und vulnerable Bevölkerungsschichten zu wenig in den Blick nehme.

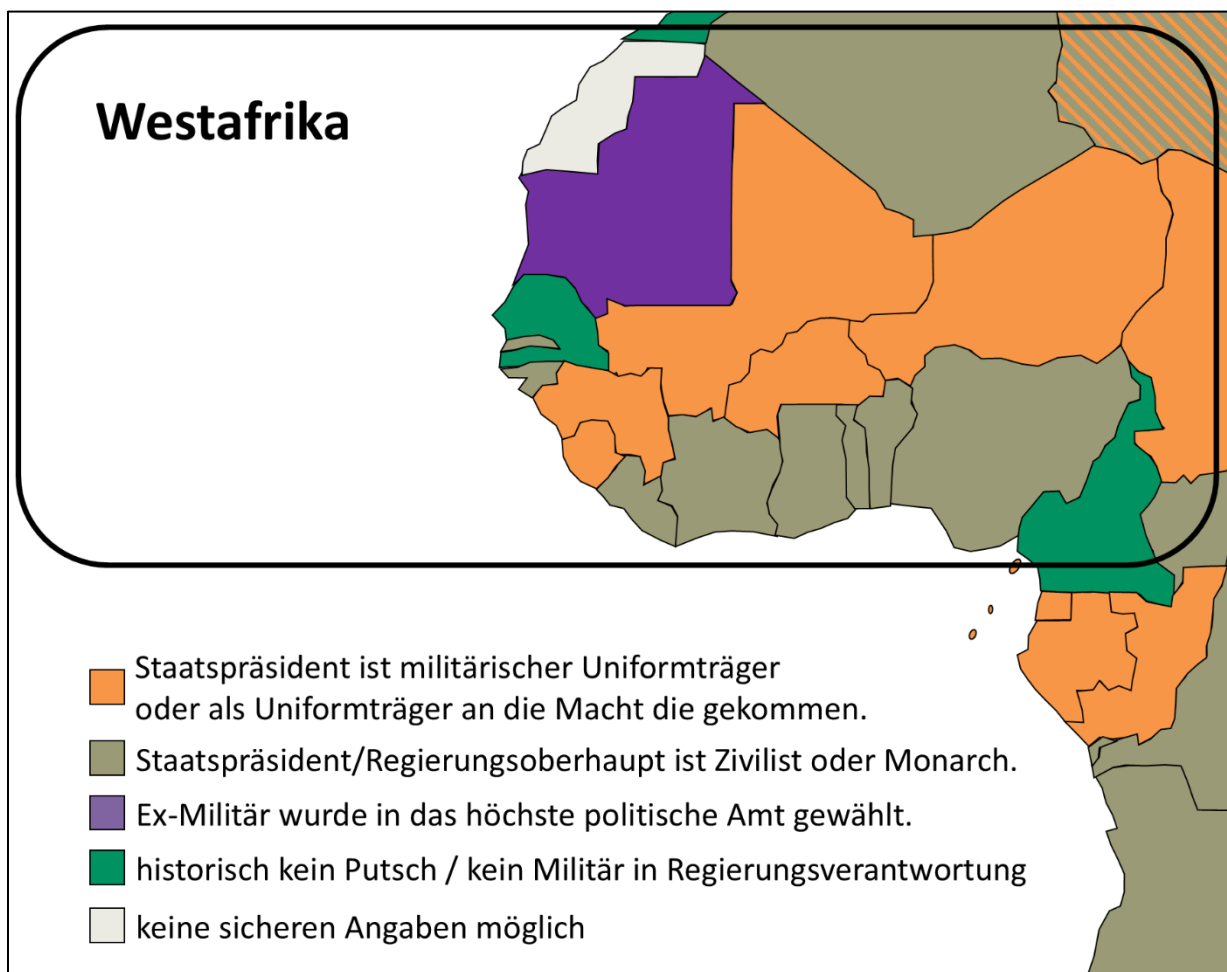


Abb. 4: Militärischer Hintergrund der aktuellen Staatspräsidenten in Westafrika (Quelle: GeoCurrents Customizable Map)

Hieraus erwuchs in Senegal jedoch keine politische Intervention des Militärs, sondern die radikal auftrennende Oppositionspartei der Afrikanischen Patrioten Senegals für Arbeit, Ethik und Brüderlichkeit (PASTEF). Diese beklagte die grassierende Korruption im Land, positionierte sich äußerst kritisch gegenüber Frankreich sowie dessen afrikanischer Währungspolitik im Rahmen des Francs CFA² und bediente mithin ähnliche Souveränitätsdiskurse wie diejenigen der AES-Militärregierungen. Die PASTEF erschien den etablierten politischen Eliten im Land so radikal, dass sie versuchten, die Partei zu verbieten und den Parteichef Ousmane Sonko, einem mittleren Finanzbeamten in der Steuerverwaltung, über strafrechtliche Vorwürfe zu neutralisieren. Dies misslang gründlich. Stattdessen gewann PASTEF-Generalsekretär Bassirou Diomaye Faye 2024 die Präsidentschaftswahlen (Brossier 2025; Lacatus 2026).

Die Umsetzung ihrer dezidiert dekolonialen und frankreichkritischen Agenda geht die PASTEF seither eher behutsam an. Ihr Souveränitätsdiskurs und die antikolonialistische Haltung zeigen jedoch Verbindungslinien zum Diskurs der AES-Militärregime auf. Mithin mag es nicht verwundern, dass die senegalesische Regierung unter Bassirou Diomaye Faye das Gespräch mit AES-Vertreter:innen sucht, ohne mit dem Putsch-Regimen allzu sehr zu kooperieren. Spekulationen über einen möglichen ECOWAS-Austritt Senegals zum Zwecke der Annäherung an die AES sind gegenstandslos geblieben. Die Wahl des PASTEF-Staatspräsidenten in Senegal ist mithin ebenfalls mit dem postkolonialen Souveränitätsdiskurs verbunden, zeichnet aber einen demokratischen Weg zum Politikwandel, der auf die Repression der AES-Militärregime verzichtet. Zugleich hat Senegal nicht mit annähernd ähnlichen Sicherheitsherausforderungen zu kämpfen.

² Die westafrikanische Regionalwährung wird von zahlreichen ehemals französischen Kolonien genutzt und ist über Garantien der französischen Nationalbank fest mit dem Euro verbunden. Geldpolitische Maßnahmen in der Region stehen

Senegals demokratisches Wahlregime hat einen Putsch überflüssig gemacht.

6 Fazit

Ist die Demokratie in Westafrika also auf dem Rückzug? Die differenzierte Antwort fällt mehrschichtig aus. Einerseits ist unverkennbar, dass demokratische Konsolidierungs- und Institutionalisierungsprozesse in den Sahel-Staaten Burkina Faso, Mali und Niger abgebrochen wurden und auf absehbare Zeit keine Rückkehr zu demokratischen Verfahren zu erwarten ist. Andererseits blieben wichtige Mitglieder der Regionalorganisation ECOWAS grundlegend demokratisch organisiert, insbesondere Ghana, Nigeria und Senegal. Benin hat erhebliche Rückschritte erlebt, aber keinen Putsch, und Länder wie Côte d'Ivoire und Togo ringen nach wie vor um das gerüttelt Maß Demokratisierung, dass die jeweiligen Regierungen überhaupt bereit sind zuzugestehen. Wichtig ist es zugleich zu erwähnen, dass viele Staaten Westafrikas unterschiedlichste Kriterien für demokratische Herrschaft auf niedrigem Niveau erreicht hatten. Es bleibt also richtig, dass keine der fester etablierten demokratischen Systeme Westafrikas – namentlich Benin, Ghana und Senegal – ihren demokratischen Charakter (vollständig) verloren hätten. Für Ghana und Senegal lässt sich sogar feststellen, dass demokratische Strukturen weiter gefestigt wurden.

Von großer Bedeutung wird es sein, ob es diesen demokratischen Regimen gelingen wird, den Souveränitätsdiskurs, mit dem die neuen Militärregime Westafrikas ihre Legitimität zu einem Gutteil begründen, einen demokratischen Souveränitätsdiskurs entgegenzusetzen. Dahls Kriterium zur Entscheidungsgewalt führt unmittelbar zur Souveränitätsfrage. Wenn ein Land in seiner politischen Handlungsfähigkeit durch äußere Umstände dermaßen eingeschränkt ist, dass es keine eigenen

mithin unter dem starken Einfluss Frankreichs und sind in diesem Sinne der Souveränität der beteiligten westafrikanischen Staaten zu großen Teilen entzogen (Stasavage 2003; Sylla 2020).

Entscheidungen souverän treffen kann (oder zu treffen können glaubt), erscheint es sinnvoll, von einem Phänomen der verminderten tatsächlichen Regierungsgewalt der Gewählten zu sprechen. Es kann also mit liberaldemokratischer Theorie nicht bestritten werden, dass postkoloniale Beziehungen, die die Handlungsmacht der gewählten politischen Repräsentanten erheblich einschränkt, den demokratischen Charakter eines Landes beeinträchtigen.

Senegal hat sich unter der demokratisch legitimierten PASTEF-Regierung die Chance

erarbeitet, politische Emanzipation zum Leitmotiv zu machen und dabei gewisse sozio-ökonomische Risiken in Kauf zu nehmen. Die Regierung teilt die Souveränitätsagenda mit den AES-Putschisten, aber nicht die ‚Putsch-Tradition‘, was sie zu einem dialogfähigen demokratischen Partner der AES macht, der auch die Brücke zur ECOWAS und diversen anderen externen Akteuren schlagen kann. Allerdings schließt der hochdynamische politische Kontext in der Region Überraschungen in alle Richtungen derzeit nicht aus.

Quellenverzeichnis

- Akinola, Adeoye O., and Ratidzo Makombe. 2025. 'Rethinking the Resurgence of Military Coups in Africa'. *Journal of Asian and African Studies* 60 (5): 2847–63.
<https://doi.org/10.1177/00219096231224680>.
- Arriola, Leonardo R., Lise Rakner, Nicolas van de Walle, Leonardo R. Arriola, Lise Rakner, and Nicolas van de Walle, eds. 2022. *Democratic Backsliding in Africa? Autocratization, Resilience, and Contention*. Oxford Studies in African Politics and International Relations. Oxford University Press.
- Brossier, Marie. 2025. 'Opposition Politics in Senegal: From Legal Recognition to Governmental Turnover'. In *Handbook on Opposition Politics*. Edward Elgar. <https://www.elgaronline.com/edcollchap/book/9781035307647/chapter18.xml>.
- Dahl, Robert A. 1998. *On Democracy*. Yale University Press.
- Ewa, Ibiang Oden. 2017. 'Pre-Colonial West Africa: The Fall of Songhai Empire Revisited'. *Journal of the Historical Society of Nigeria* 26: 1–24.
- Harsch, Ernest. 2026. 'African Coups and the Limits of Electoralism'. *Third World Quarterly* 47 (4): 815–33.
<https://doi.org/10.1080/01436597.2025.2576780>.
- Lacatus, Corina. 2026. 'Populist Foreign Policy as Strategic Discourse: Anti-Colonialism, Regional Identity, and the Fate of Democracy in Senegal'. *Global Studies Quarterly* 6 (2): ksag068.
<https://doi.org/10.1093/isagsq/ksag068>.
- Marinov, Nikolay, and Hein Goemans. 2014. 'Coups and Democracy'. *British Journal of Political Science* 44 (4): 799–825.
<https://doi.org/10.1017/S0007123413000264>.
- Ndlovu-Gatsheni, Sabelo J. 2020. 'African Decolonization's Past and Present Trajectories'. *Current History* 119 (817): 188–93. JSTOR.
- Powell, Jonathan M. 2014. 'An Assessment of the "Democratic" Coup Theory: Democratic Trajectories in Africa, 1952–2012'. *African Security Review* 23 (3): 213–24.
<https://doi.org/10.1080/10246029.2014.926949>.
- Primus, Simon. 2025. 'Who Supports the Coup? Deprivation, Decolonization and Junta Support in Post-Coup Mali'. *Democratization* 0 (0): 1–24.
<https://doi.org/10.1080/13510347.2025.2571043>.
- Stasavage, David. 2003. *The Political Economy of a Common Currency: The CFA Franc Zone Since 1945*. Ashgate.
- Sylla, Ndongo Samba. 2020. 'Moving Forward to African Monetary Integration: Lessons from the CFA Franc'. *Africa Development* 45 (2).
<https://doi.org/10.57054/ad.v45i2.642>.
- Tansey, Oisín. 2016. 'The Limits of the "Democratic Coup" Thesis: International Politics and Post-Coup Authoritarianism'. *Journal of Global Security Studies* 1 (3): 220–34.
<https://doi.org/10.1093/jogss/ogw009>.
- Varol, Ozan O. 2017. *The Democratic Coup d'État*. Oxford University Press.

RALPH M. WROBEL

„Entwicklungsdiktatur“ als Alternative zur Demokratie? Ein Entwicklungsmodell im interregionalen Vergleich

1 Einleitung

Der Zusammenhang zwischen politischem Regimetyp und wirtschaftlicher Entwicklung gehört zu den zentralen Fragestellungen der politischen Ökonomie und der Entwicklungsforschung. Während liberale Demokratien normativ häufig als Voraussetzung nachhaltiger Entwicklung betrachtet werden, verweist die empirische Realität auf eine Vielzahl autoritärer Regime, die in bestimmten historischen Phasen bemerkenswerte Entwicklungsfortschritte erzielen konnten. Besonders prominent sind hierbei die ostasiatischen Entwicklungsstaaten, allen voran Südkorea, Taiwan und Singapur.

Südkorea unter Park Chung-hee gilt bis heute als Prototyp einer erfolgreichen „Entwicklungsdiktatur“, in der autoritäre Herrschaft mit einer stringenten, staatlich gelenkten Industriepolitik kombiniert wurde. In jüngerer Zeit wird auch Ruanda unter Paul Kagame zunehmend als afrikanischer Sonderfall diskutiert, da das Land trotz autoritärer Regierungsform hohe Wachstumsraten, institutionelle Stabilität und deutliche Verbesserungen sozialer Indikatoren vorweisen kann.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die zentrale Forschungsfrage dieses Beitrags: Kann das ruandische Entwicklungsmodell als Entwicklungsdiktatur im Sinne der ostasiatischen Erfahrung verstanden werden, und lassen sich die Entwicklungsprozesse Südkoreas und Ruandas sinnvoll miteinander vergleichen? Darüber hinaus wird gefragt, ob die Entwicklungsdiktatur normativ oder empirisch

als Alternative zur Demokratie betrachtet werden kann.

Methodisch basiert der Aufsatz auf einem vergleichenden Fallstudiendesign. Analysiert werden politische und ökonomische Ausgangsbedingungen, Führungsstrukturen, wirtschaftspolitische Instrumente sowie zentrale Entwicklungsindikatoren. Ziel ist keine normative Rechtfertigung autoritärer Herrschaft, sondern eine analytische Einordnung ihrer entwicklungspolitischen Wirkungen.

2 Entwicklung, Entwicklungsstaat und Entwicklungsdiktatur

Wirtschaftliche Entwicklung wird hier als langfristiger Prozess der Steigerung materiellen Wohlstands, der Verbesserung sozialer Lebensbedingungen sowie des Aufbaus leistungsfähiger politischer und wirtschaftlicher Institutionen verstanden. Seidman (2005, 5) Klassische Erklärungsansätze der Entwicklungsökonomie betrachten dafür geographische Determinanten (Montesquieu 1748; Olson 1996) oder kulturelle Faktoren (Panther 1997; Rosenbaum 1999). Auch Modernisierungstheorien (z.B. Rostow 1960) liefern jeweils partielle Erklärungen, gelten jedoch zunehmend als unzureichend, da sie komplexe politische und institutionelle Zusammenhänge unterschätzen.

In der heutigen wirtschaftspolitischen Praxis dominieren daher institutionelle Ansätze. Besonders stehen sich dabei der neoliberale „Washington Consensus“ und der neomerkantilistische Ansatz des „Developmental State“ (Entwicklungsstaates)

gegenüber. (Lee Byeong-cheon 2006, 13) Der Washington Consensus bezeichnet ein Bündel wirtschaftspolitischer Empfehlungen, das im späten 20. Jahrhundert, insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren, an Bedeutung gewann. Der Begriff wurde ursprünglich von dem Ökonomen John Williamson (1990) geprägt, um ein Standardpaket wirtschaftlicher Reformmaßnahmen zu beschreiben, das von in Washington, D.C. ansässigen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Weltbank befürwortet wurde. Diese Empfehlungen richteten sich vor allem an lateinamerikanische Länder, um ihre Volkswirtschaften zu stabilisieren und Wirtschaftswachstum zu fördern, insbesondere im Zuge von Finanzkrisen. Zu den Kernelementen des Washington Consensus zählen typischerweise Maßnahmen wie die Liberalisierung von Zinssätzen, Wechselkursen, Handel und ausländischen Direktinvestitionen, Privatisierung, Deregulierung sowie die Sicherung von Eigentumsrechten.

Während der Washington Consensus zunächst als pragmatischer Ansatz wirtschaftlicher Reformen galt, wurde er wegen seines „One-size-fits-all“-Charakters und seiner starken Fokussierung auf Marktliberalisierung zulasten sozialer Wohlfahrt kritisiert. Im Gegensatz zu diesem neoliberalen Entwicklungsmodell prägte Chalmers Johnson (1982) in seiner Studie über das japanische Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg den Begriff Entwicklungsstaat und beschrieb damit einen Staat, der einem spezifischen Modell wirtschaftlicher Planung und Steuerung folgt. Oder, wie Woo (2023, 104) hervorhob, bezeichnet der Entwicklungsstaat eine Staatsformation, häufig nationalistisch geprägt, die in der Lage ist, mit langfristigen Zielen und Plänen in die Wirtschaft einzugreifen, ohne dabei die in Marktwirtschaften vorherrschenden ökonomischen Anreize zu ersticken. Dies geschieht durch eine soziale Koalition, die Bürokratie, dominante politische Parteien und Großunternehmen umfasst. Industriepolitik bildet den Kern der Politik des Entwicklungsstaates zur Schaffung eines wettbewerbsfähigen und dynamischen verarbeitenden Sektors, kurz: Industrialisierung. Zwei institutionelle Eigenschaften sind notwendig, um dieses Ziel zu erreichen: (1) eine kompetente Bürokratie, insbesondere eine zentrale Behörde, die mit der Ausarbeitung und Umsetzung eines geplanten wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses betraut ist, und (2) eine „eingebettete Autonomie“ der Bürokratie, die in der Lage ist, effektive Beziehungen, insbesondere hinsichtlich der Steuerung und Finanzierung industrieller In-

vestitionen, mit dem inländischen Unternehmenssektor aufrechtzuerhalten. (Kasahara 2013, 3–6) Somit kann das Modell des Entwicklungsstaates als dritter Weg zwischen dem Neoliberalismus (*laissez-faire*) einerseits und der Planideologie der sozialistisch-leninistischen Kommandowirtschaft andererseits verstanden werden. (Moraes 2023, 817) Hauptbeispiele erfolgreicher Entwicklungsstaaten sind Japan, dessen Konzeption sich sogar bis zur Meiji-Restauration von 1868 zurückverfolgen lässt, Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur, heute auch die Volksrepublik China. (z. B. Johnson 1982, Cheang 2022)

Die Diskussionen über den Entwicklungsstaat gewannen insbesondere nach der globalen Finanzkrise von 2008 erneut an Dynamik, als die Legitimität des auf selbstregulierende Märkte fokussierten Neoliberalismus in Frage gestellt wurde. (Karaoguz 2022, 55) In den letzten Jahren wurde der Ansatz auch auf einige afrikanische Staaten angewandt, etwa Botswana (Botlhale 2017), Südafrika (Masondo 2018, Poore / Mohale 2022), Sambia und Simbabwe (Saunders / Caramento 2018), Äthiopien (Wayessa 2021, Maru 2021), Namibia (Hope 2021) sowie Ruanda (Maru 2021). Es besteht jedoch Einigkeit darüber, dass es nicht möglich ist, die asiatischen Entwicklungswege einfach zu kopieren. Stattdessen müssen unterschiedliche Kultur, Geschichte, nationale Identität und Entwicklungspfade berücksichtigt werden. (Karaoguz 2022, 56) Daher sollte Johnson (1982, 323) gefolgt werden, der bereits feststellte, dass andere Nationen, die Japans Errungenschaften nachahmen möchten, gut beraten sein könnten, die Institutionen ihres eigenen Entwicklungsstaates aus lokalen Traditionen zu schaffen. Obwohl es kein absolutes Hindernis gibt, das Entwicklungsländer daran hindert, ihre eigene Variante eines Entwicklungsstaates durch die Formulierung guter Politiken im Sinne von „Trial-And-Error“ zu etablieren, haben entsprechende Initiativen in Afrika bislang noch keine wirklichen Erfolgsgeschichten hervorgebracht. (Karaoguz 2022, 60–64) Ruanda ist der erste Fall, in dem ein solcher Erfolg manifestiert werden kann.

Der politische Rahmen eines Entwicklungsstaates ist eine zusätzliche Frage. Ein solcher kann innerhalb eines demokratischen oder semidemokratischen Rahmens existieren, in dem die Rolle des Staates bei wirtschaftlicher Planung und Entwicklung nicht zwangsläufig die Unterdrückung politischer Freiheiten oder autoritäre Herrschaft bedeutet. Möglich ist jedoch auch die autoritäre Variante der „Entwicklungsdiktatur“. Eine Diktatur wird hier schlicht als politisches Regime verstanden, in

dem Herrscher ihre Macht auf andere Weise als durch kompetitive Wahlen erlangen. (Gandhi 2008, 7) So könnte beispielsweise bereits der italienische Faschismus als Entwicklungsdiktatur bezeichnet werden. (Gregor 1979, 302)

Während sowohl Entwicklungsdiktatur als auch Entwicklungsstaat-Modell die Rolle des Staates bei der Förderung wirtschaftlicher Entwicklung betonen, unterscheiden sie sich erheblich hinsichtlich ihres Verständnisses von Regierungsführung, politischen Freiheiten und der Rolle des Staates in der Gesellschaft. Eine Entwicklungsdiktatur bezeichnet ein System, das eine Diktatur rechtfertigt, welche die politische Partizipation der Bevölkerung mit der Begründung einschränkt, dass politische Sicherheit eine Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum sei. (Lee Byeong-cheon 2006, 5) Dieses Konzept legt nahe, dass bestimmte Diktaturen wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung priorisieren, oft auf Kosten demokratischer Prozesse und individueller Freiheiten. Der Begriff wird häufig mit Regimen verbunden, die staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik, zentrale Kontrolle über Schlüsselindustrien und einen starken Fokus auf nationale Entwicklungsziele betonen. (Gregor 1979, 154) Dies steht im klaren Gegensatz zu einer anderen Form der Diktatur, der Kleptokratie, bei der der Staat zum Nutzen eines Individuums oder einer kleinen Gruppe kontrolliert und geführt wird, die ihre Macht nutzen, um einen großen Teil der gesellschaftlichen Ressourcen auf sich selbst zu übertragen. (Acemoglu et al. 2004, 162)

Die Begründung einer Entwicklungsdiktatur besteht in der Überzeugung, dass wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung von überragender Bedeutung für Fortschritt und Stabilität einer Nation sind. In diesem Rahmen argumentieren autoritäre Führer, dass die Zwänge demokratischer Regierungsführung, wie Konsensfindung, Gewaltenteilung und der Schutz individueller Rechte, schnelles und entschlossenes Handeln behindern könnten, das für rasche Entwicklung notwendig sei. Folglich rechtfertigen solche Regime häufig autoritäre Praktiken, einschließlich Zensur, politischer Repression und eingeschränkter Bürgerrechte, als notwendige Opfer für das höhere Ziel wirtschaftlichen Fortschritts. (Lee Byeong-cheon 2006, 5) Historische Beispiele für Entwicklungsdiktaturen finden sich vor allem unter den Entwicklungsstaaten in Ostasien. So werden etwa Südkorea unter Park Chung-hee, Taiwan unter Chiang Kai-shek und seinen Nachfolgern sowie Singapur unter Lee Kuan Yew häufig als Beispiele autoritärer Regime genannt, die wirtschaftliche Entwicklung priorisierten und zugleich eine strikte Kontrolle über das

politische Leben aufrechterhielten. (z.B. Kanchoo 2019, 47–68) Diese Führungspersonlichkeiten implementierten Politiken zur Industrialisierung, exportorientiertem Wachstum und zum Ausbau der Infrastruktur und erzielten dabei oft beachtliche wirtschaftliche Erfolge. Ihre Methoden umfassten jedoch auch politische Repression, eingeschränkten politischen Wettbewerb und die Beschneidung bürgerlicher Freiheiten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl Entwicklungsdiktaturen als auch Entwicklungsstaaten die Rolle des Staates als Motor wirtschaftlichen Wachstums betonen, sich jedoch grundlegend in ihrem Verständnis von Regierungsführung und dem Schutz politischer Freiheiten unterscheiden. Ein Entwicklungsstaat kann mit demokratischen Prinzipien koexistieren und langfristige, nachhaltige Entwicklung gewährleisten, während eine Entwicklungsdiktatur häufig kurzfristige wirtschaftliche Gewinne auf Kosten politischer Freiheiten priorisiert, mit potenziell negativen Folgen für die langfristige politische und wirtschaftliche Stabilität eines Landes.

3 Südkorea und Ruanda: ein Vergleich

3.1 Historische Ausgangsbedingungen

Nach dem Koreakrieg (1950–1953) befand sich Südkorea in einem Zustand extremer Armut und institutioneller Schwäche. Die Infrastruktur war weitgehend zerstört, das Pro-Kopf-Einkommen gehörte zu den niedrigsten weltweit, und politische Instabilität prägte die junge Republik. Gleichwohl existierten staatliche Strukturen sowie ein rudimentärer Industriesektor, der teilweise auf die japanische Kolonialzeit zurückging (Kimura 2014). Die Militärregierung unter Park Chung-hee, die 1961 durch einen Putsch an die Macht kam, verstand wirtschaftliche Entwicklung explizit als nationales Überlebensprojekt. Der Staat übernahm eine aktive Rolle bei Planung, Finanzierung und Steuerung wirtschaftlicher Aktivitäten.



Abb. 1: Park Chung-hee (1950)
(Quelle: Wikipedia, gemeinfrei)



Abb. 2: Karte Ostasien (Quelle: Wikipedia, gemeinfrei)

Ruanda stand nach dem Genozid von 1994 vor einer ähnlich existenziellen Krise. Etwa 800.000 Menschen waren ermordet worden, die gesellschaftliche Ordnung war zerstört, und die Wirtschaft lag am Boden (Blouin/Mukand 2023). Das Rwandan Patriotic Front (RPF) etablierte unter

Paul Kagame schrittweise ein autoritäres, stark zentralisiertes Regime.

Im Unterschied zu vielen anderen afrikanischen Staaten verfügte Ruanda jedoch über historisch gewachsene staatliche Strukturen, die bis in das vor-koloniale Königreich zurückreichen (Bernatzki et al. 2021). Diese institutionelle Kontinuität erleichterte staatliche Steuerung und Kontrolle.

Beide Länder teilen demnach zentrale Gemeinsamkeiten: postkonfliktive Ausgangslage, autoritäre Machtkonsolidierung, starke Rolle externer Akteure und Entwicklungsorientierung der politischen Führung. Gleichzeitig bestanden erhebliche Unterschiede, insbesondere hinsichtlich Industrialisierungsgrad, Bildungsniveau und globalem wirtschaftlichem Umfeld.

3.2 Politische Herrschaftspraxis

Park Chung-hee und Paul Kagame prägten ihre Länder durch autoritäre Führung, allerdings in unterschiedlichen historischen Kontexten. Park regierte Südkorea von 1961 bis 1979, nachdem er durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war. (Lee 2012) Paul Kagame ist seit 2000 Präsident Ruandas und ging aus den politischen Umbrüchen nach dem Völkermord von 1994 hervor.

Park Chung-hee, 1917 im japanisch besetzten Korea geboren, wurde stark von der Kolonialherrschaft geprägt. Er diente im Zweiten Weltkrieg in der japanischen Armee und setzte seine Militärkarriere nach 1945 in Südkorea fort. Seine Erfahrungen im Militär und im Koreakrieg bereiteten den Boden für den Putsch von 1961. (Lee 2012) Paul Kagame wurde 1957 im damaligen belgischen Ruanda geboren. Nach der „Rwandischen Revolution“ von 1959 floh seine Tutsi-Familie nach Uganda. (Gourevitch 2000, 59) Dort schloss er sich Rebellenkräften an und wurde zu einem führenden Militär im Ugandan National Resistance Army. Diese Exilerfahrung und der bewaffnete Kampf prägten seinen späteren Führungsstil im Rahmen der Rwandan Patriotic Front. (Weerdesteijn 2019, 226–227) Trotz unterschiedlicher Biographien verband beide eine militärische Sozialisation im Ausland.

Ideologisch entwickelten beide einen staatszentrierten Nationalismus, der wirtschaftliche Entwicklung über politische Freiheit stellte. Park Chung-hee orientierte sich an der Meiji-Restauration von 1868 und am japanischen Staatsaufbau in Mandschukuo, kombinierte jedoch japanische Top-down-Mobilisierung mit US-technokrati-

schen Elementen und koreanischem Nationalismus. (Lee Byeong-cheon 2006, 20) Nach dem Putsch 1961 kündigte er den Aufbau einer eigenständigen, antikommunistischen Wirtschaft an. (Lee 2019, 188) Auch Paul Kagame verfolgte das Ziel eines geeinten, wohlhabenden Ruandas und verstand Entwicklung als Mittel zur Überwindung ethnischer Spaltungen. (Weerdesteijn 2019, 233–237; Kagame 2007, 4)

In Südkorea übernahm Park Chung-hee 1961 die Macht und errichtete mit dem Obersten Rat für Nationale Wiederaufbau eine autoritäre Herrschaft, die ab 1963 formal präsidentiell legitimiert war, jedoch von Repression und Verfassungsänderungen geprägt wurde. (Lee 2012, 63) Besonders im „Yushin“-Regime ab 1972 zentralisierte er die Macht massiv und regierte zunehmend per Notstandsdekreten. Politische Gegner wurden verfolgt, Gesellschaft und Bildungssystem stark militarisiert. Nach Parks Ermordung 1979 folgte eine weitere Militärdiktatur. (Lee Byeong-cheon 2006, 26–47) Paul Kagame hingegen baute seine Macht schrittweise aus: zunächst als Vizepräsident und Verteidigungsminister, ab 2000 als Präsident mit parlamentarischer Unterstützung. Verfassungsänderungen ermöglichten ihm eine langfristige Machtsicherung und garantieren ihm Immunität. (Himbara 2020, 67) Sein Regime stützt sich stark auf ehemalige Tutsi-Exilanten und geht repressiv gegen Oppositionelle vor. Bereits kurz nach 1994 wurden Teile der Hutu-Elite inhaftiert oder getötet. Später traf Repression auch interne Tutsi-Kritiker. (Weerdesteijn 2019, 224–226; Clark 2021, 185)

Beide Herrschaftssysteme lassen sich somit als Diktaturen charakterisieren. Wie gezeigt werden kann, erzielten sie jedoch ökonomische Modernisierung unter starker staatlicher Lenkung, verbunden mit politischer Repression und erheblichen Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten.



Abb. 3: Paul Kagame (2000)
(Quelle: Wikipedia, gemeinfrei)



Abb. 4: Karte Afrika (Quelle: Wikipedia, gemeinfrei)

3.3 Entwicklungsorientierte Politik

Eine einfache Übertragung des ostasiatischen Modells auf Afrika ist nicht möglich, dennoch zeigen sich Parallelen der Entwicklungspolitik zwischen Südkorea unter Park Chung-hee und Ruanda unter Paul Kagame. Südkorea war nach dem Koreakrieg eines der ärmsten Länder der Welt und stark von US-Hilfe abhängig. Unter Park Chung-hee setzte die Regierung jedoch auf staatlich gelenkte Industrialisierung durch Fünfjahrespläne mit Fokus auf die Exportförderung. In den 1960er Jahren dominierte exportorientierte Industrialisierung, in den 1970ern der Ausbau der Schwerindustrie. (Lee Sang-cheol 2006, 81) Zentral war das 1961 geschaffene „Economic Planning Board“ (EPB), das als „Superministerium“ Entwicklungsplanung, Haushalt, Auslandskapital und Technologietransfer koordinierte. (Lee Sang-cheol 2006, 83) Schlüsselindustrien wie Stahl, Energie und Chemie wurden gezielt gefördert. Exporte stiegen von unter 10 % des BIP in den 1960ern auf 30% bis 40% in den 1980ern. (Jung 2011, 454) Die Politik war jedoch zunächst von Experimentieren und „learning by doing“ geprägt. (Gemici 2013, 179) Ruanda verfolgte nach 1994 eine Strategie nationaler Einheit und eines starken Zentralstaates. Ethnische Kategorien wurden aus der Politik verbannt. Institutionell orientierte man sich teilweise am ostasiatischen Modell, etwa durch die 2008 gegründete „Rwanda Development Board“. (Akamanzi et al. 2017) Statt verbindlicher Fünfjahrespläne setzte Ruanda jedoch auf Programme wie

„Vision 2020“, „EDPRS“ und „Vision 2050“, die stärker von neoliberalen und laissez-faire-Ideen geprägt sind. (Takeuchi 2019, 125; Bernatzki et al. 2021, 2) Im Mittelpunkt stand die Verbesserung des Geschäftsklimas und die Förderung des Privatsektors, weniger die gezielte Schaffung neuer Industriezweige wie in Südkorea.

In Südkorea entstanden unter Park deshalb große Konglomerate („Chaebols“) wie Samsung oder Hyundai. Regimetreue Unternehmer erhielten Kredite, Subventionen und Schutzmaßnahmen. In Kombination mit niedrigen Löhnen und importierter Technologie trugen sie maßgeblich zum raschen Wachstum bei. (Cho 2006, 109–121) In Ruanda dominiert hingegen keine private Unternehmerelite, sondern parteinahe und staatliche Akteure. Die Holding „Crystal Ventures Limited“ (CVL), im Besitz der RPF, ist mit rund 12.000 Beschäftigten die größte Unternehmensgruppe des Landes. (Himbara 2020, 58) Auch militärnahe Firmen wie die Horizon Group spielen eine zentrale Rolle. (Takeuchi 2019, 128) Dadurch bleibt die Wirtschaft eng mit der herrschenden Partei verflochten, was politische Loyalität belohnt und Opposition schwächt. (Bertelsmann Stiftung 2020, 19) Im Unterschied zu Südkorea schuf Ruanda allerdings kaum neue Exportindustrien, sondern stärkte bestehende Sektoren wie Kaffee, Tee, Tourismus und Bergbau. (Takeuchi 2019, 125) 2020 arbeiteten noch 47,6 % der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft. (Bernatzki et al. 2021, 5) Die Industrie bleibt demnach schwach entwickelt. Vergleichsweise dynamisch ist lediglich der Finanzsektor. (Bertelsmann Stiftung 2020, 20)

In Südkorea modernisierte Park in den 1970ern die Landwirtschaft durch die „Saemaul Undong“-Bewegung. Leistungsorientierte Dörfer wurden gezielt gefördert. Ziel war sowohl ein Mentalitätswandel als auch eine Einkommenssteigerung. (Jwa 2023, 21) Auch Ruanda setzte auf agrarpolitische Interventionen, etwa durch das „Vision 2020 Umurenge Programme“. (Habimana / Houghton 2022) Landreformen wie das „Organic Land Law“ (2005) verbesserten Registrierung und Eigentumsrechte. Entsprechend stieg die landwirtschaftliche Produktion deutlich. (Takeuchi 2019, 126–127) Zudem übernahm Ruanda Elemente der südkoreanischen Saemaul-Politik in Pilotprojekten seit 2010. (Lee / Lee 2014, 243–246) Dennoch blieben die Ergebnisse bei der Armutsbekämpfung begrenzt. (Bertelsmann Stiftung 2020, 16)

Südkoreas Aufstieg wurde stark durch externe Faktoren begünstigt. Die USA boten Finanzhilfe und Absatzmärkte, Japan Kapital und Technologie. (Gemici 2013, 181) Das GATT-System und

die Bretton-Woods-Ordnung mit festen Wechselkursen unterstützten die exportorientierte Strategie des Landes. (Lee Byeong-cheon 2006, 36–38) Zwar wird auch Ruanda stark von westlichen Partnern wie den USA und Großbritannien unterstützt. Deshalb verfolgt das Land offiziell einen eher wirtschaftsliberalen Kurs. (Takeuchi 2019, 129) Allerdings kombiniert das Ruanda neoliberale Prinzipien mit gezielten staatlichen Eingriffen, besonders im Agrarsektor. Umgekehrt war auch Südkoreas Interventionismus langfristig marktkompatibel. Mit steigendem Einkommen reduzierte der Staat gezielte Eingriffe zugunsten makroökonomischer Steuerung. (Sta. Romana 2014, 7) Insgesamt sollten die ideologischen Unterschiede daher nicht überschätzt werden: Beide Regime verbanden staatliche Lenkung mit marktwirtschaftlichen Elementen, unterschieden sich jedoch deutlich in Tiefe, Zielgenauigkeit und Struktur ihrer Industrialisierungspolitik.

3.4 Ergebnisse der Entwicklungspolitik

In Südkorea führte der unerwartete Erfolg der Exportstrategie dazu, dass die Regierung in der zweiten Entwicklungsphase zusätzlich eine Politik zum Aufbau einer Schwer- und Chemieindustrie verfolgte, ohne den exportorientierten Kurs aufzugeben. (Cho 2006, 113) Ziel war der Aufbau technologischer Fähigkeiten. (Jung 2011, 460) Innerhalb weniger Jahrzehnte wandelte sich Südkorea von einer Agrargesellschaft zu einer führenden Industrialisation. (Gemici 2013, 176; Lee Byeong-cheon 2006, 45) Es entstand ein positiver Wachstums-kreislauf aus Lohnzurückhaltung, steigenden Gewinnen, höheren Investitionen und später wachsenden Beschäftigungs- und Lohnniveaus. (Cho 2006, 125) Gleichzeitig führte insbesondere die Schwerindustrialisierung der Yushin-Diktatur zu einer engen Verflechtung zwischen Regime und Chaebols. Laut Lee Byeong-cheon (2006, 40) wurde die Volkswirtschaft Südkoreas in eine sog. „Chaebol-Republik“ verwandelt. In den 1980er Jahren endete die Phase des Entwicklungsstaates mit wirtschaftlicher Öffnung und Deregulierungsreformen. (Jung 2011, 460)

Auch Ruanda verfolgte unter Paul Kagame eine ambitionierte Entwicklungsagenda mit Fokus auf gute Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung und wirtschaftliche Liberalisierung. Das Land erzielte beachtliche Fortschritte, die ähnlich als „*Rwandan Miracle*“ bezeichnet werden, insbesondere in Landwirtschaft, Tourismus und Technologie. (Clark 2021, 192) Die allgemeine Krankenversicherung, die 2020 rund 74 % der Bevölkerung

erfasste, verbesserte die Lebensbedingungen deutlich. (Bertelsmann Stiftung 2020, 22) Allerdings ist Ruanda weiterhin stark von externer Finanzierung abhängig; über 32 % des Staatshaushalts 2019/2020 stammten aus dem Ausland. (Bernatzki et al. 2021, 13) Trotz hohen Wachstums blieb ein grundlegender industrieller Strukturwandel bislang aus; ein „Upgrading“ der Industrie ist nicht erkennbar. (Takeuchi 2019, 123)

Korruption und Nepotismus stellten in beiden Fällen Probleme dar. In Südkorea entstanden in den 1960er Jahren enge, teils korrupte Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft. Das „Emergency Decree for Economic Stability and Growth“ von 1972 begünstigte etwa angeschlagene Unternehmen. (Lee Byeong-cheon 2006, 43) Park Chung-hees System verband marktorientierte Entwicklung mit staatlichem Kapitalismus und Klientelismus. (Gemici 2013, 179) Auch Paul Kagame wird

Machtmissbrauch, Nepotismus und die Schaffung klientelistischer Netzwerke innerhalb der regierenden Elite vorgeworfen. (Weerdesteijn 2019, 226) Kritiker sehen in ihm einen „mächtigen Herrscher“, der Partei- und Staatsinstitutionen zum Aufbau eines wirtschaftlichen Imperiums nutzt. (Himbara 2020, 66) Eigentumsrechte gelten demnach in der Praxis vor allem für eine kleine städtische Elite. (Bertelsmann Stiftung 2020, 21) Gleichwohl belegte Ruanda 2023 im Corruption Perception Index innerhalb des subsaharischen Afrikas den zweiten Platz hinter Botswana (Score 53, Rang 49; Botswana: Score 59, Rang 39). (Transparency International 2023) Dies deutet darauf hin, dass begrenzte Korruption nicht zwangsläufig im Widerspruch zu einem entwicklungsstaatlichen Ansatz stehen muss.

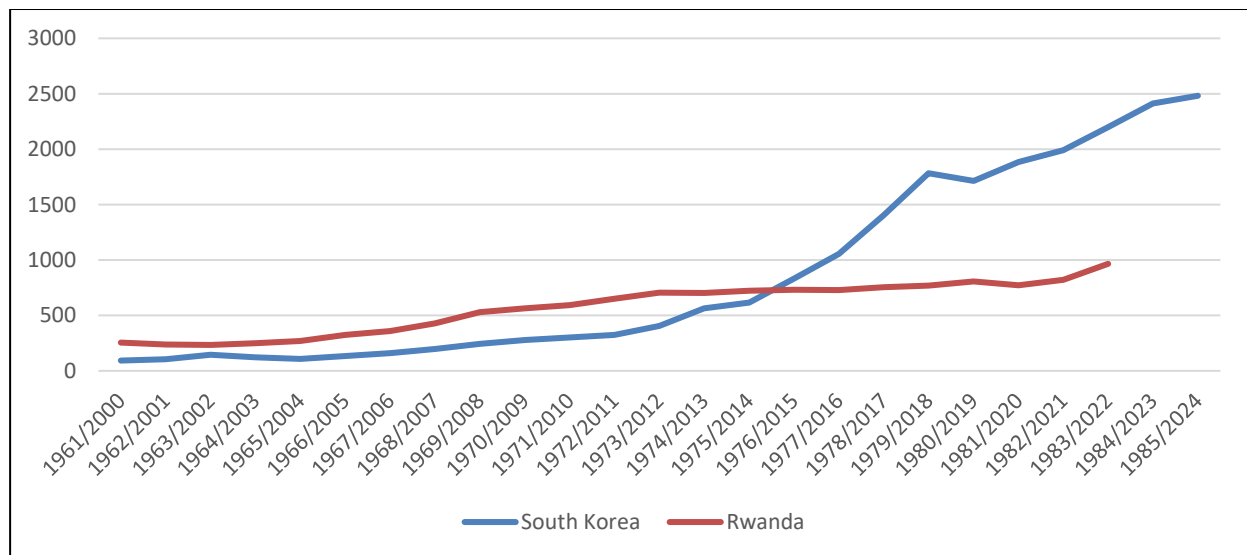


Abb. 5: BIP pro Kopf (in aktuellen US-Dollar) in Südkorea (1961–1985) vs. in Ruanda (2000–2024) (Quelle: Wrobel 2025, S. 179)

Die wirtschaftlichen Entwicklungen von Südkorea und Ruanda lassen sich auch analysieren, indem Daten aus den ersten 25 Jahren nach der Machtübernahme ihrer jeweiligen Staatschefs, Park Chung-hee in Südkorea und Paul Kagame in Ruanda, verglichen werden. Obwohl sich die Zeiträume unterscheiden, 1961 bis 1985 für Südkorea und 2000 bis 2024 für Ruanda, liefert der Vergleich Einblicke in die unterschiedlichen Auswirkungen ihrer Führung auf die wirtschaftliche Entwicklung unter verschiedenen historischen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Im Jahr 1985, etwa 25 Jahre nach der Machtübernahme Park Chung-hees, war das BIP pro Kopf

Südkoreas auf 2.482 US-Dollar gestiegen, was einem 27-fachen Anstieg gegenüber 93 US-Dollar im Jahr 1961 entspricht. Demgegenüber lag das BIP pro Kopf Ruandas im Jahr 2022, 22 Jahre nach Amtsantritt Paul Kagames, bei 966 US-Dollar, was lediglich einem 3,8-fachen Anstieg gegenüber 255 US-Dollar im Jahr 2000 entspricht. (Wrobel 2025, 179)

Obwohl beide Länder auf einem ähnlichen Ausgangsniveau starteten, war das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in Südkorea während der ersten 25 Jahre seiner Entwicklungsdiktatur ungefähr siebenmal so hoch wie das in Ruanda über einen vergleichbaren Zeitraum beobachtete. Nach 15

Jahren (1976 bzw. 2015) überholte Südkorea Ruanda (siehe Abb. 3). Das zeigt, dass unterschiedliche Vor- und Rahmenbedingungen, konkrete Wirtschaftspolitiken u.v.a.m. den Erfolg einer Entwicklungsdiktatur massiv bestimmen. Das System selber ist damit kein Garant für einen Erfolg.

4 Schlussfolgerung

Dennoch lässt sich sagen, dass die wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas wie auch Ruandas im regionalen Vergleich bemerkenswert schnell verlief. Südkorea wird daher häufig als „*Wunder am Han-Fluss*“ bezeichnet. (Lee Byeong-cheon 2006, 45) Ruanda gilt zumindest als eines der beeindruckendsten und erfolgreichsten Beispiele für Wiederaufbau nach Konflikten in Süd-Sahara Afrika. (Soudan 2015, iii)

Während ihrer Entwicklungsphase waren bzw. sind beide Länder von autoritärer Herrschaft und Korruption geprägt, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. In Südkorea stützte sich Park Chung-hees Regime auf Kriegsrecht und Repression. Korruption war eng mit Klientelismus und den Allianzen zwischen Politik und Großunternehmen im Zuge der raschen Industrialisierung verknüpft. In Ruanda wiederum schränkte Paul Kagame politische Freiheiten stark ein. Korruption und Nepotismus begünstigen vor allem die herrschende Elite im Kontext der Machtkonsolidierung nach dem Genozid. Während in Südkorea Korruption funktional in das industrialisierungsgetriebene Entwicklungsmodell eingebettet war, ist sie in Ruanda stärker mit parteistaatlicher Kontrolle und postkonfliktärer Machtabsicherung verbunden.

Obwohl Ruandas Entwicklungsstrategie bereits als „post-developmental“ (Honeyman 2016) oder „neo-developmental“ (Goodfellow 2017) beschrieben wurde, lässt sich das System klar als „Entwicklungsdiktatur“ bezeichnen. Paul Kagame etablierte ein System, das eine Diktatur mit dem Argument rechtfertigt, politische Stabilität sei Vo-

raussetzung für wirtschaftliches Wachstum, entsprechend der Definition von Lee Byeong-cheon (2006, 5). Auch wirtschaftlich bestehen deutliche Parallelen: Beide Staaten gingen aus verheerenden Konflikten hervor und erreichten erhebliches Wachstum. Doch ihre Strategien unterscheiden sich strukturell. Südkoreas Entwicklung beruhte auf staatlich gelenkter Industrialisierung, Exportförderung und dem gezielten Aufbau neuer Industriezweige durch Intervention und die Förderung großer Konglomerate. Ruanda hingegen setzt stärker auf nationale Einheit, Armutsbekämpfung und privatwirtschaftliche Entwicklung im Rahmen wirtschaftsliberaler Programme wie „Vision 2020“, mit dem Ziel einer wissensbasierten Ökonomie.

Die unterschiedlichen Ergebnisse lassen sich auch historisch erklären. Korea verfügte bereits in der Kolonialzeit über Ansätze industrieller Vorstrukturen, die in Ruanda fehlten. Zudem spielte Bildung in der konfuzianisch geprägten koreanischen Gesellschaft traditionell eine zentrale Rolle, stärker als im traditionellen ruandischen Kontext. Damit verweisen die Unterschiede erneut auf grundlegende Determinanten von Entwicklung wie Geschichte, Kultur und institutionelle Vorbedingungen. Insgesamt zeigen sowohl Südkorea als auch Ruanda das Potenzial autoritär geführter Staaten für wirtschaftliche Erholung nach Konflikten. Zugleich verdeutlichen ihre unterschiedlichen historischen Kontexte, Strategien und Ergebnisse die Komplexität des Modells einer „Entwicklungsdiktatur“.

Wie dieser Vergleich deutlich macht, kann das ruandische Entwicklungsmodell durchaus als Entwicklungsdiktatur im Sinne der ostasiatischen Erfahrung verstanden werden. Darüber hinaus wird deutlich, dass eine „Entwicklungsdiktatur“ für Entwicklungsländer durchaus als Alternative zur Demokratie betrachtet werden kann. Allerdings ist deren Erfolg massiv von den konkreten Führungspersonen, den „Entwicklungsdiktatoren“, ihren wirtschaftspolitischen Entscheidungen und dem internationalen Umfeld abhängig.

Quellenverzeichnis

- Acemoglu, Daron / Robinson, James A. / Verdier, Thierry (2004): Kleptocracy and Divide-and-Rule: A Model of Personal Rule, in: *Journal of the European Economic Association* April–Mai 2004 2 (2–3), S. 162–192.
- Akamanzi, C. / Flores, E. / & Yarrow, R. (2017) Rwanda's push for five-star development: An interview with the CEO of the Rwandan Development Board on the present and future of Rwandan economic development, in: *Harvard International Review*, Bd. 38 (4), S. 54 – 58.
- Bernatzki, Talea / Busse, Matthias / Hoekstra, Ruth (2021) Promoting Rwanda's business environment: Impact of reforms and drivers of change, *Development Policy Review*, Wiley, Hoboken, NJ, Bd. 40, Heft 2.
- Bertelsmann Stiftung (2020) BTI 2020 Country Report — Rwanda, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2020.
- Blouin, Arthur / Mukand, Sharun W. (2023) Leadership and propaganda in nation building: Evidence from Rwanda under Kagame, in: Rohner, D. / Zhuravskaya, E. (Hrsg.): *Nation Building: Big Lessons from Successes and Failures*, CEPR Press, Paris & London 2023, S. 177 – 188.
- Botlhale, Emmanuel (2017) Sustaining the Developmental State and Moving towards a Developed State in Botswana, in: *Development Southern Africa*, Bd. 34 (1), S. 90 – 104.
- Cheang, Bryan (2022) *Economic Liberalism and the Developmental State: Hong Kong and Singapore's Post-War Development*, Cham Springer 2022.
- Cho Young-chol (2006) The Chaebol Regime and the Developmental Coalition of Domination, in: Lee Byeong-cheon (Hrsg.): *Developmental dictatorship and the Park Chung-hee era: the shaping of modernity in the Republic of Korea*, S. 108 – 133.
- Clark, Philip (2021) The two Rwandas: development and dissent under Kagame, in: *Foreign affairs*, Bd. 100 (2021), 3, S. 185-193.
- Gandhi, J. (2008) *Political institutions under dictatorship*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gemici, Kurtuluş (2013) South Korea during the Park Chung Hee Era: explaining Korea's developmental decades, in: *Asian journal of social science*, Bd. 41(2013), 2, S. 175-192.
- Goodfellow, T. (2017) Taxing property in a neo-developmental state: The politics of urban land value capture in Rwanda and Ethiopia, in: *African Affairs*, Bd. 116 (465), S. 549 – 572.
- Gourevitch, Philip (2000) *We Wish To Inform You That Tomorrow We Will Be Killed With Our Families*, London / New York, N.Y.: Picador.
- Gregor, A. James (1979) *Italian Fascism and Developmental Dictatorship*, Princeton 1979.
- Habimana, Dominique / Haughton, Jonathan (2022) Does Rwanda's flagship microcredit programme boost agriculture and incomes?, in: *African journal of agricultural and resource economics: AfJARE*, Bd. 17 (2022/3), S. 239-254.
- Himbara, David (2020) *Rwanda's Stillborn Middle-Income Economy*, Bloomington 2020.
- Honeyman, C. (2016) *The orderly entrepreneur: Youth, education and governance in Rwanda*, Stanford University Press.
- Hope, Christopher (2021) Easier said than done: Namibia's "declaratory" developmental state and the obstacles to successful industrial policy, in: Geröcs, Tamás (Hrsg.): *The post-crisis developmental state: perspectives from the global periphery*, Cham Springer, S. 153-177.
- Jwa Sung-Hee (2023) What Made Possible the Korea's Economic Miracle?: Park Chung Hee's Economization of Politics, Economic Discrimination and Corporate Economy, in: *Review of Institution and Economics*, Bd. 17, Nr. 1, Februar 2023, S. 1 – 38.
- Johnson, Chalmers (1982) *MITI and the Japanese Miracle: The Growth of Industrial Policy, 1925 – 1975*, 1. Ausgabe: Stanford University Press.
- Jung Sung-Hoon (2011) The Korean Development Strategy: Trajectories of the Korean Economic Development, 1961~2010, in: *Journal of the Economic Geographical Society of Korea*, Bd.14, Nr.4, 2011, S. 453 – 466.
- Kagame, Paul (2007) *Making aid work for Africa* (RSIS Commentaries Nr. 107), Nanyang Technological University.
- Kanchoochat, Veerayooth (2019) Tigers at Critical Junctures: How South Korea, Taiwan and Singapore Survived Growth-Led Conflicts, in: Yusuke Takagi / Veerayooth Kanchoochat / Tetsushi Sonobe (Hrsg.): *Developmental State Building: The Politics of Emerging Economies*, Springer, S. 47 – 68.
- Karaoğuz, Hüseyin Emrah (2022) The developmental state in the 21st century: a critical analysis and a suggested way forward, in: *Panoeconomicus*, Bd. 69 (2022), Nr. 1, S. 55-72.

- Kasahara, Shigehisa (2013) The Asian Developmental State and the Flying Geese Paradigm, UNCTAD Discussion Paper Nr. 213 (2013).
- Kimura, Mitsuhiro (2014) Colonial Development of Modern Industry in Korea, 1910-1939/40*, in: Japan Review, Bd. 2 Nr. 2, 2014, S. 23-44.
- Lee Byeong-cheon (2006) The Political Economy of Development Dictatorship, in: Lee Byeong-cheon (Hrsg.): Developmental dictatorship and the Park Chung-hee era: the shaping of modernity in the Republic of Korea, S. 3 – 50.
- Lee, Chong-sik (2012) Park Chung-Hee: From Poverty to Power. The KHU Press.
- Lee Eunjin / Lee Shi-Chul (2014) Challenges of Saemaul ODA in African region: A Comparative Perspective with Rwandan villages, in: The Korean Journal of Local Government Studies, Bd.18 Nr.2 (2014), S. 237-257.
- Lee Sang-cheol (2006) Industrial policy in the Park-Chung-hee Era, in: Lee Byeong-cheon (ed.): Developmental dictatorship and the Park Chung-hee era: the shaping of modernity in the Republic of Korea, S. 80 – 107.
- Maru, Mehari Taddele (2021) The Developmental State: Experience in Ethiopia and Rwanda: Lessons for Libya?, Robert Schumann Centre: Research Project Report Issue 2021/06 – Mai 2021.
- Masondo, David (2018) South African Business Nanny State: the Case of the Automotive Industrial Policy Post-Apartheid, 1995 – 2010, in: Review of African Political Economy, Bd. 45 (156), S. 203 – 222.
- Montesquieu, Charles Louis de Secondat, Baron de (1748) The Spirit of Laws, Complete Works, Bd. 1, The Online Library Of Liberty.
- Moraes, Isaias Albertin de (2023) The concept of Developmental State revisited, in: Brazilian Journal of Political Economy, Bd. 43 (4), S. 813-836.
- Olson, Mancur (1996) Big Bills Left on the Sidewalk: Why Some Nations are Rich, and Others Poor, in: Journal of Economic Perspectives (1996), S. 5-6.
- Panther, S. (1997) Cultural Factors in the Transition Process – Latin Center, Orthodox Periphery?, in: J. Backhaus/G. Krause (Hrsg.): Issues in Transformation Theory, Marburg, S. 95 – 122.
- Pooe, TK / David Mohale (2022) Developmental State ambition of South Africa, in: Journal of African Transformation / Revue des mutations en Afrique, Bd 7, Nr. 1, 2022, S. 95 – 115.
- Rosenbaum, E. (1999) Culture, Cognitive Models and the Performance of Institutions in Transformation Countries, Frankfurt Institute for Transformation Studies, Discussion Paper Nr. 1/99, Frankfurt (Oder).
- Rostow, W. W. (1960) The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto, Cambridge 1960.
- Saunders, Richard; Caramento, Alexander (2018) An Extractive Developmental State in Southern Africa? The Cases of Zambia and Zimbabwe, in: Third World Quarterly, Bd. 39 (6), 1166 – 1190.
- Seidman, Karl F. (2005) Economic Development Finance, Thousand Oaks: Sage Publications.
- Soudan, François (2015) Kagame: Conversations with the President of Rwanda, Enigma Books and Nouveau Monde Éditions, 2015.
- Sta. Romana, Leonardo L. (2014) Some Lessons from Korea's Industrialization Strategy and Experience, ZBW - Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, Kiel und Hamburg.
- Takeuchi, Shinichi (2019) Development and Developmentalism in Post-genocide Rwanda, in: Yusuke Takagi / Veerayooth Kanchoochat / Tetsushi Sonobe (Hrsg.): Developmental State Building: The Politics of Emerging Economies, Springer, S. 121 – 134.
- Transparency International (2023) Corruption Perception index 2023, online: <https://www.transparency.org/en/cpi/2023>.
- Wayessa, Gutu Olana (2021) State-building and development in Ethiopia: from "developmental state" to "prosperity" model, in: Northeast African studies, Bd. 21(2021), 2, S. 83-115.
- Weerdesteijn, Maartje (2019) The Rationality and Reign of Paul Kagame, in: Perpetrators of international crimes: theories, methods, and evidence, 2019, S. 224-240.
- Williamson, John (1990) What Washington Means by Policy Reform, in: Latin American Adjustment: How Much Has Happened? (Washington: Institute for International Economics).
- Woo, Meredith (2023) The Developmental State, in: JeongHun Han, Ramon Pacheco Pardo, and Youngho Cho (Hrsg.): The Oxford Handbook of South Korean Politics, Oxford Handbooks.
- Wrobel, Ralph (2025) Developmental Dictatorship in East Asia as Model for Africa?: The Era Park Chung-hee in South Korea (1963 – 1979) in comparison to the Era Paul Kagame in Rwanda (2000 – today)", in: South African Journal of Economics, 2025/2, S. 171-182.

THILO NEUNZIG

Gesellschaftliche Destabilisierung und Schule – Herausforderungen und Konsequenzen

Rückzug der Demokratie

Jahrzehntelang galt die Demokratie als Garant für Freiheit, Sicherheit, stabile politische und gesellschaftliche Verhältnisse sowie Wohlstand. Dieses Erkenntnis scheint an Geltungswert zu verlieren. „Ist unsere Demokratie in Gefahr? Nie hätten wir gedacht, dass wir einmal diese Frage stellen würden.“ (2018: 9). So beginnen die Politologen Steven Levitsky und David Ziblatt ihr Buch „Wie Demokratien sterben“. Wieviel Lebens- und Überlebensfähigkeit in Demokratien heute noch steckt, lässt sich nur schwer feststellen. Allerdings lässt sich feststellen, sie befinden sich weltweit auf dem Rückzug oder sehen sich zumindest einem enormen Druck ausgesetzt.

Das sogenannte „democratic backsliding“ (Levitsky und Ziblatt 2018a: 5) hat einen neuen Höchststand erreicht. 2024, also noch vor Donald Trumps zweiter Amtszeit, lebten bereits nur 6,6% der Weltbevölkerung in einer vollständigen Demokratie, während 39,2% in autoritären Regimen lebten. Noch ist der Demokratie Index 2025, der seit 2006 von The Economist Intelligence Unit erhoben wird, nicht veröffentlicht. Jedoch ist stark davon auszugehen, dass der Abbau der Demokratie als Regierungsform 2025 weiter zugenommen hat (EIU 2025: 6ff).

Das „democratic backsliding“ ist ein Indikator für gesellschaftliche Instabilität, die u.a. in Form einer stark ansteigenden Verunsicherung der Gesellschaften sichtbar wird. Die Demokratie hat sich

schon immer autoritären, nationalistischen und extremistischen Bestrebungen erwehren müssen. Jedoch erfährt der Demokratieverfall aktuell eine enorme Dynamik. Die Dynamik ist u.a. eine Begleiterscheinung von Polykrisen, deren vielfältigen Aspekte und Bestandteile sich gegenseitig bedingen, sich forcieren und sie dadurch weniger beherrschbar erscheinen. Dies führt zu einer großen Verunsicherung innerhalb der Bevölkerungen und vor allem bei den Menschen, die sich an stetig wachsenden Wohlstand, immanente Sicherheit und Stabilität gewöhnt haben. Diese Menschen sind nicht bereit, sich (zumindest gedanklich) auf tiefgreifende Veränderungen und Reformen einzustellen und besitzen keine Ambiguitätstoleranz, sprich, sie sind nicht Willens Unsicherheit, Komplexität, Widersprüche und Herausforderungen anzunehmen und auszuhalten.

Verunsicherte Bevölkerungsgruppen wenden sich vermehrt den weniger demokratischen Rändern rechts wie links außen zu. Rechts- wie linksextreme Parteien werden zum Auffangbecken von verunsicherten und frustrierten Menschen, (1) da sie die Ängste der bereits verunsicherten Bevölkerungsmilieus befeuern und so vorgaukeln, die Menschen und ihre Situation ernst zu nehmen, (2) da sie angeben, mit vermeintlich einfachen Lösungen die Polykrisen bewältigen zu können ohne schmerzhaft Einschnitte für die Bevölkerung und (3) da sie durch Förderung von Nationalismus und Isolationismus Stärke und Sicherheit suggerieren. Letztendlich nutzen die extremistischen Parteien

ihren Zulauf und ihre neugewonnene Stärke, die sie auf demokratischem Wege erlangt haben, dazu, die Demokratie Schritt für Schritt ab- und in eine Autokratie umzubauen. Ihr Vorgehen ist dabei gezielt und systematisch, daher lässt sich das „democratic backsliding“, der Demokratieabbau in bestimmte Phasen einteilen.

Begleitet wird der Demokratieabbau im Inneren durch Einflussnahme von außen. Fake News, Social Bots, Cyberkrieg, Propaganda, Sabotage, Spionage und hybride Kriegstechniken verstärken die Destabilisierung von Gesellschaften, indem sie gezielt Ängste und Verunsicherungen schaffen, aufgreifen und potenzieren und gleichzeitig demokratischen Kräften die Handlungsfähigkeit absprechen. Antidemokratische Kräfte dagegen erfahren Unterstützung. Das gelingt insbesondere dadurch so erfolgreich, da sich sowohl die extremistischen Kräfte im Inland wie auch autoritäre Regime aus dem Ausland bei der Verbreitung ihrer Fake News und Desinformationen den sozialen Medien als Multiplikatoren bedienen.

Nach Einschätzung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik ist die Cybersicherheitslage in Deutschland seit dem russischen Angriffskriegs auf die Ukraine so gefährdet wie noch nie. Insbesondere Cyberangriffe auf deutsche Infrastruktur und Unternehmen sowie gezielte Desinformationskampagnen aus Russland haben stark zugenommen (BSI 2025).

Democratic backsliding

Der Demokratierückgang verläuft in Phasen, die je nach Intensität und Dynamik kürzer oder länger ausgeprägt sind.

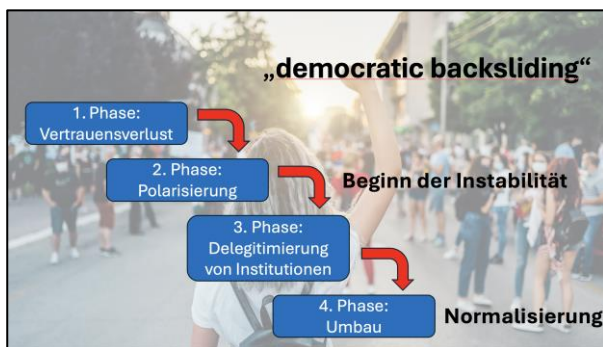


Abb. 1: Phasen des democratic backsliding (Quelle: eigene Darstellung nach Herrhausen 2025)

Phase 1: Vertrauensverlust

„Morgen ist alles genauso wie heute!“ Menschen besitzen eine Normalitätserwartung, die Ihnen

Struktur und Orientierung gibt. Für sie ist die Welt eine „assumptive world“ (Alfred Schütz), eine erwartbare, planbare Welt, in der Krisen wenig Platz haben. Es besteht die Erwartung, dass Krisen mit bekannten, bisher bewährten Handlungs- und Lösungskonzepten erfolgreich begegnet werden kann. Auf dieser Normalitätserwartung baut ein gewisses Grundvertrauen auf. Der zunehmend multiple Charakter von gleichzeitig stattfindenden Polykrisen sorgt dafür, dass bewährte Lösungskonzepte nicht mehr oder nicht voll umfänglich greifen und es zu einem wachsenden Vertrauensverlust der Menschen in etablierte Strukturen kommt.

Diesen Vertrauensverlust, gepaart mit einer Veränderungsmüdigkeit nutzen antidemokratische Kräfte für ihre Ziele. Sie forcieren das Misstrauen, indem sie bestehende Ängste, Unsicherheiten und Missstände fortlaufend verstärken. Die Angst vor insbesondere Sicherheits- und Wohlstandsverlust erfährt eine Dynamisierung durch Kräfte und Parteien des äußeren rechten Spektrums. So spricht z.B. Alice Weidel, Vorsitzende der AfD, in ihrer Bundestagsrede am 09. Juli 2025 von Deutschland als einer „Hochrisikozone für die eigenen Bürger“ (Deutscher Bundestag 2025:1577) und befeuert gezielt die Angst vor Sicherheitsverlust.

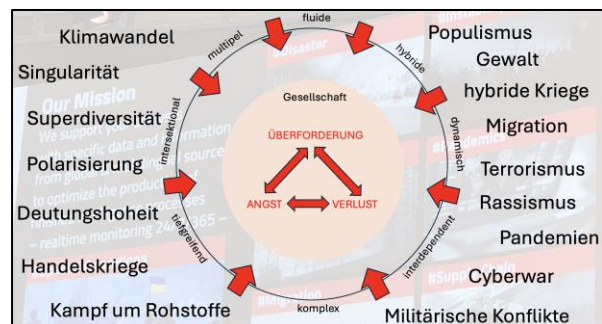


Abb. 2: Angst, Verlust, Überforderung innerhalb einer Gesellschaft (Quelle: eigene Darstellung)

Phase 2: Polarisierung

Gezielt werden die Themen Sicherheit und Wohlstand von rechtsextremen und populistischen Parteien medial bespielt und mit dem von ihnen selbsterzeugten Spannungsfeld „Migration vs. Nation“ verknüpft. Desinformationen, bewusst gesetzte Einseitigkeit und deren permanente Wiederholungen führen zu einer Polarisierung innerhalb der Gesellschaft. Die Gesellschaft driftet auseinander, spaltet sich. Das bedeutet, dass gesellschaftliche Diskurse von Zugehörigkeitsdebatten dominiert werden: Wer gehört dazu, wer nicht? Wer darf bleiben, wer muss das Land verlassen. Folge

dieser Themensetzungen und Debatten über Nationalität, Überfremdung, Leitkultur, WIR-IHR-Konstrukte sind Rassismus und alle Formen von Gewalt.

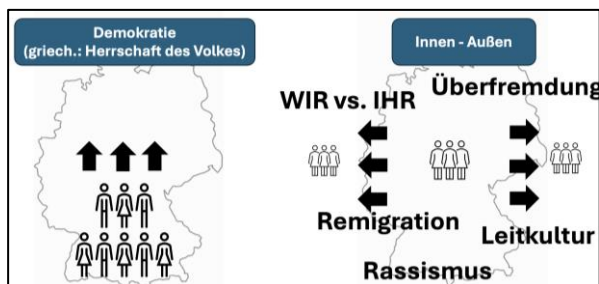


Abb. 3: Spaltung der Gesellschaft (Quelle: eigene Darstellung)

Im Zuge dieser Debatten werden Meinungen, Positionen und Haltungen von Mitmenschen nicht mehr respektiert, nicht mehr ausgehalten, sondern vielmehr abgelehnt. Menschen gehen vermehrt in eine Diskussionsopposition, arbeiten gegen die anderen, die fremden, die aus ihrer Sicht falschen Argumente. Sachlichkeit entweicht immer mehr den politischen und gesellschaftlichen Diskussionen, macht Platz für negative Emotionen wie Frust, Wut und Hass (Hate Speech, Desinformation). Austausch oder gar Perspektivwechsel und Kompromisse, alles wichtige demokratische Instrumente, finden immer weniger statt. Hinzukommt, dass radikale Kräfte Themen wie Klimawandel, Geschlechtergerechtigkeit, Integration etc. aus dem Wirklichkeitsraum entfernen. Anderen Themen wie Migration, Sicherheit, Wohlstand, Nation, Volk etc. werden von ihnen besetzt und medial ausgebaut. Toleranz, Einwanderung, Vielfalt, Abtreibung, LGBTQ, Nachhaltigkeit oder öffentlich-rechtlicher Rundfunk werden normativ, negativ-emotional aufgeladen.

Nicht unerwähnt bleiben darf an dieser Stelle, dass die stetig zunehmende soziale Ungleichheit ein Brandbeschleuniger der Polarisierung ist, welche gegen demokratische Prinzipien steht. Ressourcen- und Verteilungskonflikte weisen mittlerweile eine gewisse Resistenz auf, die Möglichkeiten, ihnen nachhaltig und endgültig zu begegnen, nehmen zusehends ab (BRAUNE 2024: 8)

Phase 3: Delegitimierung von Institutionen

Vertrauensverlust, das Misstrauen nutzen antidemokratische Parteien, um Verantwortung für die aktuelle Situation den bestehenden demokratischen Strukturen, der Regierung und den etablierten Parteien zuzuschreiben. Dabei geht es aber

nicht nur um eine Verantwortlichkeit für real existierende Missstände, sondern vor allem um die von den populistischen Parteien erzeugte, überzogene Wirklichkeitsdarstellung (Deutschland = „Hochrisikozone“).

Es bleibt jedoch nicht bei einer Schuldzuweisung extremistischer, populistischer Parteien in Richtung Regierung. Die Regierung und demokratische Institutionen werden als inkompetent dargestellt, nicht fähig, die aktuelle Lage zu verbessern. Darüber hinaus wird ihnen unterstellt, unlautere Ziele zu verfolgen und unlautere Methoden einzusetzen, die gegen das eigene Land, gegen die eigene Nation, gegen die eigene Bevölkerung gerichtet sind (HERRHAUSEN 2025: 09:09-10:10).

Im Fall der aktuellen amerikanischen Administration zielt die Delegitimierung auf grundlegende Pfeiler demokratischer Ordnung ab, allen voran die Judikative. Betroffen sind Gerichte, Staatsanwaltschaften und Rechtsanwaltskanzleien. So droht Donald Trump Kanzleien unverhohlen mit Strafen und Sanktionen, wenn sie sich an Verfahren gegen seine Regierung beteiligen (Tageschau 2025) oder entlässt zwischenzeitlich die Bundesstaatsanwältin Maurene Comey (Die Zeit 2025). Der amerikanische Vize-Präsident spricht Gerichten die Legitimation ab, die Regierung zu kontrollieren: „Judges aren’t allowed to control the executive’s legitimate power.“ (X-Account JD Vance 09.02.2025). Trump sieht für sich als Präsident keinerlei gesetzlichen Beschränkungen, wie er jüngst in einem Interview der New York Times kundtat. Das Einzige, was ihn aufhalten könnte, so Trump, wären seine eigenen moralischen Abwägungen und sein eigener Verstand. Völkerrecht, so der amerikanische Präsident weiter, bräuchte er nicht (Deutschlandfunk 2026).

Der Delegitimierungsstrudel erfasst auch Medien. Das geschieht insbesondere dann, wenn sie extremistische Positionen als solche definieren oder wenn sie Positionen einer demokratischen Regierung stützen oder ihnen eine Nähe zur Regierung nachgesagt wird (wie z.B. der Öffentlich-rechtlichen Rundfunk).

Nicht verschont von Delegitimierungskampagnen bleiben Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten. So versuchte die AfD 2018 durch die Einrichtung von Meldeportalen für AfD-kritische Lehrkräfte das Neutralitätsgebot, das sich aus dem Beutelsbacher Konsens ergibt, parteipolitisch zu instrumentalisieren und Lehrkräfte einzuschüchtern (GEW 2025). Im Bundestagswahlkampf 2025 forderte der Bundestagskandidat der AfD für Kaiserslautern, Sebastian Münzenmeier,

Jugendliche auf: „Schüler, hört nicht auf eure linken Lehrer [...], hör nicht auf den Quatschkopf, du weißt ja, was da draußen los ist“ (MÜNZENMEIER 2025).

Populistische Parteien bieten sich nicht nur auf dem Politik-, sondern auch auf dem Bildungssektor als Alternative an. Ihr Ziel ist es, unter dem Deckmantel des Neutralitätsgebots einen kritischen Umgang mit radikalen, antidemokratischen Konzepten an Schulen zu verbieten. Die alleinige Deutungshoheit über die Wahrheit wird von ihnen beansprucht, indem sie Ängste befeuern und für diese dann Lösungskonzepte verkaufen, die vermeintlich einfach sind. Durch die vermeintlich einfache und rasche Lösung (die sich meist außerhalb demokratischer und rechtlicher Leitplanken sowie fernab der Realität befinden), so die populistischen Parteien und Kräfte, lässt sich die ins Wanken geratene Normalitätserwartung der Bürgerinnen und Bürger und somit der alte Status Quo wieder herstellen: „Wir setzen uns dafür ein, dass ihr wieder leben könnt, wie die Generationen vor euch.“, so Sebastian Münzenmeier in seiner Wahlkampfwerbung auf Instagram (MÜNZENMEIER 2025)

Phase 4: Der Umbau

Die Delegitimierung ist der erste Schritt zum Umbau des Staates. Über freie, demokratische Wahlen gelangen die Kräfte ins Amt, die zuvor bestehende demokratische Institutionen delegitimiert und geschwächt haben. Nach und nach wird durch den Abbau demokratischer Strukturen die demokratisch gewonnene Macht gefestigt. Das geschieht dadurch, dass die Gewaltenteilung aufgehoben, die freie Presse abgeschafft und demokratische Instrumente (Abbau von Rechten, faire Wahlen...) entfernt werden. Der Umbau zu autokratischen Strukturen verhindert eine Machtübernahme demokratischer Kräfte auf demokratischem Wege. Das beste und aktuellste Beispiel hierfür liefert die Trump-Administration. Der Staatsumbau unter Trump folgt einem rechtskonservativen Drehbuch, dem „Project 2025“, entworfen von der rechtskonservativen Denkfabrik Heritage Foundation. Ziele des Projekts sind u.a. die Schwächung der US-Bundeseinstitutionen, Ausweitung der Machtbefugnisse des Präsidenten, Abschaffung von Diversitäts-Programmen, Massendeportationen von Migrantinnen und Migranten. Nach Einschätzung US-amerikanischer Politikwissenschaftler ermöglichen die Maßnahmen in einigen Fällen eine Überwindung rechtlicher Grenzen und Kontrollmaßnahmen (Deutschlandfunk 2025).

Der Umbau beschränkt sich nicht auf die Politik, die Justiz und die Wirtschaft, sondern betrifft zudem die Bildungslandschaft. So hat z.B. Donald Trump im März 2025 ein Dekret zur Auflösung des US-amerikanischen Bildungsministeriums eingeleitet (Tagesschau 2025). Wie nebenbei wurde außerdem eine gesetzliche Verbannung von Büchern („banned books“) und bestimmten Themen (Sexualität, Rassismus, Gendergerechtigkeit, LGBTI) aus US-amerikanischen Schulen und die bewusste Setzung von Themen wie Nationalität, Volk und Religion veranlasst (BAUER 2025).

Amerikanische Universitäten sehen sich einem zunehmenden Druck durch die Regierung ausgesetzt. Der Elite Universität Havard z.B. strich die Trump-Regierung zwischenzeitlich Fördermittel in Millionenhöhe, da sie der Universität eine links-liberale Ausrichtung unterstellt. Zudem wurde der Hochschule die Aufnahme internationaler Studierenden untersagt (Forschung und Lehre 2025).

Auch wenn dieses Vorgehen als nicht rechtens eingeschätzt wird, zeigt es jedoch, wie massiv der Druck auf Bildungseinrichtungen ist. Auch hierzulande wächst der Druck auf Bildungseinrichtungen und Lehrkräfte. So plant z.B. die AfD Lehrpläne zu ändern, wenn sie in Regierungsverantwortung auf Länderebene kommt. So plädiert der Kulturbefauftragte und stellvertretende Landesvorsitzende der AfD in Sachsen-Anhalt, Hans-Thomas Tillschneider, für „Mehr Bismarck, weniger Hitler“ in den Lehrplänen und somit für eine Verschiebung der inhaltlichen Schwerpunkte in Richtung Imperialismus und weg vom Nationalsozialismus. Auch Schulprojekte gegen Rassismus und für Demokratieerhalt (wie z.B. das Netzwerk „Schule ohne Rassismus“) hält Tillschneider für überflüssig. „Diese Programme sind ein Etikettenschwindel, sie werden missbraucht, um die AfD zu bekämpfen.“, so Tillschneider (Tagesschau 2025a).

Wie (re)agiert Schule in Zeiten von Demokratieschwund und gesellschaftlicher Destabilisierung?

Um die Frage vorneweg zu beantworten: to little, to late! Es lassen sich zwei Handlungsrichtungen ausmachen, wenn es um Schule und gesellschaftliche Destabilisierung geht: Zum einen Handlungen von innen heraus, also aus der Institution selbst. Schule hat den Bildungsauftrag Demokratie zu fördern, zu stärken. Zudem ist sie selbst ein Teil der Demokratie und demokratisch organisiert. Und zum anderen sind da die Handlungen von außen, von außerhalb der Institution. Damit sind multiple

Krisen, das „democratic backsliding“, der gesellschaftliche und politische Druck auf Schule als Bildungseinrichtung durch extremistische Kräfte etc. gemeint.

Blicken wir zuerst auf die Schule selbst. Sie kann immer weniger effizient und nachhaltig ihren demokratischen Bildungsauftrag, Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen bzw. deren Demokratiekompetenz zu fördern, nachkommen. Das liegt vor allem daran, dass sich die Welt, die Gesellschaft rasant, tiefgreifend und fortlaufend verändern. Schule aber im Gegensatz dazu mit veralteten Strukturen und Mitteln versucht den ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen zu begegnen. Während Krisen, wie sie heute stattfinden, dynamisch, flexible, multipel, komplex, hybride, zeitlos, intersektional und interdependent sind, bleibt Schule ein „Silo“ (SCHREIBER-SHEARER 2022): Starr (Stundentafel, Lehrpläne mit langer Geltungsdauer...), zeitlich begrenzt auf 45 Minuten (Festlegung stammt aus dem Jahr 1911), additiv und sektional (fachgebunden), mit einem geringen Grad an inhaltlicher Vernetzung. Zwar wurden bereits erste Schritte unternommen, um die Trägheit der Schule aufzubrechen, jedoch sind diese Bemühungen immer noch *to late, to little*. Die Schritte weg von einer Input-Orientierung hin zu einer Output-Orientierung sowie der Fokus auf die Kompetenz-Orientierung (statt auf eine reine Wissensvermittlung) sind bereits in den Lehrplänen und Bildungsstandards verankert, finden aber noch zu selten Eingang in konkrete Unterrichtskonzepte. Das betrifft nicht nur den Unterricht selbst, auch in der Ausbildung wird noch zu oft mit kognitiven Lernzielen gearbeitet, anstatt den Fokus voll auf den Erwerb von Kompetenzen zu richten. Nur Kompetenzen ermöglichen eine zielgerichtete Reaktion auf reale Ereignisse, die spontan und fluide sind. Hier hilft kein träges Wissen, das zudem in Zeiten von Digitalität schnell veraltet ist. Das bedeutet für die Ausbildung an Universität und Studienseminar, dass dann in allen Fächern konsequent mit Befähigungszielen und nicht mit Lernzielen gearbeitet werden müsste.

Richten wir jedoch zuvor noch den Blick auf den äußeren Druck, der auf die Schule einwirkt und welche Reaktionen die Schule hier zeigt. Der Druck von außen, gleich, ob er von Polykrisen oder extremistischen Parteien ausgeübt wird, führt zu Stress bei Schulen. Schulen sind regelrecht überfordert. Während der Hochphase der Coronapandemie wurde verzweifelt versucht, die Wissensvermittlung weiterlaufen zu lassen. Der Digi-

talisierungsdruck auf Schulen war enorm. Unterschiedliche Unterrichtsformate hielten ein Minimum an Unterricht aufrecht. Mit der zunehmenden Digitalisierung der Schule konnte eine unterrichtliche Grundversorgung aufrechterhalten werden. Während einige Lehrkräfte und Schüler mit den Neuerungen nicht gut zurechtkamen, bildete sich jedoch auch eine Gruppe an Lehrkräften und Schülern heraus, die kreativ wurde, bisherige Konzepte überdachte, anpasste und ins Handeln kam. Hier kam es zu einem enormen Kompetenzzuwachs bei allen Beteiligten. Jedoch wurde es in der Post-Corona-Phase versäumt, diese kreativen Ansätze (wie z.B. digitale oder hybride Exkursionen) weiter zu verfolgen, diese zu optimieren und auszubauen. Digitale Medien sind zwar heute häufiger Bestandteil von Unterricht, sie tragen allerdings wenig zum Kompetenzerwerb bei Schülerinnen und Schülern bei. Meist werden digitale Medien und Tools zu Organisation, Reorganisation und Optimierung von Inhalten verwendet und weniger zur Kompetenzbildung, Differenzierung oder Urteilsbildung. Ihre negativen lernpsychologischen Wirkweisen, wie z.B. Beschleunigung von Unterricht, Entfremdung von realen Lerngegenständen (Realraum und Sozialraum) etc., werden zu selten einer kritischen Betrachtung ausgesetzt.

Der Druck auf Schulen, insbesondere von rechts, wird überwiegend über digitale Medien, über soziale Netzwerke transportiert (siehe Phase 3: Delegitimierung von Institutionen) und schlägt sich in den Ergebnissen der Juniorwahlen im Rahmen der Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2026 in den Schulen nieder. Versuche seitens der Bildungsministerien, dem Druck von rechts dadurch entgegenzuwirken, dass z.B. der Sozialkunde- und Politikunterricht zu Lasten anderen Fächerkontingente (wie z.B. Erdkunde) aufgestockt wird, hat keinerlei Wirkung gezeigt (vgl. Die Rheinpfalz (2019)). Das liegt vor allem daran, dass die Maßnahmen die additive und unflexible Struktur der Schule nicht aufbrechen, sondern es sich lediglich um Verschiebungen innerhalb der starren Schulstrukturen handelt.

Es ist aber nicht so, dass Schulen und Bildungseinrichtungen nur unzureichend oder falsch auf äußerliche Einflüsse reagieren. Die Förderung nach Eigenständigkeit und Mündigkeit der Schülerinnen und Schüler wurde schon früh erkannt. So wurde z.B. 1972 die Förderung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit von Schülerinnen und Schülern innerhalb der Gesellschaft als eines von drei Hauptzielen der gymnasialen Oberstufe in einem Beschluss der Kultusministerkonferenz fixiert und im Zuge der

Digitalisierung im Kontext Schule 2024 erweitert (Kulturministerkonferenz 2024: 6). Zahlreiche Programme und Initiativen wurden in Deutschland ins Leben gerufen, um demokratische Strukturen und das gesellschaftliche Miteinander zu stärken:

- „Demokratie leben“
- „Politik macht Schule“
- „Schule ohne Rassismus“
- „Europaschule“
- ...

Jedoch zeigen Umfragen unter Schülerinnen und Schülern der an diesen Programmen beteiligten Schulen, dass die Programme, ihre Inhalte und Ziele kaum wahrgenommen werden. Das liegt vor allem daran, dass diese Programme und ihre Ziele nur wenig Anschluss an den eigentlichen Unterricht haben und meist freiwillig sind. So wird nur eine geringe Anzahl an Schülerinnen und Schülern erreicht. Von der Wirkweise der Programme aus gesehen dienen diese nach einer gewissen Zeit nicht selten, auch wenn das drastisch klingt, lediglich als eines von vielen Aushängeschildern für das Schulprogramm der jeweiligen Schulen.

Deutlich effektiver zeigt sich das Programm „Schule der Zukunft“ (<https://schule-der-zukunft.rlp.de>), das die starren Schulstrukturen aufweicht, die Verantwortung für den eigenen Lernweg geht dabei in die Hand der Schüler über. Das Unterrichtskonzept des Selbstorganisierten Lernens (SOL) fördert Eigenständigkeit, Eigenverantwortung und Kooperationsfähigkeit bei den Schülerinnen und Schülern. Wichtige Voraussetzung, um als Bürgerin oder Bürger an demokratischen Prozessen zu partizipieren und um diese kritisch zu reflektieren. Allerdings zeigt sich auch, dass das SOL-Konzept (vor allem, wenn es als alleiniges Schulkonzept etabliert ist) Schülerinnen und Schüler mit Lernhemmnissen und mangelnder Eigeninitiative zu wenig fördert und lernstarke und hochmotivierte Schülerinnen und Schüler zu wenig fordert. Ein vielversprechender Ansatz, der jedoch in der Praxis noch Optimierungsbedarf aufweist.

Wie Schulen zur Stabilisierung der Gesellschaft beitragen können – Postulate

Schule in ihrer gegenwärtigen Gestalt befähigt die Schülerinnen und Schüler kaum, aktuelle Herausforderungen zu bewältigen und stabile gesellschaftliche Strukturen zu entwickeln. Dabei geht

es nicht nur darum, die Jugendlichen in einer instabilen Gesellschaft und unter zunehmend autoritären Strukturen überlebensfähig zu machen. Schülerinnen und Schüler müssen vielmehr handlungsfähig sein, d. h., sie sollten autoritäre Tendenzen früh erkennen und über die Kompetenzen verfügen, diese gemeinschaftlich aufzulösen oder zumindest zu minimieren. Eigenverantwortung für ihr Handeln ist dabei eine wichtige Fähigkeit.

Was kann Schule leisten?

Die im Folgenden genannten Aspekte und formulierten Postulate schließen sich nicht gegenseitig aus. Ganz im Gegenteil, sie greifen ineinander und verstärken sich gegenseitig.

Selbstorganisiertes (selbstreguliertes) Lernen (SOL) ist dabei eine Möglichkeit, um Schülerinnen und Schüler in mehr Eigenverantwortung zu bringen. Schulische Strukturen, die den Lernenden wenig Entfaltungs- und Denkraum geben, müssen aufgebrochen werden. Projektorientiertes und fächerübergreifendes Arbeiten, bei dem insbesondere Lernprozesse und weniger Lernprodukte im Mittelpunkt stehen, führen zu individuellen Lernstrategien und regen kreatives Denken an. Die Übernahme von Verantwortung über den eigenen Lernfortschritt und -erfolg sorgt dafür, dass sich Lernende intensiver mit dem Unterrichtsgegenstand auseinandersetzen. Die Kompetenzentwicklung, die notwendig ist, um sich mit ständig wandelnden gesellschaftlichen Herausforderungen auseinanderzusetzen, findet bei SOL-Konzepten verstärkt Berücksichtigung und ist weniger von der jeweiligen Lehrkraft abhängig, als dies in den etablierten Unterrichtsformen der Fall ist. Soziale Kompetenzen bilden sich durch die notwendige Kollaboration mit den anderen Lernenden intensiver aus. Selbstorganisiertes Lernen bedeutet allerdings nicht, dass die Anzahl der Lehrkräfte reduziert werden kann. Einige Schülerinnen und Schüler benötigen Orientierungslinien, Unterstützung und Feedback. Häufig reicht die Anzahl der Ankerstunden (Stunden im Lernprozess, bei denen die Lehrkräfte präsenter sind) nicht aus. Lernkräfte müssen individuell Lernprozesse anstoßen und dynamisieren (Impulsgebung), Fehlentwicklungen korrigieren und Lernschwierigkeiten mit Fördermöglichkeiten begegnen. Diese Aufgaben dürfen nicht und können nicht den Eltern übertragen werden.

Besonders effektiv im Sinne der Selbstentfaltung, -bestärkung und -ermächtigung ist, wenn das

selbstorganisierte Lernen auf der einen Seite Sicherungs- und Korrekturstrukturen (wie z.B. Ankerstunden) aufweist und auf der anderen Seite den Schülerinnen und Schülern gewisse Freiräume bietet, um Frage- und Problemstellungen weiter zu denken und um letztendlich eigene Handlungsweisen zu entwickeln. Solche „Räume des Empowerments“ (Kenner 2023: 10), können AGs sein (Toleranz-AG, Anti-Gewalt-AG, Anti-Rassismus-AG, Umwelt-AG ...) oder zeitlich fixierte, begrenzte Räume innerhalb der Stundentafel, in denen die Jugendlichen z.B. mit außerschulischen Institutionen und deren Expertinnen und Experten in Kontakt treten können. Schule darf in Zeiten gesellschaftlicher Destabilisierung kein unpolitischer Ort sein.

Wesentlicher Bestandteil einer gesellschaftlichen Teilhabe im demokratischen Sinne zielt darauf ab, Prozesse der Urteilsbildung zu reflektieren und kriteriengeleitet zu eigenen Urteilen zu kommen. Die gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Tendenzen erfordern unbedingt die Entwicklung einer Urteilskompetenz bei Lernenden. Dadurch, dass die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Sachverhalte eine steigende Komplexität aufweisen, bedarf es in den meisten Fällen nicht nur eines Sach-, sondern auch eines Werturteils. Werturteile beruhen dabei auf Sachurteilen, verknüpfen diese jedoch mit ethischen Kriterien (definierte Werte). Insbesondere in Stundenkonzeptionen, z.B. bei Aufgabenstellungen muss transparent zwischen „beurteilen“ und „bewerten“ unterschieden werden. Es ist wichtig, das Spannungsverhältnis, die Interdependenz zwischen Sach- und Werturteil zu definieren. Ein Bezug zum jeweiligen Kontext ist in diesem Zusammenhang unerlässlich. Die Begründungen der Sach- und Werturteile (z.B. durch Konzepte und Theorien) müssen einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Urteilskompetenz bedeutet also nicht nur, Sachverhalte beurteilen oder bewerten zu können, sondern auch die Urteile und die dazugehörigen Kriterien kritisch zu hinterfragen. So kann z.B. im Unterricht einem vorherrschenden Wertepluralismus in Form von Perspektivwechseln begegnet werden (DGfG 2024: 46ff).

Wertmaßstäbe und Werte werden von unterschiedlichen Interessensgruppen unterschiedlich gedeutet. Zwischen den Gruppen (oder Personen) gibt es ein Ringen um die „Deutungsmacht“ (DGfG 2024: 26). Während aus der Deutungsmacht oder -hoheit der Anspruch auf „Gestaltungsmacht“ resultiert (DGfG 2024: 26), resultiert aus dem Verlust der

Deutungsmacht / -hoheit demzufolge die Ohnmacht. Somit ist „der Aushandlungsprozess zur Nutzung eines Raumes [...] geprägt von der Ohnmacht / Gestaltungsmacht einzelner Akteursgruppen“ (Mehren und Dzudzek 2025: 52). Immer häufiger wird aktuell die regelbasierte Ordnung der Demokratie durch individuelle oder nationale Machtinteressen wirtschaftlich oder militärisch Überlegener angegriffen (US-amerikanische Ansprüche auf Grönland bzw. den Panama-Kanal, chinesische Ansprüche auf Taiwan oder der russische Angriffskrieg auf die Ukraine).

Raum ist ein soziales Konstrukt und somit Ergebnis geteilter Verständnisse und Machtverhältnisse sowie Praktiken, die soziale Zugänge schaffen oder verhindern (Mehren und Dzudzek 2025: 52f). Raumwirksame Machtprozesse (Deutungsmacht, Gestaltungsmacht, Wirkmacht, Ohnmacht) und ihre Akteure müssen in Unterrichtskonzeptionen dekonstruiert werden. Konkrete Ansätze dazu liefert das Basiskonzept „Macht“, das als eines von sechs Basiskonzepten u.a. in den Bildungsstandards im Fach Geographie für die Allgemeine Hochschulreife etabliert wurde (vgl. DGfG 2024: 26f). Das Basiskonzept „Macht“ findet bisher weder in der Ausbildung noch in der alltäglichen Unterrichtspraxis ausreichend Anwendung. Die gesellschaftswissenschaftlichen Fachseminare an den Studienseminaren sowie die gesellschaftswissenschaftlichen Fachdidaktiken an den Universitäten müssen entsprechende Ausbildungselemente anbieten, damit das Basiskonzept „Macht“ schrittweise von den Auszubildenden in die Unterrichtskonzeptionen integriert und so an Schulen etabliert wird.

Eine Vielzahl der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen beruhen auf dem Aushandeln von Deutungs- und Gestaltungsmacht und haben aufgrund dessen enorme globale Abhängigkeiten zur Folge (Internationalisierung von Kriegen, Konflikten und Krisen). Aber auch innerhalb eines Staates, innerhalb einer Gesellschaft entstehen und weiten sich Krisen da aus, wo staatliche, legitimierte Macht entweder nicht vorhanden ist oder nicht akzeptiert wird. Gegenmacht (Aufmärsche, Kundgebungen, Demonstrationen, Blockaden...) ist durchaus ein Mittel, um staatliche Macht zu schwächen und gesellschaftliche Strukturen zu destabilisieren. Es spielt keine Rolle, ob die Maßnahmen der Gegenmacht legitime Ziele wie den Klimaschutz (siehe „Klimakleber“) oder illegitime Ziele verfolgen, da in beiden Fällen Macht als undemokratisches Mittel eingesetzt wird. Ein weiteres Beispiel gesellschaftlicher Fragmentierung und

Destabilisierung ist das Aushandeln, wer zum Volk und wer nicht zum Volk gehört. Die Richtung der Machtausübung geht nicht mehr von unten nach oben, sprich vom Volk aus, sondern von innen nach außen (Wer gehört dazu, wer gehört nicht dazu?). Damit ist vor allem die von rechts-extremen Gruppen, Parteien und Personen betriebene Diskussion über "ius soli" (Recht des Bodens) und "ius sanguinis" (Recht des Blutes) gemeint.

Volkszugehörigkeit, Rassismus, Deutungsmacht, Gestaltungsmacht und Gegenmacht müssen zum Unterrichtsgegenstand gemacht werden. Sie dürfen nicht Teil des außerschulischen, in den sozialen Medien stattfindenden Diskurses bleiben. Die Lehrpläne, Schülerbücher und Unterrichtsmaterialien behandeln diese Problematiken kaum. Daher muss die rigide Struktur der Lehrpläne aufgebrochen werden, um Raum für die Integration aktueller Themen zu schaffen, beispielsweise durch wechselnde Pflichtthemen in bestimmten Jahrgangsstufen.

Elternhäuser, Freunde und Medien haben einen enormen Einfluss auf die Vorstellungswelt von Lernenden. Hinzu kommen eigene Erfahrungen und Wahrnehmungen, die einen Einfluss auf die Vorstellungen, die Denk- und Sprechweise von Schülerinnen und Schülern haben. Nicht selten treten im Unterricht die Schülervorstellungen in Konkurrenz mit wissentlichen Vorstellungen als Bestandteil von Unterrichtskonzeptionen. Wissenschaftliche Vorstellungen werden nicht einfach von Schülerinnen und Schülern übernommen, was zu Lernblockaden führt. Die Schülervorstellungen dürfen daher nicht von Lehrkräften ignoriert werden, sondern müssen in den Unterricht integriert werden. Bisher finden Schülervorstellungen fast ausschließlich bei naturwissenschaftlichen Fragestellung Beachtung. Hier ist ein 1:1-Vergleich mit der Fachwissenschaft leichter umsetzbar als normative Unterrichtsgegenstände wie Rassismus, Gewalt oder gesellschaftliche Destabilisierung, die einer normativen Zielklärung (vgl. Demokratiebewusstsein, Bürgerbewusstsein oder Geschichtsbewusstsein) bedürfen.



Abb. 4: Schülervorstellungen zu normativen Unterrichtsgegenständen (Quelle: eigene Darstellung)

Allgemein gesehen müssen Conceptual Change-Ansätze (Lernende müssen eigene Alltagsvorstellungen reflektieren und umstrukturieren, um wissenschaftliche Konzepte zu verstehen) fester Bestandteil von Unterricht werden und das vor allem vermehrt zu gesellschaftlich bedeutsamen Herausforderungen unserer Zeit.

Die Bedeutung von Systemkompetenz beim Verstehen multipler Krisen liegt in der Notwendigkeit, die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Herausforderungen zu erkennen. Die Krisen, die die Welt heute betreffen, sind selten isoliert zu betrachten; klimatische Veränderungen beeinflussen soziale Strukturen, wirtschaftliche Ungleichheiten können soziale Spannungen verstärken und gesundheitliche Krisen haben weitreichende wirtschaftliche Konsequenzen. Ein tiefes Verständnis dieser interdependenten Systeme ist unerlässlich, um effektive Lösungen zu entwickeln und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. Systemkompetenz befähigt Individuen, aktiv am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen und mit anderen zusammenzuarbeiten, um positive Veränderungen herbeizuführen. In einer zunehmend komplexen Welt ist es daher entscheidend, dass Bildungssysteme Systemkompetenz als eine Schlüsselkompetenz fördern. Systemkompetenz bezieht sich insbesondere auf die Fähigkeit, Krisen als komplexe Systeme zu erkennen, zu verstehen und mit ihnen umzugehen. Sie umfasst das Wissen über die Wechselwirkungen von verschiedenen Komponenten eines Systems, das Erkennen von Mustern und das Verständnis dafür, wie Entscheidungen in einem Bereich Auswirkungen auf andere Bereiche haben können. Im Unterricht kann Systemkompetenz auf verschiedene Weise gefördert werden:

Interdisziplinäres Lernen: Der Unterricht sollte fächerübergreifende Ansätze fördern. Themen, die mehrere Fachdisziplinen betreffen, ermöglichen es den Schülerinnen und Schülern, Verbindungen zu

definieren und das Zusammenspiel verschiedener Elemente eines Systems zu verstehen. Projekte, die beispielsweise Biologie, Geographie, Sozialkunde und Geschichte als Schulfächer zusammenbringen, bieten dazu gute Ansätze.

Projektbasiertes Lernen: Durch Projekte, die reale Probleme adressieren, können Schüler praxisnahe Erfahrungen sammeln. Diese Projekte sollten darauf abzielen, komplexe Fragestellungen zu analysieren und Lösungen zu entwickeln. Schüler arbeiten meist in Gruppen, wodurch sie lernen, verschiedene Perspektiven einzubringen und gemeinsam Entscheidungen zu treffen. Dabei werden Empathiefähigkeit und Urteilsvermögen geschult.

Simulationen, Rollenspiele und Perspektivwechsel: Diese Methoden ermöglichen es den Schülern, in virtuelle Szenarien einzutauchen, in denen sie die Folgen ihrer Entscheidungen in einem komplexen System sehen können. Durch das Spielen verschiedener Rollen in einem systemischen Kontext lernen sie, die Perspektiven anderer zu berücksichtigen.

Kritisches Denken und Reflexion: Die Schülerinnen und Schüler sollten dazu angeregt werden, kritisch über Systeme nachzudenken und deren Funktionsweise zu hinterfragen. Dies kann durch Diskussionen, Debatten und Reflexionsrunden erfolgen, in denen sie ihre eigenen Vorstellungen und den Einfluss von Systemen auf ihr eigenes Leben erkennen und ihr eigenes Handeln kritisch hinterfragen.

„Einfache Lösungen sind nicht zu erwarten, im Gegenteil: Wer Ambivalenzen aushalten und produktiv mit ihnen umgehen kann, ist in der Spätmoderne klar im Vorteil.“ Das Zitat von Reckwitz (2024) spielt darauf an, dass es für bestimmte Krisen und Herausforderungen keine Lösung gibt. Sie können lediglich eingedämmt werden. Diese Art der Krisen nimmt zu. „Wir müssen also lernen nicht wahrzunehmen, sondern auch wahrzugeben.“, so Welzer (2024: 65). Übertragen auf den Unterricht bedeutet das, dass nicht wie bisher überwiegend der Fokus der Unterrichtskonzepte auf dem Problem selbst bzw. auf dessen Lösung liegt, sondern viel mehr auf den Auswirkungen der Krisen auf das Leben und den gesellschaftlichen und individuellen Umgang mit diesen Krisen: Weniger Problem- und Lösungsorientieren und mehr *Impactorientierung*. Stundenkonzepte müssen stärker auf messbare, positive gesellschaftliche Veränderungsoptionen ausgerichtet sein. Individuelle Haltungen und Positionen müssen entlang von

zweckorientiertem Werten entwickelt werden. So genannte „Future skills“ (wie z.B. Systemkompetenz, Urteilskompetenz, Handlungskompetenz, Ambiguitätstoleranz) müssen gefördert werden. Die Entwicklung von Eigenverantwortung und Selbstständigkeit müssen mit einer gesunden Fehlerkultur einher gehen. Scheitern muss durchaus eine Option sein, um Denk- und Reflexionsprozesse bei den Lernenden in Gang zu setzen. Auch ein Meinungs- und Haltungskonsens sollte nicht Ziel von Unterrichtsplanung sein, sondern eine sachliche, offene Diskussionskultur. Tradierte Werte müssen dabei auf den Prüfstand und neu ausgehandelt und oder bekräftigt werden.

Conclusio

Das stetige Fortschreiten des „democratic backsliding“, gesellschaftliche Destabilisierung als Begleiterscheinung und Folge sowie das Erstarken antidemokratischer Kräfte stellt eine große Herausforderung für Schülerinnen und Schüler als mündige Bürgerinnen und Bürger dar. Schule muss Schülerinnen und Schüler dazu befähigen, den gegenwärtigen Herausforderungen aktiv und wirksam entgegenzutreten zu können. Um diese Notwendigkeit, diesen Bildungsauftrag zu erfüllen, bedarf es eines grundlegenden Wandels von Unterricht und Schule. Schule darf nicht länger „Lern-Silo“ sein. Additive Strukturen müssen kooperativen und flexiblen Lernformen weichen.

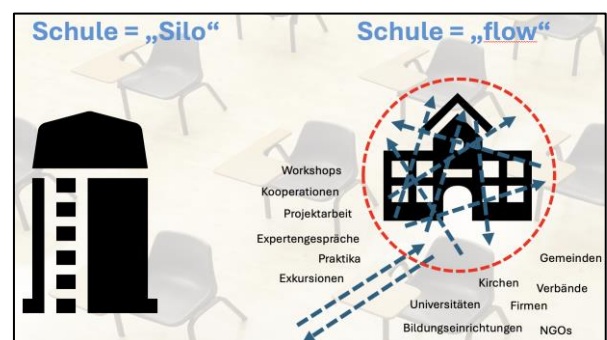


Abb. 5: Aufbrechen gegenwärtiger Schulstrukturen (Quelle: eigene Darstellung)

Unterricht muss sich mehr an Lernprozessen als an (zunehmend KI-generierten) Lernprodukten orientieren. Langfristig angelegte Projektarbeit regt fächerübergreifendes oder gar fächerverbindendes Lernen und Arbeiten an und fördert bei den Jugendlichen Eigenständigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Das Arbeiten mit Schülervorstellungen bewirkt eine hohe Akzeptanz und ein tiefergehendes Verständnis für wissenschaftliche

Theorien. Das Basiskonzept ‚Macht‘ dekonstruiert gesellschaftliche Phänomene wie Rassismus und Gewalt genauso wie raumwirksame, isolationistische National- und Machtinteressen. Durch die Förderung einer Systemkompetenz können komplexe Zusammenhänge, Wechselwirkungen und Akteure von multiplen Krisen von den Schülerinnen und Schülern erfasst und verstanden werden, was das Entwerfen von Lösungsansätzen erleichtert. Letztendlich sollte die Schwerpunktsetzung bei Stundenkonzeptionen sich nicht wie bisher an

Problemen orientieren, sondern viel mehr die Auswirkungen der Probleme auf das Leben der Schülerinnen und Schüler zum Lerngegenstand machen. Diese Impactorientierung muss letztendlich in den Lehrplänen und Bildungsstandards verankert werden.

Quellenverzeichnis

- Bauer, A. (2025): Der Klub der verbotenen Bücher. Online: <https://www.spiegel.de/deinspiegel/indizierung-in-den-usa-der-klub-der-verbotenen-buecher-a-2f6e4b44-12d5-452e-a0b9-1ee7d454f6ad> (30.12.2025)
- Braune, S. (2024): Zivilgesellschaft fördern – Demokratie besser machen. Demokratie-Report. Berlin.
- BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) (2025): Sicherheitslage im Zusammenhang mit dem russischen Angriff auf die Ukraine. Online: <https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Unternehmen-und-Organisationen/Cyber-Sicherheitslage/Analysen-und-Prognosen/Threat-Intelligence/Krisen-Grosslagen/Ukraine-Krise/ukraine-krise.html> (29.12.2025).
- Deutscher Bundestag (2025): Stenografischer Bericht. 17. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 9. Juli 2025. Plenarprotokoll 21/17. Online: <https://dserver.bundestag.de/btp/21/21017.pdf> (20.10.2025).
- Deutschlandfunk (2026): Trump: Brauche kein Völkerrecht. <https://www.deutschlandfunk.de/trump-brauche-kein-voelkerrecht-100.html> (11.01.2026).
- Deutschlandfunk (2025): Setzt Trump den radikalen Plan „Project 2025“ um? Online: <https://www.deutschlandfunk.de/trump-project-2025-100.html> (10.01.2026).
- DGfG – Deutsche Gesellschaft für Geographie (Hrsg.) (2024): Bildungsstandards im Fach Geographie für die Allgemeine Hochschulreife. Köln.
- Die Rheinpfalz (2019): Ministerin Hubig plant mehr Sozialkunde. Online: https://www.rheinpfalz.de/rheinland-pfalz_artikel,-ministerin-hubig-plant-mehr-sozialkunde-_arid,1370883.html (01.04.2026)
- Die Zeit (2025): Ex-Bundesstaatsanwältin verklagt Trump-Regierung wegen Entlassung. Online: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-zer-schlagung-bildungsministerium-100.html> (10.01.2026).
- EUI (Economist Intelligence Unit) (2025): Democracy Index 2024. What’s wrong with representative democracy? Online: <https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2024/> (29.12.2025).
- Forschung und Lehre (2025): Harvard im Visier der Trump-Regierung. Online: <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/harvard-im-visier-der-trump-regierung-7030> (10.01.2026).
- GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) (2025): Die Meldeportale der AfD. Online: <https://www.gew.de/die-meldeportale-der-afd> (28.12.2025).
- Herrhausen, A. (2025): Politische Verantwortung: Plicht oder Kür? Online: <https://www.youtube.com/watch?v=8UzxcXBCSv0> (28.12.2025).

- Kenner, S. (2023): Emanzipatorisch, kritisch und partizipativ - Politische Bildung in Zeiten der multiplen Krisen. Online: <https://www.ufuq.de/aktuelles/politische-bildung-in-zeiten-der-multiplen-krise/> (10.04.2026)
- Kultusministerkonferenz (2024): Kultusministerkonferenz (2024): Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung. Beschluss der KMK vom 07.07.1972 i.d.F. vom 06.06.2024). Berlin und Bonn. Online: https://www.kmk.org/fileadmin/Daten/veroeffentlichungen_beschluesse/1972/1972_07_07-VB-gymnasiale-Oberstufe-Abiturpruefung.pdf (02.04.2026)
- Levitsky, S., Ziblatt, D. (2018): Wie Demokratien sterben. München.
- Levitsky, S., Ziblatt, D. (2018a): How democracies die. What history reveals about future. New York.
- Mehren, R., I. Dzudzek (2025): Eine Einführung in das Basiskonzept Macht. In: Praxis Geographie 3-2025: 52-55.
- Ministerium für Bildung (2021): Lehrplan für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer. Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde. Mainz.
- Münzenmeier, S. (2025): Schüler, hört nicht auf eure linken Lehrer. Online: <https://www.instagram.com/reel/DGQvi0avk2h/> (20.12.2025).
- Reckwitz, A. (2024): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin
- Schreiber-Shearer, N. (2022): What are organizational silos and how do you break them? Online: <https://gloat.com/blog/what-are-organizational-silos-and-how-do-you-break-them/> (10.01.2026).
- Tagesschau (2025): Trump leitet Auflösung des Bildungsministeriums ein. Online: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-zerschlagung-bildungsministerium-100.html> (10.01.2026).
- Welzer, H. (2024): Zeitenende. Politik ohne Leitbild. Gesellschaft in Gefahr. Frankfurt a.M..

MARIA SCHMITT

Die Wirkungskraft der Medien Die Wahrnehmung von Gewalt in Medien durch Schüler*innen

1 Einleitung

In den vergangenen Monaten mehren sich Berichte über zunehmenden Rechtsextremismus, Hassrede und demokratiefeindliche Tendenzen in Deutschland. Die Zahl politisch motivierter Straftaten erreichte 2024 einen neuen Höchstwert, wobei rechtsextreme Delikte besonders stark zunahmen (Tagesschau 2025a: online; Haupt 2025: online; Jahn 2025: online). Parallel dazu verdoppelte sich seit 2022 die Verbreitung von Hass und Hetze im Internet (SWR aktuell 2025: online). Vor allem Jugendliche geraten in den Fokus, da sie über soziale Medien gezielt angesprochen werden (Jahn 2025: online). Politisch spiegelt sich diese Entwicklung in der Bundestagswahl 2025 wider, in der die AfD zur zweitstärksten Kraft aufstieg (Die Bundeswahlleiterin 2025: online). Nach aktueller Umfrage wäre die AfD erstmals gleichauf mit der CDU (ZDF heute 2025a: online). Hinzu kommen rechtswidrige Zurückweisungen von Asylsuchenden an deutschen Grenzen unter Missachtung des Dublin-Abkommens, die von der Gesellschaft hingenommen werden (Kornmeier und Eckstein 2025: online).

Gewaltanwendungen dringen zunehmend in den Alltag ein, werden jedoch vielfach nicht kritisch hinterfragt. Gerade in Krisenzeiten ist die Vulnerabilität der Gesellschaft entscheidend. Durch ansteigende Unzufriedenheit in der Gesellschaft kann sie und die demokratische Ordnung instabil werden (Wilhelmi 2025: 10). Anhaltende Kon-

flikte wie der Ukraine-Krieg oder der Nahost-Konflikt verstärken den Zustand einer Krise. Auch vertrauen nur 26% der Deutschen Friedrich Merz, was ebenso die Unzufriedenheit der Gesellschaft unterstreicht (Müller 2025: online). Gewalt beschränkt sich dabei nicht allein auf physische Formen. Vor allem in den sozialen Medien tritt Gewalt auch in psychischer Form auf, wie durch Fake News, Populismus oder Rassismus (Wilhelmi 2025: 10). Jugendliche stehen in besonderer Weise im Fokus dieses Spannungsfeldes, da sie die Hauptnutzer*innen von sozialen Medien sind und diese auch zur Informationsgewinnung einsetzen (Shell 2024: 23). Zugleich befinden sie sich in einer Lebensphase, in der sich ihre politische Orientierung erst ausbildet (Griese et al. 2020: 5). Ihre Wahrnehmung von Gewalt in den Medien ist damit nicht nur für ihre eigene Medienkompetenz, sondern auch für die Stabilität der demokratischen Ordnung von zentraler Bedeutung. Vor diesem Hintergrund erscheint die Forderung nach einem eigenständigen Schulfach Medienkompetenz besonders dringlich, um junge Menschen im Umgang mit Desinformationen, KI-generierten Inhalten oder demokratiefeindlicher Hetze zu stärken (ZDF heute 2025b: online).

Dieser Beitrag untersucht daher, wie Jugendliche Gewalt in Medien wahrnehmen. Dabei soll folgende Forschungsfrage beantwortet werden: *Wie nehmen Schüler*innen Gewalt in berichteter Medien wahr?*

2 Geographien der Gewalt

Gewalt ist kein punktuell Phänomen, sondern weltweit in unterschiedlichen Formen präsent. Sie zeigt sich in militärischen Auseinandersetzungen wie dem Krieg in der Ukraine oder in Bürgerkriegen, etwa im Sudan, ebenso wie in langwierigen und komplexen Konflikten im Nahen Osten. Angesichts dieser globalen Entwicklungen rückt auch die Geographie verstärkt die Frage nach Gewalt in den Fokus. Bohle (2007) definiert die Geographien der Gewalt als einen Raum, in dem vorherrschende Regeln und Normen wie Menschenrechte nicht mehr universell anerkannt sind (Wilhelmi 2024: 8). Sie treten durch die vorherrschenden Konflikte in den Hintergrund. Es werden Raumstrukturen produziert, die ihre eigenen, z.T. neuen Ordnungen anwenden (ebd.: 15). Die soziale Ordnung wird durch Gewaltanwendungen bedroht (Korf und Schetter 2015: 10). Damit geraten bestehende soziale Strukturen unter Druck, die auf das fragile Verhältnis zwischen Gewaltpraktiken und ihrer räumlichen Verortung hinweisen.

Neben physischen Gewaltanwendungen existieren vielfältige Formen psychischer Gewalt, die ebenfalls in das Themenfeld Geographien der Gewalt gehören. Diese Formen der Gewalt sind nicht immer auf den ersten Blick sichtbar und nachweisbar. Jedoch haben psychische Gewaltanwendungen in den letzten Jahren durch neue Kommunikationsmöglichkeiten erheblich an Bedeutung gewonnen (Wilhelmi 2024: 1). Mit Hilfe von Fake News, Populismus sowie Rassismus wird psychische Gewalt angewendet (Wilhelmi 2023: 4). Die sozialen Medien erleichtern deren Reproduktion und Verteilung erheblich. Strategien wie die gezielte Verbreitung von Desinformation oder fremdenfeindlicher Inhalte dienen dabei politischen Zwecken (Wilhelmi 2021: 3). Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass psychische Gewaltanwendungen weiter zunehmen, da Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wachsen (Wilhelmi 2023: 11). Neben der Unterteilung in physischer und psychischer Gewalt existieren weitere Ansätze, unter denen Gewalt in den Geographien der Gewalt untersucht wird. Nach Korf und Schetter steht in dem Forschungsfeld die Frage nach „dem fragilen Gefüge zwischen physischer Gewalt und der Verräumlichung bzw. Verortung von Gewaltordnungen“ im Fokus (2015: 17).

2.1 Definition Gewalt

Einen der wichtigsten definitorischen Ansätze von Gewalt liefert Galtung. Er unterscheidet drei Formen von Gewalt: die direkte personale, die indirekte strukturelle und die kulturelle Gewalt. Die direkte personale Gewalt umfasst physische oder psychische Gewalt, die zwischen zwei oder mehr Personen indirekt oder direkt ausgeübt wird. Die klassische Gewalt ist Teil dieser Kategorie und bezeichnet den körperlichen Angriff eines Täters auf ein Individuum (Galtung 1978: 20 f.). Hierbei steht die Schädigung des Opfers im Zentrum. Die Gewaltkommission definiert Gewalt als „zielgerichtete direkte physische Schädigung von Menschen“ (Nunner-Winkler 2004: 21). Psychische Gewalt wird als verbale Aggression verstanden, etwa durch Beschimpfungen oder Beleidigungen (ebd.). Diese Form der Gewalt kann durch Unterdrückung angewendet werden. Dabei wird dem menschlichen Körper zwar keine direkte Gewalt zugefügt, jedoch der menschlichen Psyche, etwa durch den Entzug grundlegender Menschenrechte.

Bei struktureller Gewalt werden Ungleichheiten thematisiert, wie z.B. Bildungschancen. Ein Teil ist die strukturell bedingte Armut. Auch ohne den körperlichen Angriff kann eine Gewaltanwendung vollzogen werden, indem das Lebensnotwendige entzogen wird (Galtung 1978: 20f.). Hierbei gibt es keinen direkten Täter. Die Gewalt ist in ein System eingebaut und benötigt keine direkte ausführende Instanz, sondern entsteht durch ungleiche Machtverhältnisse (Galtung 1975: 12 zit. nach Nunner-Winkler 2004: 21).

Kulturelle Gewalt wird durch verschiedene Begründungen gerechtfertigt und als akzeptabel dargestellt. Diese Gewalt entsteht durch das „Streben nach Ordnungsstiftung und Klassifikation“ (Nunner-Winkler 2004: 22). Attentäter nutzen beispielsweise ihre Religion als Rechtfertigung für Gewaltanwendungen. Ebenso gelten die enormen Unterschiede in der Lebenserwartung zwischen der Ober- und der Unterschicht als kulturelle Gewalt (Galtung 1975: 12 f. zit. nach Nunner-Winkler 2004: 22). Psychische Gewalt führt damit zu physischer Schädigung. Nach Galtung kann kulturelle Gewalt auch als Entfremdung verstanden werden. Hierbei wird Menschen, die durch eine Kultur oder Sprache als anders wahrgenommen werden, Chancen und Möglichkeiten verbaut. Dies geschieht bereits im Bildungssystem. Zum Gewaltbegriff nach Galtung gehören auch Medien (Wilhelmi 2025: 11). Medien nehmen in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle ein, da sie psychische und kulturelle Gewalt durch Sprache,

Bilder und Narrative verstärken oder legitimieren können.

Zusammenfassend unterscheidet Galtung einerseits die physische, andererseits die psychische Gewaltanwendung, die sich in unterschiedlichsten Formen ausprägen kann.

Es wird deutlich, dass sich die Geographien der Gewalt auf unterschiedlichen Maßstabsebenen und Dimensionen bewegen. Durch die anhaltenden Verunsicherungen, Ängste und die daraus resultierende Destabilisierung werden aktuelle Gewaltordnungen verschoben. Vor allem psychische Gewalt hat sich durch die Medien verstärkt etabliert und wird zunehmend im öffentlichen Raum ausgetragen und gebilligt.

2.2 Stabilität

Um den Begriff der Destabilität zu verstehen, ist zunächst eine präzisere Bestimmung von Stabilität erforderlich. Stabilität stellt keinen starren Zustand dar, sondern ist als dynamischer Prozess zu begreifen, der sich über verschiedene Dimensionen hinweg entfaltet. Grundlegend lässt sie sich als „die Fähigkeit eines Systems, seine Struktur, Ordnung und Funktionstüchtigkeit über einen längeren Zeitraum aufrechtzuerhalten“ definieren (Wilhelmi 2025: 10). Sie fungiert als zentraler Faktor für das Funktionieren einer Gemeinschaft, da ihr Fehlen soziale Konflikte und Unsicherheiten hervorruft, die das Gemeinschaftsgefüge bedrohen können.

Stabilität zeigt sich auf mehreren Ebenen. Auf individueller Ebene äußert sich Stabilität in einem gefestigten mentalen und emotionalen Zustand. Eine solche persönliche Resilienz kann den Umgang mit Belastungen und Herausforderungen erleichtern. Politische Stabilität bildet die Grundlage einer funktionierenden Demokratie. Sie sichert die Ausübung grundlegender Rechte wie Meinungsfreiheit und stärkt zugleich das Vertrauen in staatliche Institutionen. Wirtschaftliche Stabilität gewährleistet die Befriedigung der Grundbedürfnisse wie ein gesichertes Einkommen aller Bürger*innen, wodurch die Grundlage für ein angemessenes Lebensniveau hergestellt wird. Soziale Stabilität ist die Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben einer Gesellschaft. Durch Integration und Zusammenhalt können unterschiedliche soziale Gruppen harmonisch interagieren. Schließlich trägt kulturelle Stabilität durch Austausch und Vielfalt zu einer offenen und integrativen Gesellschaft bei (ebd.: 10 f.).

Gerade weil Stabilität ein dynamischer Prozess ist, erweist sie sich als anfällig für Krisen (ebd.: 11). Dies zeigt sich auch aktuell: Nur 3% der Befragten

nehmen die Demokratie als „sehr stabil“ wahrnehmen, während 50% die Demokratie als instabil einschätzen (Zick 2025: 8). Diese Ergebnisse verdeutlichen die fragile Stabilität der Demokratie. Im Folgenden richtet sich der Blick auf die Ursachen und Auswirkungen von gesellschaftlicher Destabilisierung.

2.3 Destabilisierung der Gesellschaft

Globale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration, wirtschaftliche Entwicklungen und kriegerische Auseinandersetzungen bedrohen die Stabilität moderner Gesellschaften. Diese Faktoren wirken nicht isoliert, sondern sind eng verflochten. Besonders problematisch ist ihre mediale Darstellung, da komplexe Zusammenhänge häufig vereinfacht oder verzerrt wiedergegeben werden oder Falschinformationen enthalten (Wilhelmi 2025: 11). Dadurch entstehen Verunsicherung und ein Vertrauensverlust gegenüber politischen Institutionen und gesellschaftlichen Ordnungen. Destabilität liegt insbesondere dann vor, wenn zentrale Grundlagen sozialer und politischer Stabilität nicht mehr gewährleistet sind. Gewalt nimmt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle ein. Verunsicherung wird durch Fake News, eine beschleunigte Informationsflut und scheinbar einfache Antworten auf komplexe Fragen verstärkt (ebd.: 12). Aus dieser Verunsicherung heraus erscheint Gewalt zunehmend als legitimes Mittel sozialer und politischer Auseinandersetzungen. Insbesondere medial präsente Kriege können dazu beitragen, dass Gewalt als legitimes Mittel der Konfliktlösung erscheint (Pfeil 2025: 38). Dabei verfolgen physische und psychische Gewalt häufig dieselben Ziele, wie die Beeinflussung öffentlicher Meinungen oder das Schüren von Angst (Wilhelmi 2021: 5 ff.).

Die fortschreitende Destabilisierung zeigt sich an den aktuellen Konflikten. Die Kriege im Nahen Osten und in der Ukraine erzeugen Angst, die leicht in Wut und Gewalt umschlagen kann (Maaz 2016: online). Dies verweist auf die soziale Vulnerabilität der Gesellschaft, die sich in einer wachsenden Empfänglichkeit für Fake News, Populismus und Rassismus zeigt (Wilhelmi 2025: 10). Soziale Medien verstärken diesen Prozess, indem sie Jugendliche in Filterblasen drängen und extremistische Positionen normalisieren (ebd.: 9). Empirische Daten belegen den Anstieg demokratiegefährdender Einstellungen (Abb. 1).

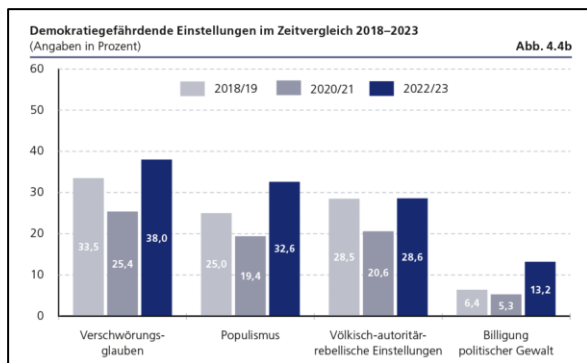


Abb. 1: Demokratiegefährdende Einstellungen 2018–2023 (Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung)

Die politische Radikalisierung wird auch an Wahlergebnissen sichtbar. In der Bundestagswahl 2025 wählte jede fünfte Person unter 25 Jahren die AfD (Tagesschau 2025b: online). Rechte Parteien nutzen vor allem TikTok, um Unsicherheiten und Ängste zu instrumentalisieren. Gewalt wird zunehmend öffentlich befürwortet und normalisiert (Wilhelmi 2025: 9). Aufgrund der großen Verantwortung, die (sozialen) Medien in diesem Prozess tragen, richtet sich der Blick im Folgenden auf die Medien.

3 Medien und ihre Herausforderungen

3.1 Definition (Massen-) Medien

Medien können allgemein als „Mittler von Informationen bzw. als Träger von Kommunikation“ verstanden werden (Strohmeier 2004: 25). Damit transportieren sie Inhalte von einem Sender zu einem Empfänger und nehmen eine vermittelnde Position ein (Schmidt und Taddicken 2022: 40). In dieser Arbeit liegt der Fokus auf den Massenmedien, da sie Informationen an ein breites, disperses Publikum verbreiten und damit für die Wahrnehmung von Gewalt besonders bedeutsam sind.

Massenmedien können als technische Mittel verstanden werden, „die zur massenhaften Verbreitung von Aussagen an eine Vielzahl von Personen geeignet sind“ (Wilke 2011: online). Sie sind Träger von Massenkommunikation, die sich nach Strohmeier durch vier zentrale Merkmale auszeichnet (2004: 26). Erstens ist Massenkommunikation öffentlich, da Informationen grundsätzlich allen zugänglich sind. Zweitens ist sie indirekt, da Sender und Empfänger nicht unmittelbar miteinander in Kontakt treten. Drittens ist sie einseitig, da eine Rückkopplung in klassischen Medien kaum vorgesehen ist. Viertens richtet sie sich an ein disperses Publikum, das weder eindeutig definierbar

noch abgrenzbar ist (ebd.: 27). Auf dieser Grundlage ergibt sich eine One-to-Many-Kommunikation, bei der ein Sender Inhalte an eine Vielzahl von Empfänger*innen verbreitet (ebd.: 26). Zu den Massenmedien zählen Printmedien, Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) sowie Online-Medien.

3.2 Herausforderungen sozialer Medien

Herausforderungen sozialer Medien umfassen Phänomene wie Fake News, den Einsatz künstlicher Intelligenz sowie die Filterung von Inhalten. Diese Aspekte sind von besonderer Bedeutung, da sie Gewalt rahmen, normalisieren oder banalisieren können und somit die Wahrnehmung von Gewalt beeinflussen. Insbesondere bei Jugendlichen, die soziale Medien als zentrale Informationsquelle nutzen.

3.2.1 Fake News

Fake News tragen wesentlich zur Destabilisierung gesellschaftlicher Ordnungen bei. Durch soziale Medien hat sich die Verbreitung von Fake News vereinfacht, da es meist keine Qualitätskontrolle vor Veröffentlichung von Informationen gibt (Allgaier 2022: 83). Hinzu kommt die Eigenschaft der sozialen Medien, dass alle Nutzer*innen Informationen veröffentlichen können. Die Verbreitung dieser kann rasend schnell geschehen, durch das Liken, Teilen und Kommentieren. Durch die bekannten Algorithmen der sozialen Medien erreichen beliebte Beiträge mehr Nutzer*innen. Ob wahrheitsgemäße Informationen geteilt werden, spielt dabei keine Rolle (Schmid et al. 2018: 76f.). Damit können Fake News ein breiteres Publikum erreichen als qualitativ hochwertige Berichterstattungen (Schaarschmidt 2018: 135). Die systematisierten Filtersysteme können den Wahrheitsgehalt von Aussagen nur äußerst schwer überprüfen. Aus diesem Grund ist die Bekämpfung von Fake News in den sozialen Medien ein herausforderndes akutes Problem, was bis heute ungelöst ist (Allgaier 2022: 83). Die Plattformen sollten sich in der Pflicht fühlen, Modernisierungen der Überprüfungsmöglichkeiten vorzunehmen. Besonders Videos sowie Bilder müssen gezielt in den Fokus solcher Prüfungen rücken, um diese von Fakes zu unterscheiden (Theveßen 2019: 27).

Politische Akteur*innen nutzen gezielt Fake News, um Unsicherheiten und Misstrauen in der Bevölkerung aufkeimen zu lassen (Schaarschmidt 2018: 140). Dies ist gerade in einer demokratischen Ordnung problematisch. Denn Demokratien

leben von faktengeleiteten Informationen, aus denen Meinungsbildungsprozesse entstehen können. Wenn diese Meinungsbildungsprozesse jedoch anhand von Meinungen, Unwahrheiten und Falschinformationen gemacht werden, ist die Demokratie gefährdet (Hohlfeld 2020: 51).

Die Stärkung der Gruppenidentität geht dabei oft mit einer Abwertung anderer einher. Werden gezielt falsche Informationen über Minderheiten verbreitet, geraten diese verstärkt in den Fokus von Fake News. Dadurch entstehen bei Teilen der Gesellschaft Angst und Verunsicherung, die wiederum eine zentrale Funktion von Fake News darstellen. Politische Akteur*innen wie die AfD nutzen diese Wirkung gezielt, indem sie etwa mit falschen Zahlen zu angeblichen Vergewaltigungen durch Geflüchtete Verunsicherung schüren und eine negative Haltung gegenüber ausländischen Mitbürger*innen implizieren (Petter 2018: online). Dies verdeutlicht eine offensichtliche Taktik, da sowohl die erzeugte Verunsicherung als auch die geschürte negative Haltung gegenüber Migrant*innen den politischen Interessen der AfD entgegenkommen. Durch dieses bewusste Einsetzen von Fake News in öffentlichen Ordnungen kommt es zur Destabilisierung der demokratischen Gesellschaft. Es findet eine Normverschiebung des politisch Sagbaren statt (Hohlfeld 2020: 259). Die destabilisierende Wirkung von Fake News lässt sich auf die Verschiebung von gesellschaftlichen Regeln zurückführen. Durch den wiederholten und standardmäßigen Einsatz werden Erwartungen an wahrheitsgetreue Aussagen reduziert (ebd.: 260). Große Politiker*innen und Parteien machen es vor: Trump, Putin und die AfD. Es wird eine solch große Menge an Fake News verbreitet, dass eine Berichtigung der Unwahrheiten nicht mehr stattfindet. Ebenso verliert die Wahrheit durch den hoch frequentierten Einsatz von Fake News an Stellenwert in der Gesellschaft. Die Bevölkerung stumpft ab und akzeptiert ungesicherte Behauptungen als Wissen (ebd.). Der gezielte Einsatz von Fake News kann als Form psychischer Gewaltanwendung verstanden werden, wodurch ihnen in dieser Arbeit eine zentrale Bedeutung zukommt. Mit Hilfe künstlicher Intelligenz wird die Gefahr von Fake News noch größer.

3.2.2 Künstliche Intelligenz

Der Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) eröffnet neue Möglichkeiten, birgt aber zugleich erhebliche Risiken. Besonders problematisch ist, dass KI-Inhalte kaum noch von realen Darstellungen zu unterscheiden sind und damit Fake News in bislang

unbekanntem Ausmaß verbreitet werden können. Neben Falschinformationen können mit Hilfe von KI auch gewalthaltige Inhalte produziert werden. Damit kann die Wahrnehmung von Gewalt erheblich beeinflusst werden.

Neben menschengemachten Falschinformationen verbreiten sich zunehmend auch Inhalte, die mittels generativer künstlicher Intelligenz erstellt wurden, sogenannte Deepfakes. Dabei handelt es sich um „täuschend echt wirkende, künstlich erstellte oder veränderte Foto-, Video- oder Sprachaufzeichnungen“ (Kleemann 2023: 1). Die Qualität der Deepfakes ist in den letzten Jahren stark angestiegen, sodass eine Unterscheidung zwischen Realität und Fake oft nicht mehr mit dem bloßen Auge möglich ist (Kusche 2024: 149). Dies stellt die große Gefahr der Deepfakes dar.

Dabei dienen sie vor allem als Instrument politischer Desinformationen (Kusche 2024: 151). Auch oder gerade in kriegesischen Auseinandersetzungen wird oft mit Falschinformationen gearbeitet.

Ein global beachtetes Beispiel für den Einsatz von Deepfakes in kriegesischen Auseinandersetzungen ist ein Video, in dem der Präsident der Ukraine angeblich einen Kapitulationsaufruf verkündet (Kleemann 2023: 3). Hieran wird deutlich, dass die Wahrnehmung von Gewalt erheblich beeinflusst werden kann, wenn KI-generierte Inhalte nicht eindeutig als solche erkennbar oder markiert sind.

KI-generierte Inhalte in sozialen Medien bergen ähnliche Risiken wie klassische Desinformationen, weisen jedoch ein erhöhtes Gefährdungspotenzial auf. Während menschliche Akteure bewusst entscheiden, ob und in welchem Umfang sie Falschinformationen streuen, generiert künstliche Intelligenz Fake News automatisiert und in perfekter Ausführung. Diese Inhalte sind oft kaum als solche zu entlarven, sodass eine Täuschung im „industriellen Maßstab“ möglich wird (ÖAW 2024: online). Durch die Verlagerung der öffentlichen Meinungsbildung in die sozialen Medien ist die Demokratie gefährdet (ebd.). Es besteht die Gefahr, dass Wahlen durch manipulierte KI-Inhalte beeinflusst werden. Politische Akteure könnten durch Deepfakes ihre Gegner zweifelhaft erscheinen lassen. Gleichzeitig bringt die Schwierigkeit, Deepfakes zu identifizieren, auch die Gefahr, dass authentisches Material von politischen Akteuren als vermeintlich manipuliert dargestellt wird, um die Echtheit zu leugnen und potenzielle Schäden abzuwenden (Kusche 2024: 150).

Darüber hinaus kann durch die Verbreitung solcher Inhalte das gesellschaftliche Vertrauen in die

Medien nachhaltig eingeschnitten werden. Dies kann zu einer allgemeinen Destabilisierung der Gesellschaft führen (Karaboga 2023: 202 f.). Durch den Einsatz in der Politik wird sich in Zukunft nicht mehr die Frage gestellt, wie bestimmte Äußerungen zu bewerten sind, sondern ob sie tatsächlich so stattgefunden haben (Kusche 2024: 150).

3.2.3 Filtern von Medien

Die Auswahl und Gewichtung von Themen in den Medien prägt maßgeblich, welche gesellschaftlichen Probleme sichtbar werden und welche unsichtbar bleiben. Gerade die Frage, welche Gewaltereignisse sichtbar sind und welche ausgeblendet werden, ist für die Wahrnehmung von Gewalt durch Jugendlichen zentral, da mediale Sichtbarkeit darüber entscheidet, welche Formen von Gewalt als relevant, legitim oder marginal wahrgenommen werden.

Medien haben den Auftrag, die globale Wirklichkeit abzubilden. Da ihr Spielraum jedoch begrenzt ist, unterliegt die Berichterstattung zwangsläufig einer Selektion. Durch das sogenannte Agenda Setting, filtern die Redaktionen, über welche Themen sie berichten, und welche ausgelassen werden. Ebenso wird entschieden, wie stark die Gewichtung und Aufmachung der einzelnen Themen ist. Dadurch beeinflussen sie nicht nur, über welche Themen sich die Gesellschaft informiert, sondern geben auch die Relevanz der einzelnen Themen vor (Stark 2019: 31). Empirische Langzeitstudien zur Berichterstattung der Tagesschau zeigen deutliche geographische Asymmetrien, bei denen Ereignisse im globalen Norden stark überrepräsentiert sind, während Länder des globalen Südens nahezu unsichtbar bleiben (Ludescher 2020: 9). Gerade für Jugendliche bedeutet dies, dass sie in den Nachrichten primär mit Gewaltereignissen im deutschen oder europäischen Kontext konfrontiert werden, während Gewaltkonflikte im globalen Süden nahezu unsichtbar bleiben. Diese strukturelle Unsichtbarkeit des globalen Südens ist nicht auf die Tagesschau beschränkt. In politischen Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender, in US-amerikanischen Nachrichtensendungen sowie nationalen sowie internationalen Zeitungen zeigt sich das gleiche Muster.

Auch bei Naturkatastrophen zeigt sich eine selektive Berichterstattung, bei der Ereignisse im globalen Norden deutlich stärker thematisiert werden als vergleichbare oder schwerwiegende Katastrophen im globalen Süden (Ludescher 2020: 12 f.). Das

beschriebene Muster zeigt sich auch bei kriegerischen Auseinandersetzungen im globalen Süden. Selbst äußerst gewaltsame Konflikte wie der Bürgerkrieg Nordäthiopien oder der Krieg im Sudan werden in westlichen Medien nur marginal thematisiert, obwohl sie zu den verheerendsten humanitären Krisen der Gegenwart zählen (Ludescher 2025: online). Folglich ist festzuhalten, dass überwiegend über Auseinandersetzungen berichtet wird, die unmittelbare Berührungspunkte mit den politischen, wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Interessen des globalen Nordens aufweisen. Dadurch wird es Schüler*innen nahezu unmöglich, gewaltsame Konflikte aus dem globalen Süden wahrzunehmen, was ihre Gewaltwahrnehmung maßgeblich beeinflusst.

Neben dem nicht berichten von Inhalten können Menschen auch durch andere Faktoren über relevante Themen nicht informiert sein. In den sozialen Medien entstehen durch Algorithmen sogenannte Filterblasen. „Filter Bubble“ wurde von Pariser eingeführt und geprägt. Die Sozialen Medien personalisieren die Inhalte für jede*n Nutzer*in individuell (Pariser 2011: 17). Dadurch werden Themen so gefiltert, dass relevante Inhalte ausgeschlossen werden und eine einseitige Informationsgewinnung stattfindet. Die Algorithmen filtern nicht nach journalistischer Qualität und gesellschaftlicher Relevanz, sondern nach Interessen und ökonomischen Maximen (Stark 2019: 29 f.). Dies birgt einige Gefahren, da gerade extreme politische Einstellungen damit verstärkt werden können. Sie bekommen durch die algorithmusbasierten Plattformen nur noch die Nachrichten, die ihrem Weltbild entsprechen (ebd.: 30). Dadurch kann die Gesellschaft weiter auseinandergetrieben werden (Pariser 2011: 17 f.). Ein weiteres Problem der Filterblase ist, dass sie unsichtbar ist. Damit wissen Personen, die in einer Filterblase sind, nicht, dass die Inhalte auf sie zugeschnitten sind. Die Informationen, die sie bekommen, halten sie für neutral und objektiv (ebd.: 18). Diese Mechanismen der Filterblasen tragen wesentlich zur Spaltung der Gesellschaft in diversen Demokratien der Welt bei. Eine Demokratie besteht jedoch aus einem Raum voll unterschiedlicher, nicht geteilter Meinungen. Durch Filterblasen ist man nur noch mit Menschen zusammen, die die gleiche Meinung vertreten. Eine Demokratie, die nur aus Gleichgesinnten besteht, ist keine Demokratie (Pfeil 2025: 40 ff.).

Die Gefahr in den sozialen Medien wird durch die hohe Frequenz an Meinungen und Standpunkten, die nicht als solche deklariert sind, verstärkt.

Durch Algorithmen laufen Nutzer*innen Gefahr, kaum noch mit andersartigen Meinungen und Fakten in Kontakt zu kommen. Zusätzlich wird das eigene Weltbild bestätigt und immer weiter verstärkt (Neunzig 2019: 50 f.). Dadurch kann die Wahrnehmung und das Weltbild stark verzerrt sein (Stark 2019: 30 f.).

4 Methodik

Die Untersuchung folgt einem qualitativen Forschungsdesign und geht der Frage nach, wie Schüler*innen Gewalt in berichtstattenden Medien wahrnehmen. Da es sich um subjektive Deutungen und individuelle Wahrnehmungen handelt, wurde ein qualitatives Vorgehen gewählt, das es ermöglicht, komplexe Sinnzuschreibungen und Reflexionsprozesse differenziert zu erfassen.

Die Datenerhebung erfolgte mittels problemzentrierter Leitfadeninterviews. Diese Methode erlaubt eine thematische Vergleichbarkeit der Interviews, lässt den Befragten jedoch zugleich Raum für eigene Schwerpunktsetzungen und narrative Vertiefungen (Mayer 2013: 37; Helfferich 2022: 881). Der Interviewleitfaden ist theoriegeleitet aufgebaut und umfasst Themenbereiche zu Mediennutzung, Informationsverhalten, Medienreflexion sowie zur Wahrnehmung und Definition von Gewalt in medialen Kontexten. Besonderes Augenmerk liegt auf der subjektiven Einordnung gewalthaltiger Berichterstattung sowie auf Vorstellungen von Ordnung, Stabilität und Destabilisierung.

Die Interviews wurden mit Schüler*innen der Jahrgangsstufe 12 geführt. Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte auf freiwilliger Basis unter Berücksichtigung einer gezielten Variation hinsichtlich Geschlecht, Mediennutzung und politischem Interesse. Alle Interviews wurden audioaufgezeichnet, transkribiert und anonymisiert. Die Untersuchung fand in einem sozial vergleichsweise privilegierten schulischen Umfeld statt, was bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen ist.

Die Auswertung der Daten erfolgte nach der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2022). Ziel dieser Methode ist es, umfangreiches Textmaterial systematisch zu ordnen und zentrale thematische Muster herauszuarbeiten. Die Kategorien wurden sowohl deduktiv auf Basis theoretischer Vorannahmen als auch induktiv aus dem Material entwickelt. Die Codierung erfolgte softwarege-

stützt. Im Analyseprozess standen die Forschungsfrage sowie die Verknüpfung von empirischem Material und theoretischen Konzepten durchgehend im Fokus.

5 Forschungsergebnisse

Die Grundlage der folgenden Forschungsergebnisse bilden die geführten Interviews, deren Auswertung entlang des entwickelten Categoriesystems erfolgt. Die Ergebnisdarstellung beginnt mit den Rahmenbedingungen, die zentrale kontextuelle Voraussetzungen erfassen. Darauf aufbauend werden Mediennutzung und Medienreflexion analysiert. Die Untersuchung mündet im Kernthema Gewalt, das vor dem Hintergrund der zuvor erschlossenen Kontexte vertieft betrachtet wird.

5.1 Rahmenbedingungen

Betrachtet man die Wohnverhältnisse der befragten Schüler*innen wird deutlich, dass nahezu alle in geräumigen Wohnhäusern leben. Äußerungen wie die folgende zeigen deutlich, dass die Mehrheit der befragten Schüler*innen in Häusern aufwächst, deren Raumangebot die familiären Erfordernisse deutlich übersteigt: *„Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs. Oh nee, sorry ich muss nochmal von vorne anfangen. Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf, zwölf, dreizehn, vierzehn, fünfzehn, sechzehn, siebzehn oder achtzehn oder so?“* (S20: 2546). Auch medial sind die Schüler*innen sehr gut ausgestattet. Alle der befragten Schüler*innen nennen den Fernseher, das Handy und das iPad als vorhanden.

Insgesamt weisen die Rahmenbedingungen der befragten Schüler*innen auf einen vergleichsweise hohen sozioökonomischen Status hin. Hinweise ergeben sich aus dem in vielen Fällen vorhandenen großen Wohnraum sowie der sehr guten medialen Ausstattung. Diese Merkmale können jedoch nur als Näherungsindikator dienen, da weitere Faktoren wie regionale Wohnflächenpreise, Eigentumsverhältnisse oder Mietkosten keine Beachtung finden.

Außerdem kann aufgrund der sehr ähnlichen Aussagen der befragten Schüler*innen von einer vergleichsweise homogenen Kohorte ausgegangen werden. Dies zeigt sich nicht nur in der einheitlichen Nutzung des Deutschen als Familiensprache, sondern auch an der geringen Anzahl an im Ausland geborenen Schüler*innen und Elternteilen.

5.2 Mediennutzung

Auffällig ist die Diskrepanz zwischen medialer Ausstattung und tatsächlicher Nutzung:

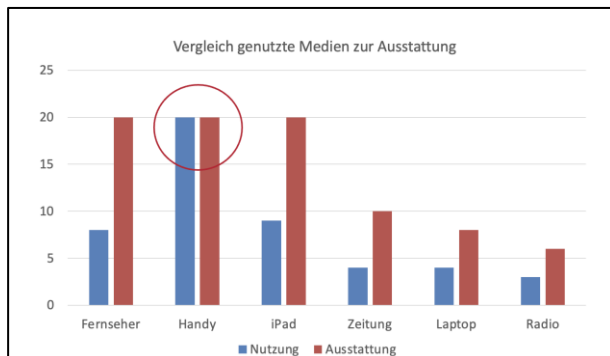


Abb. 2: Mediale Nutzung im Vergleich zur medialen Ausstattung (Quelle: eigene Darstellung)

Trotz der flächendeckenden Verfügbarkeit finden iPads und Fernseher im Alltag der Jugendlichen kaum Verwendung. Das iPad wird fast ausschließlich für schulische Zwecke eingesetzt, während der Fernseher nicht regelmäßig genutzt wird. Das Handy nimmt hingegen eine zentrale Rolle ein. Alle befragten Schüler*innen nutzen es täglich, vielfach über mehrere Stunden. Die Stundenanzahl reicht bis zu fünf Stunden täglich (S7: 745; S11: 1269). Aussagen wie „*mein Handy ist eigentlich mein täglicher Begleiter*“ (S5: 491) unterstützen die Relevanz des mobilen Endgeräts für die Jugendlichen. Es dient primär zur Verwendung der sozialen Medien. Dabei ist Instagram die am häufigsten genutzte Plattform, dicht gefolgt von TikTok. Dabei wird deutlich, dass die sozialen Medien bei den meisten Schüler*innen einen festen Bestandteil des Alltags einnehmen, was Aussagen wie „*Also ganz natürlich Instagram einigermaßen viel und Snapchat auch. Aber sonst die üblichen halt, wie man sie von den Jugendlichen kennt. TikTok, Instagram*“ (S19: 2440) verdeutlichen. Sie werden eingesetzt zur Unterhaltung, für schulische Zwecke, zur Kommunikation sowie zur Informationsgewinnung. Betrachtet man die Informationsgewinnung der befragten Schüler*innen näher, wird deutlich, dass sie die meisten Informationen über die sozialen Medien beziehen. Viele folgen Nachrichtenkanälen auf Plattformen wie YouTube, WhatsApp, Instagram oder TikTok, um Meldungen direkt auf ihr Handy zu bekommen. Die Tagesschau ist damit mit Abstand die meistgenutzte Quelle. Neben der Tagesschau werden auch ZDF heute und Funk genutzt, was auf ein hohes Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien zurückzuführen ist.

Informationen werden meist nicht unreflektiert aus den sozialen Medien übernommen, sondern vorher geprüft. Jedoch gibt es auch unsichere Überprüfungsstrategien, die von den Schüler*innen eingesetzt werden: „*und dann gucke ich halt darauf, dass das jetzt kein Account ist, der nur 500 Follower hat und der komisch aussieht.*“ (S9: 999), „*Ich achte dann auch immer darauf, dass das nicht Leute sind die 100 Follower haben und irgendwelche doofen Sachen verbreiten*“ (S15: 1852). Gerade auf TikTok birgt die Orientierung an oberflächlichen Kriterien ein hohes Risiko, Falschinformationen zu übernehmen. Insgesamt greifen die befragten Schüler*innen jedoch auf sichere Informationsquellen zurück, vor allem auf öffentlich-rechtlichen Sender im digitalen Raum.

5.3 Medienreflexion

Die befragten Schüler*innen zeigen sich insgesamt reflektiert im Umgang mit Medien. Dies wird auch bei der Vermeidung von Themen deutlich. Sie vermeiden Themen vor allem aus Selbstschutz und Überdruß, jedoch wissen sie, dass es in bestimmten Fällen dennoch wichtig wäre, diese Themen nicht vollständig zu ignorieren. Deutlich zu erkennen ist, dass es sich dabei meist um gewalthaltige Inhalte in den sozialen Medien handelt wie Krieg, Trump, der Ukraine-Krieg. Auch in den wahrgenommenen präsenten Themen der Schüler*innen geraten gewalthaltige Inhalte deutlich in den Fokus.



Abb. 3: Wortwolke zur Themenpräsenz in Nachrichten (Quelle: eigene Darstellung)

Im Gegensatz dazu zeigt die nachfolgende Wortwolke die Themen, die die Schüler*innen als ausgelassen wahrnehmen oder explizit vermissen.



Abb. 4: Wortwolke zur Themenauslassung in Nachrichten (Quelle: eigene Darstellung)

Auffällig ist, dass insbesondere Länder, Kontinente oder Großregionen der Erde als ausgelassen betrachtet werden. Formulierungen wie „aus Afrika und so bekomme ich eigentlich gar nichts mit.“ (S18: 2332) weisen auf die starke Unterrepräsentation hin. Trotz der fehlenden Themen sind die Mehrheit der befragten Schüler*innen zufrieden mit der Berichterstattung.

Betrachtet man die Wahrnehmung der eigenen Medienkompetenz, fällt diese sehr heterogen aus. Die Mehrheit der Schüler*innen besitzt eine gute Wahrnehmung der eigenen Medienkompetenz, was an dem Zitat zur Erkennung von Fake News zu erkennen ist: „Niemand ist immun gegen Fake News. Ich bin mir sicher, dass auch ich Fake News glaube und ich glaube nicht, dass man da drum herum kommt.“ (S7: 795). Jedoch wird auch klar, dass nicht alle Schüler*innen reflektiert im Umgang mit den behandelten Bereichen sind. Selbsteinschätzung und tatsächliche Erkennungsleistung fallen damit nicht deckungsgleich aus: „Aber das kann man dann schon sehr gut unterscheiden, weil man einfach halt weiß vom allgemeinen Wissen her, dass das einfach nicht stimmt so.“ (S10: 1193). In der Schule wird die Medienkompetenz in verschiedenen Jahrgangsstufen und Fächern bereits thematisiert. Deutlich wird hierbei jedoch, dass die Inhalte nicht in Erinnerung bleiben und zum Teil nicht als Kompetenzerweiterung wahrgenommen werden.

5.4 Gewalt

Die Schüler*innen berichten überwiegend von wenigen eigenen Gewalterfahrungen (Abb. 5). Gewalt ist in ihrem sozialen Umfeld jedoch durchaus präsent. Im schulischen Kontext erleben sie überwiegend einen verantwortungsvollen Umgang mit Gewaltereignissen.

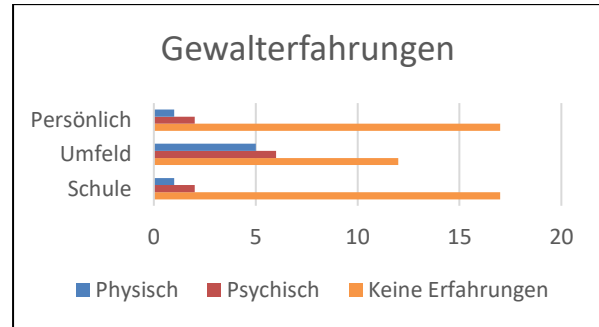


Abb. 5: Persönliche Gewalterfahrungen (Quelle: eigene Darstellung)

Definitiv beziehen sich die Schüler*innen überwiegend auf physische und psychische Gewaltanwendungen. Im Vordergrund stehen zwei Parteien, die physische oder psychische Gewalt ausüben bzw. erfahren, mit entsprechenden Folgen. Neben der grundlegenden Unterteilung zwischen physischer und psychischer Gewalt werden weitere Kategorien genannt, etwa Krieg, persönliche Gewalt, sexualisierte Gewalt und digitale sowie mediale Gewalt. Im Zusammenhang mit medialer Gewalt werden Fake News teilweise auch als Gewaltanwendung verstanden. Gleichzeitig gibt es Gegenstimmen, die Fake News nicht als Gewaltanwendung verstehen, da sie „ja auch niemandem weh tu[n]“ (S10: 1229). Einigkeit herrscht hingegen bei der Bewertung von Rassismus als Gewalt. Rassismus wird durchgängig als psychische Gewalt verstanden. Auch wenn Gewalt grundsätzlich als negativ beschrieben wird, verweisen einzelne Schüler*innen auf Gewaltformen, die sie unterstützen. Dazu zählt der Freiheitsentzug durch die Inhaftierung von Straftäter*innen, die Ausübung staatlicher Gewalt oder die Polizei als ausführende Kraft des Gewaltmonopols. Insgesamt zeigt sich ein breites Spektrum individueller Gewaltauffassungen, die sich jedoch in zentralen Aspekten überschneiden.

Betrachtet man die Schwellen der Gewaltakzeptanz, liegen diese weit auseinander. Überblickshaft zeigt das folgende Diagramm die Verteilung der Akzeptanz von Gewalt.

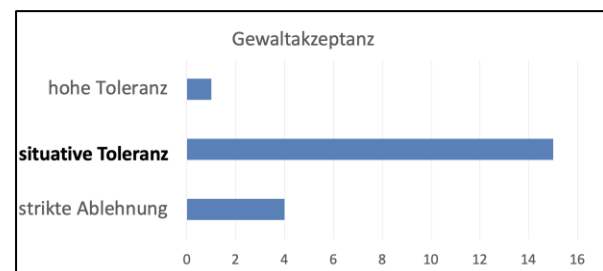


Abb. 6: Gewaltakzeptanz (Quelle: eigene Darstellung)

Gewalt wird in den meisten Fällen gerechtfertigt, wenn es sich dabei um Selbstverteidigung oder Notwehr handelt. Gewalt wird zudem im Kontext der Verteidigung des eigenen Landes oder im Widerstand gegen gesicherte Diktatoren als legitim betrachtet. Im sportlichen Kontext wird Gewalt auch weitgehend akzeptiert. Demgegenüber lehnen mehrere Schüler*innen Gewalt grundsätzlich ab und empfinden sie nie als gerechtfertigt. Gleichzeitig gibt es auch Schüler*innen, die ausschließlich physische Taten als Gewaltanwendung wahrnehmen: „hier wird zwar viel beleidigt, aber das finde ich jetzt nicht so schlimm, weil es für mich nur Worte sind.“ (S18: 2378). Ein extremes Beispiel liefert ein Schüler, der die Schwelle zur Gewalt sehr hoch ansetzt: „Für mich persönlich beginnt Gewalt dann nicht, wenn es zu einem blauen Auge oder so kommt. Das ist viel zu wenig, würde ich mal sagen.“ (S19: 2526) oder „...kleinen Auseinandersetzung mit dem großen Bruder, der eine kleine Schwester hat und der wurde irgendwas angetan, dann kann man da schon eine Faust fliegen lassen.“ (S19: 2528).

Bei der Zuschreibung von Gewalttaten wird deutlich, dass vor allem politischen Machthabern und Ländern Gewalt zugeschrieben wird, die auch eine hohe mediale Präsenz haben (Abb. 7).



Abb. 7: Gewaltakteure (Quelle: eigene Darstellung)

Neben den globalen politischen Akteur*innen werden auch deutschen Akteur*innen Gewalt zugeschrieben. Dies betrifft vor allem rechte Gruppierungen, wie Neonazis oder Rechtsextremisten. Jedoch wird auch Gewalt sozialen Medien und deren Nutzer*innen zugeschrieben. Neben der Verbreitung von Desinformationen werden auch Kommentare von Nutzer*innen hervorgehoben.

Medien werden zum einen als Transportmittel, zum anderen selbst als Gewaltform verstanden.

Die befragten Schüler*innen unterscheiden deutlich zwischen den Medien hinsichtlich der Ausprägung gewalthaltiger Inhalte. Besonders die sozialen Medien werden mit einer stärkeren Präsenz von Gewalt verbunden.

Transportiert werden in den Medien diverse gewalthaltige Inhalte wie Kriege, Morde, Straßenprügeleien und Anschläge, aber auch sexuelle Gewalt und Polizeigewalt. Außerdem scheint die Absicht der Verbreitung von Gewalt in den sozialen Medien eine Aufmerksamkeitsstrategie zu sein, um Klicks zu generieren.

Neben der Funktion als Transportmittel werden Medien selbst als Gewaltform wahrgenommen. Dabei gilt vor allem Cybermobbing als verbreitete Gewaltform in den sozialen Medien. Weitere digitale Gewaltpraktiken sind Hasskommentare und Shitstorms. Auch die Hetze gegen Politiker*innen, die Verbreitung von Falschinformationen und der damit verbundene Rufmord wird hervorgehoben. Diese Praktiken sind leicht umzusetzen, da die Kommentarfunktion zur aktiven Partizipation anregt.

6 Diskussion der Forschungsergebnisse

Im Folgenden wird der Fokus auf den Schwerpunkt Gewalt gelegt.

Nach Galtung lässt sich Gewalt in kulturelle, indirekte strukturelle sowie direkte personale Gewalt unterteilen (Galtung 1978: 20 f.). Eine so differenzierte Unterteilung nehmen die Schüler*innen jedoch nicht vor. Dennoch unterscheiden sie zwischen physischer und psychischer Gewalt, eine Unterscheidung, die auch bei Galtung angelegt ist (Galtung 1975: 9; zit. nach Nunner-Winkler 2004). Die Unterteilung in mediale Gewalt wird ebenso von Galtung sowie den Schüler*innen vorgenommen (Wilhelmi 2025: 11 und S16: 2082). Zur medialen Gewalt zählen die Schüler*innen Fake News, die teils ausdrücklich als Gewalt eingeordnet wird (S15: 1932; S20: 2632). Im Gegenzug wurde Rassismus immer als psychische Gewalt verstanden (S10: 1229; S12: 1652). Auch Wilhelmi spricht bei der Anwendung von Fake News und Rassismus von Gewaltanwendungen (2023: 4). Zudem verstehen die Schüler*innen Gewalt als Handlung von Personen oder Gruppen gegen Personen oder Gruppen. Dies deckt sich mit der Annahme, dass Gewalt gegen Personen als gewalthaltiger eingestuft wird (Kunczik 2017: 10), sowie dem definitorischen Ansatz, wobei Personen bewusster Schaden zugefügt wird (Schubert und

Klein 2020: online). Hinzuzufügen ist die Erwähnung von legitimer Gewalt, wie der Ausübung staatlicher Gewalt, sowie der Polizei. Dies entspricht der Gewaltdefinition, nach der staatliche Gewalt zur Durchsetzung der Rechtsordnung eingesetzt wird (Schubert und Klein 2020: online). Gewalt wird weiter durch die Abwesenheit von Regeln und Normen wie Menschenrechten definiert (Wilhelmi 2024: 8). Auch Schüler*innen verstehen den Beginn von Gewalt als Eingriff in die Grundrechte. Zudem steht bei Gewaltanwendungen die Schädigung des Opfers im Zentrum, wobei bereits Beleidigungen als Gewaltanwendungen verstanden werden (Nunner-Winkler 2004: 21). Bei Beleidigungen gehen die Meinungen auseinander, was auf eine größere Akzeptanz von Gewalt hindeutet. Eine Möglichkeit der Akzeptanz könnte durch die hoch frequentierte psychische Gewalt in den Medien vorhanden sein (Wilhelmi 2025: 8). Die genutzten Beleidigungen werden auf das reale Leben übertragen und akzeptiert (Pfeil 2025: 37). Weiter wird von einem Schüler auch die Anwendung von physischer Gewalt akzeptiert. Ein möglicher Grund dafür könnte die Präsenz von Gewalt in den sozialen Medien sein (Pfeil 2025: 38). Insgesamt deutet vieles darauf hin, dass die Akzeptanz von Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung zugenommen hat (ebd.). Besonders bemerkenswert ist dieser Befund vor dem Hintergrund der sozioökonomisch starken Elternhäuser sowie der insgesamt gut situierten Schule, an der Gewalt nur eine untergeordnete Rolle spielt. Umso bedenklicher erscheint die Frage, wie sich die Situation an Schulen mit einer weniger privilegierten Schülerschaft und ausgeprägteren Gewaltproblemen darstellt.

Bei der Zuschreibung von Gewalttaten werden Länder sowie Personen von den Schüler*innen genannt, die in Bezug zum Nahost-Konflikt sowie dem Ukraine-Krieg stehen. Ebenso werden die USA und Trump häufig genannt. Dies geschieht folglich durch die hohe mediale Präsenz dieser Themen (Ludescher 2025: online). Der Bürgerkrieg im Sudan wird ausschließlich einmal genannt, was mit der geringen Berichterstattung zusammenhängen kann (Ludescher 2025: online). Die AfD, Putin sowie Trump nutzen Fake News bewusst als Taktik, um politische Ziele zu erreichen, wodurch die demokratische Gesellschaft destabilisiert wird (Hohlfeld 2020: 259). Schüler*innen verknüpfen diese Akteure ebenso mit psychischer Gewalt aufgrund der bewussten Verbreitung von Fake News. Vor allem die AfD wird fast von der Hälfte der Schüler*innen genannt. Neben der

AfD verbinden Schüler*innen auch Rechtsextreme mit Gewaltanwendungen. Durch das Ziel von Rechtsextremen, die vorherrschende Ordnung zu verändern, kann auch hier von Gewalt gesprochen werden (Pfeil 2025: 39).

7 Fazit

Ausgangspunkt des Beitrags war die Frage, wie Schüler*innen Gewalt in berichterstattenden Medien wahrnehmen. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden medialen Präsenz globaler Konflikte, digitaler Desinformation und rechtsextremer Gewaltpraktiken zielte die Untersuchung darauf, die medial geprägte Gewaltwahrnehmung von Jugendlichen differenziert zu erfassen.

Die Ergebnisse zeigen, dass Gewalt von den befragten Schüler*innen überwiegend vielschichtig verstanden wird. Neben physischer Gewalt werden auch psychische Gewaltformen wie Beleidigungen, Cybermobbing oder rassistische Inhalte klar als Gewalt benannt. Zudem ordnet ein Teil der Jugendlichen Fake News und gezielte Desinformation explizit als Gewaltform ein. Gewalt wird somit nicht nur als Handlung zwischen Personen, sondern auch als mediales und strukturelles Phänomen wahrgenommen.

Medien fungieren dabei in einer doppelten Rolle: Einerseits vermitteln sie Wissen über Gewalt und globale Konflikte, andererseits werden sie selbst als Räume wahrgenommen, in denen Gewalt produziert, verstärkt und normalisiert wird. Insbesondere soziale Medien werden als deutlich gewalthaltiger beschrieben als klassische Medien. Gleichzeitig erfolgt die Informationsgewinnung überwiegend über Plattformen, auf denen gewalthaltige Inhalte stark verbreitet sind.

Trotz dieser hohen Exposition zeigt sich bei vielen Schüler*innen eine insgesamt sensible und reflektierte Wahrnehmung von Gewalt. Gewalt wird überwiegend abgelehnt und nur in Ausnahmefällen legitimiert. Gleichzeitig wird jedoch deutlich, dass Grenzen der Gewaltakzeptanz nicht einheitlich gezogen werden. Besonders bemerkenswert ist, dass sich Anzeichen einer partiellen Akzeptanz von Gewalt auch bei Schüler*innen zeigen, die in sozial privilegierten Verhältnissen aufwachsen, über hohe Bildungsressourcen verfügen und überwiegend keine eigenen Gewalterfahrungen gemacht haben. Vor allem verbale, psychische oder medial vermittelte Gewalt wird von einzelnen Jugendlichen relativiert oder situativ legitimiert.

Diese Befunde verweisen auf eine Entkopplung zwischen eigener Lebensrealität und Gewaltwahrnehmung. Gewalt wird weniger aus biografischer Betroffenheit heraus beurteilt, sondern zunehmend anhand medial vermittelter Deutungsangebote eingeordnet. Auch in einem als sicher und „heil“ beschriebenen sozialen Umfeld können sich somit Normalisierungsprozesse vollziehen, in denen Gewalt als alltäglich oder funktional erscheint. Soziale Sicherheit und Bildung allein bieten daher keinen verlässlichen Schutz vor der Akzeptanz bestimmter Gewaltformen.

Entscheidend für die Gewaltwahrnehmung ist weniger die Intensität der Mediennutzung als vielmehr die Fähigkeit zur kritischen Reflexion medialer Inhalte. Eine hohe Nutzung sozialer Medien geht nicht zwangsläufig mit einer geringeren Sensibilität für Gewalt einher. Umgekehrt kann ein unreflektierter Umgang mit Medien dazu beitragen, Desinformation, extremistische Narrative und Gewalt zu normalisieren. Gewaltwahrnehmung erweist sich somit als komplexes Zusammenspiel individueller Interessen, medialer Praktiken und gesellschaftlicher Kontexte.

Vor dem Hintergrund der Geographien der Gewalt wird zudem deutlich, dass Gewalt dort besonders wahrgenommen wird, wo sie medial sichtbar und räumlich nah erscheint, während andere Gewaltkontexte unsichtbar bleiben. Medien tragen damit wesentlich zur Konstruktion von Gewaltordnungen bei – und zugleich zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Destabilisierung.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Wahrnehmung von Gewalt in medialen Kontexten für Jugendliche eine hohe gesellschaftliche und demokratische Relevanz besitzt. In einer zunehmend mediatisierten Welt werden Gewalt, Konflikte und Desinformation nicht nur vermittelt, sondern aktiv produziert und verbreitet. Gewalt erscheint damit als medial konstruiertes und räumlich selektives Phänomen, das Verunsicherung, Polarisierung und Destabilisierungsprozesse begünstigen kann.

Für zukünftige Forschung ergibt sich die Notwendigkeit, Gewaltwahrnehmung in unterschiedlichen sozialen Kontexten vergleichend zu untersuchen. Da die vorliegende Studie auf einer sozial privilegierten und schulformspezifischen Stichprobe basiert, könnten Untersuchungen an anderen Schulformen, in verschiedenen Alterskohorten oder regionalen Räumen aufzeigen, inwiefern soziale Ungleichheiten die Wahrnehmung und Akzeptanz von Gewalt beeinflussen.

Quellenverzeichnis

- Allgaier, J. (2022): Fake News und Verschwörungen in digitalen Medien. In: Eleftheriadi-Zacharaki, S. et al. (Hrsg.): Vom Umgang mit Fake News, Lügen und Verschwörung. Baden-Baden: 83-92.
- Die Bundeswahlleiterin (2025): Bundestagswahl 2025: Endgültiges Ergebnis. Online: https://www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endgueltiges-ergebnis.html (25.04.2025).
- Galtung, J. (1978): Der besondere Beitrag der Friedensforschung zum Studium der Gewalt: Typologien. In: Röttgers, K. und H. Saner (Hrsg.): Gewalt. Basel, Stuttgart: 9-32.
- Griese, H., N. Brüggem, G. Materna und E. Müller (2020): Politische Meinungsbildung Jugendlicher in den sozialen Medien. Zugänge, ausgewählte Befunde und aktuelle Einblicke in ein interdisziplinäres Forschungsfeld. München.
- Haupt, F. (2025): Fast 50 Prozent mehr rechtsextreme Straftaten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.06.2025. Online: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verfassungsschutz-gefahr-durch-spionage-und-sabotage-steigt-110527484.html> (07.09.2025).
- Helfferrich, C. (2022): Leitfaden- und Experteninterviews. In: Baur, N., Blasius, J. (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: 875-892.
- Hohlfeld, R. (2020): Die Post-Truth-Ära: Kommunikation im Zeitalter von gefühlten Wahrheiten und Alternativen Fakten. In: Hohlfeld, R. et al. (Hrsg.): Fake News und Desinformation. Herausforderungen für die vernetzte Gesellschaft und die empirische Forschung. Baden-Baden: 43-60.
- Jahn, A. (2025): Verfassungsschutzbericht 2024: Wie sich Extremisten in BW professionalisieren. In: SWR Aktuell, 26.06.2025. Online: <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/verfassungsschutz-warnt-vor-mehr-extremisten-und-gewalt-100.html> (07.09.2025).
- Karaboga, M. (2023): Die Regulierung von Deepfakes auf EU-Ebene: Überblick eines Flickenteppichs und Einordnung des digital Services Act- und KI-Regulierungsvorschlag. In: Jaki, S., S. Steiger (Hrsg.): Digitale Hate Speech. Interdisziplinäre Perspektiven auf Erkennung, Beschreibung und Regulation. Heidelberg: 197-220.
- Kleemann, A. (2023): Deepfakes – wenn wir unseren Augen und Ohren nicht mehr trauen können. Medienmanipulationen im Konflikt: Herausforderungen und Bewältigungsstrategien. Stiftung Wissenschaft und Politik Aktuell 43: 1-6.
- Korf, B. und C. Schetter (2015): Geographien der Gewalt. Kriege, Konflikte und die Ordnung des Raumes im 21. Jahrhundert. Stuttgart.
- Kornmeier, C. und P. Eckstein (2025): Warum die Zurückweisungen rechtswidrig sind. In: Tagesschau, 02.06.2025. Online: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/zurueckweisungsgrenze-rechtswidrig-102.html> (07.09.2025).
- Kuckartz, U. und S. Rädiker (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Methode, Praxis, Computerunterstützung. 5. Auflage. Weinheim.
- Maaz, H.-J. (2016): Wenn Angst die Gesellschaft dominiert. Psychodynamik von Sicherheit und Angst. In: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung. Online: <https://www.slpb.de/blog/wenn-angst-die-gesellschaft-dominiert-psychodynamik-von-sicherheit-und-angst> (16.07.2025).
- Kusche, I. (2023): Politische Öffentlichkeit, Desinformation und das Problem von Deepfakes. In: Bahr, A., G. Fröhlich (Hrsg.): Ain't Nothing Like the Real Thing? Formen und Funktionen medialer Artefakt-Authentifizierung. Bielefeld: 149-168.
- Ludescher, L. (2020): Vergessene Welten und blinde Flecken. Die mediale Vernachlässigung des globalen Südens. Heidelberg.
- Ludescher, L. (2025): An den Rand gedrängt. Die mediale Marginalisierung Afrikas. Online: <https://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/an-den-rand-gedraengt-die-mediale-marginalisierung-afrikas> (11.07.2025).
- Mayer, H. (2013): Interview und schriftliche Befragung. Grundlagen und Methoden empirischer Sozialforschung. 6. Auflage. München.
- Müller, C. (2025): Wenig Vertrauen in Krisenkompetenz des Kanzlers. In: Tagesschau, 07.08.2025. Online: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3484.html> (15.09.2025).
- Neunzig, T. (2019): Medienkompetenz und Digitalisierung – das Anforderungsprofil. In: Wilhelm, V., E. Theveßen und F. Pfeil (Hrsg.): Geographien der Gewalt: Fake News und Desinformation. Dimension und Auswirkungen auf Gesellschaft und Schule. Mainz 2019: 49-55. (= Mainzer Kontaktstudium Geographie, Bd. 17).

- Nunner-Winkler, G. (2004): Überlegungen zum Gewaltbegriff. In: Heitmeyer, W. und H.-G. Soeffner (Hrsg.): Gewalt. Frankfurt am Main: 21-61.
- Pfeil, F. (2025): Experteninterview am 13.08.2025. Unveröffentlichtes Transkript.
- ÖAW (Österreichische Akademie der Wissenschaft) (2024): KI-Content: Ein Fluch im Netz? Online: <https://www.oew.ac.at/news/ki-content-ein-fluch-fuer-das-netz> (17.07.2025).
- Pariser, E. (2011): Filter Bubble. Wie wir im Internet entmündigt werden. New York.
- Pfeil, F. (2025): Experteninterview am 13.08.2025. Unveröffentlichtes Transkript.
- Petter, J. (2018): Die AfD in Sachsen verbreitet erfundene Zahlen über Vergewaltigungen durch Migranten – dabei ist die Wirklichkeit genau umgekehrt. In: Spiegel Politik (05.09.2018): <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-in-sachsen-verbreitet-erfundene-zahlen-ueber-vergewaltigungen-durch-migranten-dabei-ist-die-wirklichkeit-genau-umgekehrt-a-766ae495-72eb-4c8f-bfe7-ac55da2d7f00> (15.09.2025).
- Schaarschmidt, T. (2018): Gefühlte Wahrheit. In: Könneker, C. (Hrsg.): Fake oder Fakt? Wissenschaft, Wahrheit und Vertrauen. Heidelberg: 129-142.
- Schmid, C. E., L. Stock und S. Walter (2018): Der strategische Einsatz von Fake News zu Propaganda im Wahlkampf. In: Sachs-Hombach, K. und B. Zywiets (Hrsg.): Fake News, Hashtags & Social Bots. Neue Methoden populistischer Propaganda. Wiesbaden: 69-95.
- Schmidt, J.-H. und M. Taddicken (2022): Handbuch Soziale Medien. 2. Auflage. Wiesbaden.
- Schubert, K. und M. Klein: Das Politiklexikon. 7. Auflage. Bonn. Online: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17566/gewalt/> (02.09.2025).
- Shell Jugendstudie (2024): Zusammenfassung. Online: https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study-2024/_jcr_content/root/main/section/simple/call_to_action/links/item0.stream/1730903501282/d8b545435fc2799eb6044e48b4a9fccc80b95b2d/ap-shell-jugendstudie-zusammenfassung-barrierefrei.pdf (25.04.2025).
- Stark B. (2019): Filterblase geplatzt? Politische Meinungsbildung in digitalisierten Öffentlichkeiten. In: Wilhelmi, V., E. Theveßen und F. Pfeil (Hrsg.): Geographien der Gewalt: Fake News und Desinformation. Dimension und Auswirkungen auf Gesellschaft und Schule. Mainz 2019: 49-55. (= Mainzer Kontaktstudium Geographie, Bd. 17).
- Strohmeier, G. (2004): Politik und Massenmedien. Baden-Baden.
- SWR Aktuell (2025): Von rechts und im Internet: So viel Hass und Hetze wie noch nie. Instagram-Post vom 9.05.2025. Online: <https://www.instagram.com/p/DJb0YLst0lZ/?igsh=MWZ3bHNkOXD3c3FtcA==> (07.09.2025).
- Tagesschau (2025a): Rekordwert bei politisch motivierter Kriminalität. 20.05.2025. Online: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bilanz-politisch-motivierte-straftaten-dobrindt-innenministerium-100.html> (07.09.2025).
- Tagesschau (2025b): Wen wählten Jüngere und Ältere? 24.02.2025. Online: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-alter.shtml> (25.04.2025).
- Wilhelmi, V. (2021): Geographien der Gewalt konkret: Die USA am Scheideweg 2020/21. Politische Bildung mit geographischem Fokus. In: Wilhelmi, V., Theveßen, E., Pfeil, F. (Hrsg.): Geographien der Gewalt. Grenzgeographien: Die USA am Wendepunkt – Geographische Perspektiven. Mainzer Kontaktstudium Geographie, Band 19. Mainz: 3-16.
- Wilhelmi, V. (2023): Geographien der Gewalt – Grenzgeographien in einer unsicheren Zeit. In: Wilhelmi, V., Theveßen, E., Pfeil, F. (Hrsg.): Geographien der Gewalt: Grenzgeographien. Aktuelle Konflikte und didaktische Impulse. Mainzer Kontaktstudium Geographie, Band 21. Mainz: 2-19.
- Wilhelmi, V. (2024): Vorwort. In: Wilhelmi, V., E. Theveßen und F. Pfeil (Hrsg.): Geographien der Gewalt: Migrationsgeographien. Aktuelle Konflikte und didaktische Impulse. Mainz 2024: 1. (Mainzer Kontaktstudium Geographie, Bd. 23).
- Wilhelmi, V. (2025): Konfliktgeographien und ihre Wirkungsmacht. In: Wilhelmi, V., E. Theveßen und F. Pfeil (Hrsg.): Geographien der Gewalt: Konfliktgeographien. Aktuelle Brennpunkte und didaktische Impulse. Mainz 2025: 2-20. (Mainzer Kontaktstudium Geographie, Bd. 24).
- Wilhelmi, V. (2025): Vorwort. In: Wilhelmi, V., E. Theveßen und F. Pfeil (Hrsg.): Geographien der Gewalt: Konfliktgeographien. Aktuelle Brennpunkte und didaktische Impulse. Mainz 2025: 1. (Mainzer Kontaktstudium Geographie, Bd. 24).

- Wilke, J. (2011): Vom Barden zum Blogger: die Entwicklung der Massenmedien. Online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/massenmedien-309/7490/vom-barden-zum-blogger-die-entwicklung-der-massenmedien/> (22.04.2025).
- ZDF heute (2025a): Projektion: Union und AfD erstmals gleichauf. 19.09.2025. Online: <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/politbarometer-sonntagsfrage-union-afd-gleichauf-100.html> (22.09.2025).
- ZDF heute (2025b): Sozialverband fordert Schulfach Medienkompetenz. Instagram-Post am 25.08.2025. Online: <https://www.instagram.com/p/DNxVV-6WhHM/?igsh=MTF3NW5oczBmcWQ5cQ=> (07.09.2025).
- Zick, A., D. Lampe, A. C. Nowak und J. Rees (2025): Mehr streiten? Über was? Konfliktwahrnehmungen und Meinungen zur Demokratie in Deutschland. Vorabergebnisse aus dem Konfliktmonitor für Deutschland. Bielefeld. Online: https://pub.uni-bielefeld.de/download/3000917/3001092/Conflict_a_Spotlight_Konfliktmonitor_1.pdf (26.08.2025).

Informationen zu den Herausgebern:

Prof. Dr. Volker Wilhelmi	Dozent Fachdidaktik am Geographischen Institut, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Elmar Theveßen	Leiter des ZDF-Studios Washington
Dr. Florian Pfeil	Geschäftsführer des WBZ Ingelheim und Leiter der Fridjof-Nansen-Akademie für politische Bildung

Informationen zu den weiteren AutorInnen:

Dr. Lea Deinzer Konrad	Institut für Politikwissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen
Prof. Dr. Martin Doevenspeck	Politische Geographie, Geographisches Institut, Universität Bayreuth
Dr. Kamal Donko	Forscher bei LASDEL Benin
Prof. Dr. Jan Esper	Klimageographie, Geographisches Institut, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Prof. Dr. Nayla Fawzi	Kommunikationswissenschaft, Institut für Publizistik, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Thilo Neunzig	Oberstudienrat, Dozent Fachdidaktik Geographie, Geographisches Institut, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Dr. Delia Evelyne Nicoué	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Eschborn
Dr. Michael Paul	Senior Fellow der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Christoph Röckerath	Leiter des ZDF-Studios Rio de Janeiro
Maria Schmitt	M.Ed. Geographisches Institut, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Prof. Dr. Alexander Stroh	Politikwissenschaft, Politik Afrikas und Entwicklungspolitik an der Universität Bayreuth
Prof. Dr. Rainer Wedde	Wirtschaftsrecht, Wiesbaden Business School
Prof. Dr. Dr. Ralph M. Wrobel	Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik, Westsächsische Hochschule Zwickau

Mainzer Kontaktstudium Geographie 25

Bestellungen Band 25 an:

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Geographisches Institut

Johann-Joachim-Becherweg 21

D-55099 Mainz

E-Mail: bellinda.ziegler@uni-mainz.de

(Bellinda Ziegler)

Grenzgeographien, Migrationsgeographien, Konfliktgeographien – diese drei Schwerpunkte bestimmten die Reihe der Geographien der Gewalt der letzten Jahre. Die Folgen und Auswirkungen sollen in diesem Band beschrieben, analysiert und diskutiert werden: Nationale und globale Verschiebungen, die Aussetzung bisher international vereinbarter Regeln, die oftmals fassungslose Hinnahme und Akzeptanz eines neuen Un-Ordnungsmusters bestimmen derzeit die Situation der Welt. Gewalt wird als Wirkungsmacht ohne Zögern eingesetzt, die Alternativen von Diplomatie, Rechtsordnung und demokratischer Auseinandersetzung sind beiseite gerückt. Die Folgen sind in einem Band nicht wirklich darstellbar, aber zumindest wird versucht, einen Bogen zu spannen: Lokal von unserer Gesellschaft hin zu Menschen in anderen betroffenen Regionen der Welt: Afrika, USA, Südamerika, Russland und natürlich Europa stehen in sehr aktuellen Beiträgen im Zentrum.

Macht und Gewalt werden in ihrer geographisch-räumlichen Prägung und Dominanz analysiert und diskutiert, von WissenschaftlerInnen der Geographie, Wirtschaft und Politik, Journalisten der USA und Südamerika, und – last not least – von FachdidaktikerInnen der Geographie.

In allen Beiträgen schwingt die aktuelle Auseinandersetzung um die zukünftige Ausrichtung der politischen Ordnung mit, kurz der Kampf der Systeme.

Die Beiträge sind zumeist in zwei Seminaren der Fridjof-Nansen-Akademie Ingelheim 2025 und 2026 vorgestellt und weiterentwickelt worden. Dabei stellt der Austausch von Fachwissenschaft und Medien immer wieder im Fokus einer lebhaften Diskussion.

Beiträge

- Gewalt als Systemsprenger (Volker Wilhelmi)
- Journalismus und (digitale) Öffentlichkeit im Wandel – ein aktueller Überblick über Nachrichtennutzung, Medienvertrauen und die Rolle des Journalismus für die Demokratie (Nayla Fawzi)
- Die NATO und die baltischen Staaten – neue Herausforderungen der Sicherheit (Lea Deinzer Konrad)
- Die Weltunordnung und Trumps Grönland-Besessenheit (Elmar Theveßen)
- Die Rivalität der Großmächte in der Arktis: Geopolitische und geostrategische Interessen der USA, Russlands und Chinas (Michael Paul)
- Die Zukunft Grönlands – Eine Diskussion im WBZ Ingelheim am 14.03.2026 (Elmar Theveßen, Michael Paul und Jan Esper – im Gespräch mit Volker Wilhelmi)
- Russlands Irrweg – rechtliche Auswege aus der Sackgasse (Rainer Wedde)
- Innenansichten aus Südamerika: Ein Kontinent im geopolitischen Umbruch (Christoph Röckerath)
- Bewaffnete Konflikte in Westafrika: Gewalt in den Grenzregionen der Sahel- und Küstenstaaten am Beispiel von Benin (Martin Doeverspeck & Kamal Donko)
- Externalisierte Grenzen: Europäische Migrationskontrolle in Westafrika am Beispiel Mauretaniens und Senegals (Délia Evelyne Nicoué)
- Demokratie auf dem Rückzug? Zur politischen Rekonfiguration Westafrikas im Lichte der Souveränitätsagenda (Alexander Stroh)
- „Entwicklungsdiktatur“ als Alternative zur Demokratie? Ein Entwicklungsmodell im internationalen Vergleich (Ralph M. Wrobel)
- Gesellschaftliche Destabilisierung und Schule – Herausforderungen und Konsequenzen (Thilo Neunzig)
- Die Wirkungsmacht der Medien. Die Wahrnehmung von Gewalt in Medien durch Schüler*innen (Maria Schmitt)